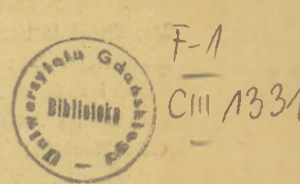




Der Deutsche im Osten

Jahrgang 2 Juli 1939 Heft 5

Postversandort Berlin

INHALT

Die Bildvorlagen sind von:
Eigenes Archiv, Seite 1, 15, 16, 19, 21; Staatl. Werbestelle, Seite 23; Scherl-Bilderdienst, Seite 25, 29, 31, 33, 35; Ruth Halbensleben, Köln, Kunstdrucktafel I; Ewald Klose, Kunstdrucktafel II, III.

Einbandentwurf: Prof. F. A. Pfuhle, Danzig.

Durch alle Buchhandlungen und sämtliche Postanstalten zu beziehen.

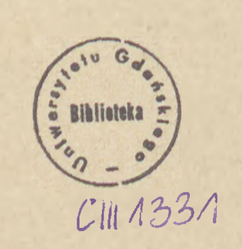
Einzelpreis RM. 1,50 (DG. 1,50). Bezugspreis: RM. 3,50 vierteljährlich (DG. 4,— viertelj.).



Der Deutsche im Osten

Monatsschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung
Sonderheft
herausgegeben im Auftrage des Hauptschulungsamtes der NSDAP.

Jahrgang 2 Auflage 16000 Heft 5, Juli 1939


Biblioteka
Uniwersytetu Gdańskiego

ZUM GELEIT

Mit dem Zeitpunkt, da die polnische Außenpolitik gegenüber dem nationalsozialistischen Großdeutschen Reich eine neue Richtung einschlug, hat die Weltöffentlichkeit, vor allem aber das deutsche Volk, ein erhöhtes Interesse für die historischen und geographischen Verhältnisse im deutschen Osten an den Tag gelegt. Die deutsche Nation, als die zahlenmäßig größte in Europa, hat aber auch schon sonst allen Anlaß, sich mit den großen Leistungen deutscher Kultur- und Kolonisationsarbeit, die in den vergangenen Jahrhunderten im europäischen Osten bleibende Denkmäler hinterließen, zu befassen. Die Zeitschrift „Der Deutsche im Osten" hat seit ihrem Bestehen ihre Aufgabe darin gesehen, dem deutschen Leser eine sachliche und geschichtstreue Darstellung über den Kampf und die Erfolge des Deutschtums im europäischen Ostraum während der Vergangenheit und in der Gegenwart zu vermitteln. Deshalb war sie schon immer ein Mittel der politischen Schulung. Durch die aktuelle Lage des deutsch-polnischen Gegensatzes, in dem Danzig eine hauptsächliche Rolle spielt, ist der Stoff für die vorliegende Zeitschrift allein schon durch die Themen des Tages gegeben. Ich erwarte von der vorliegenden Ausgabe und den nächsten Monatserscheinungen der Zeitschrift, daß sie eine zahlreiche Lesergemeinde in Großdeutschland zum Nutzen einer allgemeinen Aufklärung finden.

Albert Forster

Gauleiter von Danzig.

Die politischen Ereignisse der letzten Monate stellen Danzig, die Frage des Korridors, sowie Geschichte und Probleme des polnischen Staates in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Es ist für den Schulungsleiter unerläßlich, daß er über die Gesamtverhältnisse in diesem Raum in besonderem Maße unterrichtet ist. Die Zeitschrift „Der Deutsche im Osten" hat in Zusammenarbeit mit berufenen Sachkennern der politischen, völkischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die vorliegende Übersicht verfertigt. Dieser Sonderdruck ermöglicht weitgehend, die oben erhobene Forderung zu erfüllen. Er ist deshalb bevorzugt als Material in der Schulung zu verwenden.

Schmidt

Stellvertr. Gauleiter
Leiter des Hauptschulungsamtes.

Wilhelm Zarske

Danzig – nicht deutsche Aggression, sondern Rechtsanspruch

Über eine Erscheinung haben sich die Danziger, als sie seit 1920 wider jegliches Recht und gegen ihren eigenen Willen außerhalb des Reichs ihr Leben führen mußten, niemals zu beklagen gehabt: Daß sie von der Weltöffentlichkeit übersehen wurden. Seit dem Tage, da die Laboranten der Versailler Giftküche ihren Hexenbrei brauten, um ein zukunftsträchtiges Deutschland aus Europa wegzuzaubern, seit dem Tage, da die raubgierigen sogenannten Siegerstaaten einem ohnmächtigen und uneinigen deutschen Volk die Flügel beschnitten und ihm für immer die Freiheit zu nehmen gedachten, seit dem Tage, da man Europas Landkarte willkürlich änderte, da man mit Gewalt und Willkür einer schwach gewordenen Nation ewig blutende Wunden zu schlagen sich vornahm, seit damals schon ist Danzig ein Kuhhandelsobjekt der sogenannten großen europäischen Politik gewesen.

Daß Danzig im Jahre 1920 nicht überhaupt den Polen ausgeliefert wurde, daß ihm seine — wenn auch mit Einschränkungen belastete, so doch eigene — deutsche Selbständigkeit erhalten blieb, verdankt es nur einem Zufall und der nicht ganz selbstlosen Laune einiger englischer Politiker. Schon diejenigen, die am grünen Tisch jenen Zwergstaat Danzig schufen, — unter ihnen Richter über das Schicksal von vielen hunderttausend Deutschen, die nicht einmal die historischen und geographischen Kenntnisse vom Land an der Weichselmündung besaßen —, werden wahrscheinlich selbst gewußt haben, daß die Freie Stadt Danzig als das Ergebnis einer willkürlichen Kompromißformel nur eine vorübergehende, provisorische Erscheinung sein konnte. Denn Form und Inhalt der sogenannten Freien Stadt Danzig stimmten vom Tage des Entstehens bis heute niemals überein. Wenn von 1920 bis 1939 trotzdem die Katastrophe vermieden wurde, so ist das einesteils ein großer Glückszufall und andererseits ein Verdienst derjenigen Danziger Männer, einschließlich derer vor den Nationalsozialisten, die für den Kampf um die deutsche Position in Danzig alle Möglichkeiten ausnutzten, jeglichen Einsatz in geschickter Weise in die Waagschale warfen, um das unförmige Gebilde, sprich Freie Stadt Danzig, mit einem Inhalt auszufüllen, der eine Mischung war von Klugheit und Raffinesse, von deutschem Opferwillen und von Entsagung um höherer Interessen. Das alles geschah nur um zu retten. Denn der Sinn, den die Versailler Diktatoren der Existenz eines Danziger Stadtstaates unterschieben wollten, konnte nur der sein, Danzig einer zwangsläufigen Entwicklung bis zur Katastrophe auszuliefern, um sie Polen in die Hände zu spielen. Wenn die NSDAP. trotz aller formalen Widerstände ihren vorsätzlichen Weg bis zur Erreichung ihrer innerpolitischen Ziele erfolgreich beschritt, wenn aus einem demokratischen Verfassungsstaat ein autoritär geführter nationalsozialistischer Gau nach reichsdeutschem Vorbild außerhalb der Reichsgrenzen entstand, so ist das entgegen den Ansichten des Auslandes kein Beweis dafür, daß nunmehr die Begründung für die Rückgliederung eines bereits nationalsozialistischen Danzig in das nationalsozialistische großdeutsche Reich eingeschränkt oder gar entfallen ist. Wir wollen vielmehr mit dem Nachweis, daß das anormale Rechtsgebäude der Danziger Eigenstaatlichkeit sich als unzulänglich herausstellte und durch die Wirklichkeit als längst überholt gelten kann, unsere Forderung unterbauen, daß wie in diesem kleinen Abschnitt des gegenwärtigen Danziger Lebens die Gesamtlage der Freien Stadt infolge ihrer völligen Anormalität eine Revision geradezu erfordert.

Neben der juristischen und ökonomischen Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes sprechen jedoch vor allem auch völkische Notwendigkeiten für die Dringlichkeit der Eingliederung einer reindeutschen Stadt in ein Großdeutsches Reich des Grundsatzes, daß alle Deutschen eines zusammenhängenden und geschlossenen Raumes auch in ein gemeinsames Reich gehören. Die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht und der Hinweis, wie unwürdig es für ein 80 Millionenreich sein muß, 400 000 Menschen seiner Nationalität ohne eine hieb- und stichfeste Begründung außerhalb seiner Grenzen zu wissen, haben Überzeugungskraft genug, gegenüber allen auch nur anzubringenden Einwänden den kristallklaren und logischen deutschen moralischen und Rechtsanspruch zu erhärten.

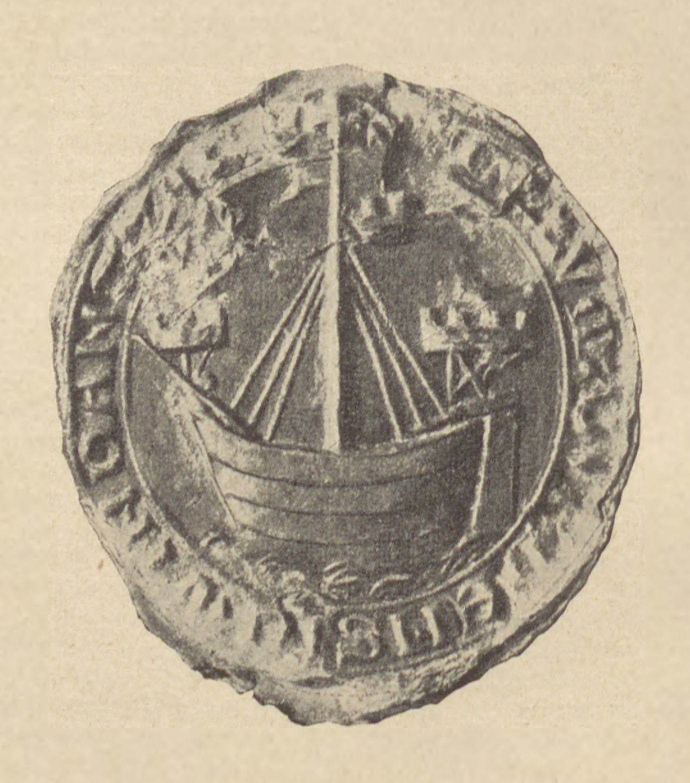
Die Linien der reichsdeutschen und Danziger Politik, seitdem diese von Nationalsozialisten verantwortet wurde, beweisen die Friedfertigkeit der deutschen Absichten mit der als beständig gedachten Verständigungspolitik gegenüber dem polnischen Nachbarn.

Als die NSDAP. im Jahre 1930, also noch vor der Machtübernahme im Reich und in Danzig unter der energischen und zielbewußten Führung des von Adolf Hitler nach Danzig entsandten Gauleiters Albert Forster, ihren politischen Weg bis zur Übernahme der Verantwortung zu beschreiten begann, stellte sie von vornherein die in der Danziger Bevölkerung schon immer vorhanden gewesene Losung: „Zurück zum Reich" als politische Zielsetzung auf. Diese an *keinen Termin*, wohl aber an die Erreichung des Ziels gebundene Forderung, war *ebenso* ein Element der nationalsozialistischen Politik *wie der ehrliche Wunsch, mit Polen für die Dauer in Frieden zu leben.* Die vom Führer bereits nach seinem Machtantritt eingeleitete Friedenspolitik mit seinem Nachbarn, legte der Freien Stadt Danzig die harte Verpflichtung auf, unter Verzicht auf die Fortsetzung der von den marxistischen und bürgerlichen Vorregierungen als Erbe übernommenen Danzig-polnischen Streitigkeiten und über die elementar vorhandenen Gegensätze und natürlicherweise auseinanderlaufenden Interessen hinweg, eine Zusammenarbeit mit Polen zu versuchen. Danzigs Verständigungspolitik mit Polen und der Zehnjahrespakt des Führers mit Pilsudski im Hintergrund, entsprangen dem ehrlichen und aufrichtigen Bemühen trotz der als historisch bekannten gegenseitigen Animosität der beiden Nationalitäten, trotz der seit der Schaffung des auch auf Kosten deutschen Besitzes neu entstandenen polnischen Staates datierenden ungelösten Probleme, die bis dahin mit der europäischen Nachkriegssituation verwachsenen chronischen deutsch-polnischen Spannungen durch ein positives, konstruktives Konzept, dem beiderseitig nüchterne, verstandsmäßige Überlegungen zu Grunde liegen sollten, zu neutralisieren. Der von Adolf Hitler so plötzlich herbeigeführte und für die Weltöffentlichkeit überraschende Stellungswechsel der alten deutschen Haltung gegenüber Polen, war eine Tat politischer Weisheit des Führers und die Realisierung des für die internationale Politik revolutionierend wirkenden Schrittes sollte mit aller Anständigkeit und Lauterkeit erfolgen. Das Vorhandensein berechtigter deutscher Forderungen an Polen ist deutscherseits nie bestritten worden. Die vorläufige Vertagung der ungelösten Probleme sollte nicht bedeuten, daß auf der Grundlage des befriedeten Verhältnisses zwischen Berlin und Warschau eine friedliche Klärung nicht hätte erfolgen sollen und können. Die gesamte nationalsozialistische Außenpolitik des Führers hatte von Anfang an die Zielsetzung, das Versailler Unrecht gutzumachen. Deshalb mußte es dem Partner der deutschen Außenpolitik, der Republik Polen, klar sein, daß ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis auf keinen Fall gleichzusetzen wäre mit einer Verewigung der unhaltbaren Grenzverhältnisse im deutschen Osten. Das Reich hat niemals verkündet, daß es mit seinem Freundschaftsangebot gleichzeitig auch die Garantie für die Erhaltung eines es selbst treffenden Unrechts abgibt. Die deutschen Ansprüche, wie sie in dem großzügigen Angebot des Führers an die Adresse Polens offiziell formuliert waren, sind nämlich keine imperialistischen Forderungen auf fremdes Territorium,

sondern sollen der Herstellung eines normalen Zustandes dienen, durch den erst die Gewähr einer dauernden, und nicht mehr vorübergehenden Befriedung geschaffen werden kann. Es ist eine vage durch nichts zu beweisende Behauptung, daß der Wunsch der Danziger, zum Reich zu gehören und das Wort des Führers, diesen Wunsch zu erfüllen, ein Ausdruck des sogenannten deutschen Machthungers und wieder einmal ein „typischer Fall deutscher Welteroberung" sein soll. Die jetzt von London und Paris vertretene Ansicht, Polens Bestand, würde durch die Zugehörigkeit Danzigs zum Reich gefährdet sein, ist ganz jungen Datums. Maßgebliche lebende englische und französische Politiker können zu Dutzenden als Kronzeugen zitiert werden, in welchem Umfang die europäische Stimmung für den deutschen Anspruch auf Danzig und den Korridor seit Jahren bereits vorbereitet war.

Erst mit dem Start der von England angeführten Einkreisungspolitik hat der lokalisierte Fall Danzig seine deutsch-polnische Begrenztheit verloren und ist nur als Mittel zum Zweck und nicht aus sachlicher Berechtigung zu einem Instrument der deutschfeindlichen Aktionen Englands gemacht worden.

Weil das Recht auf der Seite der Danziger liegt und weil das starke und mächtige Reich durch den Mund des Führers der deutschen Bevölkerung seine Unterstützung für die Erfüllung des Wunsches der Danziger zugesagt hat, lebt die Danziger Bevölkerung in der Gewißheit, daß die widersinnigen Grenzen fallen werden, auch schon deshalb, damit Danzig nicht mehr das Streitobjekt der internationalen Politik und einen Punkt der Gefährdung des Weltfriedens bilden kann. Die wahnsinnige Vorstellung polnischer Staatsmänner und Militärs, die Völker der Erde werden sich wegen unbegründeter polnischer Ansprüche auf Danzig in eine Katastrophe zwingen lassen, kann nicht als Realität gewertet werden, wenn die Weltgeschichte und die Lehren des letzten Krieges nicht ihren Sinn verlieren sollen.



Ernst Albert

Danzigs Wirtschaftskampf

Die Bilanz einer zwanzigjährigen Wirtschaftsgemeinschaft mit Polen

Wie alle anderen Teile der deutschen Bevölkerung Danzigs hat in jenen bitterschweren Monaten beim unglücklichen Ende des Weltkrieges auch die Danziger Wirtschaft ihre Stimme zu feierlichem Protest gegen die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reiche erhoben. Wie alle anderen Proteste ist auch dieser ohne Erfolg gewesen: im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist das deutsche Danzig ohne Befragung seiner Bevölkerung vom Deutschen Reiche durch den „Friedensvertrag" von Versailles abgetrennt worden. Ist es der Versuch gewesen, das dem ganzen deutschen Volke und insbesondere den 400 000 deutschen Danzigern durch diesen Willkürakt zugefügte Unrecht zu beschönigen, oder haben die für die Loslösung Danzigs vom deutschen Mutterlande Verantwortlichen tatsächlich geglaubt, das Rad der Geschichte um Jahrhunderte zurückdrehen zu können, als sie in ihrer Antwortnote an die deutsche Friedensdelegation vom 16. Juni 1919 unter Hinweis auf den Wohlstand Danzigs in der Hansezeit einem vom Deutschen Reich losgelösten und in enge Wirtschaftsbeziehungen zu Polen gesetzten Danzig eine neue, große Handelsblüte verhießen?

Es ist keine leichte Aufgabe für die Danziger Wirtschaft gewesen, die sich aus der Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich und damit durch die Ausgliederung Danzigs aus dem reichsdeutschen Wirtschaftskörper zwangsläufig ergebenden Folgerungen zu ziehen. So ehrlich der Wunsch der Danziger Wirtschaft war, trotz Versailles engste Beziehungen zur deutschen Wirtschaft auch weiterhin zu unterhalten, so aufrichtig war ihr Streben, den Aufgabenkreis, vor den die Danziger Wirtschaft durch das Diktat von Versailles gestellt worden war, voll und ganz zu erfüllen.

Danzigs Hafen und Handel glaubten in jenen ersten Nachkriegszeiten einen besonderen Optimismus vertreten zu können. Der Danziger Hafen sollte fortan Polens freier und sicherer Zugang zum Meere sein, sollte als Polens einziger freier Zugang zur See und damit zum Weltmarkt eine Monopolstellung im Rahmen des polnischen seewärtigen Außenhandels haben. Der Danziger Handel zögerte nicht einen Augenblick, seine ganze Kraft und Initiative dieser neuen Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Import- und Exportfirmen öffneten damals in Danzig ihre Büros, eine Reihe von Großbanken errichtete in Danzig Zweigniederlassungen: Danzig, vor Jahrhunderten die „Königin der Weichsel", war entschlossen, wiederum der Mittler zwischen Süd und Nord, Ost und West zu werden.

Schwieriger und komplizierter war die Lage der Danziger Industrie. Große staatliche Industriebetriebe, wie die Kaiserliche Werft, die Gewehrfabrik, die Eisenbahnhauptwerkstätte, die Artillerie-Reparaturwerkstätte, standen vor der Frage, was aus ihnen werden solle. Andere Industriebetriebe, die sich bis dahin weitgehender Auftragsunterstützung durch das Deutsche Reich zu erfreuen gehabt hatten, sorgten sich darum, ob nun der polnische Staat entsprechend als Auftraggeber in Erscheinung treten würde, sobald die Freie Stadt Danzig in die Zollgrenzen Polens einbezogen sein würde.

Auch die Danziger Industrie hat nicht gezögert, sich in weitem Umfange auf die neuen Verhältnisse umzustellen. Die Kaiserliche Werft wurde vor dem Tode der Verschrottung bewahrt, indem sie unter Beteiligung französischen, englischen, Danziger und polnischen Kapitals in eine

Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Räume der übrigen ehemals staatlichen Industrie wurden sehr bald von privaten gewerblichen Unternehmungen in Anspruch genommen. Gefördert durch die zunehmende Geldentwertung, stieg die Zahl der Industrie-Neugründungen in stärkster Weise. Unter dem Schutze des hochprotektionistischen polnischen Zolltarifs glaubte die junge Danziger Industrie, Polen mit hochwertigen Danziger Industrieerzeugnissen beliefern zu können, ein Streben, das die polnische Regierung zunächst dadurch förderte, daß Maschinenanlagen für derartige Danziger Industriebetriebe für gewisse Zeiträume zollfrei nach Danzig bezogen werden durften.

Während sich also Danzigs Hafen, Handel und Industrie zu großen Hoffnungen berechtigt glaubten, sah sich die Danziger Landwirtschaft durch die Loslösung Danzigs vom Deutschen Reich und seine Einbeziehung in die Zollgrenzen Polens in eine wenig hoffnungsvolle Lage versetzt. Die leistungsfähige Danziger Landwirtschaft, die bis dahin ihren Absatzmarkt im Deutschen Reiche gehabt hatte, war jetzt lediglich auf den Danziger Markt angewiesen, auf einen engen Absatzmarkt, der nunmehr durch das Agrarland Polen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu Preisen überschwemmt werden konnte, die unter den Gestehungskosten der Danziger Landwirtschaft lagen. So ballten sich von vornherein über der Danziger Landwirtschaft schwerste Sorgen zusammen.

In Ausführung des Warschauer Abkommens vom 24. Oktober 1921 fielen am 10. Januar 1922 die Zollgrenzen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen. Der polnische Zolltarif und die polnische Zollgesetzgebung waren damit auch für das Gebiet der Freien Stadt Danzig und seine deutsche Bevölkerung maßgebend geworden. Drei Monate später, am 1. April 1922, fielen die Beschränkungen im Warenverkehr zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen. Danzig lebte fortan in Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft mit Polen: Der Weg zu der „neuen, großen Handelsblüte" Danzigs war frei!

Seither sind nahezu zwei Jahrzehnte vergangen, eine kurze Zeit, gemessen mit dem Maßstab jahrhundertelanger Geschichte, und dennoch endlos lang für diejenigen, die auf die Erfüllung jener Verheißung der alliierten und assoziierten Mächte glaubten warten zu sollen. Die „neue Handelsblüte" Danzigs ist ausgeblieben. Seitdem Danzig vom deutschen Mutterland getrennt wurde, hat die Danziger Wirtschaft auf das schwerste um ihr Leben ringen müssen. Nur zu rasch wurde es der Danziger Wirtschaft klar, daß in zahllosen Fällen die Interessen und Zielsetzungen Polens andere waren als diejenigen der Freien Stadt Danzig und daß in solchen Situationen Polen um so eher auf eine Rücksichtnahme auf die anders gelagerten Voraussetzungen für die Arbeit der Danziger Wirtschaft zu verzichten bereit war, als die Einflußnahme des Staates auf das polnische Wirtschaftsleben sich zu einem eindeutigen „Etatismus" steigerte. Der polnische Staat übernahm die Lenkung des Außenhandels Polens. Auch die Danziger Wirtschaft hat sich hierauf einstellen müssen. Gewiß, eine jede Anlaufzeit im wirtschaftlichen bzw. wirtschaftspolitischen Aufbau eines jungen Staates birgt mancherlei Schwierigkeiten in sich, enthält eine gewisse Unstetigkeit und Unübersichtlichkeit auf dem Gebiete des Zolltarifwesens, der Ein- und Ausfuhrpolitik usw. Die Danziger Wirtschaft hat hierunter stark gelitten. Doch dies war schließlich nicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung der Danziger Wirtschaft seit ihrer Ausgliederung aus dem Wirtschaftsverbande des Deutschen Reiches, entscheidend war vielmehr die Frage, welche Haltung der polnische Staat der Danziger Wirtschaft gegenüber einnehmen würde. Der Kampf, den die Danziger Wirtschaft seit Einbeziehung der Freien Stadt Danzig in die Zollgrenzen Polens um ihre Existenzfähigkeit zu führen gezwungen war, gibt eine eindeutige Antwort hierauf.

Am schwersten ist um das Schicksal des Danziger Hafens gerungen wor-

den, dieses Hafens, der Polens einziger freier Zugang zum Meere sein sollte. Kaum ist der Schatten des Weltkrieges über Polen verflogen, kaum ist Polen ans Werk gegangen, seinen Außenhandel aufzubauen, um ihm als Hauptweg die Süd-Nord-Richtung zuzuweisen, da holt es bereits zu einem schweren Schlage gegen Danzig und seine Wirtschaft aus: vor den Toren Danzigs, in noch nicht 20 km Entfernung von der Einfahrt in den Danziger Hafen, errichtet Polen unter großen Schwierigkeiten einen eigenen Hafen: Gdingen. Nicht die Wirtschaft Polens hat den Wunsch gehabt, unter Aufbringung von Hunderten von Millionen Zloty in wirtschaftlich schwerster Zeit einen neuen Hafen zu erhalten, die Wirtschaft Polens fand im Danziger Hafen alles vor, was sie damals benötigte. Der polnische Staat war es, der unter geschickter Vermischung politischer und wirtschaftlicher Argumente dazu überging, den Staatshafen Gdingen zu erbauen, der polnische Staat war es, der die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel bedenkenlos einsetzte, um dem von ihm erbauten Staatshafen Gdingen so rasch als irgend möglich den ersten Platz im polnischen seewärtigen Warenverkehr zuzuweisen, der gleiche Staat, dem die alliierten und assoziierten Mächte zur Benutzung des Danziger Hafens als Polens „einzigem" freien Zugang zum Meere eine Fülle bedeutsamster Rechte übertragen hatten, dem andererseits bereits am 15. August 1921 durch den damaligen Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, den Engländer Sir Richard Haking, die Verpflichtung auferlegt wurde, vollen Gebrauch vom Danziger Hafen zu machen ("to make full use of the port of Danzig").

Es ist heute müßig, die Frage aufzuwerfen, welche Wege die polnische Außenhandelswirtschaft beschritten hätte, wenn der deutsch-polnische Zollkrieg im Jahre 1925 und namentlich der englische Bergarbeiterstreik im Jahre 1926 nicht ausgebrochen wären. Tatsache ist, daß Polen durch die systematische Lenkung seines Außenhandels es fertig bekommen hat, einen überraschend hohen Prozentsatz seines Außenhandelsverkehrs über die Seegrenze zu leiten. Tatsache ist ebenfalls, daß dank einseitiger Begünstigungspolitik zum Nachteile Danzigs der polnische Staatshafen Gdingen in von Jahr zu Jahr stärkerem Maße zu einer unverkennbaren Bedrohung des Danziger Hafens und der Danziger Wirtschaft wurde: das „Schwert von Gdingen", wie die polnische Presse den Hafen vor den Toren Danzigs bezeichnete, begann zu wirken.

Als im Mai 1930 die Danziger Regierung mit ihrem Klageantrag in Sachen Gdingen den Schutz des Völkerbundes anrief, um dem Danziger Hafen zu seinem Lebensrecht zu verhelfen, war der Danziger Hafen mit 69,2 v. H., der Gdinger Hafen mit 30,8 v. H. am seewärtigen Warenverkehr über die Danzig-polnische Seegrenze beteiligt. Drei Jahre hindurch hat der Rechtsstreit Danzig—Gdingen den Völkerbund beschäftigt, Gutachten über Gutachten wurden durch ihn angefordert und ihm erstattet, und das Ergebnis? Im Jahre 1933 betrug der Gesamtumschlag im Danziger Hafen 5,15 Millionen Tonnen, im Hafen von Gdingen dagegen bereits 6,10 Millionen Tonnen. Der polnische Staatshafen Gdingen hatte damit erstmalig den Danziger Hafen überholt! Während dem Danziger Hafen ein katastrophaler Niedergang vorbehalten war, wuchs der Hafen von Gdingen in seinem Verkehr von Jahr zu Jahr. Während geringwertige Massengüter das Bild der Struktur des seewärtigen Warenverkehrs über Danzig beherrschten, konzentrierte die polnische Regierung den Verkehr wertvoller Stückgüter im Hafen von Gdingen. Es konnte kein Zweifel mehr daran aufkommen: der Danziger Hafen war vom Handelshafen und Stapelplatz zum Speditionshafen für den Transitverkehr in erster Linie geringwertiger Massengüter abgestiegen, war nur noch der „Ergänzungshafen" für den polnischen Staatshafen Gdingen.

Auch dem Danziger Handel sind seit der Einbeziehung Danzigs in die Zollgrenzen Polens schwere Enttäuschungen

nicht erspart geblieben. Je stärker der polnische Staat seinen Einfluß auf den Umfang und die Zusammensetzung des polnischen Außenhandels geltend machte, um so enger wurde das Arbeitsfeld des Danziger Handels. Es mag im polnischen Interesse gelegen haben, mit Rücksicht auf die Handelsbilanz Polens die Einfuhr nach Polen zu reglementieren und zu kontingentieren, um andererseits durch Standardisierung die Ausfuhr aus Polen in ihrem Wert zu steigern, durch Gründung von zahlreichen Syndikaten die Organisation des Ausfuhrhandels in stärkerem Maße unter die Kontrolle des polnischen Staates zu bringen, für den Danziger Handel mußten alle derartigen Maßnahmen der polnischen Regierung immer wieder zu einer bedrohlichen Kürzung seines Aktionsradius werden. So konnte es nicht überraschen, daß nicht nur manche Inflationsgründungen, sondern auch zahlreiche der im Glauben an die Möglichkeit einer starken Aufwärtsentwicklung des Danziger Handels gegründeten ernsthaften Im- und Exportfirmen nur zu bald ihre Kontore wieder schlossen.

Die gleichen Enttäuschungen hat auch die Danziger Industrie erfahren. Großindustrielle Betriebe, die wie z. B. die Schiffsbauindustrie vor dem Kriege Tausende von Facharbeitern beschäftigt hatten, hatten in der Nachkriegszeit jahrelang größte Mühe, auch nur für einige hundert Arbeiter Aufträge zu beschaffen, da die ungünstige konjunkturelle Lage nicht unwesentlich dadurch verschärft wurde, daß der polnische Staat und die polnische Wirtschaft in keinem größeren Umfange als Auftraggeber in Erscheinung treten konnten oder wollten.

Doch auch die junge Danziger Industrie sah sich nur zu rasch in ihrem Optimismus getäuscht. Man hatte die Konsumstärke der Bevölkerung Polens in der ersten Nachkriegszeit erheblich überschätzt. Überdies trat der Wunsch und Wille der polnischen Regierung deutlich zu Tage, die eigene polnische Industrie soweit als irgend möglich zu fördern, eine Tendenz, die nach Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges im Sommer 1925 noch erheblich verstärkt wurde. Auch auf dem Gebiete der Industrie kannte die polnische Regierung nur zu bald ausschließlich die polnischen Interessen, auch wenn deren Wahrnehmung zum Nachteile für die Danziger Industrie werden mußte.

Aus der Fülle des Materials zu dieser Frage sei ein Beispiel an dieser Stelle herausgegriffen: In den ersten Nachkriegsjahren hatte sich in Danzig in den Räumen der früheren Gewehrfabrik eine sehr beachtliche tabakverarbeitende Industrie entwickelt, die für die Ausfuhr nach Polen und den Randstaaten tätig war. Die Errichtung des Tabakmonopols in Polen hatte die stärkste Heraufsetzung des Einfuhrzolls für Rohtabak, der nicht für Monopolbetriebe bestimmt war, zur Folge. Es blieb der Danziger Regierung nichts anderes übrig, als für das Gebiet der Freien Stadt Danzig ebenfalls ein Tabakmonopol zu errichten und sich lediglich auf die Herstellung der für das eigene Tabakmonopol erforderlichen Erzeugnisse zu beschränken. Die Tätigkeit der privaten Danziger Tabakindustrie hörte damit automatisch auf.

Einen schweren Stoß erhielt die Danziger Industrie, als Polen in Auswirkung des deutsch-polnischen Zollkrieges in den Jahren 1925 und 1926 sich zu einer Abwertung des Zloty, der im Jahre 1924 auf Goldbasis errichtet war, entschließen mußte. Die Danziger Wirtschaft im allgemeinen und die Danziger Industrie, die am polnischen Geschäft beteiligt waren, im besonderen haben in jenen Monaten Verluste erlitten, die von sachkundiger Seite damals auf nahezu 20 Millionen Danziger Goldgulden veranschlagt wurden.

Aus der Versteifung der politischen Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich seit dem Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges und der beträchtlichen Ausdehnung der polnischen Industrie ergaben sich immer neue Hemmnisse für die Danziger Industrie. Hatte die polnische Regierung in Würdigung der besonderen Lage und des besonderen Charakters der Danziger Industrie im Warschauer Abkommen vom 24. Oktober 1921 Danzig das Recht eingeräumt, zur Deckung des eigenen Bedarfs der Danziger Industrie, des Danziger Handwerks und der Danziger Land-

wirtschaft im Rahmen ihrer Produktionsfähigkeit ebenso wie zur Deckung des Bedarfs der Danziger Bevölkerung unabhängig von allen polnischen Einfuhrverboten die sogenannten Eigenbedarfskontingente aus dem Auslande zu beziehen, so ging Polen nunmehr dazu über, dieses für die Danziger Wirtschaft lebenswichtige Eigenrecht zu unterhöhlen. Zolltarifarische Maßnahmen wurden durch die polnische Regierung zu diesem Zwecke getroffen, man schreckte schließlich nicht mehr davon zurück, eine weitgehende Diffamierung Danziger Erzeugnisse einzuleiten, um alle Danziger Waren, die unter Benutzung von auf Eigenbedarfskontingent bezogenen Rohstoffen oder Halbfabrikaten hergestellt waren, als Schmuggelware in polnischen Geschäften zu beschlagnahmen. Sogar der Warschauer Rundfunk mußte gelegentlich dazu herhalten, die Bevölkerung Polens vor dem Bezug Danziger Erzeugnisse zu warnen. Eine derartige Boykotthetze mußte selbstredend zu schwerster Gefährdung der Existenz der Danziger Industrie werden. Lediglich aus dem Zwange der Verhältnisse heraus unterwarf sich ein Teil der Danziger Industrie den von der polnischen Regierung im Gebiet der Freien Stadt Danzig vertragswidrig eingeführten sogenannten „Zollkontrollen", die zu einer finanziellen Belastung dieser Danziger Betriebe wurden und überdies ganz offensichtlich eine besonders wirkungsvolle Form von Wirtschaftsspionage darstellten.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß dieses Vorgehen der polnischen Regierung zu einem unerträglichen Alpdruck für die Danziger Industrie wurde, deren Sorgen sich in dem Maße steigerten, in dem trotz aller vertraglichen Bestimmungen über die Danzig-polnische Wirtschaftsgemeinschaft immer neue Mauern zwischen der Danziger Industrie und dem polnischen Markt errichtet wurden.

Einzig und allein die Danziger Landwirtschaft hatte sich in der Beurteilung ihrer Aussichten seit der Loslösung Danzigs vom Deutschen Reiche nicht getäuscht. Die Danziger Landwirtschaft, die durch den Verlust des deutschen Absatzmarktes einerseits, durch die Konkurrenz der polnischen Landwirtschaft andererseits von vornherein schwersten Lebensbedingungen ausgesetzt war, rang von Jahr zu Jahr stärker um ihr Leben. Polen war nicht in der Lage, wertvolles Zuchtmaterial der Danziger Landwirtschaft abzunehmen, wohl aber ermöglichte der Fortfall der Danzig-polnischen Wirtschaftsgrenze der polnischen Landwirtschaft, sich den Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem Danziger Markt zu sichern. Weil die polnische Landwirtschaft mit wesentlich niedrigeren Löhnen zu arbeiten vermochte, weil sie mit erheblich geringeren sozialen Abgaben belastet war, in geringerem Maße auf den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen eingestellt war, konnten namentlich in der Zeit nach der Abwertung der Zloty-Währung die Gestehungskosten der polnischen Landwirtschaft beträchtlich niedriger sein als diejenigen der Danziger Landwirtschaft. Da überdies das Preisniveau für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Polen entsprechend der Konsumfähigkeit der Bevölkerung Polens außerordentlich niedrig war, bot Danzig als Absatzmarkt der polnischen Landwirtschaft einen besonderen Anreiz. So ergoß sich ein breiter Strom von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Polen nach Danzig und engte die Absatzfähigkeit von Erzeugnissen der Danziger Landwirtschaft in gefährlichstem Umfange ein. Angesichts dieser Situation war eine zunehmende Verschuldung der Danziger Landwirtschaft unausbleiblich. Eine Zwangsversteigerung nach der anderen war die Folge, unaufhörlich stieg die Notlage der Danziger Landwirtschaft.

Dies war die Entwicklung der Danziger Wirtschaft seit ihrer Einbeziehung in die Zollgrenzen Polens bis zum Ausgang des Jahres 1932. Von Jahr zu Jahr war die Sorgenlast der Danziger Wirtschaft gestiegen, von Jahr zu Jahr hatte das Gespenst der Arbeitslosigkeit sein Haupt höher gereckt, bis im Januar 1933 die Fieberkurve der Danziger Wirtschaft ihren Höhepunkt erreichte. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 410 000 Köpfen im Gebiet der Freien

Stadt Danzig waren am 31. Januar 1933 beim Landesarbeitsamt der Freien Stadt Danzig nicht weniger als 40 726 Arbeitslose gemeldet! So sah damals die „neue, große Handelsblüte“ aus, die die alliierten und assoziierten Mächte am 16. Juni 1919 einem vom Deutschen Reich losgelösten und in enge wirtschaftliche Beziehungen zu Polen gesetzten Danzig verheißen hatten!

Es hat schwerster Arbeit, stärkster Initiative und großer Opfer bedurft, eine Gesundung der Danziger Wirtschaft herbeizuführen. Die NSDAP., die am 20. Juni 1933 die Macht auch im Gebiet der Freien Stadt Danzig übernahm, hat diese Aufgabe mit ungeheurer Energie aus stärkstem Verantwortungsbewußtsein heraus angepackt. Die nationalsozialistische Regierung Danzigs hat keinen Augenblick gezögert, um auf allen den Gebieten, auf denen sie die Möglichkeit hierzu besaß, unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Danziger Wirtschaft wieder lebensfähig zu gestalten. Der Industrie und dem Gewerbe wurden umfangreiche öffentliche Aufträge erteilt, zur Rettung der Danziger Landwirtschaft wurde eine umfangreiche Entschuldungsaktion durchgeführt und darüber hinaus eine Marktregulierung vorgenommen, um durch eine gesunde Preispolitik die Arbeitsfähigkeit der Danziger Landwirtschaft aufrecht zu erhalten.

Doch dies allein konnte nicht ausreichend sein. Hat die Danziger Wirtschaft stets ein Interesse an der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft des Weichsellandes gezeigt, so hat dieses Interesse durch die Einbeziehung Danzigs in die Zollgrenzen Polens und die Errichtung einer Danzig-polnischen Wirtschaftsgemeinschaft zwangsläufig eine erhebliche Steigerung erfahren. Aus der Erkenntnis dieser Lage heraus hat die nationalsozialistische Regierung Danzigs nicht gezögert, den Versuch zu unternehmen, die in den vorangegangenen Jahren errichteten Hindernisse zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen zu beseitigen, und ist nicht davor zurückgeschreckt, zur Erreichung dieses Zieles auch große Opfer auf sich zu nehmen. Die Danzig-polnische Verständigungspolitik wurde angebahnt: Als erstes Problem wirtschaftlichen Charakters ist noch im Sommer 1933 die Frage nach der Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen angepackt und geregelt worden. Am 5. August 1933 bereits wurde zwischen Danzig und Polen ein Übereinkommen erzielt, für dessen Dauer Danzig seinen Rechtsanspruch auf „volle Ausnutzung“ des Danziger Hafens durch Polen auf sich beruhen läßt, um sich mit der Verpflichtung Polens zu begnügen, dem Danziger Hafen fortan die „gleiche Beteiligung“ an der seewärtigen Ein-, Aus- und Durchfuhr Polens unter Berücksichtigung von Quantität und Qualität der Ware sicherzustellen wie dem Hafen von Gdingen. In weiteren Verhandlungen, die am 18. September 1933 zur Unterzeichnung eines Protokolls in Warschau führten, sollte der Wettbewerb zwischen dem polnischen Staatshafen Gdingen und dem Danziger Hafen normalisiert werden, sollte darüber hinaus dem Danziger Hafen auch die Struktur seines seewärtigen Warenverkehrs gesichert werden. Zu diesem Zwecke verpflichtete sich die polnische Regierung, von 44 einzeln aufgezählten Warenarten, unter denen sich auch zahlreiche Stückgutwaren befanden, bestimmte jährliche Mindestmengen über den Danziger Hafen gehen zu lassen.

Schien so diese lebenswichtige Frage der Danziger Wirtschaft dank dem weitgehenden Entgegenkommen Danzigs eine einigermaßen befriedigende Lösung gefunden zu haben, so war es das Streben der Danziger Regierung, durch Verhandlungen mit Polen auch die in der vorangegangenen Zeit errichteten Hindernisse im Warenverkehr zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen zu beseitigen, um so der Danziger Industrie wieder einen stärkeren Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem polnischen Markt zu ermöglichen. Im Februar 1934 begannen diese Verhandlungen, ein halbes Jahr später konnten sie mit der Unterzeichnung einer Reihe von Wirtschafts-Übereinkommen beendet werden. Durch weitgehendes Entgegenkommen gegenüber polnischen Wünschen — u. a. verzichtete die Freie Stadt Danzig für

die Dauer des entsprechenden Abkommens auf die Inanspruchnahme der „Eigenbedarfskontingente" — war der **Weg zum polnischen Absatzmarkt für die Danziger Industrie** wieder geebnet worden, war zum Schutze der Danziger **Landwirtschaft** die Zufuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Polen auf die Mengen beschränkt worden, die zur Auffüllung der Spanne zwischen der Produktionsfähigkeit der Danziger Landwirtschaft und dem Konsumbedürfnis der Danziger Bevölkerung erforderlich waren.

Es steht außer Zweifel, daß durch diese direkte Verständigung zwischen Danzig und Polen eine Bereinigung der Atmosphäre herbeigeführt wurde, die beiden Teilen nur von Nutzen sein konnte. Leider wurde bereits im Sommer 1935 die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen einer **ernsten Belastung** ausgesetzt. Die Notwendigkeit für die Bank von Danzig, im Mai 1935 **eine Abwertung des Danziger Goldguldens** auf Parität mit dem Zloty vorzunehmen und zum Schutze der Danziger Währung vorübergehend eine Devisenbewirtschaftung einzurichten, veranlaßte Polen, der Danziger Regierung auf währungspolitischem Gebiet Vorschläge zu unterbreiten, die für Danzig unannehmbar waren.

Die Antwort der polnischen Regierung bestand in einer im Juli 1935 erlassenen Verordnung, derzufolge den Danziger Zollämtern die Genehmigung zur Abfertigung von für Polen bestimmten Einfuhrwaren entzogen wurde. Der Danziger Hafen stand damit in Gefahr, **aus der Einfuhr Polens vollständig ausgeschaltet** zu werden. In dieser außerordentlich ernsten Situation entschloß sich die Regierung der Freien Stadt Danzig dazu, am 1. August 1935 den **Staatsnotstand** zu erklären und eine Reihe von für die Danziger Bevölkerung lebenswichtigen Waren zollfrei in das Gebiet der Freien Stadt Danzig hereinzulassen. Eine Fühlungnahme zwischen Warschau und Berlin öffnete das Tor zu Danzig-polnischen Verhandlungen, die dieser Krise ein Ende machten.

Nichtdestoweniger haben sich immer wieder Schwierigkeiten für die Danziger Wirtschaft aus ihrer Zusammenarbeit mit Polen ergeben. Besonders die Entwicklung, die trotz der Abkommen aus dem Jahre 1933 der **Danziger Hafen** genommen hat, hat **Sorge und Beunruhigung der deutschen Wirtschaft Danzigs** ausgelöst. Mehr als ein Jahrfünft ist seit der Danzig-polnischen Hafenverständigung verflossen, ohne daß die Danzig versprochene „gleiche Beteiligung" am polnischen seewärtigen Warenverkehr zu verzeichnen ist. Im Gegenteil, sowohl **quantitäts-** als auch **qualitätsmäßig** ist diese **„gleiche Beteiligung" des Danziger Hafens ausgeblieben.** Wenn man feststellt, daß der seewärtige Warenverkehr über **Danzig** im Jahre 1938 insgesamt 7,1 Millionen Tonnen, derjenige über **Gdingen** dagegen 9,2 Millionen Tonnen umfaßt hat, so öffnet sich **mengenmäßig eine sehr beträchtliche Lücke** zum Nachteile des Danziger Hafens. Darüber hinaus zeigt die Statistik, daß ohne Rücksicht auf die dem Warschauer Protokoll vom 18. September 1933 beigegebene Warenliste **die Struktur des seewärtigen Warenverkehrs über Danzig** ununterbrochen **eine weitere Verschlechterung** erfahren hat. Namentlich die Einfuhr von **Stückgütern und Waren,** die dem Danziger **Handel** Gewinn-Möglichkeiten bieten könnten, ist auch weiterhin nach Gdingen abgelenkt worden, ohne daß die gesteigerte Einfuhr von geringwertigen Massengütern, wie Erzen und Schwefelkies — bei einer Gesamteinfuhr über den Danziger Hafen im Jahre 1938 in Höhe von 1,55 Millionen Tonnen entfielen allein auf die Einfuhr von Erzen und Schwefelkies 1,07 Millionen Tonnen! —, einen vollwertigen Ersatz zu bieten vermag.

Unter Zugrundelegung dieser statistischen Feststellungen ist die Danziger Wirtschaft immer stärker zu der Überzeugung gelangt, daß die polnische Regierung **ihre dem Danziger Hafen gegenüber eingegangene Verpflichtung nicht erfüllt** hat, und die Besorgnisse der Danziger Hafenwirtschaft sind um so berechtigter, als in den letzten Jahren eine immer deutlicher

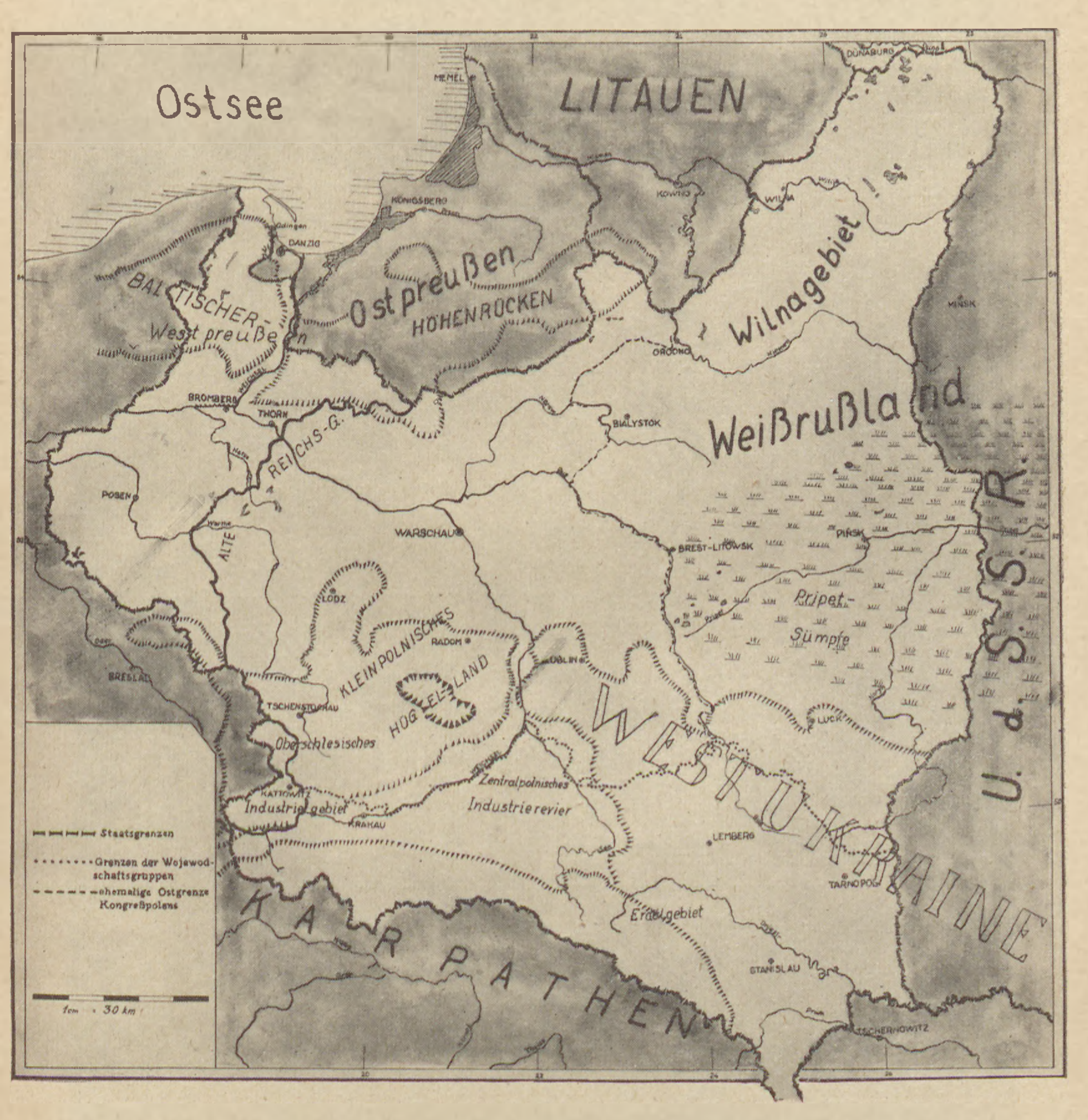
werdende Verdrängung deutsch-Danziger Firmen auf dem Gebiete der Schiffsmaklerei, der Spedition und des Handels durch polnische Firmen eingetreten ist

So ergibt sich aus der Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung Danzigs seit seiner Loslösung vom Deutschen Reich die eine Erkenntnis, daß es Polen in nahezu zwei Jahrzehnten nicht möglich gewesen ist, eine Brücke über die Verschiedenheiten der Danziger und der polnischen Volkswirtschaft zu schlagen. Trotz der Einbeziehung Danzigs in die Zollgrenzen Polens gemäß dem Diktat von Versailles ist es der polnischen Regierung nicht geglückt, einen gemeinsamen Nenner für die Interessen der Danziger und der polnischen Wirtschaft zu finden und damit eine Plattform zu schaffen, die der Danziger Wirtschaft einen ihrer Bedeutung und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Anteil am Wirtschaftsleben Polens sichergestellt hätte. Statt dessen hat die Danziger Wirtschaft zwei Jahrzehnte hindurch um ihre Existenz ringen müssen. Statt dessen hat die Danziger Regierung in Hunderten von Verhandlungen mit der Regierung der Republik Polen um die Lebensrechte der Danziger Wirtschaft und damit um die Aufrechterhaltung der Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit der Freien Stadt Danzig kämpfen müssen.

Wenn der Danziger Wirtschaft in den verflossenen beiden Jahrzehnten das bittere Schicksal eines völligen Zusammenbruchs erspart geblieben ist, so ist dies weder darauf zurückzuführen, daß Danzig am „Hauptwasserweg" Polens liegt, noch darauf, daß der „Haupteisenbahnverkehrsweg" Polens über Danzig führt. Der „Hauptwasserweg" Polens hat seine Bedeutung verloren, seitdem die polnische Regierung seine Verwaltung übernahm, der „Haupteisenbahnverkehrsweg" Polens führt über Danzig hinaus nach Gdingen, dem polnischen Staatshafen, der zu einem schweren Aderlaß für die Danziger Wirtschaft geworden ist. Im Gegenteil, die Tatsache, daß Polens Wirtschaftspolitik aus Zusammenhängen heraus, die hier nicht zur Erörterung stehen, von den vielfach anders gelagerten Interessen der Danziger Wirtschaft keine Kenntnis zu nehmen gewillt war, ist immer wieder der Ausgangspunkt für den Existenzkampf der Danziger Wirtschaft mit seinen schweren Auswirkungen auf die finanzpolitische Lage der Freien Stadt Danzig gewesen. Vor wenigen Wochen erst leuchtete erneut ein Fanal auf: Die Bank von Danzig hat bis auf weiteres den Transfer für den Zins- und Zahlungsdienst der Danziger Auslandsanleihen eingestellt. Die Gründe für diesen Schritt sind nach Überzeugung Danziger Wirtschafts- und Finanzkreise folgende: Das Devisenaufkommen der Danziger Wirtschaft sowohl aus dem Hafenumschlag als auch aus dem Export nach Polen ist immer geringer geworden. Der Waren-Wert des Danziger Hafenumschlages ist von 1476 Millionen Gulden im Jahre 1928 auf 375 Millionen Gulden im Jahre 1938 gesunken, während der Wert der über Gdingen umgeschlagenen Waren von 133 Millionen im Jahre 1929 auf 1183 Millionen im Jahre 1938 in die Höhe geschnellt ist. Die Danziger Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber Polen, die ohnehin wegen des starken Warenbezuges der Danziger Wirtschaft aus Polen passiv war, hat namentlich auch durch den Boykott gegen Danziger Waren eine bedrohliche Verschlechterung erfahren. Um den Ausfall von Einnahmen im Hafenumschlag und im Export nach Polen irgendwie ausgleichen zu können, zeigt sich die Danziger Wirtschaft bestrebt, andere Absatzmärkte zu erschließen. Die zu diesem Zwecke aus dem Zollauslande notwendig gewordenen Maschinen haben weitere Devisenausgaben erforderlich gemacht, so daß die Lücke der Danziger Devisenbilanz immer größer wurde. Um sie zu schließen und die Danziger Wirtschaft vor schweren Erschütterungen zu bewahren, hat sich die Bank von Danzig zur Einstellung des Transfers entschlossen.

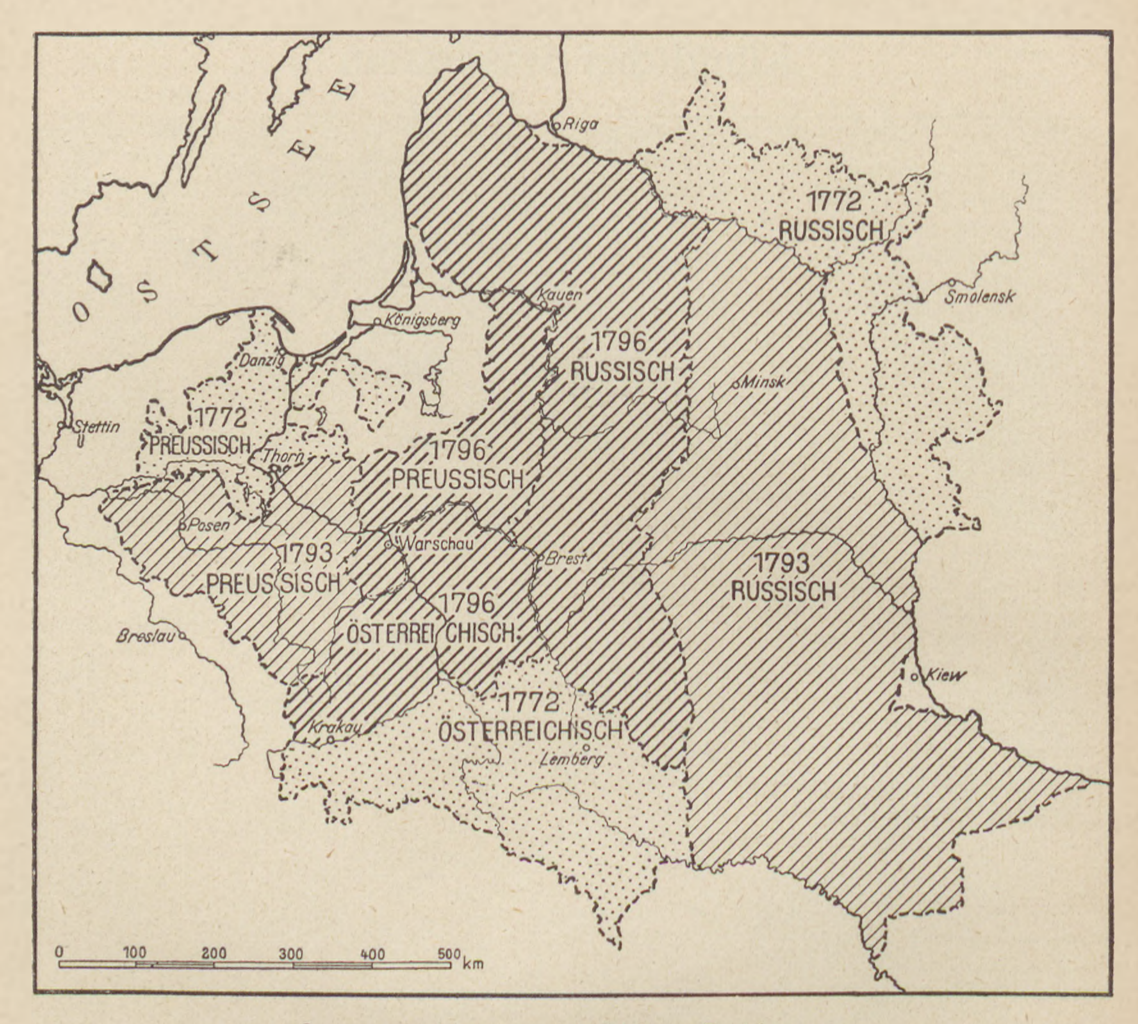
So sieht die Bilanz einer fast zwanzigjährigen „Wirtschaftsgemeinschaft" zwischen Danzig und Polen aus!

Künstlicher Staatsraum



Das heutige polnische Staatsgebiet

Der polnische Staatsraum ist ein künstliches Gebilde, dessen Grenzen fast überall willkürlich Landschafts- und Volksräume zerschneiden. Einzig im Süden scheint der polnische Staat im Karpatenkamm eine natürliche Landschaftsgrenze zu besitzen, aber auch dort wird ein Volksraum, der ukrainische, zerschnitten. In drei großen Keilen stößt Polen ohne Rücksicht auf ihre gewordenen und gewachsenen Zusammenhänge in die ihm benachbarten Landschaftsräume vor. Nach Nordwesten hat das Versailler Diktat den „Korridor" mitten durch die deutsche Provinz Westpreußen bis an einen schmalen Küstenstreifen vorgetrieben. Hier sind in Volks-, Kultur-, Verkehrs- und Wirtschaftsräumen die schwersten Zerreißungen entstanden; hier ist durch die Trennung der Gebiete des Deutschen Reiches eine der unhaltbarsten Lagen geschaffen. Der zweite Keil ist in den Nordosten, den Siedlungsraum der Weißrussen und Litauer, in das westrussische Hügelland, vorgestoßen. Die Folge war ein ewiger Kriegszustand mit Litauen, eine ge-



Kartenbild der polnischen Teilungen

schlossene Grenze und getrennte Volkstümer. Der dritte Keil schiebt sich im Südwesten über die West-Ukraine hinweg, schneidet aus der podolischen Hochflächenlandschaft einen beliebigen Sektor heraus, und teilt den Volksraum des Ukrainertums unter vier Staaten auf.

Die schärfste Ausprägung des anorganischen, polnischen Staatsaufbaues bilden die auf das allerdeutlichste in jedem Landschaftsbild, jeder Karte, jeder Statistik grell ins Auge springenden Kulturgrenzen innerhalb Polens. Sie decken sich mit den bis 1914 bestehenden Grenzen der drei Teilungsmächte, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Rußland, und entsprechen den Grenzen der drei polnischen Wojewodschaftsgruppen. An der alten Reichsgrenze zwischen Posen und Kongreßpolen stehen wir heute, noch nach zwanzig Jahren „ausgleichender" polnischer Herrschaft, an einer der am tiefsten und eindrucksvollsten geprägten Kulturgrenzen Europas.

Die Grenzen der Teilungszeit sind heute Landmarken, die eine noch so emsige polnische Nivellierungstaktik nicht verwischen konnte. An ihnen wird die innere Berechtigung und der geschichtliche Sinn der sogenannten polnischen Teilungen offenbar. Polen ist ein Land der Teilgebiete, und keine noch so drakonische Staatsgewalt wird diesen Charakter der polnischen Landschaftsräume unterdrücken können. Die Grenzen des neuen, heutigen polnischen Staates sind entweder von Haß gezogen, oder als Kompromißlösungen geduldet worden. Sie umreißen kein gewachsenes Landschaftsgefüge, sondern eine Vielzahl von nach Osten, Westen, Süden und Norden — immer von der polnischen Mitte abgewandten Räumen.



Alte Speicher in Danzig



Erich Keyser

Danzigs deutsche Geschichte

„Danzig ist eine deutsche Stadt, und sie will zu Deutschland." Diese Worte, die der Führer in seiner Rede vor dem deutschen Reichstag am 28. April 1939 gesprochen hat, kennzeichnen Danzigs Wollen und Streben. Danzig ist eine deutsche Stadt, nicht nur heute, sondern immer gewesen. Es ist nicht nötig, den Danzigern selbst diese Tatsache zu erläutern und zu begründen. Auch das gesamte deutsche Volk ist, wenn es nicht schon vorher Danzig kennengelernt und von seinem Deutschtum sich überzeugt hatte, jetzt durch den Führer selbst über die deutsche Eigenart der Stadt an der Weichselmündung belehrt worden. Nur das Ausland vermag sich schwer zu dieser Erkenntnis durchzuringen, da das Gegenteil von polnischer Seite seit Jahren und gegenwärtig lauter als zuvor behauptet wird. Maßgebende polnische Politiker und weiteste Kreise des polnischen Volkes sind sogar nicht bereit, mit dem Bestehen der „Freien Stadt Danzig" sich abzufinden, sondern sie verlangen die Einverleibung Danzigs in den polnischen Staat, weil sie überzeugt sind, daß Danzig seit jeher eine polnische Stadt gewesen ist und nur gelegentlich dem polnischen Volkstum entfremdet wurde. Solchen Äußerungen gegenüber muß daher auf das lebhafteste die geschichtliche Wahrheit betont werden, die in jeder Hinsicht das Anrecht des deutschen Volkes auf den Besitz Danzigs und der Weichselmündung rechtfertigt. Aus der Entwicklung der Stadt müssen ihre Lebensgesetze abgeleitet werden.

Schon der Name Danzigs ist ein Zeugnis für die ursprüngliche Zugehörigkeit des Danziger Landes zum deutschen Volksboden. Denn er geht auf die Bezeichnung des Landes an der Danziger Bucht zur Zeit der Goten, „Gothiskandza", zurück und bedeutet das Land, die Küste der Goten; sie ist durch den Geschichtsschreiber der Goten, Jordanes, im 6. Jahrhundert überliefert. In der Tat haben die Goten lange Jahrhunderte im Weichselland gewohnt, wie auch römische und griechische Schriftsteller berichten. Zahlreiche Bodenfunde an Waffen, Schmuck und häuslichem Gerät bekunden ihre Ausbreitung stromaufwärts in das Innere des heutigen Polen hinein. Das Danziger Land ist somit die Urheimat der Vorfahren eines Alarich und Theoderich. Die Goten und die ihnen stammesverwandten Gepiden und Rugier waren aber nur die letzten der germanischen Stämme, die im Gebiet an der Weichselmündung gesiedelt haben. Denn bereits die ersten Grundlagen bäuerlicher Kultur gehen auf nordisch-germanische Kulturträger zurück; sie sind seit der jüngeren Steinzeit nachweisbar und haben das Weichselland zu einem Jahrtausende alten, unabtrennbaren Bestandteil des indogermanisch-germanisch-deutschen Kulturkreises gemacht. Ihre späten Nachfolger waren die Wikinger, die um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung von der Danziger Bucht aus die Weichsel aufwärts fuhren, von der aus sie Handelsplätze und Herrschaftssitze anlegten und die gesamten Länder zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere ihrem Einfluß unterstellt haben. Es geschah dies in jenen Jahrhunderten, in denen bereits das Volk der Goten durch unbesonnene, ununterbrochene Auswanderung seiner Jugend in die fernen Länder des Südens und durch Geburtenrückgang dahingeschwunden war. Seine letzten Reste sahen sich durch Arbeitermangel gezwungen, fremdvölkische Hilfskräfte zuzulassen. So kamen von Osten her die Pruszen, die der baltischen Völkergruppe zugehören, an die Weichsel, von Süden und Westen her die Pomoranen, ein Teil des wendischen Volkes. Weder die einen noch die anderen haben zur kulturellen

Entwicklung beigetragen. Vielmehr setzte ein neuer Abschnitt in der bewegten Geschichte des Weichsellandes erst ein, als mit dem Zug des deutschen Volkes nach dem Osten deutsche Seefahrer, Kaufleute, Bauern und Ritter seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die Weichselmündung erreichten. Wiederum war Danzig, wie zur Zeit der Goten, der Vorort dieser Bewegung.

Unweit der Stelle, an der die Mottlau in die Weichsel einmündet, befand sich die Burg der Fürsten des Danziger Landes. Nachdem sie das gesamte Gebiet auf dem rechten Ufer der Weichsel, ungefähr im Umfang des heutigen Weichselkorridors, ihrer Herrschaft unterworfen hatten, nannten sie sich Herzöge von Pommerellen. Gleichviel, ob sie pomoranischer oder wikingischer Abkunft waren, förderten sie die Niederlassung der Deutschen, da sie sich durch ihre Arbeit reichen Gewinn für sich selbst und ihre Untertanen versprachen. So wurde Danzig zum Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Erschließung des Weichsellandes durch die Deutschen. Die ersten deutschen Fernhändler ließen sich auf dem Markt der pomoranischen Burggemeinde neben der Burg nieder. Als Handel und Verkehr erfolgreich zunahmen, gründeten sie an dem Übergang eines alten Landweges von der Danziger Höhe über die Mottlau zur Niederung und Nehrung eine neue, rein deutsche Marktsiedlung. Sie ist um 1224 zuerst nachweisbar und erhielt in den folgenden Jahren, wahrscheinlich um 1240, durch den Herzog Swantopolk deutsches Stadtrecht und die Befugnis zur Erweiterung der anfänglichen Wohnstätten. So entstand neben dem Langen Markte die Rechtstadt mit der Pfarrkirche der Deutschen, die wie in anderen Hansestädten der Jungfrau Maria geweiht war. Denn diese deutsche Stadt Danzig gehört ihrem Ursprung und ihrer Bestimmung nach dem Kreis jener Städte an, die im 13. Jahrhundert an der südlichen Küste der Ostsee zwischen Lübeck und Reval als Heimstätte deutschen Gewerbefleißes und Umschlagsplatz im Warenaustausch zwischen den Rohstoffen Osteuropas und den gewerblichen Erzeugnissen Westeuropas begründet wurden. Die Danziger Bürgerschaft hat sich dieser wirtschaftlichen und kulturpolitischen Aufgabe sogleich eifrig gewidmet. Ihre Betätigung wurde zwar bald dadurch beeinträchtigt, daß in den gleichen Jahren der Deutsche Ritterorden auf dem rechten Ufer der Weichsel von Thorn über Kulm, Graudenz und Elbing ein mächtiges Staatswesen zu errichten begann. Aber da auch die Schiffe, die von der Ostsee her Elbing oder Thorn anliefen, die Mündung der Weichsel bei Danzig durchfahren mußten, behielt die deutsche Stadt an der Mottlau ihren Vorrang.

Das ihr zugebilligte Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung bewirkte, daß der sie nach außen und innen vertretende Rat nur Männer deutscher Art und Zunge zum Bürgerrecht zuließ. Da nur der Bürger Grundbesitz erwerben, Handel treiben, ein Handwerk ausüben durfte und er allein politische Rechte besaß, war die gesamte Entwicklung der Stadtgemeinde für alle Zukunft der Leistungsfähigkeit der deutschen Einwanderer anheimgestellt. Sie kamen in den ersten Jahrhunderten der Stadtgeschichte aus Niederdeutschland, später, wie es sich aus den seit der Mitte des 14. Jahrhunderts noch vorhandenen Bürgerbüchern nachweisen läßt, auch aus Schlesien, Obersachsen und Thüringen und zunehmend aus dem gesamten neuen Siedelland zwischen der Oder und der Memel. Aus zahlreichen Dörfern und Städten des Preußenlandes begaben sich tatbereite Männer, oft mit ihren Familien, in die immer mehr aufstrebende und bald alle anderen Städte überflügelnde Stadt an der Weichselmündung. Sie zählte schon am Ende des 14. Jahrhunderts über 10 000 und am Anfang des 15. Jahrhunderts sogar 20 000 Einwohner und gehörte damit zu den größten Städten in ganz Deutschland.

Die Entwicklung der Stadt Danzig hatte zunächst unter den politischen Ereignissen zu leiden, die das Weichselland betrafen. Bereits in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung waren ihre Landesherren in heftige Kämpfe mit den ihnen verwandten Teilfürsten von Pom-



Danziger Bürger in Waffen, der den Treueid leistet
(18. Jahrhundert)

merellen, aber auch mit dem Deutschen Orden und den Herzögen von Polen verwickelt. Polen versuchte mehrfach gewaltsam, der Gebiete an der unteren Weichsel sich zu bemächtigen. Selbst der Papst trat gegen diese Übergriffe ein. Als im Jahre 1271 wiederum ein Bürgerkrieg im Land tobte, rückten polnische Heere bis vor Danzig vor. Die Danziger Bürgerschaft unterstellte sich der Hoheit der Markgrafen von Brandenburg. Gleichzeitig versuchte der Deutsche Orden, sich Rechte in und über Danzig zu verschaffen. Die auf den Erwerb der Stadt gerichteten Bemühungen dieser deutschen Landesherren waren zunächst ohne Erfolg. Sie traten sogar, nachdem die Herzöge von Pommerellen mit Mestwin II. im Jahre 1294 ausgestorben waren, in dem nun ausbrechenden Erbfolgekrieg gegeneinander als Bewerber um die Herrschaft in Danzig auf; neben ihnen erschienen wiederum die Polen und auch die Könige von Böhmen auf dem Kampffeld. Der Orden errang schließlich den Sieg. Die Böhmen und die Brandenburger sowie andere erbberechtigte Fürsten traten ihm ihre Ansprüche ab; die Polen, selbst ohne Anrecht, waren machtlos. König Kasimir von Polen hat noch 1343 den Orden feierlich als Herrn des Weichsellandes anerkannt, das dieser selbst schon seit 1308 in Händen hatte.

Genau hundert Jahre währte der Frieden. Die Rechtstadt dehnte sich nach allen Seiten aus; neben ihr entstand die Neustadt mit der Johanniskirche, die Vorstadt mit der Kirche Peter und Paul, als selbständige Stadtgemeinde die Altstadt um St. Katharinen und an der Weichsel die Jungstadt auf dem Gelände der heutigen Werften. Am Langen Markt entstand das Rathaus der Rechtstadt; nicht weit von ihm wurde die Marienkirche zunächst in Form einer Basilika erbaut und einige Jahrzehnte darauf zur Hallenkirche umgestaltet. Der Artushof wurde als Börse und Stätte der bürgerlichen Geselligkeit begründet. Starke Mauern und zahlreiche Türme und Tore umgaben die Stadt. Der Deutsche Orden errichtete unter der Leitung des damaligen Danziger Komturs, des späteren Hochmeisters Winrich von Kniprode an der Stelle der früheren Herzogsburg eine gewaltige neue Burganlage. Der Danziger Handel reichte nach Kauen in Litauen, nach Riga und Reval in Livland, nach Jütland und Finnland, durch den dänischen Sund nach Gotland und Flandern, nach England und Frankreich. Im Bunde der Deutschen Hanse nahm Danzig an den Kämpfen gegen Dänemark und gegen die Seeräuber in Wisby teil. Seine Ratsherren besuchten die Hansetage in Lübeck und die Ständetage in Marienburg. Der Landesherr, der Hochmeister des Deutschen Ordens, räumte der Stadt weitgehende Freiheit in der Gestaltung ihres Stadtbildes und ihrer Verfassung, ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ein.

Dieses erste Jahrhundert des Friedens wurde abgelöst durch fünf Jahrzehnte inneren Ringens und äußerer Bedrohung. Das polnische Reich, seit 1386 mit Litauen vereinigt, rüstete zum Kriege gegen den Orden. Der Orden erlitt in der Schlacht bei Tannenberg 1410 durch den Verrat seines Adels eine empfindliche Niederlage; er schien vernichtet zu sein; König Jagiello durchzog als Sieger das Land. Sein Plan, die Grenzen seines Reiches bis an die Küste der Ostsee auszudehnen, scheiterte jedoch schon bald an dem Widerstand, den diesem der Verteidiger der Marienburg, Heinrich von Plauen, entgegensetzte, und an der Unfähigkeit und Unfertigkeit seines Staatswesens. Der Orden war seitdem bemüht, die Kräfte seines Reiches straffer zusammenzufassen; er engte die Freiheiten und Rechte der Städte ein. Diese beschlossen im Bunde mit dem Landadel und den Bischöfen und Äbten, nachdem sie einmal die innere Schwäche des Ordens gespürt hatten, ihr Schicksal künftig allein zu meistern. Der Preußische Bund, an dem Danzig führend beteiligt war, wollte das Weichselland gegen Bedrückung durch den Orden wie gegen äußere Gefahren schützen. Der Orden, schlecht geführt und beraten, widersetzte sich dem Verlangen der Stände nach Beteiligung an der Landesregierung. In die Kämpfe der Stände gegen den Hochmeister mischte sich wiederum Polen ein. Im Frieden von Thorn 1466 wurden die Stände im Weichsellande und im Ermlande als



Ständestaat anerkannt; er war vom Orden, der auf die Gebiete um Königsberg und Marienwerder beschränkt blieb, unabhängig und nur durch lockere Personalunion mit der Krone Polens verbunden. Der jeweilige König von Polen sollte, wenn er die Rechte und Freiheiten der Stände beschworen hatte, von ihnen als Schutzherr anerkannt werden. Kaiser und Fürsten des Deutschen Reiches hatten ihnen ihren Beistand versagt. Die Schwäche des Reiches ließ die politische Zerspaltung des Preußenlandes, die erneute Schaffung eines Weichselkorridors zu.

Die deutsche Stadt Danzig hatte dem Bruch mit dem Orden lange widerstrebt. Als er wegen der unlösbaren Spannungen zwischen Ständen und Hochmeister unvermeidbar geworden war, übernahm sie die Führung der weichselländischen Städte. Sie ließ sich, vorsichtig und durch Erfahrungen gewitzigt, durch den König Kasimir von Polen ausdrücklich ihre volle politische Selbständigkeit bestätigen. Die Stadt übte fortan 3½ Jahrhunderte unumschränkt ihre Wehrhoheit, Gerichtsbarkeit, innere Verwaltung, diplomatische Vertretung gegenüber dem Auslande, Verfügung über Hafen und Zölle sowie alle anderen Rechte aus, die einem politischen Gemeinwesen damals zukamen. Die Personalunion mit der Krone Polens wirkte sich nur dahin aus, daß der jeweilige König, nachdem er ihre Selbständigkeit bestätigt hatte, als Schutzherr Danzigs beschränkte und belanglose Ehrenrechte empfing, einige tausend Gulden aus dem Stadtsäckel, gastfreien Aufenthalt in der Stadt für drei Tage mit seinem Gefolge, aber ohne Militär. Trotz mehrfach geäußerten Wunsches wurde ihm keine Residenz zugebilligt; die Ordensburg, die schon Kasimir verlangte, wurde von den Bürgern abgebrochen, damit sie nicht zur polnischen Zwingfeste würde. Der polnische König hat selbst einen eigenen Speicher, in dem das für ihn über Danzig zu versendende Getreide lagern

sollte, erst nach jahrhundertelangen, vergeblichen Bemühungen eingeräumt erhalten. Eine Einwirkung des polnischen Staates auf die Danziger Verhältnisse war von vorneherein ausgeschlossen; aber auch eine Einmischung des Königs war nur möglich, wenn ein Teil der Bürger ihn gegen den anderen zu Hilfe oder als Schiedsrichter herbeirief. Es ist stets zum Schaden Danzigs geschehen, wie damals, als der König auf Wunsch einer kleinen, regierenden Minderheit die Einführung der Reformation blutig unterdrückte. Sie ist trotzdem wenige Jahre darauf in der Stadt zur Durchführung gelangt. Danzig wurde sogar der wichtigste Vorposten der reformatorischen Bewegung im deutschen Osten und damit zum erfolgreichen Widersacher aller gegenreformatorischen, jesuitischen und deutschfeindlichen Mächte im deutschen Nordosten; wurde doch letztlich der Kampf für die Lehre Luthers gleichzeitig zum Kampf für das Deutschtum. Das in Danzig 1558 errichtete akademische Gymnasium war lange gleich der Universität in Königsberg die Trutzburg deutscher Forschung und Gelehrsamkeit in den Auseinandersetzungen deutschen und fremdvölkischen Geistes nicht nur im Weichselland, sondern auch in ganz Polen und im Baltenlande. In Danzigs Mauern strömten namhafte Künstler, Dichter und Musiker zusammen, als, wie im Dreißigjährigen Kriege, die Flammen des Krieges überall aufloderten. Die prachtvollen Bauten im Stil der niederdeutschen und niederländischen Renaissance und des Barocks, das Grüne Tor, das Hohe Tor, das Langgasser Tor, das Altstädtische Rathaus, das Große Zeughaus und zahlreiche Bürgerhäuser, zeugen mit ihrer kunstvollen Einrichtung von dem Geschmack und dem Reichtum der Danziger Bürgerschaft.

Danzig war mit 50 000, um die Mitte des 17. Jahrhunderts sogar mit 70 000 Einwohnern wiederum eine der größten deutschen Städte. Es war immer noch ausschließlich von Deutschen bewohnt. Die Fremden, die Engländer, die Litauer, die Polen, galten nur als „Gäste"; sie waren den Bürgern in keiner Weise gleichberechtigt; sie durften sogar nach dem damals geltenden hansischen Gästerecht auch miteinander nur durch Vermittlung eines Danziger deutschen Kaufmannes ihre Handelsgeschäfte abschließen. Die ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts waren nach der Ordenszeit die zweite Blütezeit der Danziger Wirtschaft und Kultur. Ihre Leistungen wurzelten in der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung über ihr Schicksal.

Diese Freiheit wurde zwar immer öfter bedroht. Der polnische Staat erstrebte mehrmals die Unterwerfung der Stadt unter seine Herrschaft. Der polnische Reichstag zu Lublin verkündete 1569 die Eingliederung des preußischen Ständestaates in das polnische Reich. Die Stände widersprachen. Bürgermeister und Ratsherren von Danzig wurden von den Polen eingekerkert. Ein Teil des Landadels und die katholische, damals deutschfeindliche Geistlichkeit übten wiederum Verrat. Ein großer Teil des Weichsellandes kam unter polnische Verwaltung. Nur die Städte und die ausgedehnten deutschen Bauernsiedlungen an der Weichsel widersetzten sich der Verpolung. Danzig übernahm die Führung in diesen Kämpfen. Als der polnische König Stephan Bathory 1577 die Stadt mit seinem, leider zum Teil aus deutschen Hilfstruppen bestehenden Heer einschloß, war die Bürgerschaft zu jedem Opfer bereit.

> „O Danzig, halt dich feste, du weit berühmte Stadt. — Der Feind will dich vexieren, drum tu nicht mehr traktieren und faß eines Mannes Mut. — Dem Feind tu widerstreben, laß dich nicht weiter ein."

So sang ein Deutscher jener Tage. Das Heer des polnischen Königs erlitt eine schwere Niederlage und mußte abziehen. Die Freiheit der Stadt war gerettet. Polen vermochte fortan nicht mehr Entscheidendes gegen Danzig zu unternehmen, obwohl die Versuche, die Einheit der Bürgerschaft zu unterhöhlen, den Jesuiten Eingang zu verschaffen und die Rechte der Polen in Danzig zu vermehren, nicht aufhörten. Nur wurde die Stadt sehr zu ihrem Schaden in Kriege verwickelt, die zwischen



Danzig: Kundgebung der Danziger Bevölkerung am 23. März 1919 am Hohen Tor (Stockturm) für das Verbleiben Danzigs und der Provinz Westpreußen bei Preußen und dem Deutschen Reich

Polen und Schweden, später auch zwischen Brandenburg-Preußen, Rußland und Frankreich um die Herrschaft im Weichsellande ausbrachen. Mit Mühe wurde die Neutralität aufrechterhalten und damit die „Freiheit" gesichert.

Empfindlich machte der Mangel des Schutzes durch einen mächtigen deutschen Staat sich bemerkbar. Der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm von Brandenburg, auch sein Sohn, König Friedrich I., versuchten zwar gelegentlich, ihren Einfluß geltend zu machen. Aber erst mußte der preußische Staat sich den Rücken decken gegen Frankreich und Habsburg, ehe er das Erbe des Deutschen Ordens im Weichsellande antreten konnte. Nur der Restteil des Ordensstaates, der seit 1525 unter dem letzten Hochmeister, dem Markgrafen Albrecht von Hohenzollern, zum weltlichen Herzogtum umgebildet wurde, war seit 1618 mit den Besitzungen der Hohenzollern in der Kurmark unter einer Herrschaft vereinigt. Der Friede zu Oliva, der 1660 in dem Danzig benachbarten Kloster geschlossen wurde, sicherte dem Großen Kurfürsten die Souveränität über das herzogliche Preußen zu und gestattete ihm und seinen Nachfolgern, von Königsberg aus und später auch von Stettin den Vormarsch an die Weichsel anzutreten; aber erst Friedrich dem Großen war der Erfolg beschieden. Durch friedliche Vereinbarung mit Österreich und Rußland gewann er 1772 das deutsche Weichselland und stellte damit die natürliche und geschichtlich gewordene, erst durch den Eingriff Polens gewaltsam zerstörte Einheit des Preußenlandes von Elbing bis nach Bromberg und von Memel bis nach Lauenburg und Bütow wieder her. Nur die beiden großen Städte Danzig und Thorn mit ihren Landgebieten wurden auf Betreiben Englands und Rußlands von dieser Regelung zunächst ausgenommen und erst 1793 dem preußischen Staate einge-

gliedert und dadurch mit ihrem eigentlichen Hinterland verbunden. Die Förderung der Landwirtschaft und des bürgerlichen Gewerbefleißes durch die preußische Regierung hob sogleich Handel und Verkehr. Die Bevölkerung vermehrte sich. Kunst und Wissenschaft wurden erneut gepflegt. Damals hat Fichte einige Jahre in der Nähe Danzigs gewirkt, Arthur Schopenhauer wurde in der Stadt selbst geboren; auch Johann Daniel Falk wuchs dort auf, der Dichter des Liedes: „O du fröhliche Weihnachtszeit."

Wiederum wurde aber bald darauf von außen her die ruhige Entwicklung unterbrochen. Napoleon verfügte im Frieden zu Tilsit 1807 die Abtrennung Danzigs vom preußischen Staate und erklärte es zu einer nur scheinbar „Freien Stadt". Französische Generale und Beamte plünderten die Bürgerschaft aus; zwei Belagerungen, 1807 und 1813, zerstörten zahlreiche Bauwerke. Verarmt und zugrunde gerichtet kehrte Danzig erst 1814 in den Verband des preußischen Staates zurück. Erneut war die Einheit des Preußenlandes wiederhergestellt; denn auch Thorn und das Kulmerland hatte der Korse zeitweilig Preußen entrissen. Nur eins hatte er trotz aller Feindschaft nicht getan: er hatte das Bindeglied zwischen Ostpreußen und Pommern, Pommerellen, dem preußischen Staate belassen; er hatte nicht einen Weichselkorridor zwischen Polen und der Ostsee geschaffen.

Danzig wurde die Hauptstadt der wieder neu begründeten Provinz Westpreußen; es wurde nicht nur zum Sitz zahlreicher Behörden und einer starken Garnison. Es wurde auch, nachdem die Schäden der Franzosenzeit überwunden waren, wieder der wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt des deutschen Weichsellandes. Denn auch in ihm hatte in den Jahrhunderten polnischer Gewaltherrschaft das Deutschtum nicht ausgerottet werden können. Die preußische Regierung hat im 19. Jahrhundert die westpreußische Land- und Forstwirtschaft, das Gewerbe in den kleinen Städten, die Industrie in den größeren Städten, wie in Elbing, Graudenz, Thorn und vor allem in Danzig selbst, tatkräftig gefördert. Werften entstanden, auf denen Schiffe der deutschen Handelsmarine und der Kriegsflotte gebaut wurden; Zuckerraffinerien, Mühlen, Anlagen der Verkehrs- und Holzindustrie dienten der Ausnutzung der Erzeugnisse des Bodens. Obwohl die russische Zollpolitik die Ausfuhr aus Polen nach Danzig erschwerte, stieg der Umsatz im Danziger Hafen zu der gleichen Höhe an, die er einst im 16. und 17. Jahrhundert gehabt hatte. Mit seinem Hinterland und zum Teil weit darüber hinaus mit den Gebieten von Oberschlesien, Ostpommern und dem westlichen Ostpreußen eng verbunden, ging Danzig zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer neuen, dritten Blütezeit entgegen. Es wurde zur modernen Großstadt, die wegen ihrer geschichtlichen Denkmäler und Kunstschätze, der landschaftlichen Schönheit ihrer Umgebung und ihrer Badeorte auch von Fremden mehr und mehr aufgesucht wurde.

Wiederum wurde nach genau 100 Jahren die Friedenszeit jäh unterbrochen. Danzig wurde in den Strudel des großen Weltkrieges hineingerissen. Der Einfall der Russen, der auch Danzig galt, wurde anfangs siegreich abgeschlagen; als aber die deutsche Abwehrfront an der inneren Uneinigkeit des deutschen Volkes zusammenbrach, wiederholte sich das Schicksal, das Danzig nach dem Zerfall des Ordensstaates in der Mitte des 15. Jahrhunderts und nach der Niederlage des preußischen Staates im Jahre 1806 zuteil geworden war. Die Stadt wurde aus dem Verband des sie zuvor umgebenden und schützenden Staates herausgelöst und mußte sich damit zufrieden geben, wiederum wenigstens als „Freie Stadt" ihr weiteres Dasein zu fristen. Diese „Befreiung" geschah gegen den in einstimmigen und in machtvollen Kundgebungen bezeugten Willen der Bevölkerung. Sie widersprach der Abtretung Danzigs vom Reich ebenso lebhaft wie der zeitweise geplanten Eingliederung in die neu errichtete Republik Polen. Obwohl die Machthaber von Versailles selbst zugeben mußten, daß die Bevölkerung Danzigs zu 97 % deutschen Volkstums war, wurde ihr Volkswille ebenso wenig geachtet, wie der Wille jener Bevölkerungsgruppen, die, gleichfalls ohne gefragt zu werden, im Weichselkorridor dem polnischen



Der Dreiländerstein

an der Grenze zwischen Korridor, Danzig und Ostpreußen

Ein schmaler Pfad. Ein grauer Stein:
Soll hier des Reiches Grenze sein?
Ist hüben Land, ist drüben Land:
Und doch der gleichen Sprache Band —
Auf schmalem Pfad ein grauer Stein
Kann niemals Blutes Grenze sein!

Hansulrich Röhl

Staate zugewiesen wurden. Das Recht der Selbstbestimmung, das die alliierten Mächte vor Abschluß des Waffenstillstandes feierlich allen Völkern und Volksgruppen zugesichert hatten, wurde in beiden Fällen schnöde mißachtet. Das deutsche Volk sollte zerschmettert, Polen als Gendarm an der Ostgrenze des verkleinerten Reiches gestärkt, der Weichselkorridor im Fleisch des deutschen Volkskörpers eine unheilbare, zum Siechtum führende Wunde bilden. Die „Freie Stadt" wurde dem Schutz des Völkerbundes unterstellt; ihrer Bevölkerung wurde das natürliche Recht der Selbstverteidigung versagt; ihre Wirtschaft, die vorher im deutschen Lebensraum verankert war, wurde an das polnische Zollgebiet angeschlossen; der innere Zwist der Parteien wurde nach Kräften geschürt. Polen hoffte durch völkische Unterwanderung, durch militärische Drohungen und schließlich auch durch die zunehmende wirtschaftspolitische Abschließung Danzigs von seinem Hinterland die Unterwerfung der Danziger unter den weißen Adler zu erzwingen.

Polen hat die Rechnung ohne den überlieferten Freiheitswillen der Danziger gemacht. Denn darüber waren sich alle Danziger, welchen Parteien oder welchen Bekenntnissen sie sonst auch angehören mochten, von Anfang an einig: Wir sind deutsch und wollen niemals polnisch werden! Gerade das Verhalten Polens mit seiner grenzenlosen Gehässigkeit gegen alle Deutschen, mit seinen kleinlichen Sticheleien, mit seiner großsprecherischen Dreistigkeit hat die Danziger Bevölkerung durch Leiden und Erfahrung geeinigt. Als der Ruf des Führers an sie erging, ist sie ihm gefolgt. Seit dem Jahre 1933 hat die Freie Stadt, deren Verfassung noch demokratischer und liberaler war als die Verfassung von Weimar, eine nationalsozialistische Regierung und wird seitdem ausschließlich nach nationalsozialistischen Grundsätzen verwaltet und geführt.

Schon bald zeigten sich die Folgen dieses geistigen Anschlusses. Die einst weite Schichten umfassende Arbeitslosigkeit wurde beseitigt; neue Bauten wurden geschaffen; das alte Stadtbild wurde verschönert; Industrie und Handwerk begannen unter Arbeitermangel zu leiden. Nur der Handel konnte sich unter der polnischen Zollgesetzgebung nicht erholen; sein Bereich wurde immer wieder von der polnischen Wirtschaftspolitik zugunsten von Gdingen eingeengt. Der Hafen, die Lebensader des hansischen Danzigs, blieb dem internationalen Hafenausschuß unterstellt. Die Grenzen nach Pommerellen wurden immer fühlbarer, besonders seitdem in den letzten Monaten das dort ansässige Deutschtum brutal verfolgt und unterdrückt wurde. Aber der Wahnsinn der Grenzziehung von Versailles wird durch solche Maßnahmen nur immer deutlicher und schließlich auch jenen bewußt, die selbst an ihr schuldig gewesen sind. Damit ist die Geschichte Danzigs und des Weichsellandes vor einer neuen Wende angelangt. Sie steht unter dem Wort und dem Befehl des Führers.

Otto Martin

Westpreußen — Pommerellen — Korridor

Grundfragen des Korridorproblems

Das Gebiet des unteren Laufs der Weichsel vom Weichselknie bei Thorn im Süden bis zur Weichselmündung ist unter den verschiedenartigsten Bezeichnungen bekannt. Die historische Bezeichnung „Preußen" lebt, was durchaus kein Zufall, sondern sehr bezeichnend ist, in dem Namen der Provinz Westpreußen fort, die im Jahre 1919 ohne Abstimmung vom Deutschen Reich losgetrennt wurde. Seitdem ist dieses Gebiet als „polnischer Korridor" in der ganzen Welt zum politischen Begriff geworden. Auch in diesem Fall gilt das Sprichwort: nomen-omen. Die Bezeichnung „Korridor" hätte sich wohl keinesfalls so unausrottbar in der politischen Vorstellungswelt eingenistet, wenn sie nicht das Provisorische der territorialen Lösung von Versailles in so treffender Weise charakterisieren würde. Aus diesem Umstand und aus dem Unsicherheitsgefühl, das Polen seit der Abtrennung in dem Besitze dieses Gebietes empfindet, ist die außerordentlich große Empfindlichkeit zu erklären, mit der man sich polnischerseits gegen diese Bezeichnung auflehnt und sie durch die Bezeichnung „Wojewodschaft Pommerellen" zu ersetzen sucht. Man wird sich daran erinnern, daß noch am 5. Mai dieses Jahres der polnische Außenminister mit kaum verhohlenem Ärger die Bezeichnung „Korridor" als unanwendbar zurückwies, was allerdings in der sehr konsequenten politischen Terminologie besonders der angelsächsischen Länder keinen besonderen Eindruck zu machen scheint.

Die drei erwähnten Bezeichnungen, Westpreußen, Korridor, Pommerellen, für das gleiche Gebiet beinhalten tatsächlich den Gesamtumfang dieses entscheidenden europäischen Problems. Westpreußen — das ist die entscheidende Frage des natürlichen Zusammenhangs der deutschen Reichsgebiete, der durch die Loslösung deutschen Volksbodens im Jahre 1919 sinnlos zerstört wurde; Pommerellen — das ist die polnische Prätention, in diesem Gebiet „altpolnischen Boden" zurückgewonnen und einen integrierenden Bestandteil dem neuen polnischen Staat eingefügt zu haben. In dem Wort liegt zugleich das bisher ungelöste Problem beschlossen, die mangelnde Zugehörigkeit der ehemaligen Provinz Westpreußen zu Polen zu überwinden. In dem Wort „Korridor" schließlich liegt dieser ganze große Fragenkomplex beschlossen, der die Welt seit 1920, man kann fast sagen, alljährlich mehrere Wochen lang in hoher und höchster Spannung gehalten hat; es bezeichnet das Problem eines im Jahre 1919 geschaffenen territorialen Zustandes, der an sich unhaltbar ist und nach Worten des französischen Marschalls Foch die Wurzel des nächsten Krieges bilden müsse.

I. Der Korridor als Faktor in der polnischen Außenpolitik.

Das Korridor-Problem, das seit 1920 einen der größten Unsicherheitsfaktoren in der europäischen Politik darstellt und in engstem Zusammenhang mit der ebenfalls ungelösten Danziger Frage steht, spielt in der polnischen Außenpolitik eine hervorragende oder sogar die wichtigste Rolle. Der Versuch Polens, die Existenz eines „Korridor-Problems" aus begreiflichen Gründen überhaupt in Abrede zu stellen, wird durch die Tatsache eindeutig widerlegt, daß dieses Problem nicht nur unleugbar für Deutschland besteht, sondern daß auch alle Bemühungen der polnischen Außenpolitik darauf gerichtet sind, durch Bündnisse und Vereinbarungen mit anderen Mächten den Schutz der von

Deutschland nicht garantierten polnischen Westgrenzen zu erreichen, daß ferner auch die polnische Innenpolitik mit gleicher Konsequenz dasselbe Ziel der Sicherung dieses problematischen Territorialbesitzes von innen her verfolgt, wobei die Entdeutschung und die Stärkung des polnischen Elementes dieser Provinz als Hauptwaffe dienen muß. Posen und Oberschlesien sind in diese Sicherungsmaßnahmen zwar auch einbezogen, erscheinen nach der Meinung der polnischen Öffentlichkeit aber nicht in der gleichen Weise gefährdet wie Pommerellen und der angrenzende Netzegau.

Für Polen ist die „Wojewodschaft Pommerellen" nicht nur ein außenpolitisches, sondern infolge der hier vorliegenden besonderen Verhältnisse und des Bevölkerungsaufbaues in dem gleichem Umfange auch ein innerpolitisches Problem, das seit jeher mit größter Aufmerksamkeit und Empfindlichkeit behandelt worden ist. Außen- und Innenpolitik arbeiten in dieser Frage eng zusammen, wobei der Außenpolitik die Aufgabe zufällt, die internationalen Voraussetzungen für eine hemmungslose Auswirkung der innerpolitischen Maßnahmen zu schaffen.

Polens Außenpolitik wird, wie kaum bei einem anderen Staat, durch seine ungünstige geographische Lage bestimmt, die ihm in der Vergangenheit bei den früheren Teilungen bereits einmal zum Verhängnis geworden ist. Der polnische Staat liegt wie ein Keil zwischen den beiden großen Ländern Deutschland und Rußland. In den ersten anderthalb Jahrzehnten seines Bestehens hat Polen jede engere Zusammenarbeit mit einem dieser großen Nachbarstaaten peinlich vermieden. Es war das gefügigste Werkzeug in den Händen Frankreichs und hat dessen Politik auf internationalem Boden jederzeit rückhaltlos mitgemacht, ganz besonders dann, wenn eine Spitze gegen Deutschland zu erkennen war. In den Jahren bis 1933 fiel die letzte Entscheidung über die polnische Außenpolitik immer in Paris. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die polnischen Außenminister auf ihren Reisen nach und von Genf regelmäßig in Paris Station machten und hier die Richtlinien für ein gemeinsames Vorgehen beider Länder festlegten, das nicht immer im Interesse Polens lag. Anderthalb Jahrzehnte wurde die polnische Außenpolitik ausschließlich von der Furcht vor Deutschland bestimmt, von der Furcht, daß Deutschland bei günstiger Gelegenheit die Revision der polnischen Westgrenzen anmelden und seinen niemals aufgegebenen Forderungen durch friedliche oder gewaltsame Mittel durchzusetzen versuchen könnte.

Bis 1933 war das vollkommen entwaffnete und vom Parteienkampf durchtobte Deutschland machtpolitisch ohne Einfluß. Auch von sowjetrussischer Seite drohte Polen seit dem polnischen Sieg über Rußland im Jahre 1920 keine besondere Gefahr, da das Chaos in dem sowjetrussischen Reich zwar eine versteckte Wühlarbeit, nicht aber eine zweite bewaffnete Auseinandersetzung mit Polen zugelassen hätte. Polen wäre also, mehr als dies in Zukunft der Fall sein kann, in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens in der Lage gewesen, ohne Gefährden seiner Grenzen eine selbstständigere und von Paris freiere Politik zu führen. Wenn es sich bedingungslos in das französische Fahrwasser begab, so war dies ein Eingeständnis seiner inneren Schwäche, die sich aus der mangelnden Konsolidierung im Innern ergab.

Die Rückversicherung bei dem damals übermächtigen Frankreich enthob Polen der Sorge, ein gutes Einvernehmen auch mit seinen kleineren Nachbarländern herbeizuführen, wodurch es sich die Chancen für eine führende Rolle in Osteuropa verscherzte und bis heute den damals errichteten Wall des Mißtrauens nicht durchbrechen konnte. Bei Litauen war die Besetzung des Wilna-Gebiets durch Polen die Ursache einer ununterbrochenen Krise; die Beziehungen zu Prag erfuhren durch Grenzstreitigkeiten und durch die Unterdrückung der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei eine ständige Trübung. Selbst mit Lettland nahmen die Konflikte kein Ende. Einzig mit Rumänien, das ebenso wie Polen seine Grenzen weit in das ehemalige russische Reich vorgeschoben hatte, kam es zum Abschluß eines Defensivbündnisses, dessen Gegenstand die Sicherung der beiderseitigen Ostgrenzen war.



Ostpreußens „Zugang" zur Weichsel.
An der Weichselgrenze bei Kurzebrack

Gegenüber der in der polnischen Presse und in zahllosen Versammlungen systematisch geschürten Feindschaft gegen Deutschland traten die Gegensätze zu den anderen Nachbarstaaten allerdings mehr in den Hintergrund. Deutschland wurde in der polnischen Öffentlichkeit als der Feind Polens hingestellt, weil es die Abtretung der früheren deutschen Gebiete, vor allem Pommerellens, nicht anerkannt hatte und das traurige Schicksal der deutschen Minderheit in diesen Gebieten mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgte. In der Absicht, Polens Basis bei einer als unvermeidlich angesehenen Auseinandersetzung mit Deutschland zu verbreitern, gingen und gehen weite Kreise in Polen sogar so weit, die Einbeziehung Danzigs und Ostpreußens in den polnischen Machtbereich zu fordern. Oft hatte es damals den Anschein, als ob Polen, gestützt auf das Bündnis mit Frankreich, die Schwäche Deutschlands ausnutzen und diese Pläne in die Wirklichkeit umsetzen wollte. Die deutsch-polnische Spannung war 14 Jahre hindurch eine geradezu unabänderliche Gegebenheit, auf der die politischen Konstellationen in Europa aufgebaut werden konnten.

Als daher im Jahre 1933 neue Wege beschritten wurden, die am 26. Januar 1934 zum Abschluß eines deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages führten, mußte diese Entspannung im Osten Europas wie eine unerhörte Sensation wirken. Denn sie änderte mit einem Schlage die Voraussetzungen für das bis dahin bestehende europäische Gleichgewicht, das in der einseitigen Vorherrschaft Frankreichs und der Niederhaltung Deutschlands seinen Ausdruck gefunden hatte. Wie war es zu dieser überraschenden politischen Umstellung Polens, die eine glatte Abkehr von Frankreich bedeutete, gekommen? Es waren hierfür selbstverständlich keinerlei Gefühlsmomente, sondern allein das nüchterne Inrechnungstellen der neuen Lage in Europa maßgebend, durch die Polen in eine gefährliche Zwangslage gekommen war. Polen hätte das Nichtangriffsabkommen mit Deutschland zweifellos nicht abgeschlossen, wenn es sich von ihm nicht er-

hebliche Vorteile versprochen hätte. Es war für Polen insofern von größtem Wert, als es eine zehnjährige Atempause an seiner Westgrenze und außerdem die Möglichkeit zu einem selbständigeren außenpolitischen Kurs erhielt. Damit waren zum ersten Male die Voraussetzungen für eine polnische Großmachtpolitik gegeben. Trotz dieser Vorteile und der unvermeidlichen Zwangläufigkeit, die Polen den Weg zur Verständigung mit Deutschland gewiesen hatten, fand das Abkommen in Polen eine mehr als kühle Aufnahme. Der größte Teil der polnischen Öffentlichkeit stellte seine Angriffe gegen Deutschland und die deutsche Minderheit in Pommerellen nicht einen Tag ein, und selbst der größte Teil der Regierungspresse schloß sich dieser unfreundlichen Haltung schon nach kurzer Zeit wieder an. Das Tempo der Entdeutschungspolitik wurde nur nach außen hin für eine kurze Zeitspanne verlangsamt, um bald wieder das frühere Ausmaß zu erreichen.

Schon nach kurzer Zeit setzten Versuche zu einer französisch-polnischen Annäherung ein, bei denen Polen dank des mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes als gleichberechtigter Faktor neben Frankreich auftreten und seine Forderungen durchsetzen konnte. Knapp zwei Jahre nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens waren die Verhandlungen so weit gediehen, daß der französische Generalstabschef einen Besuch in Polen und der polnische Marschall Rydz-Smigly einen Gegenbesuch in Frankreich machen konnte. Die wiedererfolgte Annäherung wurde von der Presse beider Länder als die Vertiefung des polnisch-französischen Bündnisses gefeiert. Frankreich hatte als Preis für die jetzt nur bedingte polnische Unterstützung neben der Erneuerung der Garantie für die polnischen Westgrenzen eine größere Anleihe an Polen zu zahlen, durch die der polnische Staat in die Lage versetzt werden sollte, seinen Rüstungsstand dem des benachbarten Deutschland anzupassen. Von der Forderung, daß Polen engere Bindungen mit Sowjetrußland eingehen sollte, hatte Frankreich bei der ausgesprochen antibolschewistischen Einstellung Polens Abstand nehmen müssen. Polen dagegen rückte wieder mehr von Deutschland ab, ohne allerdings die Fäden ganz abreißen zu lassen.

Trotz der doppelseitigen Sicherung, des Bündnisses mit Frankreich und des Nichtangriffspaktes mit Deutschland, war eine gewisse Isolierung Polens unverkennbar, die es, um nicht die einzig mögliche Schlußfolgerung einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland ziehen zu müssen, durch zwei Aktionen in verschiedener Richtung zu durchbrechen suchte. Die eine war eine Annäherung an England, um dadurch eine englische Bürgschaft für seine Westgrenzen zu erhalten. Dieser Versuch blieb solange erfolglos, wie England das Schwergewicht seiner Politik in Westeuropa und in den außereuropäischen Gebieten sah. Erst im April 1939 entschloß sich England, Polen in sein gesamteuropäisches System der Einkreisung einzuschalten und sich so zum ersten Male seit 1919 wieder in Osteuropa zu binden. Die zweite Aktion Polens zielte auf die Schaffung eines unter polnischer Führung stehenden osteuropäischen Zwischenblocks hin, dem die Staaten der Kleinen Entente und die baltischen Staaten angehören sollten. Aber auch diese Lösung war zum Scheitern verurteilt, und zwar durch den polnisch-tschechischen Gegensatz im Süden und die polnisch-litauische Feindschaft im Norden. Es blieb nur das polnisch-rumänische Bündnis übrig, das aber nicht einmal für die Sicherung der Ostgrenze ausreichend erschien.

Nach der Wiedererstarkung Deutschlands wäre für Polen, das infolge seiner inneren Schwäche und der Tatsache, daß ein Drittel seiner Bewohner Minderheiten sind, machtpolitisch stark eingeengt ist, nur eine klare Entscheidung für einen seiner großen Nachbarn möglich gewesen. Polen hat diese Konsequenz nicht gezogen. Ein Ausgleich mit Sowjetrußland wurde wegen der damit verbundenen Gefahr der Bolschewisierung des Landes abgelehnt, und auch die scheinbare Bereinigung der polnisch-sowjetischen Beziehungen im November 1938 schuf da keine grundsätzliche Wandlung. Alle politischen Gegebenheiten wiesen Polen auf den Weg einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland hin. Dieser Weg eines ehrlichen Ausgleichs



Die Grenze bei Groß-Nebrau

Weichseldeich bei Groß-Nebrau. Unmittelbar am Fuße des Deiches verläuft die Grenze

ist aber durch das bewußt genährte Mißtrauen des polnischen Volkes gegenüber Deutschland und die Furcht vor einer nach polnischer Ansicht unausbleiblichen Auseinandersetzung über Pommerellen und die jetzigen polnischen Westgebiete versperrt. Aus dieser antideutschen Stimmung heraus begrüßt Polen jede gewesene, gegenwärtige und zukünftige internationale Verwickelung, durch die Deutschland in der freien Entfaltung seiner politischen Möglichkeiten behindert wird. Der Besitz des Korridors also macht Polen geradezu zum Anhänger einer ständigen Spannung zwischen Deutschland und den Westmächten, zum Verfechter einer ständigen Bedrohung des allgemeinen Friedenszustandes, da nur in einer solchen Atmosphäre der problematische Besitz des Korridors gesichert erscheint. Durch nichts wird deutlicher bewiesen, als durch diese geradezu axiomatischen Voraussetzungen der polnischen Außenpolitik, daß ein Polen in seiner heutigen territorialen Konstruktion an sich einen Unruhefaktor in Europa darstellt, dessen künstliche Aufrechterhaltung keinesfalls im Interesse des europäischen Friedens liegt.

II. Westpreußen unter polnischer Herrschaft.

Die polnische Wojewodschaft Pommerellen, die eine Größe von 16 407 qkm hat und nach Polnisch-Oberschlesien die bisher kleinste der polnischen Wojewodschaften war, ist der an Polen gekommene überwiegende Teil der Provinz Westpreußen. Bei Deutschland verblieben ist der Kreis Dt.-Krone, Teile der Kreise Flatow, Konitz, Schlochau, Karthaus und Neustadt, der größte Teil des Kreises Elbing, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg. Polen hat ferner kleine Teile des Kreises Lauenburg und Bütow, sowie den größten Teil des ostpreußischen Kreises Neidenburg erhalten. Zum Freistaat Danzig sind außer den Kreisen Danzig und Danziger Niederung Teile der Kreise Neustadt, Karthaus, Dirschau, Elbing und Marienburg gekommen.

Bei der inneren Einteilung Pommerellens sind bis 1935 keine wesentlichen Änderungen vorgenommen worden. Lediglich der Kreis Mewe, der den abgetretenen Teil des Kreises Marienwerder bil-

det, ist liquidiert und dem Kreise Dirschau einverleibt worden; ferner sind die beiden nördlichen Kreise Neustadt und Putzig, um eine einheitliche Linie im Küstengebiet zu gewährleisten, zu einem Seekreis vereint worden, aus dem die Stadt Gdingen mit den inzwischen eingemeindeten Vororten abgetrennt und zu einem selbständigen Stadtkreis erhoben worden ist.

Eine grundlegende Änderung der seit 1920 bestehenden Verwaltungsgrenzen Pommerellens ist erst durch das Gesetz vom 11. März 1937 eingetreten, durch das aus politischen Erwägungen heraus das Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen erheblich vergrößert worden ist. Von dem Netzegau sind die Kreise Bromberg Stadt und Land, Hohensalza Stadt und Land, Schubin und Wirsitz mit 375 000 Bewohnern und einem Flächeninhalt von 4520 qkm, und von Kongreßpolen die vier Kreise Lipno, Nieszawa, Rypin und Włocławek mit 458 000 Einwohnern und 5352 qkm Pommerellen zugeschlagen worden. Kennzeichnend für die politische Tendenz der am 1. April 1938 in Kraft tretenden Grenzänderung ist, daß der masurische Kreis Soldau von Pommerellen abgetrennt und der Wojewodschaft Warschau zugeteilt worden ist. Das neue Großpommerellen hat einen Umfang von 25 437 qkm und rund zwei Millionen Einwohner.

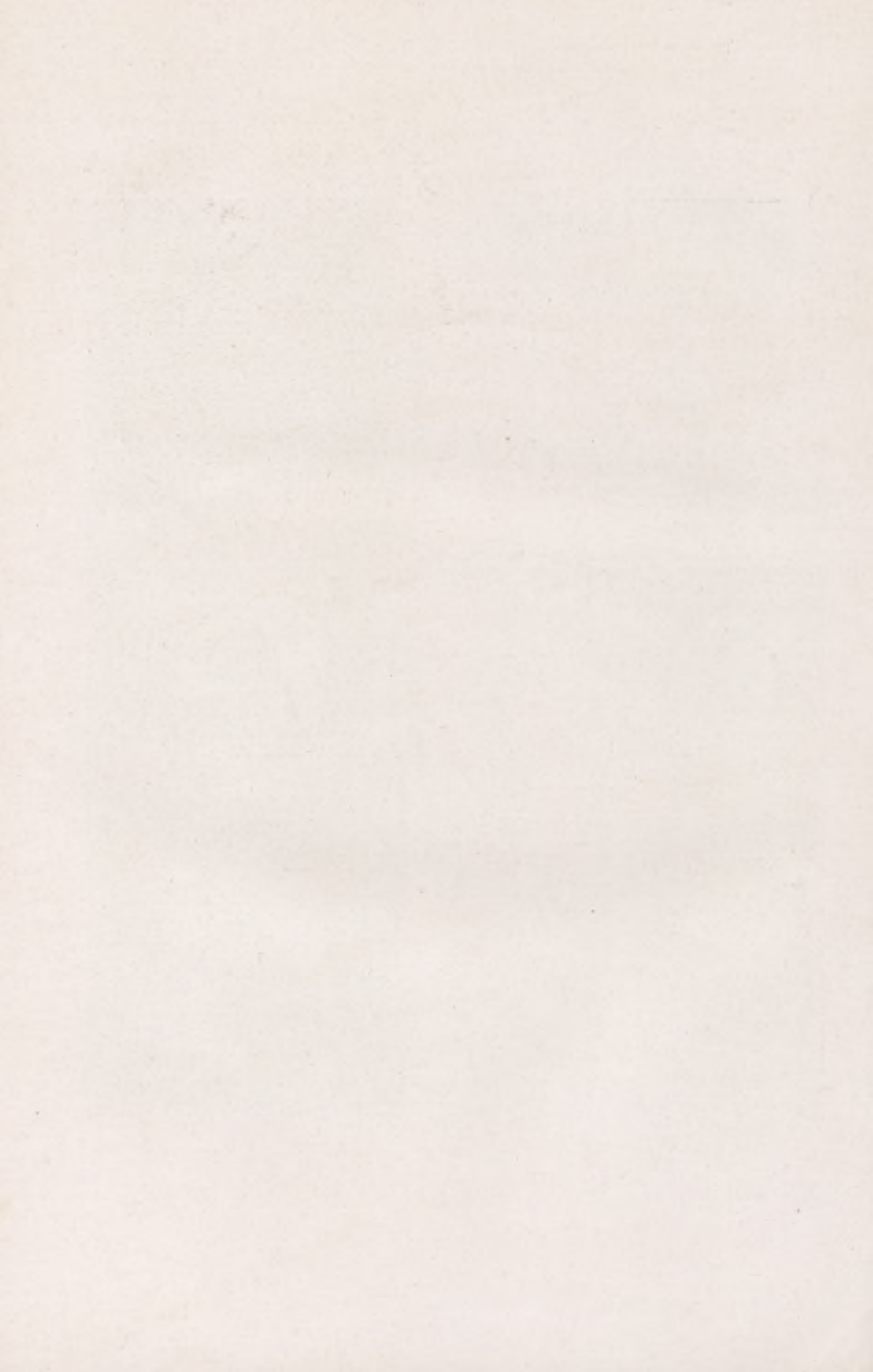
Aus den gleichen Gründen sind auch der Wojewodschaft Posen vier kongreßpolnische Kreise zugeteilt worden: Kalisch, Koło, Konin und Turek mit 625 000 Einwohnern und einem Umfang von 6317 qkm, so daß diese Wojewodschaft nach der Abtretung der sechs Kreise des Netzegaues an Pommerellen eine Größe von 28 361 gegenüber bisher 26 564 kqm erhält. Ihre Einwohnerzahl erhöht sich von 2 150 000 auf rund 2,5 Millionen.

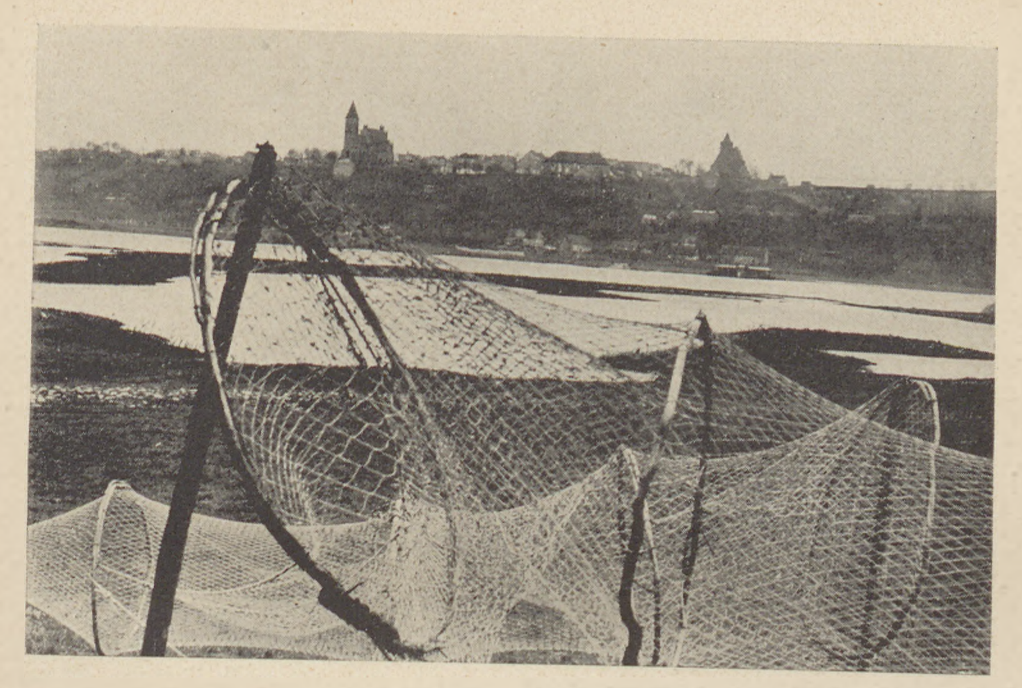
Die politische Tendenz dieser Grenzänderungen liegt auf der Hand, wenn berücksichtigt wird, daß damit die alten Teilgebietsgrenzen verwischt und vor allem Pommerellen zu einer selbständigeren Verwaltungseinheit mit wesentlich stärkerem *polnischem* Einschlag umgestaltet werden sollte. Eine Einheit stellen die neugeschaffenen Verwaltungsbezirke, weder in kultureller noch in wirtschaftlicher, historischer oder ethnographischer Hinsicht da; sie sind vielmehr ein unter dem Gesichtswinkel politischer Zweckmäßigkeit geschaffenes *willkürliches Gebilde ohne inneren Zusammenhalt.* Auf der Landkarte ist die Grenze des früher zu Deutschland gehörenden Teilgebiets damit zwar ausgelöscht, der kulturelle und wirtschaftliche Unterschied, der krasser kaum gedacht werden kann, wird sie in Zukunft aber nur noch um so stärker hervortreten lassen.

Von besonderem Interesse sind *die Bevölkerungsverhältnisse in Pommerellen,* denn hier wohnen nicht nur Deutsche und Polen, sondern noch zwei weitere Volksstämme mit ausgesprochen eigner Prägung: die Kaschuben und die Masuren, die von den Polen gern, aber ohne jede Berechtigung dem Polentum zugerechnet werden.

Im Jahre 1910 wohnten innerhalb der Grenzen des heutigen Pommerellen bei einer Gesamtbevölkerung von 965 000 Personen 421 000 Deutsche, 424 000 Polen, 110 000 Kaschuben und 9000 Masuren. Die Zahl der *Deutschen* war also etwa ebenso groß wie die der Polen. Bei einer Volksabstimmung hätten sich zweifellos aber auch viele Polen für Deutschland ausgesprochen. Der Übergang Pommerellens in die polnische Staatsoberhoheit führte zu einer Entdeutschung des Gebietes, die in ihren Auswirkungen geradezu mit einer Völkerwanderung verglichen werden kann, die in der Geschichte nur wenige Beispiele hat. Schon nach dem Abschluß des Waffenstillstandes im Jahre 1918 setzte eine allmähliche Flucht der deutschen Bevölkerung ein, die nach der Übergabe des Landes im Jahre 1920 ihren Höhepunkt erreichte. Nach der polnischen Volkszählung vom Jahre 1921 wohnten in Pommerellen noch 176 000 Deutsche. Der Verlust an deutschen Menschen betrug also bereits nach anderthalb Jahren polnischer Herrschaft 58 %. Nach einer im Jahre 1926 erfolgten privaten deutschen Zählung war die Zahl der Deutschen weiter auf 117 000 gesunken. Die polnische Volkszählung 1931 weist 105 000 Deutsche aus, eine Zahl, die zweifellos

Weichselniederung





Die Grenze bei Groß-Nebrau
Am gegenüberliegenden Ufer erkennt man Neuenburg an der Weichsel, das im Friedensvertrage von Versailles zu Polen kam

um einige Tausend zu niedrig liegt. Denn eine zweite private deutsche Zählung vom Jahre 1936 hat noch 107 000 Deutsche ergeben, obwohl hierbei naturgemäß nicht alle Deutschen restlos erfaßt werden konnten. Für das Jahr 1937 kann man noch rund 108 000 Deutsche in Pommerellen annehmen. Von 1910 bis 1937 hat das Deutschtum Pommerellens also rund 313 000 Personen oder mehr als 76% seines ursprünglichen Bestandes verloren. In Wirklichkeit ist der Verlust noch erheblich größer gewesen, da der Geburtenüberschuß in dieser Zahl nicht zum Ausdruck kommt.

Über die Kaschuben und Masuren liegen einwandfreie Zahlen nicht vor, da sie bei den polnischen Volkszählungen stets den Polen zugerechnet werden. Wenn diese beiden Volksstämme den Polonisierungsmaßnahmen auch besonders stark ausgesetzt gewesen sind, so kann die Zahl der Kaschuben aber immerhin auf mindestens 125 000 und die der Masuren infolge einer größeren Auswanderung auf etwa 6000 geschätzt werden.

Die größte Änderung hat die Struktur der polnischen Bevölkerung in Pommerellen erfahren. In der polnischen Volkszählung vom Jahre 1931 werden 969 000 Polen ausgewiesen. Wenn man für dies Jahr 120 000 Kaschuben, 6000 Masuren und ferner 3000 Personen abrechnet, die dem Deutschtum zuzuzählen sind, so kommt man auf die tatsächliche Zahl von 839 000 Polen. Bis 1937 ist das Polentum infolge des Bevölkerungszuwachses und der Einwanderung aus anderen polnischen Gebieten auf etwa 900 000 gestiegen. Der polnische Bevölkerungsanteil in Pommerellen ist also von 44% im Jahre 1910 auf fast 80% im Jahre 1937 angewachsen. Seit 1910 hat die Zahl der Polen um rund 476 000 zugenommen und sich also mehr als verdoppelt.

Diese überaus starke Zunahme der polnischen Bevölkerung um fast eine halbe Million, die den Charakter Pommerellens grundlegend verändert hat, ist nur zu einem kleinen Teil auf den natürlichen Bevölkerungszuwachs, zum größeren

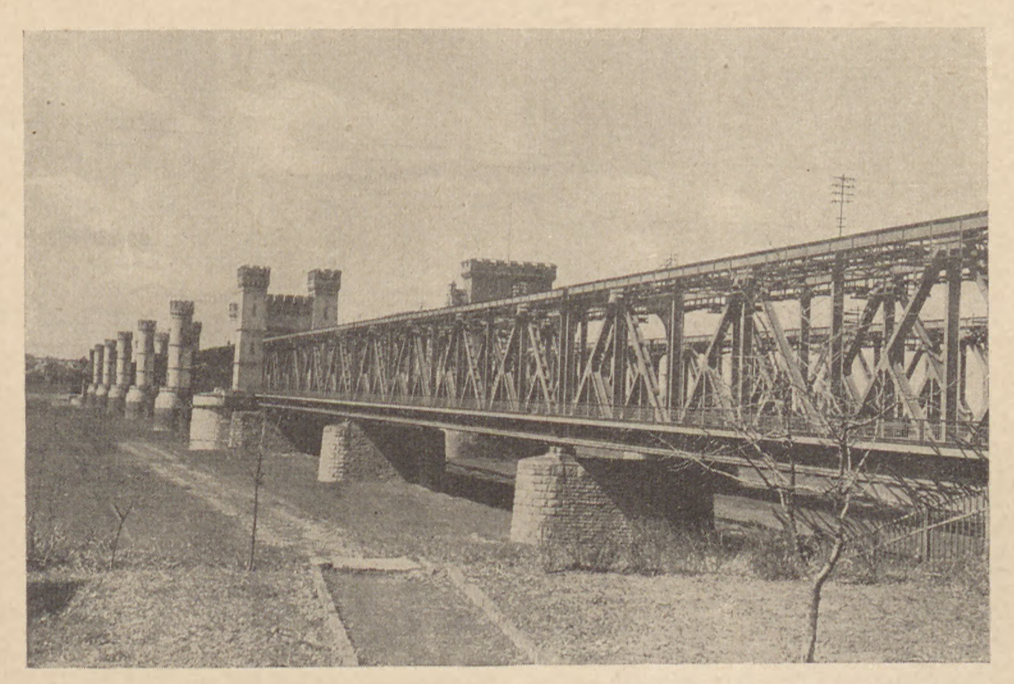
auf die Einwanderung aus anderen Ländern und polnischen Gebieten zurückzuführen. Für die Beurteilung der Verhältnisse in Pommerellen ist die Kenntnis von der Zusammensetzung der polnischen Bevölkerung von größter Wichtigkeit, da zwischen den in Pommerellen einheimischen und den aus Kongreßpolen und Galizien eingewanderten Polen infolge des grundverschiedenen Erlebens, der anderen Erziehung und Lebensauffassung eine tiefe völkische, kulturelle und wirtschaftliche Kluft besteht, die zu geradezu unüberwindlichen Gegensätzen im polnischen Lager geführt haben.

Sofort nach dem Übergang Pommerellens an Polen setzte ein gewaltiger Zustrom von polnischen Einwanderern ein, der bemerkenswerter Weise in Pommerellen größer als in Posen war und dadurch schon die Zielrichtung der polnischen Entdeutschungspolitik erkennen ließ. Denn es ist nachzuweisen, daß die Polen aus den anderen polnischen Gebieten planmäßig nach Pommerellen gelenkt worden sind, um die unter den Deutschen herrschende Panikstimmung auszunutzen und möglichst viel deutschen Besitz in polnische Hände zu bringen. Die Einwanderer kamen aus Deutschland, Frankreich und Amerika, vorwiegend jedoch aus Kongreßpolen und Galizien, um hier mit staatlicher Unterstützung deutsche Bauern- und Ansiedlungsgrundstücke aufzukaufen. Wenn die größte Welle der Einwanderung auch in den ersten zwei oder drei Jahren zu verzeichnen war, so dauerte der Zustrom aus Kongreßpolen und Galizien aber bis heute an. Die Mehrzahl der durch Annullation, Liquidation, Anwendung des Vor- und Wiederkaufrechtes enteigneten deutschen Grundstücke kam in die Hände dieser Einwanderer. Nebenher ging die Einwanderung in die pommerellischen Städte. Wenn diese in den ersten Jahren auch nicht das Ausmaß wie die Durchsetzung des flachen Landes erreichte. Erst später wurde auch hier der Zustrom von kongreßpolnischen Kaufleuten, Handwerkern, besonders aber Angestellten und Arbeitern immer größer.

In der gleichen Linie lag auch die Beamtenpolitik des polnischen Staates. Planmäßig wurden Beamte aus Kongreßpolen und Galizien nach Pommerellen und die einheimischen Beamten nach den anderen polnischen Gebieten versetzt. Diese Aktion wurde besonders in den Jahren 1926 bis 1935 systematisch durchgeführt, so daß schließlich alle höheren und die Mehrzahl der mittleren und unteren Beamtenstellen mit aus anderen Gebietsteilen stammenden Beamten besetzt waren. Bemerkenswert ist auch hier, daß Pommerellen von dieser Maßnahme erheblich stärker als Posen betroffen worden ist. Bei der seit 1927 in immer größerem Umfang zur Anwendung gekommenen Agrarreform wurden die neugeschaffenen Siedlerstellen bis auf einen kleinen Bruchteil nur an Polen aus innerpolnischen Gebieten vergeben. Eine besonders starke Welle von landfremden Einwanderern hat außerdem Gdingen in den letzten Jahren aufgenommen.

Die polnische Öffentlichkeit hat naturgemäß kein Interesse daran, genaue Untersuchungen über die Struktur des jetzt in Pommerellen wohnenden Polentums anzustellen. Sie sucht im Gegenteil aus begreiflichen Gründen den Aufbau des Polentums als einheitlich hinzustellen. Ein einigermaßen genaues Bild kann man daher nur erhalten, wenn man die Entwicklung rekonstruiert. 1910 haben 424 000 Polen in Pommerellen gewohnt. Zu ihrem Kulturkreis kann man die aus Deutschland, Frankreich und Amerika gekommenen Polen zurechnen, deren Zahl auf etwa 40—50 000 zu veranschlagen ist. Ferner müssen dem einheimischen Polentum noch die polonisierten Kaschuben, Masuren und Deutsche zugerechnet werden, die etwa 30—40 000 betragen dürften. Der Geburtenüberschuß dieser drei Kategorien, der einheimischen, eingewanderten und polonisierten Polen, beträgt etwa 165—170 000. Die als einheimisches Polentum zu rechnende Bevölkerung würde demnach insgesamt 659 000 bis 684 000 betragen. Von Pommerellen dürften nach anderen polnischen Provinzen etwa 30—40 000 Polen verzogen sein.

Man geht nicht sehr fehl, wenn man die Zahl der einheimischen Polen mit 620—650 000 und die der aus Kongreßpolen und Galizien eingewanderten mit 250—280 000 beziffert. Die als landfremd zu bezeichnende und



Die Weichsel bei Dirschau
Der Brückenkopf der Dirschauer Weichselbrücke auf dem Ostufer der Weichsel, der tief in das Hoheitsgebiet der Freien Stadt Danzig einschneidet

nicht in den kulturellen Rahmen der ehemaligen Provinz Westpreußen hereinpassende Bevölkerung beträgt also ein Viertel bis ein Drittel der gesamten polnischen Bevölkerung der heutigen Wojewodschaft Pommerellens.

Der Anteil des Gesamtpolentums an der Bevölkerung Pommerellens macht, wie bereits erwähnt, rund 80 %, der der Deutschen, Kaschuben und Masuren zusammen 20 % aus. Wenn man die polnische Volkszählung vom 9. Dezember 1931 zugrundelegt, die in vieler Hinsicht allerdings ungenau ist, da die Zahl der Deutschen zu niedrig und die der Kaschuben und Masuren überhaupt nicht angegeben ist, so ergibt sich doch immerhin nachstehende interessante Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen pommerellischen Gegenden: Es wohnten

1. in den kaschubischen Nordkreisen Gdingen, Seekreis, Karthaus, Berent: 16 000 Deutsche (6—7 %), 108 000 Polen (45,2 %) und 115 000 Kaschuben (48,1 %);

2. in den mittelpommerellischen Kreisen Dirschau, Stargard, Schwetz: 21 000 Deutsche (9,3 %) und 205 000 Polen (90,7 %);

3. in den westpommerellischen Kreisen Konitz, Tuchel, Zempelburg: 23 000 Deutsche (15,6 %), 120 000 Polen (81 %) und 5000 Kaschuben (3,4 %);

4. in den südpommerellischen Kreisen Graudenz Stadt und Land, Thorn Stadt und Land, Culm, Briesen: 36 000 Deutsche (11,6 %) und 275 000 Polen (88,4 %);

5. in den ostpommerellischen Kreisen Strasburg, Löbau, Soldau: 10 000 Deutsche (6,6 %), 136 000 Polen (89,5 %) und 6000 Masuren (3,9 %).

Wir stehen also vor der interessanten Tatsache, daß die Polen in den Nordkreisen, die von ihnen als die wichtigsten angesehen werden, eine Minderheit sind. Durch das Anwachsen der Einwohnerzahl Gdingens von 33 500 im Jahre 1931 auf 97 000 im Jahre 1939, ist allerdings gerade hier eine erhebliche Verschiebung eingetreten, da damit der polnische Bevölkerungsanteil 56,3, der kaschubische 38,6 und der deutsche nur noch 5,1 % betragen würde. Das

Deutschtum ist am stärksten in West- und Südpommerellen, am schwächsten in Nord- und Ostpommerellen.

In Posen ist die Zahl der Deutschen von 679 000 im Jahre 1910 auf 328 000 im Jahre 1921 und bis 1937 weiter auf 210 000 gesunken. Damit beträgt der Verlust des Deutschtums hier etwa 69 %. Insgesamt hat die deutsche Minderheit in Pommerellen und Posen 782 000 Personen oder 71 % ihres Bestandes verloren.

Die große, Pommerellen innerhalb des polnischen Staatsverbandes zugedachte Aufgabe als Faktor einer kommenden Großmachtpolitik müßte vor allem eine geschlossene und einheitliche Haltung der polnischen Bevölkerung zur Voraussetzung haben, wenn die politischen Pläne nicht ein Stoß ins Leere bleiben sollen. Die Beseitigung der inneren Hemmungen und Widerstände, die in Pommerellen größer als in jeder anderen polnischen Provinz sind, sind für die Verwirklichung der weitgesteckten polnischen Ziele jedoch ein Unsicherheitsfaktor ersten Ranges, da ein Einsatz der gesamten polnischen Bevölkerung hierbei nur sehr bedingt in Rechnung gestellt werden kann. Die Gegensätze innerhalb des polnischen Lagers ergeben sich aus der uneinheitlichen Grundeinstellung des polnischen Volkes, aus seinem Volkscharakter, dem geschichtlichen Werdegang und der unüberwindlichen Klassen- und Parteienzerrissenheit.

Diese Schattenseiten werden in keiner Weise durch das unbändige polnische Nationalgefühl ausgeglichen, das zwar während einer anderthalb Jahrhunderte dauernden politischen Unfreiheit lebendig geblieben, in Pommerellen aber bei weitem nicht so stark wie in dem übrigen Polen ausgeprägt ist. Ein Vergleich läßt sich nur mit Oberschlesien ziehen, wo die Bevölkerungsverhältnisse ähnlich wie in Pommerellen sind. Schon lange vor dem Weltkriege sahen die damaligen polnischen Führer das in Pommerellen wohnende Polentum als besonders gefährdet an und entfalteten daher hier eine lebhafte Tätigkeit zur Wiedererweckung und Vertiefung des polnischen Nationalbewußtseins. Es wurden auf ihre Veranlassung Turnvereine, Gesangvereine, landwirtschaftliche Vereine, Volksbanken, Ein- und Verkaufsgenossenschaften gegründet. In den höheren Schulen schlossen sich die polnischen Schüler vielfach in Geheimzirkeln zusammen und entwickelten eine rege volkspolitische Tätigkeit. Durch Kreditgewährung suchte man gefährdeten polnischen Besitz zu erhalten und deutschen Grundbesitz in polnische Hände zu bringen, mit dem Erfolg, daß trotz der viel beschrieenen Tätigkeit der Preußischen Ansiedlungskommission der polnische Besitzstand sich erheblich vergrößern konnte. In die gefährdeten pommerellischen Gebiete wurden junge, fanatisch polnisch eingestellte Polen als Leiter der polnischen Genossenschaften oder wirtschaftlichen Unternehmen entsandt, ferner auch junge polnische Ärzte und Rechtsanwälte, die die politische und kulturelle Führung des örtlichen Polentums übernahmen. Eine besondere Rolle spielte die polnische Geistlichkeit, die im Gegensatz zu den deutschkatholischen Pfarrern ihre Nationalität immer über die Religion stellte und der Hauptträger des polnischen Gedankens in Pommerellen war.

Als Beispiel für die planmäßige polnische Offensive vor dem Weltkriege sei die Entwicklung der polnischen Gesangvereine genannt, die zu deutscher Zeit ein wirksames Werkzeug der polnischen Propaganda waren. Ein in Danzig gegründeter polnischer Gesangverein „Lutnia" entfaltete bald in ganz Nordpommerellen eine rege Tätigkeit, indem er in den einzelnen Städten und Dörfern kulturelle polnische Abende und Theatervorstellungen, Volkstänze, Gesangsdarbietungen usw. veranstaltete. Der eifrigen Mitarbeit der polnischen Geistlichen war es zu verdanken, daß sogar in kaschubischen Gegenden, wie Neustadt, Lusin, Karthaus, Sierakowitz, Sianowo, Gowidlino, Sullenschin, Parchau im Kreise Karthaus, die Gründung neuer polnischer Gesangvereine ermöglicht wurde. 1909 traten die polnischen Gesangvereine zum erstenmal zu einer gemeinsamen Tagung in Neustadt zusammen, auf der die Gründung eines Verbandes der polnischen Gesangsgruppen für Danzig und Nordpommerellen beschlossen wurde. Die eigentliche Gründung erfolgte auf einer zweiten

Tagung in Sierakowitz am 18. April 1910. Bezeichnenderweise wurde ein katholischer Geistlicher, der Pfarrer Dylewski aus Gowidlino, zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Die dritte Jahrestagung fand 1911 in Chmielno, die vierte 1912 in Berent und die letzte vor dem Weltkriege 1914 in Sierakowitz statt. Zu gleicher Zeit hatte sich auch in Südpommerellen ein Zentrum der polnischen Gesangsbewegung gebildet. Bei einer gemeinsamen Tagung in Graudenz am 22. August 1912 schlossen sich die beiden Verbände zu dem pommerellischen Gesangsverband zusammen. Nach einer Veröffentlichung des „Spiewak", des Organs der vereinigten polnischen Gesangvereine, vom 1. Juni 1912 gab es damals in Westpreußen 27 polnische Gesangsgruppen sowie 53 polnische Kirchenchöre mit zusammen 2740 Mitgliedern. Eine ähnliche Entwicklung zeigten auch die anderen polnischen Vereine, die Volksvereine, der Sokol, die Genossenschaften und die polnischen Banken. Es ist Tatsache, daß das polnische Vereinswesen nie wieder eine solche Blütezeit erlebt hat wie zu deutscher Zeit, als die Polen noch eine Minderheit waren!

Die verstärkte politische und kulturelle polnische Offensive konnte jedoch nur wenig daran ändern, daß die große Masse des pommerellischen Polentums in passiver Haltung verharrte und von den polnischen Bestrebungen nur schwer oder gar nicht erfaßt werden konnte. Hinzu kam, daß sich durch zahlreiche Mischehen von Polen und Deutschen in vielen Gebieten eine neue Bevölkerungsschicht gebildet hatte, die eindeutig weder zum Deutschtum noch zum Polentum zu rechnen war, die sowohl die deutsche Sprache wie auch das in Pommerellen gesprochene Polnisch beherrschte. Durch eine massenhafte Abwanderung von polnischen Arbeitern nach dem westfälischen Industriegebiet wurde der Zerfall des Polentums noch gefördert. Fast alle polnischen Familien in Pommerellen hatten auf diese Weise Verwandte in Westdeutschland, die an ihrer nationalen polnischen Haltung nicht mehr so stark festhielten und einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf ihre in Pommerellen verbliebenen Verwandten ausübten.

Diese zwischen den beiden Nationen stehende Bevölkerungsschicht hat sich bis heute hin gehalten. Sie ist besonders zahlreich in Neustadt, Putzig, Dirschau, Schöneck, Konitz und weniger zahlreich in Südpommerellen. Die dieser Schicht angehörenden Menschen bekennen sich, wenn ein anderer Ausweg, ein offenes Bekenntnis zu vermeiden, nicht übrigbleibt, einmal zum Polentum und bei einer anderen Gelegenheit zum Deutschtum. Ausschlaggebend sind fast immer die jeweilig von der einen oder anderen Seite gebotenen materiellen Vorteile. Die Kinder werden entweder in eine deutsche oder auch in eine polnische Schule geschickt. Es kommt vor, daß aus ein und derselben Familie ein Kind in die deutsche und ein anderes in die polnische Schule geht. Ein Musterbeispiel für diese nationale Unentschlossenheit bietet das Verhalten eines Bauern in der Nähe von Konitz, der von seinen sechs Kindern abwechselnd eins in die deutsche und eins in die polnische Schule geschickt hat, so daß drei seiner Kinder eine deutsche und die drei anderen eine polnische Erziehung erhalten. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß zahlreiche katholische Lehrer in Pommerellen, die zu deutscher Zeit die besten Deutschen waren, 1920 mit fliegenden Fahnen in das polnische Lager übergingen. Als sich ihre Erwartungen auf eine schnelle Beförderung nicht erfüllten und sie sich auch finanziell schlechter als in Deutschland gestellt sahen, entdeckten sie nach einigen Jahren wieder ihr deutsches Herz, traten schnell einem deutschen Verein bei, um sich ein Alibi für ihre deutsche Gesinnung zu verschaffen, und wanderten dann schleunigst nach Deutschland aus.

Trotz des Druckes, der von den polnischen Behörden, und des Anreizes, der von der deutschen Volksgruppe auf die zu dieser Zwischenschicht gehörenden Menschen ausgeübt wird, eine klare Entscheidung zu treffen, verstehen sie es immer wieder, einer solchen aus dem Wege zu gehen. Es ist daher in zahlreichen Fällen vollkommen unmöglich, eine einwandfreie Schlußfolgerung über ihre Nationalität zu ziehen. Diese Menschen sind eben weder Deutsche, noch Polen, sondern

nur Pommereller. Für das Deutschtum sind sie belanglos und stellen, weil sie mitunter schon bei einem geringen Anlaß für einige Zeit in das polnische Lager übergehen, eher eine Belastung dar. Immerhin ist diese nicht greifbare und zahlenmäßig nicht festzustellende pommerellische Zwischenschicht ein bemerkenswerter Faktor und eine interessante Illustration zu der polnischen Behauptung von der unzweifelhaften ethnographischen Zugehörigkeit dieses Gebietes.

Eine charakteristische Eigenschaft, die die pommerellischen Polen mit denen fast aller anderen polnischen Provinzen teilen, ist ein Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem Deutschen und Deutschland. In dem Wilnaer „Słowo", der einzigen polnischen Zeitung, die seinerzeit aufrichtig und rückhaltlos für eine Verständigung Polens mit Deutschland eintrat, stellte der Hauptschriftleiter Mackiewicz fest, daß nur die im historischen Teil Litauens wohnenden Polen ein derartiges Gefühl nicht kennen. Seinen Ursprung hat dies Minderwertigkeitsgefühl in der Tatsache, daß die Polen die Schwächen des polnischen Nationalcharakters ebenso wie die geistige und menschliche Überlegenheit der Deutschen kennen und daher von einem ständigen Furchtgefühl nicht frei werden. Zu einem Teil wenigstens läßt sich hieraus der oft bei geringen Anlässen scheinbar unvermittelt hervorbrechende Haß gegen die deutsche Minderheit in Pommerellen und gegen das Deutsche Reich erklären. Das seit anderthalb Jahrhunderten geführte Leben als nationale Minderheit und das Wissen um die Überlegenheit der deutschen Kultur und des deutschen Charakters hat dazu geführt, daß die Deutschen in breiten Schichten der polnischen Bevölkerung Pommerellens als die Herren angesehen werden, denen gegenüber man als einzelner Mensch eine offene Feindschaft vermeidet, die man aber hinter dem Rücken oder, wenn man in Massen auftreten kann, mit brutalen Mitteln bekämpft. Diese aus dem Minderwertigkeitsgefühl geborene Haltung erklärt die zahlreichen Proteste, Kundgebungen und Ausschreitungen gegen Deutsche, bei denen der schrankenlos hervorbrechende Haß überrascht. Derartigen Ausbrüchen pflegt meistens eine ebenso schnelle Ernüchterung zu folgen, die sogar so weit gehen kann, daß viele der größten Hetzer und Schreier bei bekannten Deutschen ihre Unschuld oder Nichtbeteiligung an den Vorkommnissen zu beweisen suchen.

Durch Schule, Presse und Vereine wird, vorläufig noch mit geringem Erfolg, der Versuch gemacht, die Dinge umzukehren und bei den Polen das Gefühl des Herrentums gegenüber den Deutschen zu erwecken. Die Hochachtung der Polen vor den Leistungen des Deutschen Reiches ist allerdings so grenzenlos, daß in dieser Hinsicht jede auf die Stärkung des polnischen Nationalbewußtseins abzielende polnische Propaganda vergeblich bleiben wird.

Nach den bisherigen in jeder Richtung negativen Erfahrungen glaubt man in Pommerellen nicht mehr wie vielleicht vor 20 Jahren daran, daß Polen auch nur einen Bruchteil der planmäßigen deutschen Aufbauarbeit zu leisten imstande sei. Es ist unbestreitbar, daß die Wiedererstehung des polnischen Staates von den Pommerellener Polen durchweg mit ehrlicher Begeisterung begrüßt worden ist, teils aus innerer Überzeugung, teils aus recht materiellen Beweggründen. Die materialistische Einstellung muß überhaupt als eine der hervorstechendsten Charaktereigenschaften des polnischen Volkes angesehen werden. Eine Idee kann den Polen meistens nur dann schmackhaft gemacht werden, wenn greifbare Vorteile damit verbunden sind. So eröffnete das Wiedererstehen Polens scheinbar ungeahnte Perspektiven: Unzählige Beamtenstellen und einträgliche Posten in Industrie und Handel waren neu zu besetzen, und es erschien den Polen als durchaus selbstverständlich, daß der deutsche Gesamtbesitz in Stadt und Land, die äußere Erscheinungsform des deutschen Herrentums, in kurzer Zeit in ihre Hände übergehen müßte. Die Wege zu einflußreichen Stellen und zu mühelosem Reichtum schienen durch einen nie erhofften Glücksfall für jeden einzelnen Angehörigen der bisherigen polnischen Minderheit offenzustehen. Sofort nach der Übernahme des Landes begann aber auch der Ansturm auf den deutschen Besitz und

auf die Beamtenposten in Staats- und Kommunaldienst sowie auf die Stellen in Wirtschaftsbetrieben. Soweit deutsche Beamte zurückgeblieben waren, wurden sie so lange in ihren Ämtern belassen, bis Polen sich oberflächlich eingearbeitet hatten. Auch aus allen Privat-Unternehmen, die in polnische Hände kamen, wurden deutsche Angestellte und Arbeiter rücksichtslos entlassen und Polen eingestellt. Durch das massenhafte Angebot von deutschem Besitz waren die Grundstückspreise sehr gedrückt, und wer kein Geld besaß, konnte, wenn er nur einige Beziehungen hatte, enteigneten deutschen Besitz so gut wie kostenlos erhalten. Alle auf den polnischen Staat gesetzten Erwartungen schienen damit in Erfüllung zu gehen, denn sie ließen sich zunächst ja auf Kosten der Deutschen befriedigen. War es da nicht ein außergewöhnliches Glück, ein Pole zu sein? Ein goldenes Zeitalter schien für alle Polen angebrochen zu sein, und die schrankenlose Begeisterung riß auch manch einen mit, der durchaus nicht so fest im Polentum verwurzelt war und die geringen Kenntnisse seiner jetzt neuen polnischen Muttersprache noch erheblich vervollkommnen mußte.

Die Ernüchterung trat aber schon recht bald ein. Als sich nämlich zeigte, daß die politische und wirtschaftliche Führung des jungen Staates in keiner Weise mit der zu deutscher Zeit gewohnten zu vergleichen war, als die Inflation der polnischen Mark größere Fortschritte als die der deutschen machte, obwohl Polen keine Schuldenlast übernommen hatte, als die Lage auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet immer schlechter wurde, als die meisten der neu eingestellten polnischen Beamten sich nicht lange ihrer Posten erfreuen konnten, sondern wegen Unfähigkeit, Bestechlichkeit und Unterschlagungen oder auch nur auf willkürliche Anordnung ihrer ebenfalls durch die Günstlingswirtschaft ins Amt gekommenen Vorgesetzten auf schlechtere Stellen versetzt oder ganz abgebaut wurden. Und der deutsche Besitz? Ja, ganz so schnell, wie man das erwartet hatte, ging das mit den Enteignungen nicht, denn die Deutschen wehrten sich recht kräftig und zeigten sich selbst als rechtlose Minderheit noch in vieler Hinsicht den Polen überlegen. Und plötzlich waren auch andere Polen da, aus Kongreßpolen und Galizien, Volksgenossen zwar, an die man bei der Verteilung der fetten Pfründen aber gar nicht gedacht hatte, die man immer von oben her betrachtet hatte und die jetzt den Pommerellener Polen auf Schritt und Tritt vorgezogen wurden.

In Pommerellen und auch in Posen hatte man geglaubt, daß das auf einer sehr hohen Kulturstufe stehende frühere preußische Teilgebiet in dem neuen Polen die Führung haben werde, mußte in dieser Hinsicht aber schon nach wenigen Monaten eine bittere Enttäuschung erleben. Schon in der ersten Zeit kamen außer zahlreichen Bauern auch Beamte aus Galizien und Kongreßpolen nach Pommerellen und fühlten sich hier als die Kulturträger und Herren, obwohl sie, wie man in Pommerellen mit Erbitterung feststellte, kulturell weit unter dem pommerellischen Durchschnitt standen. Diese Eindringlinge aus der „warmen Gegend" kamen meist mit sehr ärmlichen Möbeln an — mit einer „Zigarrenkiste" —, hatten nach kurzer Zeit aber schon prachtvolle Einrichtungen und wußten mit den westeuropäischen Einrichtungen wie Wasserleitung, Kanalisation, Gas usw. nichts anzufangen. Bei dem Erwerb von Grundbesitz waren die aus anderen polnischen Gebieten kommenden Einwanderer noch insofern im Vorteil, als in der ersten Zeit ein doppeltes Währungssystem herrschte und für das ehemals preußische Teilgebiet ein erheblich niedrigerer Zwangskurs festgesetzt worden war. Auf diese Weise wurde, da die Grenzen jederzeit offenstanden, ein beispielloser Ausverkauf Pommerellens durch die Bewohner der anderen polnischen Gebiete ermöglicht.

Von Jahr zu Jahr wurde es augenscheinlicher, daß die Kongreßpolen eine Vorzugsstellung einnahmen und die Pommerellener Polen nur Bürger zweiter Klasse waren. Unter dem Vorwand der Deutschfreundlichkeit oder nationaler Unzuverlässigkeit wurden pommerellische Beamte in immer größerer Zahl in das Innere Polens versetzt, eine Maßnahme, die bei den dort herrschenden Zuständen einer Strafversetzung etwa nach Sibirien gleich-

kam. Viele Beamte zogen daher vor, ganz aus dem Staatsdienst auszuscheiden, da sie ein für sie menschenunwürdiges Dasein nicht zu ertragen glaubten. *Die aus Kongreßpolen und Galizien nach Pommerellen versetzten Beamten* nahmen im Laufe der Zeit alle höheren und die Mehrzahl der mittleren und unteren Beamtenstellen ein. *Sie standen der einheimischen Bevölkerung vollkommen fremd gegenüber und wurde von dieser auch als Fremdkörper empfunden.*

Wie planmäßig die Durchsetzung Pommerellens mit Polen aus dem Innern erfolgte, zeigte sich auch bei der Vergebung des zur Enteignung kommenden deutschen Besitzes, da Pommereller hier nur dann berücksichtigt wurden, wenn andere Bewerber nicht vorhanden waren. Bei der Neusiedlung auf dem durch die Agrarreform enteigneten Boden wurden sogar *ausschließlich* Galizier und Kongreßpolen in das Land geholt und die Pommereller ganz ausgeschaltet, obwohl dadurch *ein katastrophaler Rückschritt des in höchster Blüte stehenden Landes* unvermeidlich war. Der eigentliche Grund für diese sonst unverständlichen Maßnahmen ist in der Tatsache zu suchen, daß man die Pommereller zwar als kulturell hochstehend, nicht aber als national unbedingt zuverlässig ansieht.

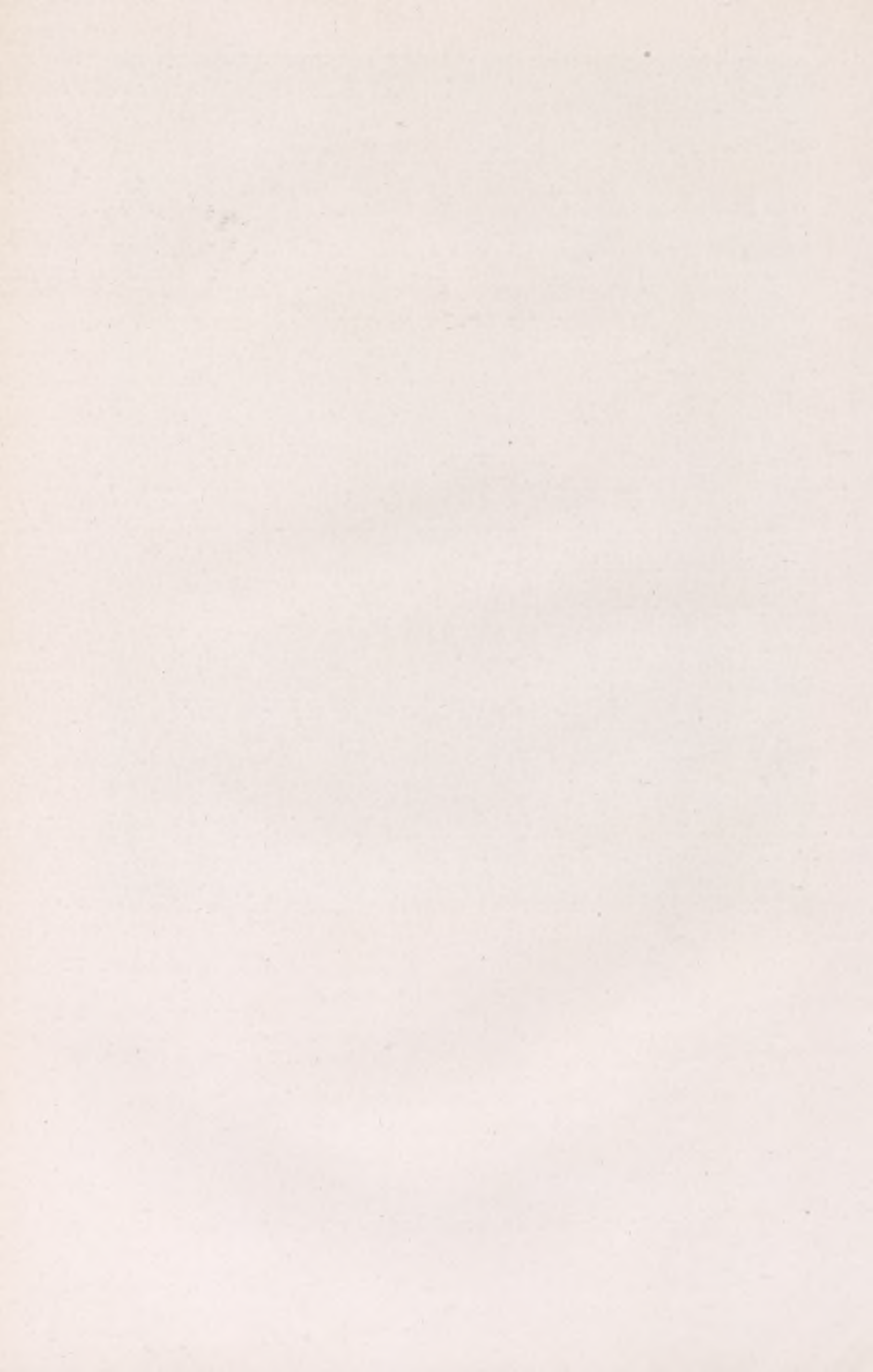
Zahlreiche Erscheinungen der polnischen Innenpolitik waren dazu angetan, das Vertrauen der aus einem Rechtsstaat kommenden Pommereller in eine den Erfordernissen des Landes und seiner Bewohner gerecht werdende Staatsführung zu erschüttern. Die unbedingte Autorität, die die Beamtenschaft infolge ihrer Pflichttreue und Unbestechlichkeit zu deutscher Zeit besaß, ging fast ganz verloren. *Bürokratismus, Mittelmäßigkeit* und *Käuflichkeit* wurden *in der Beamtenschaft* etwas Alltägliches, so daß man in Pommerellen Vergleiche mit den Zuständen im früheren Rußland zog und sich die durch zahllose Beispiele erhärtete Meinung zu eigen machte, daß in Polen mit Geld alles zu erreichen sei. Der erbitterte Parteienkampf trug dazu bei, daß immer neue Mißstände aufgedeckt und diese, wenn möglich, noch vergrößert wurden, so daß in der Bevölkerung das Gefühl der inneren Verbundenheit mit dem Staate und seinem Beamtenapparat nicht aufkommen konnte.

Bei der vorherrschenden materiellen Einstellung mußte der unaufhaltsame wirtschaftliche Niedergang des Landes die Stimmung in Pommerellen naturgemäß stark beeinflussen. Infolge der immer mehr zurückgehenden Kaufkraft der Landwirtschaft, der Beamten- und Arbeiterschaft sank der Lebensstandard fast auf die bedürfnislose Stufe der Ostgebiete, so daß die zu deutscher Zeit in höchster Blüte stehende pommerellische Industrie fast ganz zum Erliegen kam. Die zahlreichen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken sahen sich gezwungen, ihre Betriebe immer mehr zu verkleinern oder ganz zu schließen. Noch schlimmer war es in der Holzindustrie, die unter dem Rückgang der Holzausfuhr nach Deutschland und der Bevorzugung der galizischen Sägewerke zu leiden hatte. Die Landwirtschaft, der wichtigste Erwerbszweig in Pommerellen, erzielte nach wenigen günstigeren Jahren derart niedrige Preise, daß die Selbstkosten nicht mehr gedeckt werden konnten und die Verschuldung ein riesiges Ausmaß erreichte. Auch in den Handels- und Gewerbebetrieben gingen die Umsätze von Jahr zu Jahr zurück; ein Unternehmen nach dem anderen mußte schließen oder ging in den Konkurs. Der Hausbesitz hatte besonders unter der immer mehr anwachsenden Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Erwerbslosen brauchten keine Miete zu zahlen, so daß die Hausbesitzer indirekt einen erheblichen Teil der vollkommen unzulänglichen öffentlichen Fürsorge zu tragen hatten. Eine Besserung der Lage trat selbst dann nicht ein, als die Wirtschaftskrise in der ganzen übrigen Welt bereits überwunden war. Für Pommerellen ist auch für die Zukunft kein wesentlicher Aufschwung zu erwarten, denn die Maßnahmen der Regierung laufen darauf hinaus, *den Lebensstandard der Westgebiete ganz auf den des Ostens herabzudrücken.*

Wenn sich der Steuerdruck in der ersten Zeit bei den Polen kaum bemerkbar gemacht hatte, da in erster Linie die Deut-



Windschöpfwerk in der Danziger Niederung



schen zur Zahlung herangezogen wurden, so änderte sich das allmählich, als die Zahlungsfähigkeit der Deutschen fast ganz ausgeschöpft war und der Geldbedarf des Staates immer größer wurde. Eine wirksame Waffe in den Händen der Behörden, die vielfach gegen Mitglieder von Oppositionsparteien angewandt wurde, war die Arbeitsinspektion, die ebenfalls viel zur Untergrabung zahlreicher Existenzen beitrug.

Mit am stärksten wurden die *Arbeiter* von dem wirtschaftlichen Niedergang betroffen, die in Pommerellen etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Arbeitslöhne sanken von Jahr zu Jahr, so daß ein Wochenlohn von 20,— Zł. (= 10,— RM.) selbst bei gelernten Arbeitern als ein hohes Einkommen galt. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter mußte sich mit erheblich weniger begnügen. Wochenlöhne von 6—10 Złoty sind durchaus keine Ausnahme. Das schlimmste war jedoch die 1928 einsetzende *Arbeitslosigkeit*, von der im Laufe der folgenden Jahre etwa die Hälfte aller im Erwerbsleben stehenden Arbeiter betroffen wurde.

Eine staatliche Arbeitslosenunterstützung wird nur für die Dauer von dreizehn Wochen, und zwar in der Höhe von etwa einem Drittel des Lohnes, gezahlt, jedoch nur an diejenigen Arbeiter, die mindestens 26 Wochen ununterbrochen gearbeitet haben. Nach Ablauf dieser Zeit sind die Arbeitslosen wieder auf sich angewiesen, da eine Unterstützung durch die öffentliche Fürsorge, wenn eine solche in den einzelnen Orten überhaupt besteht, vollkommen unzulänglich ist. Im Winter 1936/37 ist zwar eine Winterhilfe nach deutschem Muster eingerichtet worden, jedoch können ihre Leistungen in keiner Weise mit denen in Deutschland verglichen werden. Bei dieser trostlosen Lage ist es kein Wunder, daß *Bettelei, Diebstähle und Einbrüche* erschreckende Ausmaße angenommen haben und so gut wie nichts vor Dieben sicher ist. Längs der Eisenbahn bildeten sich ganze Banden, die besonders die nach Gdingen und Danzig fahrenden Kohlenzüge systematisch plünderten, so daß die Eisenbahn sich gezwungen sah, einen bewaffneten Eisenbahnschutz zu organisieren. Auch in vielen Dörfern ging man angesichts der Machtlosigkeit der Polizei gegenüber der Diebstahlsepidemie zur Selbsthilfe über und richtete Einwohnerwehren ein. Um die Felddiebstähle zu unterbinden, wurde von Privatunternehmen mit staatlicher Unterstützung eine bewaffnete Feldpolizei gebildet. Alle diese Schutzmaßnahmen hatten jedoch nur geringe Erfolge, da die Arbeitslosen einen Aufenthalt im Gefängnis einem langsamen Verhungern vorzogen, besonders da Diebstähle nicht gerade streng bestraft wurden.

Die genaue Zahl der Arbeitslosen steht nicht fest, da in Polen als arbeitslos nur diejenigen amtlich registriert werden, die nach einer Arbeitsdauer von mindestens 26 Wochen dreizehn Wochen hindurch eine Unterstützung erhalten, sich also in einer unvergleichlich günstigeren Lage befinden als die Arbeitslosen, die überhaupt nicht betreut werden. Das Thorner Regierungsblatt „Dzień Pomorza“ setzte in einer Artikelserie über das Arbeitslosenproblem in Pommerellen die Zahl der Arbeitslosen mit der der Winterhilfsempfänger gleich, die 1937 50 000 und mit den Familienangehörigen rund 200 000 betragen hatte. Diese Zahl dürfte eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein, denn nicht alle Arbeitslosen wurden von der Winterhilfe betreut; so sind besonders zahlreiche Deutsche ausgeschlossen gewesen. Ferner wurden nicht die vielen Kätner berücksichtigt, die gezwungen sind, sich irgendeine Arbeit zu suchen, und schließlich auch nicht die zahllosen Bauernsöhne, die früher, da nur ein Bauernsohn das elterliche Grundstück übernehmen konnte, einen anderen Beruf ergriffen, jetzt aber infolge der Ungunst der Verhältnisse auf den Wirtschaften der Eltern oder Geschwister bleiben müssen. *Die Gesamtzahl der Arbeitslosen und ihrer Familienangehörigen dürfte daher mit einer Viertelmillion für Pommerellen nicht zu hoch gegriffen sein. Das bedeutet, daß im Winter jeder vierte Bewohner des Korridors ohne Arbeit und Brot ist.* In den Sommermonaten dürfte sich diese gewaltige Zahl höchstens um die Hälfte verringern,

da die meisten Arbeiter immer nur für ein paar Tage oder Wochen Arbeit finden.

In den früher aufstrebenden Industriegebieten Pommerellens ist die Anhäufung der Arbeitslosen besonders groß. So sind in Graudenz durch die Stillegung der großen Gummifabrik und der früher in deutschem Besitz befindlichen und im ganzen deutschen Osten bekannten Maschinenfabriken allein Tausende von Arbeitern brotlos geworden. Das Schicksal Culmsees ist eng mit der dortigen, früher größten Zuckerfabrik Europas verbunden. Die Größe des hier herrschenden Arbeitslosenelends läßt sich bereits daraus ersehen, daß die Fabrik 1936/37 insgesamt nur 31 Tage gearbeitet hat. Czersk hat schon zu deutscher Zeit fast ausschließlich von seiner großen Holzindustrie gelebt, die jetzt ganz stillgelegt ist, so daß auch diese Arbeiterstadt vollkommen tot ist. Ebenso sind auch in Dirschau, Konitz, Briesen, Schwetz, Strasburg usw. fast alle Industriebetriebe geschlossen worden. Die Elendsgebiete der Arbeitslosigkeit erstrecken sich in einem breiten Streifen längs der deutschen Grenze von Zempelburg und Konitz nach Stargard und Dirschau; ein zweiter Streifen umfaßt die Kreise Schwetz und Culm, ein dritter Thorn und Culmsee. Am größten ist die Arbeitslosigkeit jedoch in Gdingen, wo allein ein Viertel aller Arbeitslosen Pommerellens zusammengedrängt ist.

Zu der an sich schweren Lage der polnischen Arbeiter kommt noch hinzu, daß die Kluft zwischen den polnischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erheblich größer als in den meisten anderen Ländern ist. Der polnische Arbeiter, einer der geduldigsten und anspruchlosesten der Welt, wird oft geradezu als ein Mensch minderen Wertes angesehen. Aber selbst wenn seine Lage unerträglich geworden ist, läßt er sich leicht durch Versprechungen oder geringe Zugeständnisse zu weiterem geduldigen Ausharren bewegen. Die Enge seiner nur auf die Befriedigung der niederen Instinkte gerichteten Auffassung und die dumpfe Gleichgültigkeit gegenüber allen höheren Interessen lassen ihn wenig geeignet erscheinen, ein einsatzfähiges Werkzeug für die polnischen Ziele in Pommerellen zu werden.

Neben dem wirtschaftlichen übt auch der kulturelle Niedergang einen starken Einfluß auf die Stimmung in Pommerellen aus. Die Zahl der Vollanalphabeten liegt mit 4,3 % zwar erheblich unter dem Durchschnitt des Landes, dagegen nimmt die Zahl der sogenannten rückfälligen Analphabeten, die die Kenntnis des Lesens und Schreibens nach einigen Jahren vergessen, immer mehr zu. Viel tragen hierzu die Schulverhältnisse bei. Das von Deutschland übernommene Netz von Schulgebäuden, die restlos den polnischen Schulen zur Verfügung gestellt worden sind, reichte für die Einschulung der Kinder in den ersten Jahren vollkommen aus. Inzwischen ist aber die Zahl der Schulkinder ganz beträchtlich angewachsen, ohne daß auch ein einziges neues Schulgebäude, nicht einmal in der Wojewodschaftshauptstadt Thorn, erbaut worden ist. Lediglich Gdingen und einige Orte an der Seeküste machen eine Ausnahme. Die Folge ist, daß sämtliche Schulklassen überfüllt sind und es keine Ausnahme ist, wenn in einem Klassenraum 80 bis 100 Kinder zusammengepfercht werden müssen, der nur für 30 bis 40 Kinder vorgesehen war. Vielfach erfolgt der Unterricht sogar in zwei bis drei Schichten. Bei diesen Zuständen ist es kein Wunder, daß Schulen Brutstätten für die verschiedensten Krankheiten werden und die Bildungsstufe immer weiter absinkt. Der Staat braucht alle nur irgendwie verfügbaren Mittel für die Aufrüstung, für Gdingen und das neue Industriezentrum Sandomir, so daß für den Bau neuer Schulen so gut wie keine Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Für die Zukunft ist noch mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen, denn die durch freiwillige Spenden während einer jährlich veranstalteten Schulwoche aufgebrachten geringen Mittel sind angesichts der ständig noch weiter wachsenden Zahl der Schulkinder nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Bereits jetzt können in Polen infolge des Fehlens von Schulräumen mehr als eine Million Kinder überhaupt keine Schule besuchen. Das Tra-

gische hierbei ist, daß lediglich die Raumfrage eine ordnungsmäßige Einschulung der Kinder verhindert, denn von einem Lehrermangel kann nicht gesprochen werden. Es sind im Gegenteil zuviel Lehrkräfte vorhanden. Tausende von Lehrern müssen nach erfolgter Ausbildung fast ein Jahrzehnt warten, ehe sie eine Anstellung im Schuldienst finden können. In der Zwischenzeit leiden sie die bitterste Not, wenn es ihnen nicht gelingt, eine Stellung als einfacher Arbeiter zu finden. Viele hospitieren jahrelang an einzelnen Schulen als Applikanten ohne jede Vergütung und erhalten mitunter geringfügige Spenden von ihren bereits im Amt befindlichen, aber finanziell sehr schlecht gestellten Kollegen. Es kann nicht wundernehmen, daß bei dieser Sachlage die Moral in der Lehrerschaft nicht gerade vorbildlich ist, daß Diebstähle und eine gewisse sittliche Verkommenheit nicht zu den Ausnahmen gehören und daß das Ansehen des Lehrerstandes bei der Bevölkerung nicht sehr groß ist.

Nicht viel besser sieht es auch bei den übrigen Geistesarbeitern aus. Dem Mangel an Volksschulen steht ein riesiger Andrang zu den Gymnasien und Universitäten gegenüber. Bei der Überfüllung aller geistigen Berufe und der geringen Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft kann aber nur ein kleiner Bruchteil der Gymnasiasten und Studenten ein Unterkommen finden. Hunderte von Rechtsanwälten und Ärzten haben ein so kümmerliches Einkommen, daß sie geradezu als arbeitslos bezeichnet werden können. Jahrelang müssen Juristen als überzählige Hilfskräfte für ein Taschengeld oder ohne jede Entschädigung bei den Gerichten arbeiten, ehe sie eine Anstellung erhalten. Tausende von Akademikern sind zufrieden, wenn sie eine schlecht bezahlte Schreiberstelle in einer Verwaltung erhalten, denn die meisten können überhaupt nicht unterkommen. In den letzten Jahren ist so ein akademisches Proletariat entstanden, das mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden ist und daher eine Gefahr werden kann.

Der kulturelle Niedergang zeigt sich im Korridor auf allen Gebieten des Geistes- und Kunstlebens. Sogar die politische Presse hat einen katastrophalen Rückgang ihrer Auflage zu verzeichnen und kann sich nur unter den größten Schwierigkeiten behaupten. Der Buchhandel ist so gut wie ganz tot. Neue Bücher werden fast gar nicht gedruckt oder höchstens die allerbilligste, aus dem Französischen oder Englischen übersetzte Schundlektüre. Die Zahl der bereits zu deutscher Zeit bestehenden polnischen Volksbüchereien ist zwar verhältnismäßig groß, der Buchbestand dagegen dürftig und veraltet und die Ausleihe unbedeutend. Von den in Pommerellen bestehenden Theatern hat sich nur das in Thorn halten können. Gastspiele dieses Theaters in den einzelnen pommerellischen Städten sind meistens sehr schlecht besucht. Der Rundfunk hat in den letzten Jahren in den Städten eine etwas größere Verbreitung gefunden, auf dem flachen Lande ist er aber auch heute noch eine Seltenheit.

Für die Beurteilung der Verhältnisse im Korridor wie in Polen überhaupt ist das Fehlen von hervorragenden Köpfen von Bedeutung. Auch in der geschichtlichen Zeit hat das polnische Volk nur wenige bahnbrechende Männer hervorgebracht und immer nur auf den geistigen Leistungen anderer Völker, meistens des deutschen, aufgebaut. Das neue Polen übernimmt ebenfalls zahlreiche Formen des staatlichen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens mit Vorliebe von dem sonst so bekämpften Deutschland, so die Winterhilfe, den Arbeitsdienst, die Organisation der Jugend, zahlreiche Verwaltungs-, Steuer-, Devisen- und sonstige Maßnahmen. Wenn sich in Deutschland eine neue Einrichtung praktisch bewährt hat, wird sie, wenn damit nicht größere Geldausgaben, wie etwa bei den Autobahnen verbunden sind, nach einiger Zeit in etwas veränderter Form auch in Polen eingeführt. Wie groß der Mangel an geistig führenden Persönlichkeiten in Polen ist, zeigt allein die Tatsache, daß im Jahre 1937 an den polnischen Hochschulen 50 Lehrstühle unbesetzt waren und 46 Professoren das vorgesehene Höchstalter von 65 Jahren bereits überschritten hatten. Es fehlten also fast hundert Hochschulprofessoren, ohne daß ein Ersatz zur Verfügung stand.

Auch Pommerellen krankt daran, daß es nicht genügend Fachleute und vor allem keine Persönlichkeiten mit ausgesprochenen Führerqualitäten hat, die in allen Schichten der Bevölkerung anerkannt werden. Selbst die gebildeten Kreise kommen über einen gewissen Durchschnitt und eine Enge der Auffassungen nicht heraus. Um so größer ist die Zahl derer, die sich aus Ehrgeiz oder eigennützigen Gründen eine führende Rolle anmaßen und immer nur eine kleine Anhängerschaft um sich versammeln können. Die Bildung kleiner Klüngel und Zirkel innerhalb der bestehenden Organisationen und Parteien wird dadurch gefördert und eine produktive Arbeit so gut wie unmöglich gemacht. Es ist ein typisch polnischer Charakterzug, daß in demokratischer Gleichmacherei alle über dem Durchschnitt liegenden Leistungen nicht anerkannt und bagatellisiert werden. Aus dieser Haltung heraus wird es erst verständlich, daß die überragende Führerpersönlichkeit Marschall Pilsudskis nur bei einem verschwindend geringen Prozentsatz der Polen Anerkennung gefunden hat, und Pilsudskis Größe liegt gerade darin, daß er sich trotz der ungeheuren Widerstände im eigenen polnischen Lager hat durchsetzen und die Entwicklung ein bedeutendes Stück vorwärtstreiben können. Es gibt keinen anderen Polen, der die verhängnisvollen Fehler seiner Landsleute so gut erkannt und so scharf gegeißelt hat wie Marschall Pilsudski. Für das engstirnige Denken der meisten Polen ist es bezeichnend, daß die Größe Pilsudskis auch heute noch im Auslande besser gewürdigt wird als im polnischen Volke selbst.

Die bereits erwähnte materielle Einstellung der Polen äußert sich im Privatleben ebenso wie im öffentlichen Leben. Es ist im Korridor eine bekannte Tatsache, daß die zahllosen Bettler bei Polen nur selten etwas erhalten und daher mit Vorliebe Deutsche aufsuchen. Ebenso bekannt ist auch, daß die Deutschen bei allen öffentlichen polnischen Sammlungen sehr stark beteiligt sind und daß *die meisten Sammlungen ein klägliches Fiasko ohne die Zahlungen der Deutschen erleiden würden*. Die unzähligen Straßen- und Haussammlungen für nationale und soziale Zwecke haben bei den Polen nur ein sehr dürftiges Ergebnis, so daß die großen polnischen Organisationen, wie der Luftschutzverband, die See- und Kolonialliga usw., dazu übergegangen sind, ihre Sammlungen in engster Zusammenarbeit mit den Behörden und Arbeitsinspektoren durchzuführen, um einen gewissen Druck auf die Bevölkerung ausüben zu können. Der Erfolg der erstmalig im Winter 1936/37 eingeführten polnischen Winterhilfe war geradezu niederschmetternd, denn Pommerellen brachte nur rund einen Złoty pro Kopf der Bevölkerung auf und stand damit noch über dem Gesamtdurchschnitt des Landes. Aber selbst dieser geringfügige Betrag wäre nicht eingegangen, wenn den Beamten die Beiträge für die Winterhilfe nicht zwangsweise abgezogen worden wären und die Deutschen die auf sie entfallenden Sätze nicht gezahlt hätten. Ein gleiches Fiasko war die Luftanleihe vom April/Mai 1939. Obwohl durch Presse, Rundfunk und Ministerreden das polnische Volk unter schärfsten politischen Druck gesetzt, ja in Panikstimmung getrieben wurde, kamen bei der Anwendung ähnlicher Eintreibungsmittel statt der veranschlagten Milliarde nur 384 Millionen Złoty ein.

Die egoistische Einstellung der Polen äußert sich auch in der fehlenden Einsatz- und Opferbereitschaft bei allen staatlichen und sozialen Erfordernissen. Der Pole im Korridor betätigt sich meistens nur dann öffentlich, wenn damit ein materieller Vorteil für ihn verbunden ist oder er eine einflußreiche Rolle spielen kann. Er bevorzugt für seine öffentliche Betätigung daher kleine Kreise und Zirkel, da diese seinem persönlichen Ehrgeiz mehr Spielraum gewähren. An der Spitze der vom Staat als wichtig angesehenen Organisationen und ihrer Ortsgruppen stehen daher nur selten Privatpersonen, sondern fast immer Beamte, die diese Ehrenämter nicht ablehnen *können*.

Eine weitere charakteristische Eigenschaft der Polen im Korridor ist ihre unausrottbare oppositionelle Haltung, die zur Zeit der polnischen Unfreiheit aus dem völkischen Selbsterhaltungstrieb heraus den Polen zur zweiten Natur geworden ist und nun auch den eigenen polnischen Behörden gegenüber zum Aus-

druck kommt, obwohl sich die Voraussetzungen grundlegend geändert haben. Denn die damalige nationale Minderheit ist zu dem herrschenden Staatsvolk geworden, und die zu deutscher Zeit bestehende geschlossene Einheitsfront ist in unzählige, sich heftig bekämpfende Parteien und Gruppen zerfallen.

Zu einem nicht unwesentlichen Teile ergeben sich die inneren Gegensätze im Polentum Pommerellens aus seiner Rassenzusammensetzung. Die einheimischen Polen gehören größtenteils der baltischen und ostischen Rasse an. Sie haben ferner einen gewissen nordischen Einschlag, der jedoch bei weitem nicht so stark wie bei den heute noch in Pommerellen wohnenden Deutschen ist. Man kann den Deutschen in Pommerellen unfehlbar fast immer an seinem nordischen Aussehen erkennen. Die aus Kongreßpolen und Galizien eingewanderten Polen gehören ebenfalls der baltischen und ostischen Rasse an; sie haben aber einen noch erheblich geringeren nordischen Einschlag als ihre Volksgenossen in Pommerellen, dagegen haben sie einen sehr erheblichen Prozentsatz asiatisches, mongolisches und auch jüdisches Blut aufgenommen. Sie unterscheiden sich von den Pommerellener Polen also nicht nur durch ihre niedrigere Kulturstufe, sondern auch durch ihre rassischen Charaktereigenschaften. Dieser Rassenunterschied macht die häufig schon an Haß grenzende Antipathie der „Pommerellener Polen" gegenüber den „Kongressern" verständlich, die so weit geht, daß die Pommereller häufig lieber mit den ihnen aus anderen Gründen verhaßten Deutschen zusammenarbeiten, wenn es sich, wie bei der Wahl von Bürgermeistern, Stadträten usw., darum handelt, den Einfluß der Kongreßpolen zu beseitigen.

Das Pommerellener Polentum ist in den 18 Jahren seit der Wiedererstehung des polnischen Staates auf dem Wege zu einem einheitlichen Volk noch keinen Schritt weiter gekommen und das Schmerzenskind der polnischen Regierung geblieben. Der Begriff der Volksgemeinschaft, die allein die Gegensätze mildern und die Grundlage für einen bedingungslosen Einsatz des einzelnen sein könnte, ist vollkommen unbekannt. Es erscheint bei Lage der Dinge demnach ausgeschlossen, daß die heutige Wojewodschaft Pommerellen überhaupt jemals zu einen einigermaßen homogenen Bestandteil des polnischen Staatsgebildes wird.

II. Der Vernichtungskampf gegen die deutsche Minderheit.

Gegenüber der deutschen Volksgruppe im Korridor hat die polnische Politik von Anfang an nur ein einziges Ziel gekannt: Ausrottung um jeden Preis und ohne jede Rücksicht. Jede Regierung und jede Partei hat dieses Ziel als eisernen Bestandteil in ihr Programm aufgenommen und sich bei dem Tempo der Entdeutschungsmaßnahmen nur von den innen- und außenpolitischen Möglichkeiten und Gegebenheiten leiten lassen. In keiner anderen Wojewodschaft, mit Ausnahme von Oberschlesien, tritt der Vernichtungskampf derart kraß in Erscheinung wie in der „Wojewodschaft Pommerellen".

Für die deutsche Volksgruppe im Korridor sind die vergangenen 19 Jahre ein ständiges erbittertes Ringen um Recht und Gleichberechtigung, um den von Jahr zu Jahr enger werdenden Lebensraum gewesen, ein Todeskampf, wie er in der Geschichte der völkischen Minderheiten fast ohne Beispiel dasteht. In diesem aussichtslosen Kampf einer entrechteten Minderheit gegen die mit ganzer Wucht zum Einsatz kommenden Machtmittel des Staates hat es fast nur Niederlagen geben können, wenn von den Deutschen auch alle Wege des gegen sie willkürlich angewandten und ausgelegten Rechts bis zum äußersten erschöpft worden sind. Es ist ein Ruhmesblatt für die Deutschen, daß alle Schicksalsschläge und Bedrückungen ihren Mut nicht haben brechen können, sondern im Gegenteil ihre Widerstandskraft und ihren zähen Willen zum Durchhalten gestählt haben. Jeder Quadratmeter deutschen Heimatbodens, jeder deutsche Arbeitsplatz ist mit zäher Energie verteidigt und nur nach Gewaltanwendung aufgegeben worden.

Das Endziel der polnischen Politik ist ein rein polnisches Pommerellen, in dem kein Platz für Deutsche sein soll. Die pol-

nische Meeresprovinz soll zu einer uneinnehmbaren Bastion ausgebaut werden, in der die Deutschen als ein störendes und angeblich feindliches Element angesehen werden. Bis zur Erreichung des polnischerseits gesteckten Zieles gab und gibt es keine Atempause in dem Kampf gegen das Deutschtum, sondern höchstens Zeiten stärkeren oder schwächeren Druckes. Gegen irgendeinen Zweig des deutschen Lebens oder des deutschen Besitzstandes wird immer ein Großangriff geführt, der zwangsläufig mit einer weiteren Einengung des deutschen Lebensraumes enden muß. Aber auch auf allen anderen Gebieten ist ein Nachlassen des ständig lastenden Druckes niemals festzustellen. Selbst in der von den Deutschen im Korridor hoffnungsfroh begrüßten Zeit der deutsch-polnischen Verständigung hat sich hieran gar nichts geändert, da polnischerseits einige recht äußerliche, aber in keiner Weise die wirklichen Lebensnotwendigkeiten der deutschen Minderheit betreffende Freiheiten nur vorübergehend zugestanden worden sind. Schon nach kurzer Zeit ist der Kampf mit allen dem Staat zur Verfügung stehenden Mitteln und auf allen Gebieten weitergeführt worden, angefangen von der offenen Enteignung bis zur Verdrängung auf „kaltem" Wege durch die beliebten Mittel der Überbesteuerung und der vielseitigen Verwaltungsschikanen.

Es ist kein Wunder, daß die Bilanz des nun fast 20 Jahre andauernden Kampfes für das Deutschtum niederschmetternd ist. Die Zahl der in Pommerellen wohnenden Deutschen ist von 421 000 im Jahre 1910 auf 176 000 im Jahre 1921, auf 117 000 im Jahre 1926 und auf 108 000 im Jahre 1937 gesunken. Von 1910 bis 1937 hat das Deutschtum drei Viertel seines Bestandes verloren, und zwar überwiegend durch Abwanderung und nur einen verschwindend kleinen Teil durch Aufgehen im Polentum. Der deutsche Bevölkerungsanteil ist von 44 % im Jahre 1910 auf 9,6 % im Jahre 1937 zurückgegangen. In Posen war der Gesamtverlust des Deutschtums entsprechend dem nicht ganz so starken Druck mit 69 % etwas geringer als in Pommerellen. Die Zahl der hier wohnenden Deutschen ist von 679 000 im Jahre 1910 auf 328 000 im Jahre 1921, auf 224 000 im Jahre 1926 und auf 210 000 im Jahre 1937 gesunken.

Ähnlich groß ist auch der Verlust an Boden, der nach dem Fortfall der meisten anderen Erwerbsquellen das Rückgrat des Deutschtums darstellt. Der deutsche landwirtschaftliche Privatbesitz in Pommerellen ist von rund 570 000 ha im Jahre 1914 auf 368 638 ha im Jahre 1926 zurückgegangen. Damit betrug der Verlust bereits 201 000 ha oder 35 %. Der Anteil am gesamtlandwirtschaftlichen Besitz in Pommerellen war in dieser Zeit von 36 % auf 23,5 % gefallen. 1936 betrug der deutsche Besitz nur noch 310 000 ha, so daß in der Zwischenzeit weitere 60 000 ha durch die verschiedensten polnischen Maßnahmen verlorengegangen sind. Von 1914 bis 1936 sind insgesamt 260 000 ha oder fast 46 % des ursprünglich deutschen Besitzes in polnische Hände gekommen. Der deutsche Anteil am gesamten landwirtschaftlichen Besitz in Pommerellen war damit weiter auf 19,4 % gefallen. In Posen ist der Rückgang des deutschen Besitzes ebenfalls etwas geringer. Hier ging der deutsche Privatbesitz von 966 053 ha im Jahre 1914 auf 667 257 ha im Jahre 1926 zurück, so daß der Verlust 298 796 ha oder 31 % betrug. 1936 waren nur noch 590 000 ha in deutschen Händen, so daß ein weiterer Verlust von 77 000 ha zu verzeichnen war. Insgesamt sind hier 39 % des deutschen Bodens gegenüber 46 % in Pommerellen in polnischen Besitz gekommen.

Durch die polnischen Entdeutschungsmaßnahmen ist das Deutschtum in Pommerellen und Posen in achtzehn Jahren von 1 100 000 auf 318 000 herabgedrückt worden. In den beiden Provinzen, in denen das Deutschtum eine Schicksalsgemeinschaft bildet, sind 782 000 deutsche Menschen zur Abwanderung gezwungen worden, das sind 71,1 %. Der deutsche Privatbesitz ist von 1 536 000 ha auf 900 000 ha zurückgegangen. 636 000 ha unersetzlicher deutscher Volksboden ist verlorengegangen. Das ist aber noch nicht alles. Dem Deutschtum ist ferner die Nutznießung des in Staats- und Kommunalbesitz befindlichen Bodens in Größe von 500 000 ha entzogen und dem polnischen Volk zur Verfügung gestellt worden. Der Lebensraum des Deutschtums in den bei-

den ehemals preußischen Provinzen ist also von 2 036 000 ha auf 900 000 ha, d. h. auf 44 % zusammengeschrumpft. Noch schlimmere Folgen hat die Entdeutschungspolitik in den Städten gezeitigt. 1926 waren nur noch 7300 Hausgrundstücke und 1100 industrielle und gewerbliche Anlagen in deutscher Hand. Inzwischen ist hier eine weitere ganz erhebliche Verlagerung zuungunsten der Deutschen erfolgt. Genaue Zahlen über die Besitzverhältnisse in den Städten aus deutscher Zeit liegen nicht vor, jedoch dürfte es keineswegs übertrieben sein, wenn drei Viertel des ehemaligen deutschen Besitzes als verloren angesehen werden. Eine wahrhaft erschütternde Bilanz!

Einen Begriff von der Größe des Verlustes erhält man erst, wenn man ihn mit den Maßstäben deutscher Länder vergleicht. Der Verlust an deutschem Boden in Pommerellen und Posen entspricht etwa der Größe ganz Thüringens. Die Zahl der aus diesen beiden Provinzen abgewanderten deutschen Menschen erreicht die Einwohnerzahl von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zusammen oder fast die von Braunschweig und Anhalt.

Die systematische polnische Verdrängungspolitik, die zu diesem für das ganze deutsche Volk katastrophalen Verlust geführt hat, soll hier nur in großen Umrissen geschildert werden. Wie bereits erwähnt, haben die polnischen Behörden bisher immer auf einem Gebiet einen Großangriff gegen den deutschen Besitzstand geführt, und wenn das gesteckte Ziel erreicht war, den Angriff auf ein neues Gebiet verlegt. Der größte Unsicherheitsfaktor für das Deutschtum ist, daß es niemals weiß, wo der nächste Schlag geführt werden wird, und sich daher niemals auf eine gesicherte Zukunft einrichten kann. Die bestehenden Gesetze sind dabei durchaus keine sichere Grundlage, denn für jedes neue Vorgehen schafft man sich polnischerseits eben eine neue rechtliche Unterlage, wenn man das überhaupt für notwendig erachtet.

Nachdem bereits in der ersten Übergangszeit durch unzählige Übergriffe, Schikanen, durch die planmäßige Verbreitung des Gerüchtes über kommende Enteignungen und Ausweisungen und durch die Schaffung eines Zustandes der Rechtlosigkeit ein starker Druck auf die deutsche Bevölkerung ausgeübt worden war, setzte als eine der ersten Maßnahmen die Vertreibung der Domänenpächter ein. Im Widerspruch zu dem bestehenden Recht wurden gültige Pachtverträge gebrochen und 219 deutsche Domänenpächter von einem 440 000 ha großen Besitz vertrieben. Eine weitere Anzahl hatte ihre Stellen unter Druck bereits vorher verlassen.

Der nächste folgenschwere Angriff richtete sich gegen die deutschen Ansiedler. Um der irrigen, von den Polen aus durchsichtigen Gründen verbreiteten Ansicht entgegenzutreten, daß es sich bei der Enteignung der Ansiedler nur um eine Wiedergutmachung des den Polen zu deutscher Zeit zugefügten Unrechts handele, soll kurz auf die Tätigkeit der Preußischen Ansiedlungskommission eingegangen werden. Diese Kommission hat während ihrer ganzen Tätigkeit in Pommerellen und Posen 71,5 % des zur Aufteilung gelangten Bodens aus deutscher und nur 28,5 % aus polnischer Hand aufgekauft. Bis 1918 sind insgesamt 466 750 ha aufgekauft worden, und zwar 334 207 ha aus deutscher und nur 126 676 ha aus polnischer Hand. Von dieser Fläche sind 439 337 ha zu Polen gekommen und 21 546 ha bei Deutschland oder Danzig verblieben. Bis zum 10. Januar 1920 sind an 20 712 Ansiedler und 1358 Pächter nur 314 076 ha vergeben worden, während der Rest an Gemeinden, Kirchen oder Schulen gekommen oder als Landreserve in der Verwaltung der Ansiedlungskommission verblieben ist. Da diese Reserve in Größe von 90 810 ha sowie das an die Gemeinden und Schulen vergebene Land sofort nach der Wiedererstehung Polens in den Besitz der Polen kam, hat das polnische Volk durch die Arbeit der Ansiedlungskommission also nicht den geringsten Verlust an Boden zu verzeichnen gehabt. Zwangsweise enteignet sind überhaupt nur vier polnische Güter mit insgesamt 1655 ha, die weit über den damaligen Marktpreis bezahlt worden sind. Bemerkenswert ist aber, daß sich der polnische Privatbesitz während der Tätigkeit der Preußischen

Ansiedlungskommission in Pommerellen und Posen trotz der freiwilligen bzw. zwangsweisen Landabgabe um 98 000 ha hat vergrößern können. Wie weit die preußische Toleranz zu deutscher Zeit ging, beweist die Tatsache, daß die polnische „Bank Ziemski", welche Güter aufkaufte und an polnische Bauern parzellierte, namhafte Kredite vom preußischen Staat erhielt, als sie sich in Zahlungsschwierigkeiten befand. Die von den polnischen Behörden gegen die deutschen Ansiedler angewandten Repressalien können daher nicht etwa als eine Wiedergutmachung eines dem polnischen Volk zugefügten Unrechts, sondern lediglich als eine reine Entdeutschungsmaßnahme gewertet werden.

Eine derartige Maßnahme war das sogenannte Annullationsgesetz vom 14. Juli 1920, durch das mit einem Federstrich alle nach dem 11. November 1918 zwischen den Ansiedlern und dem preußischen Staat abgeschlossenen Verträge als ungültig erklärt wurden. Da während des Krieges Auflassungsgenehmigungen usw. nicht erteilt worden waren, fielen Tausende von deutschen Ansiedlern unter dieses berüchtigte Gesetz. Sie wurden in der rücksichtslosesten Weise und ohne jede Entschädigung von ihren rechtmäßig erworbenen und bezahlten Stellen vertrieben, kaum daß sie ihre Möbel mitnehmen konnten. Eine von der damaligen deutschen Volkstumsorganisation, dem Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen, vor dem Haager Schiedsgericht geführte Klage hatte zwar den Erfolg, daß das polnische Gesetz vom 14. Juli 1920 als ungesetzlich erklärt wurde und Polen sich bei den daran anschließenden Verhandlungen vor dem Völkerbund zur Zahlung einer Entschädigung an die zu Unrecht enteigneten Ansiedler verpflichten mußte. Praktisch waren die Enteignungen bis auf einige wenige Fälle bereits durchgeführt, und die von Polen zugestandene Entschädigung betrug nur einen Bruchteil des wirklichen Wertes der enteigneten Ansiedlungen. Trotz der moralischen Niederlage hatte Polen also einen vollen, in der Linie seiner Entdeutschungspolitik liegenden Sieg davongetragen. Durch die Annullation sind, soweit sich dies feststellen läßt, 2743 Stellen mit 35 123 ha in polnische Hände gekommen, und zwar in Pommerellen 1024 Stellen mit 13 380 ha, im Netzegau 1003 Stellen mit 12 200 ha und in Südposen 716 Stellen mit 9533 ha.

Eine weitere gegen die Ansiedler gerichtete Maßnahme war die Anwendung des Wiederkaufsrechtes im Erbfalle. In dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 hat Polen auf die Ausübung dieses unter Umkehrung der tatsächlichen Grundlagen einseitig gegen Deutsche angewandten Rechtes bedingt verzichtet. In den bereits zur Anwendung gekommenen 502 Fällen wird die Entscheidung aber rücksichtslos durchgeführt. Weitere einseitig gegen den deutschen Besitzstand gerichtete Maßnahmen sind die Anwendung des Vorkaufsrechtes und die Verweigerung der Auflassungsgenehmigung. Durch das Vorkaufsrecht, das bei ländlichen Grundstücken bis zu $^1/_8$ ha Größe angewendet werden kann, wird der Ankauf eines Grundstücks für jeden Deutschen zur Unmöglichkeit. In allen den Fällen, in denen Angehörige der deutschen Volksgruppe Grundstücke gekauft haben, ist das staatliche Vorkaufsrecht fast ausnahmslos angewandt und die Enteignung durchgeführt worden. Die hierbei gezahlten Entschädigungen richten sich nicht etwa nach der Kaufsumme, sondern sind so niedrig, daß bereits von einer entschädigungslosen Enteignung gesprochen werden kann. Bei allen Käufen, und zwar sowohl bei Stadt- wie auch bei Landgrundstücken, ist ferner eine behördliche Auflassungsgenehmigung erforderlich, die deutschen Käufern mit geringen Ausnahmen grundsätzlich verweigert wird. Der Käufer kann dadurch nicht in den Genuß seiner Besitzrechte kommen und ist über kurz oder lang zum Weiterverkauf gezwungen.

Vorkaufsrecht und Auflassungsgenehmigung sind für das Deutschtum eine Zwangsjacke, denn sie machen den Erwerb selbst eines kleines Grundstücks unmöglich und verhindern dadurch die Gründung neuer Existenzen. Die deutsche Volksgruppe bleibt auf den von Anfang an in

ihren Händen befindlichen Besitz beschränkt, der Jahr für Jahr durch die verschiedensten polnischen Maßnahmen immer weiter zurückgedrängt wird, ohne daß auch nur ein bescheidener Ausgleich an einer anderen Stelle möglich ist.

Der dritte Großangriff gegen das Deutschtum war die im Versailler Friedensvertrag vorgesehene Liquidation reichsdeutschen Besitzes. Diese mit einem Schein des Rechts ausgestattete Enteignungsmöglichkeit wurde in der Hand der Polen zu einem ungeahnten Werkzeug der Entdeutschung. Liquidiert wurde nicht etwa nur der tatsächlich in reichsdeutscher Hand befindliche Besitz, sondern alle Grundstücke, bei denen am 10. Januar 1920 im Grundbuch ein Reichsdeutscher als Eigentümer eingetragen war, unabhängig davon, ob der wirkliche Besitzer die polnische Staatsangehörigkeit besaß oder seine Staatsangehörigkeit infolge der verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten strittig war. Die Willkür in der Auslegung der Staatsangehörigkeitsbestimmungen durch die polnischen Behörden führte dazu, daß unzählige polnische Staatsangehörige enteignet wurden. Durch das Wiener Abkommen über die Staatsangehörigkeit wurden allein 90 000 ha von der Liquidation frei. Nach polnischen Veröffentlichungen sind bis zur Beendigung der Liquidation im Jahre 1929 insgesamt 3973 ländliche Grundstücke mit einer Fläche von 170 590 ha und 1888 städtische Objekte der verschiedensten Art und Größe liquidiert worden. In Wirklichkeit ist der dem Deutschtum verlorengegangene Besitz jedoch noch ganz erheblich größer, da die unter dem Liquidationsdruck erfolgten Verkäufe nicht in diesen Zahlen berücksichtigt sind.

Der vierte und größte bisher auch noch nicht zum Abschluß gekommene Angriff gegen den deutschen Besitzstand ist die Agrarreform, die seit 1926 unter dem Deckmantel wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Notwendigkeiten angewandt wird, den polnischen Grundbesitz in den Westgebieten weitestgehend schont und den deutschen dafür planmäßig vernichtet. Nach dem Agrarreformgesetz unterliegen alle über 180 ha, im Küsten-, Hafen- und Festungsgebiet alle über 60 ha großen Güter der Zwangsparzellierung. Schon die beiden ersten Namenslisten zeigten, daß die Agrarreform in den Westgebieten ein scharfes Werkzeug der Entdeutschungspolitik sein sollte. 1926 wurden in Pommerellen 6509 ha deutscher, dagegen nur 800 ha polnischer, in Posen 4300 ha deutscher und nur 150 ha polnischer Besitz für die Agrarreform bestimmt. 1927 waren es in Pommerellen 5565 ha deutscher, 1484 ha polnischer und in Posen 4248 ha deutscher und 2914 ha polnischer Besitz.

Es zeigte sich hierbei wieder deutlich, daß das Schwergewicht der Entdeutschungspolitik auf Pommerellen verlegt worden war und daß die Agrarreform dem in einem polnischen Blatt offen ausgesprochenen Zweck dienen sollte, Pommerellen durch einen sicheren Panzer von Millionen polnischer Ansiedler zu schützen. Von der deutschen Landfläche, die in Pommerellen der Agrarreform unterliegt und die eine Größe von 81 550 ha hat, sind demgemäß auch bis 1937 48 164 ha oder 59 % angefordert worden, von der polnischen Landfläche dagegen nur 15 299 ha oder 25,7 %. In Posen sind insgesamt 39 844 ha (22,2 %) der gesamten deutschen der Agrarreform unterliegenden Fläche und 23 741 ha polnischer Besitz (6,7 %) angefordert worden. Der deutsche Grundbesitz in Pommerellen war bei der polnischen Siedlungspolitik bisher also der Hauptleidtragende, obwohl es sich bei den deutschen Gütern, auch nach polnischen Eingeständnissen, durchweg um Mustergüter handelt, die polnischen Güter dagegen meist sehr heruntergewirtschaftet sind. Wirtschaftliche Gründe spielen bei der polnischen Mentalität aber nicht die geringste Rolle, wenn es sich darum handelt, den deutschen Einfluß in Pommerellen zurückzudrängen. Man bedauert polnischerseits daher auch keineswegs die Folgen dieser Politik, die sich in einem katastrophalen Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in einem ebenso großen Rückgang der Steuereingänge und durch die Ansetzung von kulturell sehr niedrig stehenden Ansiedlern

aus anderen polnischen Gebieten in dem kulturellen Niedergang dieser einst so blühenden preußischen Provinz äußern. Wenn man die Deutschen dagegen beseitigen könnte, würde man Pommerellen schließlich auch in eine Wüste verwandeln.

Der Zwangsparzellierung gemäß dem gegenwärtig verpflichtenden Agrarreformgesetz unterliegen in Pommerellen noch 33 386 ha, in Posen 139 866 ha, insgesamt 173 252 ha deutscher Besitz, denen mehr als das Doppelte, nämlich 372 866 ha polnischer der Agrarreform unterliegender Besitz gegenübersteht. Es muß damit gerechnet werde, daß die deutsche Landfläche bis auf den letzten Hektar enteignet werden wird und leider besteht die nicht unbegründete Befürchtung, daß nach der Erschöpfung der noch zur Verfügung stehenden deutschen Landreserve eine weitere Herabsetzung der bisherigen Enteignungsgrenze von 180 bzw. 60 ha erfolgen oder auch andere Enteignungsmethoden gefunden werden, um den deutschen Besitz restlos zu vernichten. Das neue Grenzzonengesetz allein bietet ungeahnte Möglichkeiten. Aber auch schon durch die jetzige Agrarreform allein wird der deutsche Boden in wenigen Jahren um rund 200 000 ha vermindert werden und von 900 000 ha auf 700 000 herabsinken. Es handelt sich hierbei um einen unwiederbringlichen Verlust, denn der gesamte Boden wird ausschließlich an Polen aufgeteilt. Trotz zahlreicher Versuche, deutsche Bauern auf dem den deutschen Gutsbesitzern gehörenden Land anzusiedeln, ist es nicht gelungen, auch nur einen Hektar zu retten, da die polnischen Behörden in jedem Falle die Genehmigung versagt haben.

Der Bodenbesitz ist der Lebensnerv der deutschen Minderheit, denn fast alle anderen Existenzmöglichkeiten sind ihr ganz verschlossen. Es gibt kein Gebiet des öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Lebens, auf dem nicht ähnliche oder auch noch einschneidendere Verdrängungsmaßnahmen als bei dem Boden zur Anwendung kommen. Keinem Deutschen, auch wenn er noch so loyal und befähigt ist, steht die Beamten- oder Offizierslaufbahn offen. Aus den öffentlichen und kommunalen Betrieben sind alle Angestellten und Arbeiter, die sich zum Deutschtum bekennen oder auch nur im Verdacht stehen, deutschfreundlich zu sein, rücksichtslos entfernt worden. Die Zahl der in polnischen Privatbetrieben beschäftigten deutschen Angestellten und Arbeiter ist bereits verschwindend klein, aber selbst diese wenigen müssen angesichts des wachsenden Terrors mit einer baldigen Entlassung rechnen, wenn sie nicht in deutschfeindliche polnische Organisationen eintreten, ihre Kinder in polnische Schulen schicken und ihre deutsche Nationalität aufgeben. Für deutsche Arbeitsnehmer bleiben nur die wenigen deutschen Unternehmen übrig, deren Zahl von Jahr zu Jahr weiter abnimmt. Außerdem wird auf die deutschen Arbeitgeber neuerdings ein sehr starker Druck ausgeübt, bei dem Freiwerden von Stellen ausschließlich Polen einzustellen, so daß die Unterbringung von deutschen Arbeitnehmern selbst in deutschen Betrieben auf kaum noch zu überwindende Schwierigkeiten stößt. Bei dieser zu einem feinmaschigen System ausgebauten Verdrängung vom Arbeitsmarkt ist es kein Wunder, daß die Zahl der deutschen Arbeitslosen in den letzten Jahren erschreckend gestiegen ist und im Vergleich zu der Bevölkerungszahl erheblich höher als bei den Polen liegt. Durch die vorbildlich durchgeführte deutsche Winterhilfe kann nur der allergrößten Not gesteuert werden, alle deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen scheitern an der feindseligen Haltung der polnischen Behörden. Die Zukunftaussichten für die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter und Angestellten sind daher hoffnungslos. Bis auf einen geringen Prozentsatz stehen sie vor der Alternative: Verhungern, Übergang in das polnische Lager oder Abwanderung.

Auch die Entwickelungsmöglichkeiten für die deutschen Industriellen, Gewerbetreibenden und Kaufleute werden immer trostloser. Sie müssen nicht nur mit einer ganz erheblich größeren Steuerlast rechnen als die Polen, sondern auch die fast täglichen Schikanen der Behörden und der Arbeitsinspektion auf sich nehmen, durch die ihre Betriebe zum Erliegen gebracht werden sollen. Hinzu kommt noch der immer schär-

ser durchgeführte Boykott durch die polnische Bevölkerung. Die deutschfeindlichen Organisationen haben vielfach bereits ein Überwachungssystem aufgebaut, so daß selbst deutschfreundliche Polen gezwungen sind, deutsche Geschäfte zu meiden, wenn sie nicht eine öffentliche Anprangerung oder wirtschaftliche Sanktionen auf sich nehmen wollen. Durch die Entziehung der Schankkonzession und der Genehmigung für den Verkauf von Monopolwaren sind tausende von deutschen Existenzen vernichtet worden. Auf öffentliche Aufträge oder Lieferungen können Deutsche selbstverständlich nie rechnen. Die sich auf Schritt und Tritt bemerkbar machenden einengenden Beschränkungen lassen jede Bewegungsfreiheit unmöglich werden und drohen, das städtische Deutschtum schon in kurzer Zeit zu vernichten.

Wie stark das Deutschtum Pommerellens und Posens von seinen Landbesitz abhängt, zeigt die Tatsache, daß 70% der Deutschen zur ländlichen Bevölkerung gehören, bei den Polen dagegen nur 47%. Von Handwerk und Industrie leben 13% Deutsche und 23% Polen, von Handel und Verkehr 3% Deutsche und 14% Polen, von den sonstigen freien Berufen sowie als Rentner, Pensionäre, Witwen usw. 14% Deutsche und 16% Polen. Durch den Rückgang in Industrie, Gewerbe und Handel und vor allem durch das Ausscheiden der meisten noch aus deutscher Zeit verbliebenen Pensionäre und Rentner verschiebt sich das Bild von Jahr zu Jahr, so daß schon in wenigen Jahren etwa 80% und in einem Jahrzehnt sogar 90% der Deutschen von der Landwirtschaft zu leben haben werden. Die in den Städten noch bestehenden deutschen Betriebe sind heute bereits zu einem sehr erheblichen Prozentsatz von der deutschen Landwirtschaft abhängig. Unübersehbare wirtschaftliche Folgen für das städtische Deutschtum muß bereits die endgültige Durchführung der Agrarreform haben, die nicht nur die Wirtschaftskraft der deutschen Bauern erheblich schwächt, sondern auch den Abbau von deutschen landwirtschaftlichen Beamten und Arbeitern, von Gutshandwerkern, Chauffeuren und Hauspersonal unumgänglich macht. Auch die deutschen Schulen, Organisationen, Vereine und Genossenschaften werden dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen oder sogar ganz in ihrer Existenz bedroht.

Die Offensive gegen den deutschen Besitzstand wurde durch einen ebenso r ü c k s i c h t s l o s e n K a m p f g e g e n d i e d e u t s c h e S c h u l e unterstützt, um dadurch die Grundlage für eine spätere Polonisierung der deutschen Jugend zu schaffen. Nach einer deutschen Statistik gingen in Pommerellen und Posen bereits 1922 33,2% der deutschen Kinder in polnische Schulen, 1924 in Pommerellen allein sogar 48%. 1925 mußten in Pommerellen von 13 887 deutschen Kindern bereits 53,3% polnische Schulen besuchen. In Posen, wo die Verhältnisse etwas besser waren, besuchten 1924 von 33 700 deutschen Kindern 21%, 1925 von 29 830 Kindern 23,2% polnische Schulen. Bis 1927 trat keine wesentliche Verschlechterung ein, da der Prozentsatz in Pommerellen wieder 53, im Netzegau 14,4 und in Südposen 31% betrug. Die Zahl der deutschen Schulklassen sank in Pommerellen von 138 im Jahre 1925/26 auf 54 im Jahre 1930/31 und in Posen in dem gleichen Zeitabschnitt von 451 auf 237. Diese Abwärtsentwickelung blieb auch in der folgenden Zeit, denn 1936/37 waren in Pommerellen von 10 689 deutschen Kindern 7096 oder 66,38% gezwungen, polnische Schulen zu besuchen. 6117 von ihnen hatten überhaupt keinen deutschen Unterricht.

Trotz der katastrophalen Schulnot setzten die polnischen Schulbehörden der Gründung von deutschen Privatschulen die größten Schwierigkeiten entgegen. Bis 1925 wurde in Pommerellen nur die Errichtung von fünf deutschen Privatschulen und ein Jahrzehnt hindurch wurde dann überhaupt keine Genehmigung mehr erteilt. Erst nach 1934, nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages wurden einige weitere Privatschulen zugelassen, aber nur, wenn neue Schulgebäude erbaut wurden, an die die weitestgehenden Ansprüche gestellt wurden und die daher einen erheblichen Kostenaufwand erforderten. Wie einseitig und schikanös das Vorgehen der polnischen Schulbehörden ist, zeigt das Beispiel der Dirschauer deutschen Privatschule, der die Benutzung des Schulgebäudes, in dem seit einem Jahrzehnt der Unterricht stattgefunden hatte,

verboten wurde, weil es den Schulvorschriften angeblich nicht entsprach. In dasselbe Gebäude wurde aber, ohne daß auch nur die geringste Veränderung vorgenommen war, sofort eine polnische Schule gelegt, während der deutsche Schulbetrieb jahrelang ruhen mußte, bis ein neues deutsches Schulgebäude errichtet war.

Verhängnisvolle Folgen für alle deutschen Privatschulen zieht die Verpflichtung der Lehrer nach sich, Jahr für Jahr eine neue Lehrgenehmigung einzuholen. Damit haben die polnischen Behörden einen Hebel in der Hand, den Unterricht auch an den deutschen Privatschulen in einem stark polnischen Sinne zu beeinflussen. Die Lehrgenehmigung ist für jeden Lehrer eine Existenzfrage, und es gibt besonders unter den jüngeren Lehrern nur wenige, die ihre Existenz durch einen den Schulbehörden nicht erwünschten Unterricht aufs Spiel zu setzen wagen. Wenn die deutschen Kinder auf den Privatschulen schon so gut wie nichts von Deutschland und der deutschen Geschichte erfahren und zu einem stark polnischen Denken erzogen werden, so sind die Verhältnisse an den wenigen noch bestehenden staatlichen deutschen Schulen ganz unvergleichlich schlechter. Denn der Unterricht wird hier überwiegend bereits von Lehrern polnischer Nationalität erteilt, die die deutsche Sprache nur sehr mangelhaft beherrschen und durch die von ihren vorgesetzten Stellen stillschweigend geduldeten Polonisierungsbestrebungen Karriere zu machen hoffen. Am schlimmsten aber ist die Lage der deutschen Kinder, die gezwungen sind, polnische Schulen zu besuchen, nicht mehr deutsches Schreiben und Lesen lernen und eine vollkommen polnische Erziehung erhalten. Zwei Drittel aller deutschen Kinder in Pommerellen haben dies traurige Los. Es wäre ein großer Fehler, sich zu verhehlen, daß bei dieser Sachlage ein großer Teil der deutschen Kinder in Gefahr steht, dem Deutschtum verloren zu gehen. Von Seiten der deutschen Volksgruppe wird zwar alles getan, um gerade hier eine Abhilfe zu schaffen. So ist z. B. die deutsche Mutterschule geschaffen worden, bei der Wanderlehrer planmäßig das Land bereisen und infolge des Verbots, deutsche Kinder zu unterrichten, die deutschen Eltern unterweisen, wie sie ihren Kindern selbst Unterricht in der deutschen Sprache erteilen können. Dieser Ausweg ist naturgemäß nur ein Notbehelf, der dazu nicht immer und nicht überall angewandt werden kann, da die deutschen Wanderlehrer von der polnischen Polizei ständig verfolgt und verhaftet werden. Der Einfluß der polnischen Schule, durch den das heranwachsende deutsche Geschlecht zu einem wesentlich schwächer ausgeprägten deutschen Nationalbewußtsein erzogen wird, läßt sich daher bei weitem nicht ausschalten.

Es dürfte kaum eine andere Volksgruppe geben, die sich gegen die systematische Einengung ihres Lebensraumes mit einer derartigen Energie und nie erlahmenden Kraft zur Wehr gesetzt hat, wie die Deutschen in den polnischen Westgebieten. Die Grundlage für diesen Kampf auf Leben und Tod wurde von Anfang an in der einheitlichen Willensausrichtung und in der Zusammenfassung aller Deutschen in kraftvollen Organisationen gesehen. Dies ist ihnen, wenn Fehler und Mängel hier und da auch nicht zu vermeiden waren, im großen und ganzen in einer so glänzenden Weise gelungen, daß die Organisation der Deutschen von den Polen geradezu als Vorbild angesehen worden ist.

Die bereits vor 1920 eingeleiteten Versuche zur Überwindung des auch in Pommerellen und Posen in höchster Blüte stehenden Parteienwesens führten schon bald zu der Herstellung einer deutschen Einheitsfront, die mehr als ein Jahrzehnt die mit voller Gewalt über das Deutschtum hereinbrechenden Stürme überstehen und trotz unzähliger Versuche von polnischer Seite nicht durchbrochen werden konnte. Augenscheinliche Erfolge waren bei dem mit elementarer Wucht über die Deutschen hereinbrechenden Verhängnis naturgemäß nur selten zu erreichen, aber es wurden alle sich irgendwie aus der innen- oder außenpolitischen Lage ergebenden taktischen Vorteile wahrgenommen und in der Presse, bei den Behörden, im Parlament, vor dem Völkerbund und dem Haager Schiedsgericht ein unermüdlicher Kampf gegen jede Rechtlosigkeit, um jeden Fußbreit Boden, um die Seele eines jeden deutschen Kindes geführt. Auf der anderen Seite wurde die Widerstandskraft der deutschen

Volksgenossen und ihr Wille zum Aushalten auf einem scheinbar verlorenem Posten immer wieder gestählt. Ohne diesen tatkräftig geführten Abwehrkampf wäre das Tempo der Entdeutschung zweifellos noch erheblich verstärkt worden. Die deutsche Volksgruppe war hierbei ganz auf sich allein angewiesen, denn von dem ohnmächtigen und vom Parteihader zerrissenen deutschen Mutterland war eine wirksame außenpolitische Unterstützung nicht zu erwarten.

Die politische Vertretung, der Deutschtumsbund, wurde nach dem in der Ansiedlerfrage vor dem Haager Schiedsgericht erzielten Erfolg zwar aufgelöst, aber die Belange der deutschen Volksgruppe wurden auch in den folgenden Jahren mit der gleichen Energie von den Geschäftsstellen der deutschen Abgeordneten, von den Wahlausschüssen, den kulturellen und wirtschaftlichen deutschen Verbänden und Organisationen vertreten. Nicht ganz mit Unrecht wird der Vorwurf erhoben, daß man nach der Schließung des Deutschtumsbundes die Gründung einer neuen politischen Organisation versäumt habe, und das Schwergewicht der innerpolitischen Sammlung allzu stark auf die wirtschaftlichen Organisationen verlegt worden sei. Übersehen werden darf hierbei allerdings nicht, daß die deutsche Volksgruppe vor der Wiedererstarkung Deutschlands keinen machtvollen Rückhalt hatte und daß jede neue politische Organisation, wenn sie überhaupt von den polnischen Behörden genehmigt worden wäre, schon in kurzer Zeit das Schicksal des Deutschtumsbundes geteilt hätte.

Bei dem brennenden Interesse, mit dem die Deutschen in Polen alle Vorgänge im deutschen Mutterlande verfolgten, mußte die geschichtliche Tat der nationalsozialistischen Revolution auch für die deutsche Volksgruppe die nachhaltigsten Auswirkungen haben. Der sich vollziehende Umbruch, der zunächst zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Volksgruppe, aber auch zur Wachrüttelung der Lauen und Abseitsstehenden geführt hatte, kann als abgeschlossen angesehen werden. Die beiden großen politischen Organisationen des Deutschtums verfolgen das gleiche Ziel der Erneuerung der deutschen Menschen in Polen und der Abwehr der polnischen Angriffe auf den deutschen Lebensraum. Die Gemeinsamkeit dieser Hauptziele und die inzwischen erfolgte Verstärkung des polnischen Druckes auf das Deutschtum in Polen werden zweifellos schon in kurzer Zeit zur Wiederherstellung einer deutschen Einheitsfront führen, aus der allein die verhältnismäßig sehr geringe Zahl der Gegner des Nationalsozialismus auszuschließen ist.

Wenn nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens von 1934 der deutschen Volksgruppe eine gewisse Bewegungsfreiheit in eng umgrenzten Rahmen gestattet wurde, so setzten schon 1936 zahlreiche Einschränkungen und Verbote ein, die das gesamte Leben der Deutschen immer weiter einengten. Einen gewissen Höhepunkt erreichte die neu entfesselte Deutschenhetze bereits im Jahre 1937! Der Drahtzieher hinter den Kulissen war unzweifelhaft der „Westmarkenverein", der unter dem neuen Etikett „Westverband" seine alten Tendenzen weiterverfolgte, und damit die Regierung selbst. Um den Boden für weitere Gewaltmaßnahmen vorzubereiten, wurde gegen alles Deutsche Sturm gelaufen, gegen alle deutsche Organisationen, gegen das deutsche Schulwesen, die deutsche Presse, gegen den deutschen Besitzstand und selbst gegen das deutsche Genossenschaftswesen, welches das wirtschaftliche Rückgrat des Deutschtums darstellt.

Von den gegen das deutsche Genossenschaftswesen gerichteten Angriff seien zwei Veröffentlichungen erwähnt: ein in dem Organ des Westverbandes, der „Front Zachodni", gegen die Wirtschaftskraft der deutschen Minderheit gerichteter Artikel und eine Arbeit des staatlichen „Baltischen Instituts" in Gdingen. In beiden Veröffentlichungen wird der bereits auf einen Bruchteil seines ursprünglichen Standes zurückgedrängte deutsche Besitz als die größte Gefahr für das polnische Pommerellen hingestellt und für die Zukunft ein noch weitergehendes Entdeutschungsprogramm als bisher gefordert. Als Grundlage für diese Forderungen wird der im deutschen Genossenschaftswesen verkörperte wirtschaftliche Einfluß der Deutschen herangezogen. Nach diesen polnischen Mitteilun-

gen bestehen in Pommerellen 202 Genossenschaften mit 15 000 Mitgliedern, davon 74 Kredit-, 56 Handels-, 49 Molkerei- und 23 andere Genossenschaften. Infolge schlechterer Organisation und nicht immer einwandfreier Geschäftsführung ist das polnische Genossenschaftswesen in Pommerellen schwächer entwickelt als das deutsche. Der Anteil der Deutschen am Genossenschaftswesen betrug nämlich 58,7 %, und zwar bei den Kreditgenossenschaften 35,7 %, bei den Handelsgenossenschaften 60,7 %, bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften 47,1 %, bei den landwirtschaftlichen Handelsgenossenschaften 83,7 % und bei den Molkereigenossenschaften 63,6 %. Dabei hat die Zahl der polnischen Genossenschaften inzwischen bereits eine Zunahme und die der deutschen einen Rückgang aufzuweisen, denn 1929 machten die deutschen Genossenschaften in Pommerellen 72,8 %, 1931 78,8 und 1933 77,5 % aller in Pommerellen arbeitenden Genossenschaften aus.

Weiter wird in diesen polnischen Veröffentlichungen angeführt, daß sich von den pommerellischen Industriebetrieben mit mehr als 20 Arbeitern 37 % in deutschen und Danziger Händen, 11 % in jüdischen und 52 % in polnischen Händen befanden. Von den Aktiengesellschaften wurden 42 % von Polen, 15 % von Deutschen, 5 % von Juden beherrscht; der Rest hatte ein gemischtes Kapital, wobei bei 24 % das polnische und bei 14 % das deutsche die Mehrheit hatte. Von den Handwerksbetrieben in Pommerellen waren 14,3 % und von den Handelsunternehmen 9,3 % in deutscher Hand.

Dieser Stand, der sich bereits erheblich zuungunsten der Deutschen verändert hat und sich von Jahr zu Jahr weiter verschlechtert, wird auf Grund der als amtlich anzusehenden Veröffentlichungen von der gesamten polnischen Presse als Anlaß benutzt, um eine noch schnellere und bei dem deutschen Besitz über die festgesetzte Mindestgrenze hinausgehende Agrarreform, die Zerschlagung des deutschen Genossenschaftswesens und den Boykott aller deutschen Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe zu fordern, um auch die letzten Reste der deutschen Wirtschaftskraft zu vernichten. *Für die polnische Mentalität spielt das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit keine Rolle, maßgebend ist nur der brutale Wille zur Ausrottung des Deutschtums.* Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die weiteren Entdeutschungsmaßnahmen in der aufgezeigten Richtung liegen werden, da sie von sehr ernst zu nehmenden Stellen gefordert worden sind.

Trotz aller Anstrengungen der deutschen Organisationen, Existenz- und Arbeitsmöglichkeiten für die deutschen Volksgenossen zu schaffen, ist ein von Jahr zu Jahr wachsender Prozentsatz der Deutschen zu zeitweiliger oder dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt. Bei unveränderter Lage, d. h. wenn kein weiterer Verlust an Boden und keine weitere Verdrängung aus dem Besitz- und Arbeitsstand in Industrie, Handel und Gewerbe eintreten würde, kann das Deutschtum in Pommerellen und Posen nur auf die gleiche Zahl von Arbeitsplätzen wie heute rechnen. Wie einer Rede des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung, Dr. Kohnert, zu entnehmen ist, die sich auf genaue statistische Erhebungen stützt, zählen die deutschen Jahresklassen von 30—60 Jahren insgesamt 40 250 Männer, denen 83 560 männliche Personen im Alter von 0—30 Jahren gegenüberstehen, die bis auf wenige Ausnahmen noch nicht im Berufsleben stehen. Die in das Berufsleben drängende deutsche Jugend ist also mehr als doppelt so stark wie die zur Zeit Berufstätigen. *Mehr als die Hälfte der deutschen Jugend kann also beim besten Willen keine Arbeit finden.* Ganz besonders schlecht ist die Lage der schon in nächster Zeit in das Berufsleben eintretenden Jahresklassen von 15—30 Jahren, die allein 47 860 Männer zählen, und denen nur 19 750 Männer im Alter von 30—45 und 20 500 Männer im Alter von 45—60 Jahren gegenüberstehen. Die 15 Jahresklassen der deutschen Jugend sind also bereits stärker als die gesamten 30 Jahresklassen aller Berufstätigen. Die Jahresklassen von 0—15 Jahren sind mit 35 700 zwar etwas schwächer, erreichen aber fast auch noch die Gesamtzahl der im Beruf stehenden deutschen Männer.

Noch ungünstiger liegen die Dinge bei den Frauen. Nach der deutschen Statistik

von 1936 kommen auf 100 heiratsfähige Männer 150 heiratsfähige deutsche Mädchen. Tausende deutscher Mädchen, die keinerlei Aussicht haben, jemals eine Ehe eingehen zu können, sind also gezwungen, sich nach einer Arbeitsmöglichkeit umzusehen. Bei der geringen Zahl der verfügbaren Stellen kann aber nur ein ganz geringer Teil ein Unterkommen finden.

Wenn trotz der aussichtslosen Lage und des überaus ungünstigen Altersaufbaues — 16 % aller Deutschen sind über 60 Jahre alt, in Deutschland 11 und in Polen 7,5 % — die Zahl der Geburten höher als die in ganz Europa mit Ausnahme Polens ist, so zeugt dies von der ungebrochenen Lebenskraft der deutschen Volksgruppe. 1936 wies das Deutschtum in Pommerellen und Posen 19,5 Lebendgeborene bei 1000 Einwohnern auf, das Deutsche Reich 18. Der Geburtenüberschuß betrug infolge der durch die Überalterung der deutschen Volksgruppe hervorgerufenen größeren Sterblichkeit allerdings nur 3,9, in Deutschland dagegen 6,5 bei 1000 Einwohnern. Auch mit 9,4 Eheschließungen auf 1000 Einwohner standen die Deutschen in Pommerellen und Posen 1936 in ganz Europa an der Spitze.

Der Lebenswille und die Lebenskraft einer nationalen Minderheit sind bei dem feinmaschigen Netz einer raffinierten und rücksichtslosen Verdrängungs- und Entnationalisierungspolitik leider keine ausreichende Gewähr für eine einigermaßen gesicherte Zukunft. Bei der systematischen Vernichtung der leichter angreifbaren städtischen deutschen Unternehmungen, die allein durch Überbesteuerung oder Boykott zum Erliegen gebracht werden können, kann allein der Boden als das Rückgrat des Deutschtums angesehen werden. Diese Lebensgrundlage ist heute 900 000 Hektar groß, in Pommerellen 310 000, in Posen 590 000 ha, und wird allein durch die Agrarreform in den nächsten Jahren auf etwa 700 000 ha sinken. Welchen Einfluß dieser Rückgang auf zahlreiche deutsche Gutsarbeiter und Angestellte, auf die städtischen deutschen Unternehmen, auf die kulturellen, wirtschaftlichen, kirchlichen und Wohlfahrtseinrichtungen haben wird, ist bereits erwähnt worden.

Das Deutschtum in Pommerellen ist in Gefahr und ringt um die letzten ihm noch verbliebenen Lebensgrundlagen. Darüber kann nach dem bisherigen Verlauf der Entwicklung kein Zweifel mehr bestehen. Polens Pommerellen-Programm sieht als ersten und wichtigsten Punkt die bedingungslose und restlose Beseitigung des deutschen Einflusses vor, da es sich erst dann in dem Besitz dieser Meeresprovinz einigermaßen sicher glaubt. Es wäre verfehlt, auf das uralte Heimatrecht der Deutschen in Pommerellen, auf ihre in Verfassung und Minderheitenschutzvertrag verankerte Gleichberechtigung zu bauen. Polen erkennt nur die tatsächliche Machtlage an und ist entschlossen, von seiner Macht rücksichtslos Gebrauch zu machen und über das Recht der deutschen Volksgruppe zur Tagesordnung überzugehen. Man muß sich darüber vollkommen klar sein, daß an dem unbeugsamen Willen der maßgebenden polnischen Faktoren, die Entdeutschungspolitik bis zu ihrem Ende fortzusetzen, nichts zu ändern ist.

So schwarz die Lage der deutschen Volksgruppe unter diesen Umständen auch erscheint, als hoffnungslos kann sie heute nicht mehr angesehen werden. Die Deutschen werden den Kampf um ihre Scholle in der Gewißheit fortsetzen, daß sie nicht allein dastehen, sondern daß hinter ihnen die ganze Macht des zu ungeahnter Größe emporgewachsenen nationalsozialistischen Deutschen Reiches steht. Dieser starke Rückhalt wird es nicht zu der geplanten Ausrottung der Deutschen kommen lassen. Das ist die feste Zuversicht aller Deutschen im Korridorgebiet!

III. Die Zukunft des Korridors.

Alle Maßnahmen der polnischen Regierung, gleichviel ob sie außenpolitischer, innenpolitischer oder wirtschaftlicher Art sind, können nichts daran ändern, daß Pommerellen auch künftig ein Problem bleiben wird. Es ist für die Zukunft Pommerellens durchaus nicht entscheidend, ob die einstmals deutsche Mehrheit zu einer kaum 10 % der Gesamtbevölkerung betragenden Minderheit herabgedrückt ist, oder ob sie gar in einigen Jahren vielleicht schon ganz ausgerottet und ihr Besitzstand restlos zerstört sein kann,

entscheidend sind ebensowenig die anderen polnischen Sicherungsmaßnahmen, wie die Schaffung eines Schutzwalles von polnischen Ansiedlern, der Bau des Gdingener Hafens, der Kohlen- oder einer Wassermagistrale, denn alles das sind nur einseitige Maßnahmen, die keine Lösung des Problems, sondern nur eine Verschärfung der Lage bringen.

Die Problemstellung liegt in der geopolitischen Lage Pommerellens und in der Struktur und Uneinheitlichkeit seiner Bevölkerung.

An der geopolitischen Lage kann Polen nichts ändern. Es hat daher um so stärker den Hebel zur Beseitigung der in der Bevölkerung selbst liegenden Schwierigkeiten angesetzt. Die geistige Aufrüstung des polnischen Volkes zur Behauptung des eigenen Zuganges zum Meer wird durch ständig neue und immer wieder in die Massen geworfene Schlagworte, wie das „Pommerellische Fenster zum Meer", „Kein Polen ohne die See", „Pommerellen, die Lunge Polens", „Gdingen, das Tor in die Welt", „Pommerellen, das Kleinod Polens", sowie durch die Veranstaltung von „Meeres- und Pommerellen-Wochen" wirksam unterstützt. Aber selbst die beste Propaganda vermag nicht, die in einem Jahrhundert erwachsenen, in einer grundverschiedenen Kultur- und Lebensauffassung wurzelnden Teilgebietsgegensätze zu beseitigen. Noch schwerer möglich ist eine Änderung des sich in kleinlichen und ehrgeizigen Streitigkeiten austobenden polnischen Charakters. Die nationalpolnische Leidenschaft flammt zwar, wenn eine besondere Veranlassung vorliegt, zu heller Flamme auf, macht aber im Alltagsleben bald einer um so größeren Passivität und Resignation Platz. Es fehlt die Ausdauer, die Fähigkeit zu weitreichenden Entschlüssen, ein großzügiges Organisationstalent und eine unbedingte Einsatzbereitschaft. In allen Bevölkerungsschichten besteht die unausrottbare Neigung, die Partei, den kleinen Kreis, das eigene Ich über die Volksgemeinschaft zu stellen.

Aber selbst wenn wider Erwarten eine einheitliche Ausrichtung des polnischen Volkes und die Beseitigung der inneren Schwierigkeiten in Pommerellen gelingen sollten, so wäre damit nur die eine, nicht einmal so ausschlaggebende Seite des Problems gelöst. Der wichtigere Teil, Pommerellens geopolitische Lage als Barriere zwischen reichsdeutschen Gebieten, ist nicht mehr ein polnisches, sondern in erheblich größerem Maße ein deutsches Problem. In Polen wird zu leicht übersehen, daß dieses Gebiet nur durch eine besondere schicksalhafte Verkettung der Umstände, wie sie in der Geschichte nur einmalig ist, und nicht durch irgendein Verdienst des polnischen Volkes unter polnische Herrschaft gekommen und damit Deutschland „die schwerste Wunde" von Versailles zugefügt worden ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich im Korridor die Lebensinteressen zweier Völker kreuzen, wobei aber dahingestellt bleiben mag, ob der Korridor nicht für das unentwickelte und unaufgeschlossene Polen mehr eine Macht- und Prestigefrage und für das aufstrebende, kraftvolle Deutschland eine Lebensfrage ist.

Es geht nicht allein um den Besitz des Stück Landes, das für Polen die Verbindung zur See, für Deutschland die Brücke nach dem Osten sein muß, es geht um mehr, um die Frage, ob — unabhängig von dem Besitz Pommerellens — Freundschaft oder Feindschaft, Krieg oder Frieden zwischen den beiden Nachbarvölkern herrschen soll. Die bisherige außenpolitische Haltung Polens und der Ausbau der polnischen Stellung in Pommerellen zu einer antideutschen Bastion schließt jeden Zweifel darüber aus, daß Polen den Schwerpunkt seiner Politik nach dem Westen gelegt und bei diesem Kurs zwangsläufig in einen ständigen und unüberwindlichen Gegensatz zu Deutschland kommen muß.

Zwischen Deutschland und Polen ist daher nur Freundschaft oder Feindschaft, niemals aber ein Mittelding möglich.

Jan Marski: DIE WESTGRENZEN POLENS IN DER GESCHICHTE

und die seit September 1938 geänderten Grenzen der Nachbarstaaten

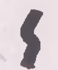
Zeichenerklärung:

Gegenwärtige Staatsgrenzen.

Gegenwärtige Grenzen des Protektorats Böhmen und Mähren und die Grenzen der Freien Stadt Danzig.



Gegenwärtiges Aussehen des geschlossenen Lausitzer Sprachgebietes.



Westgrenze Polens z. Zt. Boleslaws des Tapferen.



Westgrenze Polens z. Zt. Boleslaw Schiefmauls.

1657

Westgrenzen der pommerellischen Kreise Lauenburg und Bütow, die bis zum Jahre 1657 zu Polen gehörten.

Westgrenzen Polens vor den Teilungen im Jahre 1772.

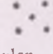
Von Polen auf der Friedenskonferenz in Versailles geforderte Grenzen. (Note der polnischen Delegation auf der Friedenskonferenz in Sachen der Westgrenze des polnischen Staates an den Vorsitzenden der Territorialkommission, Jules Cambon, vom 28. 2. 1919.)



Für Polen unmittelbar, **ohne Abstimmung und Vorbehalte** geforderte Grenzen und Gebiete.

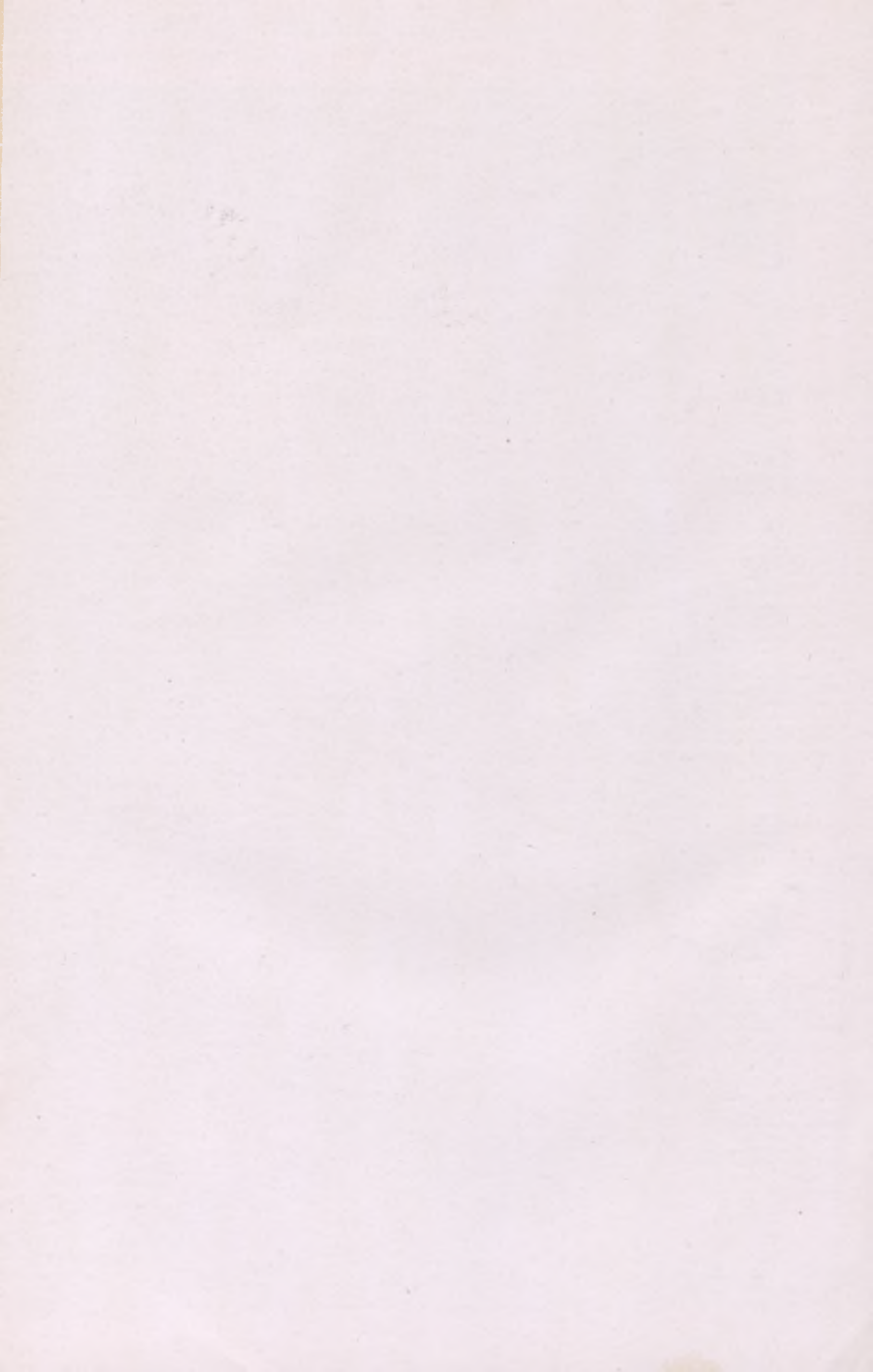


Von Polen für Litauen im Falle einer Verbindung Polens und Litauens — **mittelbar für Polen** — geforderte Gebiete.



Von Polen geforderte Verselbständigung des Gebietsrestes von Ostpreußen unter der Ägide des Völkerbundes (nach dem Muster der gegenwärtigen Freien Stadt Danzig).

(Wörtliche Übersetzung der Legende des polnischen Originals.)



Papierner Imperialismus

Die „Eroberung" Ostdeutschlands durch die polnischen Kartenzeichner

Es ist schon mehr als zwei Jahrzehnte her, da erschien in Prag jene seltsame Karte eines Hanusch Kuffner; dieses Dokument tschechischen Größenwahns, das in gleichem Maße von Deutschenhaß und Vernichtungswillen, wie von einem politischen Infantilismus zeugte, der das Deutsche Reich unter seinen Nachbarstaaten in ein unsinniges Konglomerat von Pufferstaaten aufteilte, und den eingebildeten Beherrschern der „östlichen Kontinentalzone" den Löwenanteil am aufgeteilten deutschen Besitz großmütig überließ [1]).

Wer aber heute einmal die Mitteleuropakarte des Hanusch Kuffner neben die des Großdeutschen Reiches hält, der glaubt wirklich den inneren Zwang einer richtenden Gerechtigkeit im steten Laufe des Weltgeschehens zu spüren. Angesichts dieses klaffenden Widerspruches zwischen Dichtung und Wahrheit begreift er auch die Ursache des tschechischen Zusammenbruches als die Folge einer inneren Labilität, die, um den eigenen Minderwertigkeitskomplexen aus dem Wege zu gehen, zu der Aufstellung unmöglicher Forderungen, zu widerwärtiger Selbstbeweihräucherung und zum Terror gegen alles Nichttschechische griff, was seinem Zugriff schutzlos ausgesetzt war.

Der Lauf des Zeitgeschehens hat vor unseren Augen den schlüssigsten Beweis erbracht, welche Folgen dieses Leben in einer Welt des Willens zur falschen Vorstellung zeitigen kann. Und unwillkürlich ist man gezwungen, eine fast kongruente Erscheinung, die sich augenblicklich in Polen abspielt, mit den gleichen Augen und denselben stillschweigenden Folgerungen zu betrachten. Der polnische Staat, der allein durch die Aufrechterhaltung seines gegenwärtigen Besitzstandes den Tatbestand des Imperialismus an sich verkörpert, greift im Bewußtsein der eigenen Unsicherheit zu genau den gleichen Mitteln, wie sie ihm in dem so unrühmlich verschwundenen tschechischen Staate das slawische „Brudervolk" vorgezeichnet hat.

Mit fast ermüdender Gleichartigkeit spielt sich vor unseren Augen eine Entwicklung ab, die einen Mosaikstaat im Widerstreit mit den ihm durch eigenes Verschulden nun einmal innewohnenden zentrifugalen Kräften zeigt. Minderheiten werden grundsätzlich mundtot gemacht und geknebelt. Die Hilfe offensichtlich deutschfeindlicher Großmächte soll durch zweideutige Bündnisse den eigenen Bestand sichern, eine völlig ungerechtfertigte Dauermobilisierung soll die eigene Bevölkerung in Hochspannung versetzen und mit geradezu perverser Selbstbefriedigung genügt man durch Lobeshymnen auf den polnischen Menschen, die polnische Kultur und last not least auf den polnischen Soldaten der eigenen Eitelkeit.

Und selbst periphere Erscheinungen wie jene Karte des Kuffnerschen Imperialismus, finden ihre Parallelerscheinungen heute in Polen. Herrn Kuffner stellt sich ein Jan Marski aus Posen an die Seite. Marski hat in seiner Karte der „Westgrenzen Polens in der Geschichte und die seit September 1938 geänderten Grenzen der Nachbarstaaten" ein Gegenstück zur Kuffnerschen Pufferstaatenkarte geliefert.

Zwar hat Marski seine Forderungen nach deutschem Reichsgebiet in ein historisches Mäntelchen gekleidet, aber dieses ist so fadenscheinig, daß das eigentliche Ziel, nämlich imperialistische Kriegszielpropaganda unter dem Polentum, recht unverhüllt durchscheint. Denn wer die Grenzen des polnischen Staates als „gegenwärtige" bezeichnet und diesen die angeblich geschichtlichen Westgrenzen des polnischen Staates gegenüberstellt, um dabei auf die Forderungen der polnischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz zurückzugreifen, der meint nicht Geschichte, sondern Annektion. Diese gipfelt immerhin in einer polnischen Westgrenze, die sich einen Besitz des gesamten deutschen Ostens bis an eine Linie vorgaukelt, die sich von Wollin, quer durch Vorpommern — wobei Stettin

[1]) Vgl. die Originalwiedergabe in „Der Deutsche im Osten", Jg. 1, Heft 1, März 1938.



Polnische Propagandapostkarte mit den „historischen Westgrenzen" Polens, die im Mai 1939 an die polnische Öffentlichkeit kam.

polnisch wird — an die Oder zieht, dann hart südlich von Berlin in die Gegend von Magdeburg steuert, die Elbe überschreitet und dann südlich verläuft, und ganz Sachsen, die Protektorate Böhmen und Mähren, die Slowakei und Nordungarn, zu schweigen von Schlesien und Pommern als „geschichtlichen" Rechtanspruch zu vermelden hat.

Daß Posen, Westpreußen und Danzig und vor allem Ostpreußen unter die Provinzen zählen, die „ohne Volksabstimmung und ohne Vorbehalte" dem polnischen Staat einzugliedern sind, darin stimmt Herr Marski durchaus mit der polnischen Konferenz-Delegation überein. Immerhin wird sich das mittlere Ostpreußen mit Königsberg, Gumbinnen, Goldap usw. glücklich schätzen dürfen, unter der „Ägide des Völkerbundes" (!) zu stehen. Während das nördliche Ostpreußen bei dieser Gelegenheit an Litauen abgetreten wird, wird der verbliebene Rest ohne Abstimmung und Vorbehalte unter polnische Herrschaft kommen. Danzig, Hinterpommern und Oberschlesien sind in der gleichen angenehmen Lage.

Eines hat Herr Marski — und das unterscheidet ihn unvorteilhaft von Kuffner — augenscheinlich nicht gemerkt, daß wir damals das Jahr 1918 schrieben und Jan Marski sein Kartengebilde im Jahre 1939 losließ, das die polnische Öffentlichkeit gegenwärtig in Postkartenform begeistert (vgl. die Bildbeilage). Die Postkarte ist offensichtlich zur Auslandspropaganda bestimmt, denn in Polen selbst dürften dreisprachige Veröffentlichungen nur Wert haben, wenn sie vor allem mit deutscher und ukrainischer Sprache versehen sind.

Der Zeitpunkt ist also augenscheinlich nicht besonders glücklich gewählt. Denn auch der Ausspruch des polnischen Dichters Mickiewicz, der über der Postkartenausgabe steht, „Jeder von Euch hat in seiner Seele das Samenkorn der künftigen Rechte und das Ausmaß der künftigen Grenzen", hatte im 19. Jahrhundert seine innere Berechtigung. Heute wieder hervorgeholt, ist er nicht mehr das Bekenntnis einer „schönen" Seele, sondern ein grotesker Anachronismus, bei dessen Betrachtung lächelndes Kopfschütteln und bedauernde Gleichgültigkeit in uns notwendig die natürlichsten Reaktionen sind.

Zieht ein Volk seine Grenzen, so tut es das mit Blut und Gut — mit Pflug und Schwert. Das Deutsche Reich hat das in seinem Osten in einem Raume getan, der sich bestimmt nicht mit seinem gegenwärtigen Staatsraume deckt, sondern dort darüber hinausragt. Vor allem aber weiß das deutsche Volk aus seinen jüngsten Erfahrungen, daß es Soldaten und Arbeiter sind, die ein Reich schaffen, aber nicht wildgewordene Karthographen.

Da aber der in Polen allmächtige Zensor sowohl den Vertrieb der Postkarte wie des Marskischen Produktes gebilligt hat, gab der polnische Staat sein placet zu diesen papiernen Ansprüchen auf deutsches Reichsgebiet. Augenscheinlich hält man eine Attacke mit Rotstift und Druckerschwärze für die beste Verteidigung. Bestimmt aber hat man vor dem Menetekel der Tschechei die Augen verschlossen.

— d. K—

W. Steuck

Wie der Pole uns Deutsche sieht

Die Figur des Smentek bei Żeromski und Wańkowicz

Die Werke, die diesem Aufsatz zugrunde liegen, sind der „Wind vom Meer" („Wiatr od Morza") von Żeromski und „Auf den Spuren Smenteks" („Na tropach Smentka") von Wańkowicz. Das Bindeglied zwischen beiden Werken bildet die Figur des Smentek, die beiden Werken gemeinsam ist. Es handelt sich hierbei um eine symbolische Figur, die — um es gleich vorweg zu nehmen — den deutschen Teufel darstellen soll und an der die beiden Verfasser mit einer Deutlichkeit, die manchmal wirklich nichts mehr zu wünschen übrig läßt, zeigen, was sich der Pole im Grunde genommen von dem Deutschen für ein Bild macht.

Die beiden Verfasser gehören zwei verschiedenen Generationen an. Wańkowicz gehört zu der heute lebenden Schriftstellergeneration, hat sich hauptsächlich journalistisch betätigt und ist in der breiteren polnischen Öffentlichkeit vor allen Dingen durch sein hier angeführtes Werk, das in der gesamten polnischen Presse starke Beachtung fand, bekanntgeworden. Żeromski (1864—1925) gehört zeitlich zu der Dichtergeneration, die allgemein „Das junge Polen" („Młoda Polska") genannt wird, nach einer gleichnamigen Artikelreihe in der Krakauer Zeitschrift „Życie", einer Zeitschrift, die später unter die Leitung Przybyszewski's kam. Zusammen mit W. Reymont gehört Żeromski zu den wichtigsten Vertretern der Prosa-Dichter dieser Epoche, ja man kann wohl sogar sagen, daß der Einfluß Zeromski's auf die heutige polnische Schriftstellergeneration noch wesentlich stärker ist, als der Einfluß des in Deutschland bekannteren W. Reymont. Żeromski ist schriftstellerisch immer seine eigenen Wege gegangen und hat sich nie durch die Doktrin irgendeiner Richtung oder Schule gebunden gefühlt. Seiner stark ausgeprägten Persönlichkeit sind Naturalismus und Symbolismus, (Zola und Maeterlinck), die in seiner Generation oft in wunderlicher Form miteinander rangen, nie unvereinbare Gegensätze gewesen, er hat beide Richtungen zusammengefaßt und aus ihnen seine eigenen Darstellungsart und seinen, in der ganzen polnischen Literatur nur ihm eigenen Stil geprägt.

Obwohl Żeromski und Wańkowicz zwei verschiedenen Generationen angehören, ist das Bild, das sie von dem Charakter Smenteks und damit des Deutschen geben, durchaus das gleiche. Beide sind damit ein Beleg für die Kontinuität der Beurteilung des Deutschen in der polnischen Literatur. Wie ein roter Faden zieht sich diese Beurteilung des deutschen Volkscharakters auch durch die vorhergehenden polnischen Dichtergenerationen. Vor allen Dingen, wenn es um die Beurteilung Ostpreußens und des Deutschen Ritterordens geht, ist dieses Bild durchaus einheitlich. Es sei hier zum Vergleich nur auf zwei wesentliche Werke der polnischen Literatur aus den vorherigen Epochen hingewiesen: auf die „Kreuzritter" („Krzyżacy") von Henryk Sienkiewicz für die Zeit des nach dem Januaraufstand 1863 in der polnischen Literatur herrschenden Positivismus und auf den „Konrad Wallenrod" von Adam Mickiewicz aus der großen Blütezeit der polnischen Literatur, der polnischen Romantik. Es ist bisher noch keinem polnischen Schriftsteller gelungen, sich mit einer realistischeren und unvoreingenommeneren Darstellung des Deutschen in der polnischen Öffentlichkeit durchzusetzen und das durch Generationen eingehämmerte Vorurteil zu brechen.

Auch die beiden Bücher von Żeromski und Wańkowicz behandeln inhaltlich das Thema Ostpreußen. Żeromski gibt in Form von einzelnen, kleineren Erzählungen eine Art Querschnitt durch die Ge-

schichte Ost- und Westpreußens. Die einzelnen Erzählungen sind inhaltlich selbständig, das einzige Bindeglied bildet die Figur des Smentek, der bald unter diesem, bald unter anderem Namen, bald direkt und bald nur andeutungsweise, in jeder der einzelnen Geschichten auftritt. So behandelt Żeromski die ganze geschichtliche Vergangenheit dieses Gebietes, angefangen von den Kriegszügen der Wikinger (die Zeit der Besiedlung durch die Ostgermanen, Goten, Vandalen usw. verschweigt er diskret), über die Bekehrungsversuche des Heiligen Adalbert, die Kreuzritterepoche und die Zeit des Kopernikus, über die Zeit Friedrichs des Großen und die napoleonische Epoche, und schließlich über den Weltkrieg bis hin zur Gegenwart, bis zur Erbauung des Hafens von Gdingen. Das Buch Wańkowicz's ist eine Reisebeschreibung, die der Verfasser auf Grund einer Paddelbootfahrt, die er durch das nationalsozialistische Ostpreußen unternommen hat, geschrieben hat. Er geht, wie es ja schon der Titel des Buches sagt, den Spuren Smenteks in Ostpreußen nach, und trifft auch heute noch auf Schritt und Tritt denselben teuflischen Geist des „kriegerischen" Deutschtums an, den Żeromski für die Vergangenheit feststellte. Sein Buch bildet also eine Art Fortsetzung von Żeromski's Werk, es ist der Versuch, den von Żeromski beschworenen Geist auch in der Gegenwart nicht ruhen zu lassen, die wohlgemerkt der deutsch-polnischen Verständigung dienen sollte.

Wir wollen im folgenden uns darauf beschränken, die beiden Verfasser selbst sprechen zu lassen, das Bild, das sie entweder von den Deutschen direkt oder indirekt durch die Figur des Smentek zeichnen, wörtlich wiedergeben, um uns nicht dem Vorwurf der Verzerrung dieses Bildes auszusetzen.

Żeromski läßt Smentek als Sänger, als Skalde zugleich mit den Nordleuten, den Wikingern an der Küste der Ostlande anlangen. Während die Wikinger aber auf ihrem Raubzug größtenteils erschlagen werden, bleibt Smentek im Lande. Wańkowicz dagegen zitiert die Broschüre eines Pastors, wonach Smentek direkt aus der Hölle in das Ordensland delegiert wird. „In der Teufelshauptstadt sah der Höllenfürst, der die Abteilung Deutschland leitete, schon vom Augenblick des Entstehens des Deutschen Ordens an diesem mit wachsamen Augen zu. Denn er war sicher, daß das wahre teuflische Leben sich am besten pflegen lassen würde in der an Gewalttaten so reichen Atmosphäre Ostpreußens." (S. 46).

Wes Geistes Kind dieser Smentek ist, das zeigt sich gleich in seinem ersten Gesang, den Żeromski folgendermaßen charakterisiert:

„Es brauste in diesem Lied die unerschrockene Tapferkeit aller Soldaten, und die Leidenschaft aller Wikinger, die die Gefahr des Überfalls und der Unterwerfung sucht, den Sieg im tödlichen Ringen ebenso, wie die Niederlage selbst. Es schäumte in seinem Lied die ungebändigte Kraft, wild schrie die Verzweiflung der Besiegten und bedenkenlos raste die Freude. Es schwang sich in seinem Lied über alles empor die stolze Schönheit des Brechens aller Verbote, die Vernichtung aller Hindernisse, des Erraffens mit unerschrockener Hand alles dessen, was existiert. Alle hörten aus diesem Lied das Lob des Wolfes, der auf das Feld des menschlichen Kampfes auf Raub ausgeht, und das Lob des Raben, der nach den Eroberern auf das Schlachtfeld fliegt, das bedeckt ist mit ohnmächtigen, kraftlosen und lächerlich anmutenden Leichen." (S. 5.)

Noch deutlicher wird Żeromski bei der Schilderung dieses ersten „teuflischen" Einflusses auf dieses Land, als er die Raserei schildert, in die die Nordleute vor dem Kampf verfallen:

„Sie verfielen in Zerstörungswahnsinn. Sie ließen sich hinreißen von der Furie des blutgierigen Instinktes. Die Panzer von dem Schmutz des Kampfes mit Blut abwaschen. Mit den Klauen die Eingeweide aus den mit dem Messer aufgeschnittenen Bäuchen reißen. Sorgfältig die ohnmächtigen, vor Angst erblindeten, flehenden Augen ausstechen. Die Rippen bis zu den Hüften aufbrechen, wie Unkraut, so daß die Wunden der Brust einen Anblick bilden wie ausgebreitete Adlerschwingen. Mit dem Schwert die Visiere zerschlagen, und bei lebendigem Leibe den Skalp von den

Schädeln der gefangenen Krieger reißen. Mit der Streitaxt die zum Kampfe erhobenen Hände abschlagen, wie die Baumzweige im Walde. Mit dem Speer aus schlankem Ulmenholz mit vergifteter Spitze die wie Rosen blühenden Wunden öffnen. Das wilde Kreischen der noch unerwachsenen Mädchen hören, die auf die Erde zwischen die Eroberer geworfen wurden. Dumpf schlafen im Dunst von heißem Blut, das über den Fußboden rinnt und auf den Stufen der eroberten Burg gerinnt, dumpf schlafen auf den Schößen der an den Händen gefesselten Frauen." (S. 5.)

Diese beiden Zitate geben bereits die wesentlichen Grundzüge des Bildes wieder, das sich der Pole vom Deutschen gemacht hat. Er sieht in uns die Fortsetzung, ja eine Steigerung der ersten germanischen Eroberer, von denen er dieses Bild entwirft. Für ihn ist der Deutsche ein im Grunde immer kriegerischer, besser kriegslüsterner Mensch, der mit Wollust tötet und mordet, der nordische Berserker, der ein Vergnügen daran empfindet, alle Schranken einzureißen und ohne moralische Bedenken alle Verbote zu brechen.

Smentek treibt sich in dem nach Żeromski damals noch in paradiesischer Unschuld lebenden Lande herum, und verdirbt das Volk. Auch das ist eine Eigenschaft, die der Pole immer wieder im Deutschen zu sehen glaubt, daß dieser um die Völker zu unterwerfen, und zu beherrschen, sie skrupellos verdirbt und verdummt. Er mischt sich unter die Jäger und macht aus der Jagd ein blutgieriges Morden: „Die Menschen verwandelten sich in wilde Hunde und die Hunde nahmen sich die Wildheit der Menschen als Beispiel." Er lehrt die Menschen, Unrecht zu tun und das Recht zu brechen: „... säte unter ihnen Zwietracht, Streit, Zank, Kampf bis auf's Messer, lehrte sie auf ihre Art das Recht zu brechen, das sie von Urzeiten an zu einer Gemeinschaft verband." Er hetzt die Jugend gegen das Alter auf, um das Volk zu spalten: „Es gab keinen umstürzlerischen Gedanken, den er den Jünglingen nicht einredete." Er macht sie zu Wegelagerern und Räubern und lehrt sie „wenn der Sturm auf die Felsen ihres Strandes die Nachen der vorbeifahrenden Barbaren wirft, die Gestrandeten nicht zu retten und wenn dieses und jenes auf den Strand geworfen wird, die Leute zu erschlagen, zu berauben und mit einem Stein um den Hals in die unergründlichen Meerestiefen zu werfen . . ." Als Bernsteinkaufmann bringt er ihnen die Mordwaffen und das verderbliche Geld.

Nachdem so das Volk „vorbereitet" worden ist, kann die eigentliche Unterwerfung durch die Kreuzritter erfolgen. In der Schilderung der Kreuzritterepoche zeigen die beiden polnischen Verfasser wohl am deutlichsten, welches Bild sie sich von den Deutschen machen. Bezeichnend sind schon die Ratschläge, die Smentek Herrmann Balk, dem ersten Landmeister des Ordens gibt:

„Und wenn sie nicht freiwillig den Weg der Erlösung beschreiten wollen, so ist es Zeit, sie dazu zu zwingen. Du wirst große Schiffe bauen und damit den Drausen-See beherrschen. Du wirst jeden taufen, der sich dem Ufer nähert und jeden, der zum Heidentum zurückkehren will, wirst Du zur Flucht bis hinter den Pregel, bis hinter die Memel zwingen. Wehe den Abtrünnigen, die die Seelen der Gläubigen versuchen wollen. Du wirst sie im Hemd über die Grenzen der christlichen Lande treiben. Wehe den Widerspenstigen, die sich nicht taufen lassen wollen. Du wirst sie bis auf den letzten Mann mit Schwert und Strang ausrotten." (S. 112.)

Für den Deutschen ist eben, nach Meinung des Polen, die Religion niemals etwas anderes als Mittel zum Zweck, Mittel zur Erreichung seiner politischen Ziele. Dieser Meinung gibt auch Wańkowicz Ausdruck, wenn er schreibt, daß die Deutschen das Christentum im Osten nur verbreiteten „zur Vernichtung der geistigen Werte dieses Landes." (S. 167.)

Wie schon einmal den Nazarener, so führt der Teufel auch Herrmann Balk auf einen hohen Berg und zeigt ihm alle Herrlichkeit der Welt, zeigt ihm, wie das damals noch von wilden Wäldern bedeckte Land später einmal in einen blühenden Garten verwandelt werden soll, — wenn er ihn anbetet. Und Herrmann Balk sagt nicht das „hebe Dich hinweg von hier, Satan", sondern „Herrmann Balk stieg vom Pferde, beugte ein Knie

und küßte den Fuß des Herrschers.“ (S. 116.) Hier wird offiziell der Bund zwischen dem Deutschen Orden und dem Teufel geschlossen und alles was die Ritter später tun, bleibt Teufelswerk. So kann der Teufel diesem Bund dann den bezeichnenden Segen geben:

„So vertreibe denn von hier die Herde Menschen im Namen Jesu Christi, im Namen des Guten und der Tugend, im Namen der Verzeihung und der Liebe, im Namen der Vergebung der Sünde und der Verzeihung der Schuld, — verbrenne die Behausungen, die durch der Hände Mühe erbaut wurden, pflüge die Erde des Ortes um, auf der sie standen. Mag ein neuer Einwanderer auf der Asche sich niederlassen. Mag der Galgen überall im Lande stehen. Mag Dein blankes Schwert nie in träger Ruhe trocken werden. Mag Dein Strick immer angespannt sein.“ (S. 116.)

Die Begegnung zwischen Herrmann Balk und Smentek ist noch aus einem anderen Grunde wichtig. Żeromski schreibt, als sich die beiden gegenüberstehen und Herrmann Balk seinem Gegenüber in die Augen sieht:

„In diesem Blick (des Teufels) war etwas mehr als nur Schwindelei und Fälschung von Dokumenten, als die Fähigkeit zu Machenschaften und Betrügereien, zu Meineid und Tyrannei, als die Tauglichkeit zur Irreführung aller Juristen und Schacherer der Welt, als das Verständnis für das Verwischen der Wahrheit, für das Verdrehen des wahren Sachverhaltes und für das rechtzeitige Ernten der Früchte der Fälschungen.

In diesem Blick war sie ganz für sich, die eigentliche, die eigene, die ganze Seele von Herrmann Balk.“ (S. 116.)

Hier ist die Bestätigung dafür, daß diese Figur des Smentek nichts weiter sein soll, wie die eigentliche, wahre Seele des Deutschen, der deutsche Teufel oder auch — der teufliche Deutsche.

Zur Zeit Władysław Łokieteks taucht Smentek wieder auf unter dem Namen Graffiacane, als Berater des Ordenskomturs Heinrich von Plotzke. Er versucht den Komtur, der die Danziger Burg besetzt hält, dazu zu überreden, einen Überfall auf die Stadt selbst zu machen, wo gerade Markt abgehalten wird.

Bezeichnend für die polnische Auffassung ist es, wie Graffiacane das Anwachsen der Ordensmacht schildert:

„... Auf Mord und Gemetzel, auf Strömen von Blut, die wegen des Verrats Mendogs flossen, auf der Ausrottung der Menschen, als unter dem Schwert Ottokars und der Ritter aus dem Westen die Völker Preußens wahrlich dalagen wie Wälder, die man bis auf die letzten Überreste ausgeholzt hat — darauf bauten sich die Mauern des Marienburger Hauses auf.“ (S. 130.)

Und als auf den Rat Graffiacanes hin der Überfall auf die wehrlosen Einwohner und auf die zum Markt erschienenen Polen tatsächlich stattfindet, da werden die deutschen Ritter und Söldnertruppen in ihrem blinden Wüten gegen alles Polnische selbst zu wahren Teufeln:

„bei der neuen Stadtmauer krallten sich die Leute, die nicht wußten, wo sie sich verstecken sollten, mit den Fingernägeln in die hohe, blinde und stumme Wand, als wenn sie in plötzlicher Verblendung glaubten, daß diese steinerne Mauer Mitleid empfinden würde, wenn die Menschen es verloren hatten. Aber der „Kiek in die Kök“ war stumm und ohne jedes Gefühl, groß in seiner Rache, hart in seiner Verachtung, und mit Wollust tötend, wie die Menschen. Dort an seinem Fuße, wurde das Gemetzel zu einem wahren Höllenbild. Die Kreuzrittersöldner, geschult in den ausgesuchtesten Verbrechen in den Wäldern und bei den Brandstätten der preußischen Unterjochung, hieben die Menschenmassen zusammen, wie der Holzfäller, der, stöhnend bei seiner Arbeit und schwitzend vor Anstrengung, Bäume haut....

„Die Soldaten des Ordens drangen in beide Kirchen ein und vergossen das Blut an den Pfeilern, vor den Beichtstühlen und an den Stufen der Altäre. Die Kreuzritterart ließ niemand auf den Markt durch. Sie rasten im Wahnsinn des Verbrechens, in wildem Rausch, in der Rache um der Rache willen und in einer wahren Kunst des Mordens. Einer hieb mit einem Schlag die Köpfe von den Rümpfen, ein anderer hieb von den Armen die flehend erhobenen Hände ab. Bis die Schweine, die in ihren warmen Pfützen lagen, verwundert in dem mit

Blut durchtränkten Boden zu schmatzen begannen." (S. 134.)

Nach der Schilderung dieser Scheußlichkeiten kommt sofort die Entschuldigung Graffiacanes. Sie soll die zynische, kaltblütige Verlogenheit zeigen, mit der nach polnischer Meinung der Deutsche jederzeit seine begangenen Vergehen zu vertuschen sucht:

„Man wird sagen, wenn es nötig ist, man wird auf unwiderlegbare Art beweisen, man wird durch glaubwürdige Aussagen bezeugen, daß der Landmeister des Ordens der Jungfrau Maria und die Ordensbrüder, ohne die Einwohner der Stadt irgendwie geschädigt zu haben, in ihr Land zurückgekehrt sind. Man wird sagen, wenn es nötig ist, man wird dafür genügend gewichtige Erklärungen vorlegen, daß die Danziger Einwohner aus eigenem Antrieb ihre Wohnungen zerstört haben, und in andere Gegenden gezogen sind, um sich dort anzusiedeln." (S. 134).

Der Deutsche lügt eben nach Meinung dieser Leute immer, man kann ihm nie trauen. Und wenn wir mit Engelszungen redeten, in seinem Innersten glaubt uns der Pole doch nicht. Diese vermeintliche deutsche Verlogenheit schildert auch Wańkowicz:

„Und doch nimmt einen in diesem strengen Mittelalter der tiefe Ton Wunder, mit dem die polnischen Staatsakten durchtränkt sind; diese primitive Kompromißlosigkeit, wie weit entfernt ist sie von der Überzeugung der Kreuzritter, daß Worte nur dazu da sind, um die Wahrheit zu verschleiern." (S. 342)

Dasselbe Streben nach Vernichtung alles Polnischen, wie es Żeromski oben für die Kreuzritterzeit schilderte, stellt Wańkowicz auch für die Gegenwart fest:

„Der konzentrierte, erbarmungslose Angriff, der nach der Vernichtung des Einzelnen strebt, der sich irgendwie durch die geringste politische Bewegung verrät, ist Methode." (S. 43).

„Das moralische Resultat der Volksabstimmung (in Ostpreußen) ist, daß unmittelbar nach ihr 9000 der Tüchtigsten und für die polnische Sache am opferwilligsten eingetretenen Menschen auswanderten. Die Führer eines unterworfenen Volkes abfangen, erschlagen oder vertreiben, das ist ein alter Grundsatz, den schon der Orbis Romanus und die siegreichen Azteken ausprobiert haben." (S. 185).

Dieser Vernichtungswille allem Polnischen gegenüber kommt aus dem „System des kalten Hasses", das nach Meinung der Verfasser jeden Deutschen beseelt:

„ . . . jenes System der gleichmäßigen, andauernden, unnachgiebigen Verfolgung, voll kalten Hasses, zu dem sich nur das deutsche Element aufschwingen kann, das speziell in dieser Richtung abgerichtet und trainiert wurde." (Wańk. S. 201).

Als besonderer Vertreter dieses „kalten Hasses" gilt den Polen Friedrich der Große. Uns Deutschen wird es komisch vorkommen, daß ausgerechnet dieser vielgeplagte Preußenkönig nichts weiter zu tun gehabt haben soll, wie immer wieder seiner „Hauptleidenschaft", seinem Polenhaß nachzugeben. Und doch ist es eine Tatsache, daß sehr, sehr vielen Polen gerade Friedrich der Große als die Personifizierung allen Polenhasses erscheint und deshalb natürlich auch entsprechend wieder gehaßt wird. Aber lassen wir Żeromski selbst sprechen:

„Sein alter, von seinen Vorfahren ererbter Haß gegen den polnischen Schlachzitzenstand, gegen das Volk, das polnisch spricht, die Rachsucht, die in jedem Tropfen seines Blutes kreiste, verminderte sich nicht auf diesen Reisen, im Gegenteil sie wuchs, und seine Abneigung gegen alles, was nach Polentum aussah, vermehrte sich infolge dieser Revisionsreisen immer mehr." (S. 214).

„Es erwachte in ihm seine alte Hauptleidenschaft, sein alter Haß gegen Polen, ein schrecklicher und unersättlicher Haß, der sich dauernd vom Grunde seiner Seele von selbst wieder erhob — bis zur Raserei." (S. 220).

Das Streben der Deutschen, das Volk dumm zu halten, um es leichter beherrschen zu können, wie es Żeromski als eine Smentek-Methode schon für die Vorordenszeit aufzeigte, stellen die beiden Verfasser auch für die spätere und sogar für die gegenwärtige Zeit fest. Wańko-

wicz schildert zum Beispiel sehr weitschweifig, wie heute noch in Masuren das Volk bewußt in seinem Aberglauben gelassen wird, wie heute noch Kłobuk, der Diener des Smentek dort geradezu göttliche Ehren genießt. Żeromski dagegen schildert, wie Smentek den Großen dieses Landes, wie dem Heiligen Adalbert und Kopernikus, alle nur möglichen Schwierigkeiten in den Weg legt, wie er den Heiligen Adalbert später sogar erschlagen läßt, damit es nur zu keiner Aufklärung des Volkes kommen kann.

„Der Teufel verteidigt sein Reich der Finsternis." (S. 198). Ein beliebtes Mittel der Deutschen, um ein unterworfenes Volk zu schwächen und zu verderben, ist vor allem die Förderung der Trunksucht.

„Der Gesandte des Teufels, der zu diesem Zweck auf die Erde geschickt wird, paradiert in einem Kreuzrittermantel, legt einen Bierausschank an, der vom Orden besteuert wird, und gewöhnt das Land an das Saufen." (S. 46 Wańk.).

„In einer der alten Kirchenchroniken dieses Landes (Ostpr.) ist die Gewohnheit verzeichnet, daß die Schulzen ihre Gemeindemitglieder mit Bierstrafen belegten, wovon die Trunksucht noch mehr anwuchs . . . Diese spaßige Art soll die Masuren Smentek gelehrt haben." (ebenda).

Bei Wańkowicz (S. 157) finden wir sogar eine Zeichnung, die den Teufel im Ordensmantel(!) darstellt, wie er volle Biergläser herbeischleppt, um den armen Masuren, die schon mit durstigen Kehlen an den Tischen warten, ja nicht ihre Trunksucht eintrocknen zu lassen.

Was würde man in Polen wohl sagen, wenn man den Teufel in einem Buch über Polen (in einem Buch, das ernst genommen sein will und nicht etwa in einem Witzblatt) in polnischer Nationaltracht darstellen würde?

Es ist nun aber nicht so, daß durch den Nichtangriffsvertrag mit Deutschland die Beurteilung des Deutschen sich gemildert hätte. Im Gegenteil, der größte Teil des polnischen Volkes sieht unter dem Einfluß der trotz Presseabkommen systematisch fortgesetzten Hetze in dem Nationalsozialismus eine Weiterentwicklung, eine Höchstform des „kriegerischen, deutschen Geistes".

Das darf einen nicht weiter wundern, denn im allgemeinen muß man feststellen, das der Nationalsozialismus als solcher den Polen vollständig unverständlich geblieben ist, daß er seine Erscheinungsformen im allgemeinen dem Kommunismus durchaus gleichsetzt:

„Irgendwo an der Spitze steht jemand mit einer Spritze und pumpt mit mächtigem Kolben das dicke Schmieröl ein; wenn man unter den Wagen blickt, sieht man, wie das Öl durch die kleinsten, untersten Öffnungen herauskommt. Irgendwo auf einem Komintern-Kongreß predigt Stalin, und das Öl fließt aus dem Munde des einfachen Mannes, mit dem ich irgendwo an der Orsza konferiere. Irgendwo in Berlin verkündet Hitler die neuoffenbarten Wahrheiten des „wiedererwachten" Deutschland, und in der Johannisburger Heide verschluckt sich der Schulze Pupilarski vor Begeisterung über das Gemetzel vom 30. Juni, er glaubt ohne Zögern, daß Pommerellen zu Deutschland zurückkommt, denn so will es der „Führer", daß das ohne einen Krieg gehen wird, denn den will Hitler nicht . . .". (Wańk. S. 110).

Die Herrschaft des Smentek wirft nach Wańkowicz noch immer „einen Schatten auf die menschlichen Seelen", so daß er für die Hitler-Jugend feststellt, daß sie niemals lacht, wie überhaupt nach seiner Meinung „in diesem Lande das Lachen vertrieben wurde." Finster und unheimlich erscheint dem Polen der Deutsche heute mehr denn je, die Bevölkerung mehr noch als früher „brutalisiert durch die Herrschaft der Gewalt und des Geldes".

Ostpreußen ist für Wańkowicz durch den Nationalsozialismus ein wahres Kriegslager geworden, eine drohend über Polens Hauptstadt schwebende Faust: „Es dehnte sich über dies Land . . . ein lackierter Drill aus, sein Leben wurde gleichgeschaltet, der Haß wurde standarisiert . . . ." (S. 186).

„Er (der Nationalsozialismus) schuf für Ostpreußen einen neuen Beruf, eine Berufung, ein Fach — ein rentables und sogar lukratives. Er befahl dem Lande,

vom Kriege zu leben — sogar im Frieden." (S. 315).

Und Seite 316 beruft sich Wańkowicz schließlich auf das Wort Plutyński's über Ostpreußen, „das einst die historische Wiege der Teilungen war, und auch heute noch wie eine mit Festungen gepanzerte Faust über der Hauptstadt unseres Landes hängt".

Im Grunde macht sich der Pole von uns noch immer dasselbe Bild, wie es Żeromski von den Sachsen gibt, die zur Zeit der Ottonen über die Elbe vordringen:

„In diese slawische Ebene kamen die Sachsen mit den langen Schädeln, den weißen Haaren mit der rötlichen Schattierung, den blaßen Augen mit dem Ausdruck der Grausamkeit, den vollen Gesichtern, mit großen Händen und Füßen, mit fetten, weißen Leibern, die sich langsam bewegten, gefräßig nach Fleisch und Käse, mit Kreuz, Schwert und Strang, um im Schweiße ihres Angesichts an der Unterjochung zu arbeiten, um Ströme von Blut zu vergießen, um ganze Völker bis auf die Wurzeln auszurotten, zu vertreiben, zu vertilgen, um die Welt mit Verbrechen anzufüllen." (S. 44).

Letzten Endes führt diese Meinung von den Deutschen zu der Einstellung des Bruders Iwo bei Żeromski:

„Der Bruder Iwo sah die Macht des Ordens, kurz gesagt, für die Offenbarung der allertiefsten Hölle auf dieser Erde an. Denn ähnlich — bewies er — wie die Teufel meuternde Cherubim waren, ebenso nahmen diese ihre Ebenbilder auf der Erde ihren Ausgang von dem Guten, und wurden aus der reinsten, menschlichen Tugend geboren. Erst durch den Hochmut und die Gier verleibten sie sich alle Teufeleien der menschlichen Natur ein und übertrafen schließlich noch den Teufel selbst in ihrer Verderbtheit. Sogar die Besten der Kreuzritter — versicherte er — müssen, da sie in der Sphäre der Teufeleien leben, als unter dem besonderen Einfluß des Satans stehend angesehen werden, für Sünder der untersten, dritten Kategorie." (S. 168.)

Hier wird der Haß gegen den Deutschen zu seiner Höchstform getrieben, hier wird er ein religiöses Mysterium.

Daher ist der Krieg gegen den Deutschen auch fast immer ein Glaubenskrieg, ein heiliger Krieg. Man glaubt ein Gotteswerk zu tun, wenn man gegen dieses Volk des Satans ankämpft. Bezeichnend dafür sind die Worte des alten Generals Dąbrowski bei der Belagerung von Danzig:

„So hört, Ihr, die Ihr in italienischer Erde schlaft, im französischen Land, in der Schweiz und in Deutschland: Unterdrückt ist der Kreuzritter und unterdrückt ist Friedrich. Der Satan ist für Jahrhunderte zu Boden geworfen. Die Rechte Gottes hat den Kaiser der Franzosen und sein Heer geleitet, daß sie hierher kamen, um den Satan zu zerschmettern. Fremde Völker, — Franken, Bretonen . . . . mußten hierher kommen, hierher an die Weichsel, die so oft von den Feinden unseres Stammes unterjocht wurde. Sie mußten sie durchwaten und dort im Lande der schrecklichen Kreuzritterverbrechen für das Werk der Gerechtigkeit ihr Blut vergießen. Und ich selbst bin aus Italien hierher geeilt und sehe mit lebendigen Augen — das Meer. Ich sehe das vollendete Werk, das ich in meiner Seele großzog. O, Gott!" (Żeromski S. 236).

Und ebenso bezeichnend das Zitat der beiden polnischen Offiziere bei den Kämpfen mit dem deutschen Grenzschutz:

„Wir werden auf dem zitternden Leib des Satans Deine siegreiche Standarte aufpflanzen." (Żer. S. 287).

Bei Żeromski kommt es zu einem wenigstens etwas versöhnlicheren Schluß: er läßt Smentek, den deutschen Teufel nach dem Weltkrieg auswandern. Bei Wańkowicz jedoch ist dieser Smentek wieder zurückgekehrt:

„Denn entgegen der Behauptung Żeromskis, daß der böse Geist dieses Landes, Smentek, der den Geist des kriegerischen Deutschtums repräsentiert, nach dem Versailler Vertrag Ostpreußen für immer verlassen hat, behaupte ich, daß er zurückgekehrt ist, daß er handelt, daß Deutschland die Massen wieder in die Hand zurückbekommen hat, und daß ich die frischen Spuren auf Schritt und Tritt angetroffen habe . . ." (S. 8).

Wir werden leider glauben müssen, daß Wańkowicz hier eher die Meinung seiner Landsleute wiedergibt, als Żeromski.

Wenn man diese beiden Bücher zu Ende liest, dann wird sich jeder, der sich einmal ernstlich mit dem Gedanken eines wirklichen deutsch-polnischen Ausgleichs befaßt hat, die sehr ernste Frage vorlegen müssen, ob der Berg von Haß, der hier aufgeschichtet worden ist, wohl jemals wieder wird abgetragen werden können?

Deutschtum in Polen

Wir stehn im Kampf um unser letztes Recht –
Die Bahn zu brechen kommendem Geschlecht,
Daß deutscher Geist in Kind und Kindeskind
Im deutschen Blute heilige Heimat find'.

Wir stehn im Kampf trotz Teufel, Haß und Tod,
Den Zwist zu zwingen und der Brüder Not,
Daß deutscher Glaube heut und immerdar
Im deutschen Herzen treu sich offenbar'.

Wir stehn im Kampf, und was auch wird geschehn,
Nie wird und nimmer unser Volk vergehn.
Wir schwörens laut – so helf uns Gott im Streit:
Wir bleiben deutsch in alle Ewigkeit!

Sigismund Banek

Detlef Krannhals

Die völkischen Ostprobleme Polens

Ein Kapitel von traditioneller Intoleranz und kolonisatorischer Unfähigkeit

Polen ist ein Nationalitätenstaat. Es hat sich im Osten seines Staatsraumes die Siedlungsgebiete von Völkern einverleibt, die ihm rassisch, sprachlich, kulturell und religiös durchaus nicht eng verwandt sind. Es hat dazu diese Völker nicht als geschlossene Einheiten in seinen Staat aufgenommen, sondern Randzonen, Teilgebiete aus ihrem Volksboden herausgeschnitten, ohne sich um ein Selbstbestimmungsrecht, einen Landschaftszusammenhang, einen Wirtschaftsraum oder um politische Einheiten zu kümmern.

Die von Litauern, Weißrussen und Ukrainern, aber auch von Deutschen besiedelten Gebiete im Osten des polnischen Volksraumes, deren Städte mit einer oft erdrückenden Mehrheit von Juden gefüllt sind, haben keine natürlichen Grenzen. Im großen gesehen sind es die kontinentalen Räume des westrussischen Landrückens, der Polesie und der podolischen Platte, in die der polnische Staat hier ohne Rücksicht auf ihre räumliche und völkische Eigenheit vorstieß. Mit zwei großen Gebietskeilen, die in nordöstlicher und in südwestlicher Richtung vorgetrieben sind, ragen die polnischen Staatsgrenzen hier in durchaus „russisch" bestimmte Räume hinein, und durchschneiden die weiten Urlandschaften der Polesie in zwei Teile. Der damit durch Polen in Besitz gehaltene Raum fremden Volkstums hat eine W e s t grenze, die gut 250 km westlicher als die polnische Staatsgrenze gegen Sowjetrußland verläuft, und etwa von einer Linie gebildet wird, die bei Grodno beginnend, sich über Bialystock verlaufend an den Mittellauf des Bug anlehnt, diesen auf dem linken Ufer im Cholmer Land verläßt und weit nach Westen ausgreifend über Przemysl den Beskidenkamm erreicht.

Zwischen dieser Linie und der Ostgrenze des polnischen Staates liegt ein Drittel des polnischen Staatsraumes, liegen zwangsweise unter polnische Verwaltung genommene Siedlungsgebiete nichtpolnischen Volkstums, liegt das weite Feld der völkischen Ostprobleme Polens, deren enge Verflechtung mit den politischen Ostfragen des polnischen Staates es erfordert, sie auch eindeutig unter dem Gesichtswinkel politischer Problemstellungen zu betrachten und zu deuten.

Polen glaubt einen geschichtlichen Anspruch auf jene und weitere Landschaften des Ostens zu besitzen, die es mit ihrer Zugehörigkeit zu jenem Staatswesen begründet, das als das geschichtliche Königreich Polen diese Landschaften 1772 und 1793, als ihm volklich, sprachlich und kirchlich nicht zugehörig, an Rußland abtreten mußte.

Das geschichtliche Ergehen dieser Gebiete als Bestandteile des polnischen Staates bietet nun aber nicht, wie man meinen sollte, den Ablauf eines großen kolonisatorischen Geschehens, das Erfüllen jener Aufgabe, die hier das offensichtliche Kulturgefälle vorschrieb und die Polen für alle Zeiten einen moralischen Anspruch gesichert hätte, sondern eine Kette von Rechtsbrüchen, Mißerfolgen und Unterdrückungen. Gerade die G e s c h i c h t e der Zugehörigkeit dieser weiten, fremdvölkischen Räume zum polnischen Staate gestattet ihre organische Zugehörigkeit zu diesem weitgehend in Zweifel zu ziehen und steht geradezu als eine Warnung über der Gegenwart.

Vor dem polnischen Staatsstreich von 1569, der sogenannten Union von Lublin, waren diese Gebiete Teile des litauischen Großstaates, der dem polnischen lediglich in Personalunion verbunden war und ein gemischtvölkisches Staatswesen darstellte, das vor allem — zu drei Vierteln — von Russen bewohnt war. Als Polen sich 1569 den litauischen Staat „inkorpo-

rierte", erweiterte es sein Staatswesen ohne Schwertstreich um unermeßliche Gebiete, deren Besitz ein gefährlicher Anreiz werden sollte, die Ostpolitik des litauischen Staates fortzusetzen. Denn „so war Polen durch Litauen nicht nur unmittelbarer Nachbar des russischen Staates geworden, sondern hatte auch das Odium, das auf den Litauern wegen der Eroberung ehemals russischen Gebietes lag, übernommen" (Recke).

Nach anfänglichen Erfolgen erlitt die polnische Eroberungspolitik gegenüber Moskau im 17. Jahrhundert schwere Rückschläge. Die ersten größeren Gebietsverluste des polnischen Staates, die unter der Oberfläche das Zeitalter der Teilungen einleiten, werden durch die Artikel des Waffenstillstandes von Andrussow (1667) bestimmt, der Polen Smolensk, den Landschaftsgürtel zwischen Sosch und Desna und die östliche Ukraine abnahm. Es war dies das Ergebnis eines Krieges zwischen Polen und den vereinigten Russen und Ukrainern, eines Freiheitskrieges der Ukrainer gegen ihre polnischen Unterdrücker gewesen. Gegen die Knebelung des ukrainischen Volkes durch den polnischen Gutsbesitzer, den jüdischen Pächter und die katholische Kirche hatte der ukrainische Nationalheld Chmielnicki unter dem Schlachtruf „Tod den Juden, Tod dem Adel, Tod den Jesuiten" zum Kriege aufgerufen, mit der polnischen Intoleranz gebrochen und sich dem Zaren in Moskau unterstellt.

War schon hier der religiöse Fanatismus und die Unduldsamkeit der Jesuiten ein Hauptgrund zur politischen Auflehnung gewesen, so sollte die Unfähigkeit Polens, überhaupt eine tolerante Religionspolitik zu treiben, letzten Endes mit den Untergang des polnischen Staates herbeiführen. Fast 75 v. H. der damals zwischen Dnjepr und Bug wohnenden polnischen Untertanen waren griechisch-orthodoxe Christen, keine Katholiken wie die Polen, und unterstanden kirchlich dem Metropoliten von Kiew. Ihr Oberhaupt saß also in Rußland und war Untertan des Zaren. Polen behandelte diese „Dissidenten" als Staatsbürger zweiter Klasse, gab ihnen keine öffentlichen Ämter und unterdrückte ihre Religionsausübung. Hier lag der Ansatzpunkt für die politischen Hebel Rußlands, die das Gefüge Polens schließlich auseinandersprengen sollten. 1686 hatte sich Polen Rußland gegenüber verpflichten müssen, seine orthodoxen Untertanen nicht zu bedrücken; waren jetzt die Dissidenten in Polen unzufrieden, so hatte der Zar beständig die Möglichkeit, sich über diesen Weg in die inneren Verhältnisse Polens einzumischen. Die Polen hatten damit ihr trojanisches Pferd in das eigene Lager gezogen. Denn der Dissidentenstreit nahm im 18. Jahrhundert immer bedrohlichere Formen an und 1767 war seine Verschärfung der Ausgangspunkt für die russischen Schritte zur ersten „Teilung", als die Zarin die antikatholische innerpolnische Opposition unter ihrer Ägide sammeln konnte und kurz darauf in der Haidamackenbewegung einen blutigen ukrainischen Aufstand gegen das Polentum entfesselte.

So stand es — in großen Zügen — um die polnischen Erfahrungen im Besitz der fremdvölkischen Ostgebiete bis in die Teilungszeit. Als Napoleon das Großherzogtum Warschau errichtete, hat er mit Rücksicht auf Moskau jene russischen Gebiete wohlweislich außerhalb der Grenzen dieses Interimstaates gelassen. Das hat aber die nationalpolnischen Bestrebungen nach dem Wiener Kongreß nicht aufhören lassen, Verlangen nach den russischen „Westgebieten" — wie sie von Moskau her gesehen genannt wurden — zu tragen. Das bedeutete eine Antastung des russischen Staatsbestandes. Denn die Grenzziehung zwischen Rußland und dem ihm in Personalunion verbundenen „Königreich" (Kongreßpolen) beließ die litauisch, weißrussisch und ukrainisch besiedelten Gebiete natürlich außerhalb dieses Teilstaates. Die Ansprüche der Polen begegneten der schärfsten Zurückweisung durch den Zaren, der die polnische Ostgrenze, den ethnographischen Verhältnissen entsprechend, an Bug und San sah, während man polnischerseits nach dem „geschichtlichen Polen" strebte.

An dieser Grundfrage, ob man nämlich im russischen Westgebiet einen integrierenden Bestandteil des zukünftigen polnischen Staates zu sehen habe oder nicht, schieden sich auch die Geister der einflußreichsten innerpolnischen, politi-

schen Bewegungen. Nachdem die Masse des polnischen Volkes 1835, 1861 und 1863 in Aufständen erfolglos gegen Rußland zur Waffe gegriffen hatte, hat die Nationaldemokratie den Gedanken einer Aussöhnung mit Rußland vertreten, um sich mit ihrem Zukunftsstaat später im Westen, am Besitz des Deutschen Reiches schadlos zu halten. Der Nestor der Nationaldemokratie, Popławski, hat sich schon 1887 gegen die „unglücklichen Phantastereien von den Eroberungen im Osten" gekehrt, und Dmowski erklärte 1907, daß die im russischen Westgebiet wohnenden Polen nur als eine völkische Minderheit anzusehen wären. Dem stand die rußlandfeindliche Gruppe der polnischen Sozialdemokratie mit Piłsudski gegenüber, die den unversöhnlichen Kampf gegen das Zarentum und seinen Besitz auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Im Weltkriege haben gerade diese Landschaften während des Frontenstillstandes im Osten bis 1918 unmittelbares Kriegsgebiet gebildet. Die deutsche Grabenstellung verlief in einer Linie, die sich etwa 100 km westlich von der heutigen polnisch-sowjetrussischen Grenze dieser parallel entlangzieht. Die unglückselige Errichtung eines Königreichs Polen, die im November 1916 durch die Zentralmächte erfolgte, beließ das sogenannte Westgebiet außerhalb der Grenzen dieses Königreiches, die, auch durch Kampfhandlungen verwischt, noch keine exakte Festlegung erfuhren. Nach dem deutschen Zusammenbruch hätten diese Landschaften offen vor dem Zugriff der russischen Heere gelegen und konnten vor deren Überflutung nur gerettet werden, indem man von Deutschland den Befehl zum Ausharren deutscher Truppen an einer für Deutschland nutzlos gewordenen Front erzwang. So hat m. E. die deutsche Waffe Polen in Besitz dieser Ostgebiete gebracht, deren Freihaltung vom Bolschewismus es alleine nicht zustande gebracht hätte, deren Besitz aber noch stark umstritten sein sollte. Während die polnische Westgrenze mit tatkräftiger Hilfe durch die Entente in deutsches Gebiet vorgetrieben wurde, war die polnische Stellung im Osten noch schwer bedroht.

Im Süden, in der Westukraine, machten die Ukrainer mit der Waffe in der Hand den Versuch, sich gegen die Sowjets und gegen die Polen einen Staat zu erzwingen. Nach dem ihnen im Februar 1918 von den Mittelmächten im Frieden von Brest-Litowsk ein Staat zugestanden worden war, der sich mit ihren ethnografischen Grenzen deckte, hatten sie sich nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte vom Herbst 1918 bis zum Juli 1919 auf dem Boden ihrer Heimat behauptet, bis dann im Herbst 1919 die ukrainischen Truppen im „Viereck des Todes" zwischen Sowjets, Polen und Rumänen zerrieben wurden. Im Norden herrschte in gleicher Weise Kriegszustand. Die Konsolidierung des litauischen Staates ging nur langsam vorwärts und die fließenden Grenzen in jenem Gebiet waren nicht mehr als bloße Demarkationslinien, quer durch Litauen verlief eine sowjetrussische Front. Nur eines war sicher, daß man sich nirgends die polnischen Armeen als „Befreier" wünschte.

Der Appetit der Polen war nämlich inzwischen erheblich gestiegen. Da ihnen der Zusammenbruch aller drei Teilungsmächte als ein nie erwarteter Glückzufall nach allen Seiten die Möglichkeit bot, extreme Forderungen durchzusetzen, ließen sich selbst die in ihren Ostgrenzenforderungen so zahmen Nationaldemokraten zum Verlangen nach der historischen polnischen Ostgrenze von 1771 verleiten, die Polen bis an den Dnjepr vortragen sollte. Grundsätzlich ist dieser Anspruch Polens am 3. März 1919 der Territorialkommission in Paris vorgelegt worden. Während Dmowski und seine Anhänger sich die Erweiterung Polens im Osten in der Form einer losen Autonomiegewährung an die Litauer, Weißrussen und Ukrainer dachten, vertrat Piłsudski die greifbarere Idee, eine Reihe von Pufferstaaten zu schaffen: einen litauischen, einen weißrussischen und einen ukrainischen, die dann zu Polen in ein Föderativsystem gebracht werden sollten. Piłsudski wollte also immerhin noch die nationale Selbständigkeit dieser Völker erhalten.

Die Entente war in Sachen der polnischen Ostgrenze völlig anderer Meinung. Sie sah diese an der ethnografisch bestimmten Linie von Bug und San, die

den Polen nicht genügte, so daß das Versailler Diktat diese Frage offen ließ (Artikel 87). Am 8. Dezember kam der „Oberste Rat" aber im wesentlichen auf seine alte, nach sprachlichen Gesichtspunkten gezogene Grenze zurück, und bestimmte als Ostgrenze des polnischen Staates eine Linie, die sich von der ostpreußischen Grenze bei Augustow über Grodno und den mittleren Njemen an den Bug zog. Das war die sogenannte „Curzon-Linie", genannt nach dem damaligen englischen Staatssekretär des Auswärtigen. Sie bedeutete genau das Gegenteil der Pilsudskischen Pläne, der darauf im Bunde mit den Ostukrainern gegen die Bolschewisten losschlug, um die Westmächte vor vollendete Tatsachen zu stellen — ein Feldzug den er bis an den Dnjepr, bis nach Kiew hinein vortrug. Damit begann der polnisch-russische Krieg von 1920, der im wesentlichen um den Besitz dieser Ostgebiete geführt wurde und Polen im Juli 1920 den vernichtenden russischen Gegenschlag eintrug, der ihm fast seinen Staatsbestand gekostet hätte.

Wiederum schlugen die Westmächte, von Polen um Hilfe gerufen, die Curzon-Linie als Waffenstillstandslinie und präsumtive Grenze vor (11. Juli 1920). Die Bolschewisten lehnten ab und forderten die Sprachgrenze an Bug und San, wie sie schon die Zaren als natürliche polnisch-russische Grenze angesehen hatten. Die Niederlage Tuchatschewskis vor Warschau trieb die roten Heere bis an eine Linie zurück, die am 18. März 1921 durch den Frieden zu Riga als dauernde Grenze zwischen der Republik Polen und der UdSSR. erklärt wurde. Rußland erklärte sich dabei aber nicht bereit, die Grenzen des inzwischen von Polen durch einen Handstreich besetzten Wilnagebietes anzuerkennen, das Polen am 9. Oktober 1920 — entgegen einem zwei Tage vorher von ihm angenommenen Schiedsspruch einer internationalen Kommission — annektiert hatte.

Diese heute bestehende Grenze des Rigaer Friedens ist ein Kompromiß. Sie erreicht in keiner Weise die Grenzen von 1771, aber sie ist auch Hunderte von Kilometern über die polnische Sprachgrenze nach Osten hinaus vorgeschoben. Es steht fest, daß 1920 selbst Pilsudski, noch nach dem roten Zusammenbruch, nicht daran gedacht hat, die Grenze derartig weit in weißrussisches und ukrainisches Gebiet vorzuschieben, daß er die Curzonlinie zwar ablehnte, aber doch den Zug der deutschen Grabenlinie des Weltkrieges als „die Verteidigungslinie nach Osten hin" ansah.

Durch die 1920/21 vollzogenen Schritte machte sich Polen die Irredenta dreier Völker zu Feinden. Hiervon hatte nur die an Zahl kleinste Gruppe, die Litauer, einen unabhängigen Staat hinter sich, auf den eine unterdrückte Irredenta in der Not blicken konnte. Weißrussen und Ukrainer hatten diesen Rückhalt nicht, denn die „autonomen" weißrussischen und ukrainischen Volksrepubliken Sowjetrußlands waren und sind keine Staaten, in denen das weißrussische oder das ukrainische Volk das Heft in der Hand hält und zum Handeln für seine Volksgenossen außerhalb des eigenen Staates fähig ist.

Die stärkste europäische Beachtung fand unter diesen drei Problemgruppen das polnisch-litauische Verhältnis, da die Wegnahme des Wilnagebietes mit dem von Litauen als seine Hauptstadt betrachteten Wilna von 1920 bis 1938 zum latenten Kriegszustand zwischen Polen und Litauen führte. Die hermetische Sperrung der polnisch-litauischen Grenze schnitt die litauische Volksgruppe in Polen von ihrem Mutterlande ab und lieferte sie der polnischen Behandlungstaktik gegen Minderheiten aus, die durch Organisationsverbote, Schulschließungen, steuerliche Belastung und wirtschaftlichen Boykott, aber auch durch offenen Terror das Leben der Minderheit zu erschweren sucht und ihren effektiven Zahlenstand einzuengen droht. So sind — nach litauischen Angaben — im Wilnagebiet und im übrigen Polen bisher 896 Organisationen der Litauer verboten worden, während nur noch 17 bestehen. Die polnischen Angaben vergröbern dieses Verhältnis sogar noch. Nun sind aber alle Zahlenangaben über völkische Minderheiten im polnischen Osten unzuverlässig. Die amtlichen Volkszählungen sind, vor allem in den ersten Jahren des polnischen Staates, von den Minderheiten boykottiert worden oder

in ihrer Erhebungsweise derartig auf polnischen „Stimmenfang“ eingestellt gewesen, daß sie für Minderheiten allerhöchstens Annäherungswerte darstellen, die stark nach unten abgerundet sind. So sprechen die Polen von 90 000 Litauern im Wilnagebiet, die Litauer von 300 000. Selbst diese hohe Ziffer würde übrigens nur 32 v. H. der Gesamteinwohnerzahl des Wilnagebietes ausmachen, jenes Streitobjektes zwischen Litauen und Polen, das nicht etwa vorwiegend mit Angehörigen dieser beiden Völker, sondern mit Weißrussen bewohnt ist.

Auch die unter dem Druck polnischer Kriegsdrohungen im März 1938 erfolgte „Normalisierung“ der polnisch-litauischen Beziehungen hat das Problem der völkischen litauischen Minderheit in Polen nicht aus der Welt geschafft. Zwar kann der litauische Staat offiziell seinen Anspruch auf das Wilnagebiet nicht mehr laut erheben, aber die litauischen Volkstumsorganisationen bemühen sich, dort ein Irredentabewußtsein wachzuhalten, und damit stellen die Litauer im Nordosten des polnischen Staates weiterhin einen ewig unzufriedenen und im Ernstfall unzuverlässigen und gefährlichen Fremdkörper im polnischen Staate dar. Gemessen an den Massen der Fremdvölker im polnischen Staate, stellt das Litauertum eine Bagatelle dar, aber selbst mit diesem beschränkten Teilproblem ist Polen nicht fertig geworden.

Im Raume zwischen der Nordpolesie im Süden, dem Wilnagebiet im Norden und der bekannten Linie Grodno—Bialystok im Westen ist durch den polnischen Feldzug im Jahre 1920 das Siedlungsgebiet von 1,5 Millionen W e i ß r u s s e n an den polnischen Staat gekommen. Auch den Weißrussen gegenüber hat Polen feierliche Versicherungen gebrochen und die im Frieden von Riga 1921 übernommene Verpflichtung, den Weißrussen eine Autonomie zu gewähren, in keiner Form eingehalten. Die Weißrussen sind wohl das primitivste der von Polen unterdrückten Völker. Es fehlt dem unbelehrten Weißrussen sogar ein eigenes Volksbewußtsein, wovon die polnische Statistik bei Volkszählungen gerne Gebrauch macht und sie je nach Beeinflussungsmöglichkeit zu den „Polen“ rechnet oder auch als „Hiesige“ in der Statistik auftauchen läßt.

Die Weißrussen sind fast ausschließlich Kleinbauern auf wenig intensiver Wirtschaftsstufe. Ihre städtische Intelligenz ist nicht zahlreich, ihre Geistlichkeit noch zu schwach und ihre Organisationstätigkeit steckt in den Kinderschuhen. Selbst dieser bei einer einigermaßen vernünftigen Lenkung willigen und ungefährlichen Volksgruppe gegenüber hat es Polen nicht fertig gebracht, zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. An eine Gewährung der versprochenen Autonomie hat Polen nie gedacht. Die Folge war, daß das einmal durch Versprechen geweckte Eigenbewußtsein unter diesem Druck als ein weißrussisches Nationalgefühl erwachte und zu politischem Zusammenschluß fand. Es entstand in der Nachkriegszeit eine weißrussische Arbeiter- und Bauernpartei, die „Hromada“, man gab eine eigene Presse heraus, die neben Kalendern und Büchern das Weißrussische zu einer Schriftsprache machen sollte, und griff schließlich zu dem Versuch, die berechtigten Forderungen des Weißrussentums nach Selbstverwaltung auf der Plattform der Parteipolitik anzumelden. 1925 begab sich die „Hromada“ in schärfsten Gegensatz zum Polentum und glaubte, mit Hilfe der polnischen Oppositionsparteien sich ihr Recht ertrotzen zu können. Kurz darauf schlug Polen zu, verbot die „Hromada“, verhaftete die gesamte weißrussische Führerschicht und befriedete aufständische Dörfer durch drakonische Militäraktionen. Ein später aufgezogener Monsterprozeß in Wilna sollte die weißrussische Führung mundtot machen.

Von nun ab l e b e n die 1½ Millionen Weißrussen nicht mehr in Polen, sondern sie werden vom polnischen Staate mühsam b e h e r r s c h t. Die Weißrussen machten unter den Volksgruppen im polnischen Staate am spätesten die Erfahrung, daß Polen seine Selbstverwaltungsversprechen nicht einlöst und jedes Streben danach mit Terror unterdrückt. Das führte zu einer ständigen Nervosität, vor allem auf seiten der polnischen Behörden, da nun die ungesammelten und zum guten Teil auch gänzlich ungelenkten völkischen Kräfte der Weißrussen

über alle möglichen Ventile einen Ausweg aus dem eigenen Volksgeschick suchen. Einmal ist es die griechisch-orthodoxe Kirche, die sich neben der geistlichen auch der nationalen Betreuung des weißrussischen Volkstums anzunehmen versucht. Um ihren jungen, volksbewußten Priester kann sich die weißrussische Gemeinde auch als eine im übertragenen Sinne politische Gemeinschaft scharen und der Herrschaft der polnischen Behörden zum wenigsten Schwierigkeiten bereiten. Sowie aber der polnische Staat in griechisch-orthodoxen Klöstern und Priesterseminaren auf völkisch-weißrussische Tätigkeit stößt, antwortet er mit der Schließung dieser Anstalten und der Ausweisung von Priestern, wozu er im Grenzzonengesetz jederzeit eine „gesetzliche" Handhabe hat. Ja, die polnische Presse ist mitunter derartig nervös, daß sie aus der harmlosen Tatsache, daß sich ein weißrussischer Geistlicher vorübergehend auf einem Jesuitenkolleg in München aufhält, auf die „Hand der Gestapo in Weißrußland" schließt. Gefährlicher als die stille Arbeit des weißrussischen Priesters ist die kommunistische Flüsterpropaganda der aus den angrenzenden weißrussischen Gebieten Sowjetrußlands nach Polen hinüberwechselnden Agenten. Von ihnen wird den weißrussischen Kleinbauern das Leben in der „autonomen" weißrussischen Räterepublik als ein Paradies vorgegaukelt und der Boden vorbereitet, um das Entstehen einer politischen Anschlußbewegung des weißrussischen Teilgebietes in Polen an das „Mutterland" in Sowjetrußland zu fördern. Die Sendungen des UdSSR.-Senders Minsk in weißrussischer Sprache dürften auf dem Lande, also unter der überwiegenden Mehrheit, auf weniger fruchtbaren Boden fallen, da es dem Weißrussen unmöglich ist, einen Rundfunkapparat zu besitzen. Immerhin haben Razzien, die der polnische Staat auf Grund der Bestimmungen des Grenzzonengesetzes unternahm, die den Besitz von Rundfunkapparaten verbieten können, zur Entdeckung primitivster Abhörgeräte (Detektoren) geführt. Die weißrussische Intelligenz in den Städten sucht ihr Heil weniger bei Sowjetrußland als in einer Sammlung und Besinnung des eigenen Volkes. Und trotzdem erscheint dem polnischen Staate ihr bloßes Vorhandensein als so gefährlich, daß weißrussische Dichter, Schriftsteller usw., gegen die man auf andere Weise nicht vorgehen kann, aus Wilna nach Warschau verbannt werden.

Das brennendste der völkischen Ostprobleme Polens ist das ukrainische. Von der mittleren Polesie und dem Cholmer Land im Norden bis an den Beskidenkamm und das Dnjestrufer im Süden ist dieser gewaltige Sektor des polnischen Staatskörpers geschlossen mit mindestens sechs Millionen Ukrainern bewohnt. Diese gewaltige Volksmasse, größer als die jeweilige Einwohnerzahl der gesamten Randstaaten, ja größer als die Bulgariens, Norwegens, Dänemarks und der Schweiz, ist, wie wir andeuteten, ganz unzweifelhaft gegen ihren wiederholt mit allen einem Volke zur Verfügung stehenden Mitteln dokumentierten Willen zum „Minderheitenvolk" im polnischen Staatskörper gemacht worden. Wie die Weißrussen haben die Ukrainer keinen Staat, von dem aus sie als Staatsvolk sich um das Ergehen ihrer Brüder außerhalb der eigenen Grenzen kümmern könnten. Auch dieses Problem als solches hat Polen zu verneinen, zu bagatellisieren versucht. Die Form, in der sich Polen gegen den Willen der Westmächte die Westukraine als ein ihm auf Gnade und Ungnade unterstehendes Staatsgebiet einverleibte, ist besonders lehrreich für die polnischen Arbeitsmethoden gegenüber geschlossenen und zur Selbstverwaltung vollauf berechtigten Volksgruppen.

Abgesehen davon, daß sich Polen 1919/20, wie wir sahen, durch Waffengewalt Gebiete der Westukraine aneignete, ist auch die folgende diplomatische und taktische Inkorporierung der Westukraine über den Kopf des ukrainischen Volkes hinweg verfügt worden. Bei den Verhandlungen auf der Friedenskonferenz in Paris hatte es vor Anbeginn festgestanden, daß eine Einbeziehung „Ostgaliziens", also der Westukraine, in den polnischen Staat nur im Rahmen einer Autonomie vor sich gehen sollte. In dem von den polnischen Delegierten der Friedenskonferenz vorgelegten Material (5. Juli 1919) war deutlich genug

von einer autonomen Landesgesetzgebung die Rede gewesen, die sich auf die Gebiete des Schulwesens, des Kultes, der Sozialgesetzgebung und der Gesundheitspflege, des Straßenwesens, der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und der Kunst erstreckte. Dieses Versprechen bemühte sich Polen, nachdem durch die Halleroffensive des Jahres 1919 eine Unterwerfung der Ukraine vor der Tür stand, nach und nach zu entkräften. So hat doch das beharrliche polnische Einwirken auf Clémenceau am Jahresende 1919 durchgesetzt, daß ein eben zuvor in Paris ausgearbeitetes Projekt einer losen Einbeziehung der Westukraine in den polnischen Staat fallen gelassen wurde. Denn darin hatten sich die Konferenzmächte nur bereit gefunden, Polen ein 25jähriges Mandat über die „staatliche Organisierung und Verwaltung Ostgaliziens" zu erteilen und dieses in Form eines Vertrages der Siegerstaaten mit Polen zu garantieren.

Polen versuchte nun, in einer „Volkszählung" in der Westukraine den Konferenzmächten die starke Durchsetzung der von ihm beanspruchten Gebiete mit polnischem Volkstum vorzumachen. Diese Volkszählung ist von den Ukrainern als ein polnischer Staatsakt boykottiert worden. Ihre Ergebnisse sind typisch für das polnische Verfahren politisch gefärbter Statistiken in den von ihm beherrschten Gebieten fremden Volkstums. Während die von Rußland und Österreich in der Westukraine zur Vorkriegszeit angestellten letzten Zählungen insgesamt 10 Millionen Einwohner auswiesen, von denen 6,7 Millionen oder 68 v. H. Ukrainer waren und bei denen auf die Polen nur 16 v. H. entfielen, rechnete sich die polnische Volkszählung von 1921 bei einem auf 8 Millionen gesunkenen Gesamtbestand ganze 3,8 Millionen Ukrainer bzw. 47,5 v. H. und 39 v. H. Polen heraus. Die Polen hätten demnach auf einem durch den Weltkrieg und die folgenden Kampfhandlungen von polnischer Bevölkerung stark entblößten Gebiet um 150 v. H. zugenommen. Daß derartige „amtliche" Zählungen den Stempel der Unwahrheit tragen, ist selbstverständlich.

Ganz dieser Methode entsprechend schritt die polnische Gesetzgebung in den folgenden Jahren mehr und mehr über die Autonomieversprechen hinweg, berücksichtigte sie in keiner Form in der Staatsverfassung, bis Polen wegen der Anerkennung des Rigaer Friedens von 1921 vor dem Völkerbund in eine schiefe Lage kam, da dessen Zustimmung die ungelöste galizische Frage entgegenstand. Polen hat daraufhin nach bewährter Methode die Westmächte vor vollendete Tatsachen gestellt, deren wahren Charakter diese zu durchschauen nicht in der Lage waren. Es leistete sich eine Art politischen Taschenspielertricks, indem es den polnischen Sejm eine „Wojewodschaftsautonomie" beschließen ließ, die sich auf die einzelnen Verwaltungsgebiete der Westukraine erstreckte. Diese präsentierte es in Genf und erreichte nach einiger Zeit, daß der „Botschafterrat" am 14. März 1923 die Einbeziehung der westukrainischen Gebiete in den polnischen Staat billigte. Trotzdem dies unter der Voraussetzung geschah, daß Polen wenigstens die mageren Versprechungen der Wojewodschaftsgarantien einhielt, ist der polnische Staat auch über sie hinweg zur Tagesordnung übergegangen — und die Ukrainer warten heute noch auf ihre Autonomie!

Anders als die Weißrussen und die Litauer sind sich die Ukrainer also ihrer eigenen Stärke und der Ausübung politischen und militärischen Einflusses bewußt geworden, sind zu straffen genossenschaftlichen und politischen Organisationen zusammengeschlossen und stellen damit, gleichgültig ob 1921 oder 1939, einen gefährlichen Sprengkörper im polnischen Staatsverbande dar. Von Anbeginn haben sie nichts als Kampf, Kampf gegen das ihnen aufgezwungene polnische Staatswesen und für die Errichtung eines eigenvölkischen Staates gekannt. Bei Licht besehen, lebt Polen seit 1918 bis heute tatsächlich in einem Kriegszustande mit den Ukrainern. Die einzige Möglichkeit, die Ukrainer beim polnischen Staate zu halten, schien also — wenn man nicht Recht vor Unrecht gehen lassen wollte — drakonische Beherrschung. Die Folge war eine rücksichtslose Unterdrückungspolitik gegen die gesamte West-

ukraine, in der fast jedes Dorf seine stark belegte Polizeistation erhielt, die jede politische Regung des Ukrainertums unterdrücken sollte.

Infolgedessen haben alle ukrainischen Organisationen und Verbände beständig unter dem vorsätzlichen Terror der polnischen Polizeiherrschaft zu leben. Es ist darum kein Wunder, wenn das volksbewußte Ukrainertum jede Gelegenheit ergreift, um den polnischen Staat zu schädigen, zu boykottieren und seinen Behörden als Antwort mit dem gleichen Terror zu begegnen. Von dem Haß gegen das Polentum bekommt man eine annähernde Vorstellung, wenn man erfährt, daß es Landschaften gibt, die alle Staatsmonopole boykottieren, und darum Dörfer, in denen weder geraucht noch getrunken wird, weil Tabak und Schnaps in Polen Staatsmonopole sind.

Die dadurch sich immer neu aufladende Spannung macht sich wieder und wieder in kleineren und größeren Terroraktionen von beiden Seiten Luft, und die Erschießung von Polizeibeamten gehört wie die Menschenjagd auf ukrainische Nationalisten heute wie früher zur Tagesordnung. Gelegentlich hat der polnische Staat zu Terroraktionen größten Ausmaßes gegriffen, die in der Behandlung von aufständischen Eingeborenen im britischen Weltreich ihr würdiges Gegenstück finden. So vor allem im Herbst 1931. Die Folge der damaligen Ereignisse, bei denen der polnische Staat seine Ulanen zur „Befriedung" der Dörfer aussandte, war eine Trennung in der Einstellung der Ukrainer zum polnischen Staat, in dem sich die UNDO. nun einer gemäßigten Politik verschrieb und gegen die nationalistische der OUN. absetzte. Die UNDO.-Politik versuchte im Ausgleich mit dem polnischen Staat zu einer völkischen Autonomie zu kommen, während die Anhänger der OUN. dem Terror den Terror entgegensetzen wollen. Auf ihr Konto kommen wahrscheinlich die Ermordung des Freundes von Piłsudski, Holowko, und 1934 die Ermordung des polnischen Innenministers Pieracki. Terroraktionen großen Stils hat der polnische Staat in anderer Form im Juni und Juli 1938 wiederholt, als er in der Wojewodschaft Lublin kurzerhand 114 ukrainische Kirchen niederreißen ließ[1]), um dort die Sammlung des Ukrainertums um seine geistlichen Mittelpunkte zu verhindern. Diese außerordentlich unkluge Aktion, die nicht allein die griechisch-orthodoxen Ukrainer traf, hat die beiden konfessionellen Gruppen der Ukrainer, die griechisch-unierte und die griechisch-orthodoxe, deren Antagonismus dem polnischen Staate bisher Mittel zur Spaltung des Ukrainertums in die Hand gab, einander angenähert. Sie hat aber dazu jener ukrainischen Gruppe Auftrieb verliehen, die in dem aktiven Vorgehen gegen den polnischen Staat das Heil der ukrainischen Sache sieht und seitdem die Behörden in den westukrainischen Gebieten durch immer neue Aktionen der passiven und aktiven Resistenz beunruhigt. Infolgedessen besteht der innere Krieg des Ukrainertums gegen den polnischen Staat, der in den vergangenen Jahren eine Abschwächung erfahren hatte, heute in verschärftem Maße fort. Was das in einem Kriegsfalle für die Wehrkraft des polnischen Staates bedeutet, braucht nicht besonders betont zu werden.

Allen drei größeren völkischen Minderheiten seines Ostraumes gegenüber hat Polen also in einer positiven Minderheitenpolitik versagt. Trotzdem, oder vielleicht weil die Wilnalitauer durch ihren Staat gestützt werden, ist ihre Stellung im polnischen Staate noch die am wenigsten vom Terror bedrohte. Je weiter wir aber nach Süden kommen, um so mehr verschärft sich der Druck des polnischen Staates auf seine Fremdvölker, um so deutlicher zeigen sich die zentrifugalen Tendenzen im polnischen Staatskörper, die diesen eines Tages auseinandersprengen können. An die Stelle der den alten polnischen Staat von innen aushöhlenden Dissidentenfrage ist nun die Nationalitätenfrage getreten. Beiden gegenüber hat sich Polen gleich unfähig erwiesen, in toleranter Haltung die berechtigten Ansprüche der von ihm beherrschten Untertanen in ein Fahrwasser zu leiten, das diesen ermöglichen würde, im polnischen Staate einen Schutz und einen Rückhalt zu sehen.

Polen hat allen drei Gruppen gegenüber eine Verwaltungspraxis angewandt,

[1]) Vgl. „Der Deutsche im Osten", Februar 1939, S. 21 ff.

die vielleicht auf Eingeborenenstämme, aber nicht auf Völker des osteuropäischen Raumes zugeschnitten sein mag. Vor allem hat es sich unfähig gezeigt, diesen gewiß primitiveren Völkern gegenüber die Rolle eines Kulturträgers zu spielen. Sehen wir ganz von den Begleitumständen ab, unter denen diese Minderheiten in den polnischen Staat kamen — es hätten sich große kolonisatorische Möglichkeiten für das Polentum eröffnet. Seine gesamte Staatskraft hätte, in den Osten gelenkt, eine Aufgabe vorgefunden, die der westlichen Zivilisation würdig war. Auf allen Lebensgebieten hätte der Pole diesen Völkern gegenüber der Gebende sein können. In der Landwirtschaft, im Straßenbau, im Bildungs- und Schulwesen, im Städtebau, in der Aufschließung des Binnenmarktes — überall. Keine dieser Möglichkeiten wurde ausgeschöpft. Man ging weder an eine verkehrstechnische Bindung dieser Landschaften an das eigentliche Polen, d. h. im übertragenen Sinne immer noch an den mitteleuropäischen Kulturraum, noch schien man in dem größten der europäischen Sumpfgebiete, der Polesie, eine Aufgabe vor sich zu sehen. Nicht einmal Bildung wurde vermittelt. In Ostpolen können nach den letzten Zahlenangaben 43,6 v. H. der Männer und 64,7 v. H. der Frauen weder lesen noch schreiben. In den ostpolnischen Wojewodschaften Wolhynien und Polesie erhielten im Schuljahr 1938 28,4 v. H. aller schulpflichtigen Kinder keinen Unterricht, während in Westpolen der stellenlose Lehrer als halbakademisches Proletariat verkommt. Für den Binnenmarkt wurden diese Gebiete nicht erschlossen, der Absatz polnischer Industrieprodukte nach Ostpolen ist minimal.

Statt dessen hat man in „gefährdeten" Gebieten Versuche mit polnischer Militärkolonisation gemacht, bei denen die Siedler wie Tropfen im Sande versickern, man hat zur Befriedung der „Grenzen" ein Grenzschutzkorps geschaffen, das als ein nicht unwesentliches Aufgabengebiet die „Re"katholisierung der von ihm beeinflußten fremdvölkischen Bevölkerungsgruppen zugewiesen erhielt. Auf diese „Revindikationen" unter der terrorisierten ukrainischen Bevölkerung ist die polnische Öffentlichkeit besonders stolz. Wie das Grenzschutzkorps im einzelnen arbeitet, hat die ukrainische Bevölkerung im Sommer des vorigen Jahres in der Wojewodschaft Lublin zu spüren bekommen, wo die Verantwortung für die Durchführung der genannten Kirchenzerstörungen dem Leiter des Grenzschutzkorps in Lublin, General Morawinski, zufällt.

Die völkischen Ostprobleme des polnischen Staates sind also ungelöst geblieben. Die Problematik liegt hier heute nicht im Auskommen *mit* den völkischen Minderheiten, sondern in dem Durchsetzen *gegen* sie. Das zeigt mit aller Deutlichkeit die Diskrepanz auf, die in Polen so oft zwischen Wort und Tat besteht, und widerlegt schonungslos das Gefasel von der Sendung Polens im Osten im Dienste der europäischen Zivilisation, die Hybris vom „Polen als Mutter der slawischen Völker" und die Behauptung von der ritterlichen Achtung fremden Volkstums durch den Polen. In Geschichte und Gegenwart ist Polen nie in der Lage gewesen, richtig, gerecht — und vor allem zukunftsgerecht — mit seinen Minderheiten umzugehen. Das haben neben den Deutschen die Litauer, die Weißrussen und vor allem die Ukrainer zu spüren bekommen. Sein Mißverhältnis zwischen Staatsraum und Staatsvolk hat bei den Trägern der Staatsgewalt jene Unsicherheit erzeugt, deren Komplexe schonungslos auf dem Rücken der Nationalitäten ausgetragen werden. Es unterscheidet sich hierin in keiner Weise von der verschwundenen Tschechoslowakei, deren Bestand durch den eigenen unorganischen Bau sich selbst in Trümmer legte. Der polnische Historiker Bobrzynski hat das in Betrachtung des polnischen Zusammenbruches am Ende des 18. Jahrhunderts auch für die Gegenwart treffend formuliert: „Polen ist deshalb zugrunde gegangen, weil es in seinem Drange nach dem Osten weite fremdnationale Gebiete besetzte und dadurch sein Element viel zu sehr zersplitterte, ohne sich auf eigenem Boden staatlich gut konsolidieren zu können."

Wilhelm Löblack

Der Osten als Aufgabe

Ostprobleme in der nationalsozialistischen Charaktererziehung

Wenn wir heute vom Osten und seinen Problemen sprechen, so geschieht es im Gegensatz zu früheren Zeiträumen, insbesondere zum 19. Jahrhundert, von klaren und eindeutigen Erkenntnissen und Zielsetzungen aus. Ostpolitik im weitesten und tiefsten Sinne des Wortes gehört zu den entscheidenden programmatischen Forderungen des Nationalsozialismus. Der Führer hat in seinem Werke „Mein Kampf" die Notwendigkeit der „Wiederaufnahme der Ostlandpolitik" dargelegt, und die Taten Adolf Hitlers in den letzten Jahren zeigen, wie sehr er entschlossen ist, diese Erkenntnisse zu verwirklichen. Entscheidende Lebensfragen des deutschen Volkes harren ihrer Endlösung im Osten. Die Voraussetzung für einen Erfolg bildet aber auch hier eine Volksführung, die bis zu den letzten Gliedern herab nicht nur die wichtigsten Probleme und Aufgaben kennt, die gemeistert werden müssen, sondern gerade in erster Linie bei der Auseinandersetzung mit diesen Aufgaben die notwendige klare, weltanschauliche und charakterliche Haltung zeigt, die allein ein klares Urteil und damit richtige Entscheidungen ermöglicht. Dann wird auch die breite Masse des Volkes erst ganz von der Schicksalsbedeutung des Ostens für unser Volk erfüllt werden können und noch viel mehr zum ganzen Einsatz für kommende Aufgaben bereit sein.

Hier soll nun in kurzen Zügen von einigen Tatsachen und Problemen der Ostpolitik die Rede sein, die eine so ganz andere Haltung verlangen, als sie bis zur Gegenwart bei vielen Binnendeutschen zu finden war.

Die weiten Räume des Ostens zeigen in ihrer Unerschlossenheit und der dünnen Besiedlung so deutlich, wie hier Raum nach Volk ruft. Wer aus den dicht besiedelten Gegenden und Großstädten Mittel- und Westdeutschlands zum Osten kommt, gewinnt oft erst wieder ein Gefühl für das Unnatürliche eines Zustandes, daß — wie beispielsweise in Sachsen — 333 Menschen auf einem qkm leben. Hier gilt es nun eine solche Erkenntnis zu schärfen und darzulegen, wie gefährlich und widersinnig es ist, daß ein so großes Volk wie das deutsche in seinem Siedlungs- und Lebensraum derart eingeengt ist. Diese Erkenntnis bedeutet die Entwicklung zu einem Denken, das von den Angehörigen eines Weltvolkes, wie wir es sind, gefordert werden muß: also in erster Linie die großen Notwendigkeiten und Zusammenhänge zu sehen und dann auch für sich persönlich die Folgerungen daraus zu ziehen. Dann kann auch nie mehr die Arbeit im Osten als Strafarbeit betrachtet werden, wie das sowohl im kaiserlichen, wie im Systemdeutschland der Fall war, sondern als höchster und ehrenvollster Frontdienst für die Nation. Hier ist zweifellos noch manche Erziehungsarbeit an Dienststellen und Volksgenossen zu leisten. Das Wissen um altes deutsches Kulturgut und um große deutsche Leistungen im Osten wird vertieft und zu einem herrlichen Erlebnis, wenn wir im Angesicht der Burgen des Ritterordens oder der großen Gründungen der Hanse feststellen, wie die deutsche schöpferische Kraft weit über den heutigen Staatsraum im Osten hinausgegangen ist. Manche dieser Leistungen und Werke sind vergangen, andere wieder haben ihre geschichtliche Bedeutung bis auf die Gegenwart behalten und werden sie für alle Zukunft behalten. Gerade der Ostraum war immer von besonderer Bedeutung in der Auseinandersetzung zwischen germanischen und fremden Völkern. Das Deutschtum hat dabei Entscheidungen herbeigeführt, die nicht nur für den gesamten Osten, sondern für die europäische

Kultur überhaupt schicksalhaft waren. Es sei nur erinnert an die gewaltigen kämpferischen und kolonisatorischen Leistungen des Deutschen Ritterordens, der ein Bollwerk gegen Asien bildete, wie z. B. in der Schlacht Wolter von Plettenbergs gegen Iwan den Schrecklichen bei Pleskau 1502. Jeder, der einmal in Narwa war, wird für sein ganzes Leben unter dem Eindruck der sich gegenüberliegenden Burgen Iwangorod und Hermannsfeste stehen. Hier die riesige asiatische Flachburg, dort der steilemporragende Bergfried, der wie ein drohendes Schwert gen Himmel ragt, um im Namen Gottes und der deutschen Sendung dem Asiatentum Einhalt zu gebieten. — Die Erziehung wird dabei immer wieder mit der Fülle des Stoffes arbeiten können, die sich aus den gewaltigen Aufbaukräften des Deutschtums in einer Ostgeschichte zeigt, die über Jahrtausende geht. Germanische und deutsche Kräfte waren es, die etwa den Polen erst zu einer gewissen staatlichen und leistungsmäßigen Bedeutung verhalfen. In den Büchern von Lück: „Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens" und „Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur" wird eine umfangreiche Beweisführung dieser Tatsachen gegeben. Aus solchen Erkenntnissen ergibt sich dann zwangsläufig eine natürliche Stärkung des Sozialismus und des deutschen Selbstbewußtseins bei jenen Binnendeutschen, die leider immer nur ihren engen Raum und Lebenskreis allein gesehen haben.

Das deutsche Volk ist in seiner Vergangenheit sehr oft fremden Völkern mit großen Illusionen und einer Weltfremdheit sondergleichen entgegengetreten. Die eigenartige Polenbegeisterung, die im 19. Jahrhundert die mittleren und höheren Schichten des deutschen Volkes erfaßt hatte, ist für den Osten eine traurige Erinnerung. Es ist ein Hauptgrundsatz der nationalsozialistischen Weltanschauung, hier den nüchternen Maßstab des eigenen Volkswohls in erster Linie anzuwenden. Das ist leicht ausgesprochen, wenn man irgendwo inmitten des Reiches sitzt und mit den Problemen des Volkstumskampfes unmittelbar nichts zu tun hat. Von dem Bekenntnis heißt es aber dann zum entschlossenen Handeln überzugehen, wenn nun die Auseinandersetzung mit dem fremden Volkstum im Osten unmittelbar in Erscheinung tritt. Dann muß man auch in den scheinbar kleinen Fragen des Alltags und der persönlichen Auseinandersetzung zuerst Deutscher sein und fremden Einfluß im deutschen Raum beseitigen. Mahnend muß bei dieser Erziehung immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Katastrophe von 1919 mit ihrer verhängnisvollen Grenzziehung im Osten zu einem Teil dadurch ermöglicht wurde, daß diese Gebiete schon Jahrzehnte vorher durch das Vordringen des Slawentums gefährdet oder gar praktisch verlorengegangen waren. Man trieb damals keine systematische Deutschtumspolitik im Osten und wunderte sich dann, daß das Slawentum immer tiefer in deutsches Land eingedrungen war. Der Nationalsozialist achtet fremdes Volkstum. Im alten deutschen Kulturland, im eigenen Raum jedoch sind klare Entscheidungen stets unumgänglich, wenn diese völkische Achtung zum Schaden unseres Volkstums mißbraucht wird. Das Polentum unserer Tage stattet seinen Dank für die großzügige Behandlung, die es im Preußen-Deutschland der Vorkriegszeit erfahren hat, durch seinen brutalen Zerstörungskampf ab, den es im wahnsinnigen Chauvinismus gegen alles Deutschtum in seinem Staatsgebiet führt.

In diesem Zusammenhange erinnern wir uns, daß einmal von der „Gemeinschaft junger Völker des Ostens" die Rede war und daß intellektuelle Kreise von Illusionisten und Phantasten mit solchen Phrasen praktisch eine Verwischung der Fronten herbeizuführen drohten. Wir dürfen solch ein Gefühl nie wieder auftauchen lassen. So sehr uns die verschiedensten Probleme des Ostens interessieren, so stark bleibt für uns stets nur die Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen der wirkliche Inhalt unseres Handelns und unserer Ziele. Auch der alte Fehler einer Vermengung konfessioneller und nationaler Gesichtspunkte, die auch im Osten stets nur zum Nachteil des Deutschtums gewirkt hat, darf sich nicht wiederholen. Die Gleichsetzung des konfessionellen Begriffs des Katholizismus mit der Zugehörigkeit zum polnischen

Volkstum hat bis in die jüngste Vergangenheit hinein im Osten zu einer verhängnisvollen Vermischung der natürlichen Grenzen des Volkstums geführt.

Wenn aus der Fülle der Ostprobleme in ihrer Bedeutung für die nationalsozialistische Erziehung zum Schluß die Judenfrage gestreift werden soll, so deshalb, weil uns bekanntlich im heutigen polnischen Staat, der Wiege des Ostjudentums, etwa 4 Millionen Juden massiert entgegentreten. Die Kenntnis der Judenfrage gehört zu den Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Die aktive und im deutschen Interesse geführte Auseinandersetzung mit dem Judentum im Osten gehört zu den Forderungen und Aufgaben deutscher Ostarbeit. Vergessen wir nicht, daß uns hier besonders die Juden als geborene Träger des Bolschewismus in vielerlei Gestalt entgegentreten.

Im Osten liegt unsere Zukunft und nach Osten will der Führer unseren Blick richten. Aus diesen wenigen Streiflichtern möge hervorgehen, daß der Osten und die Probleme, die er stellt, eine wirklich nationalsozialistische Charakterhaltung verlangen.

Hier wird es sich entscheidend erweisen, ob es uns gelungen ist, die Deutschen, die von Natur aus ein Weltvolk sind, auch im Denken und Handeln ganz zum Weltvolk zu erziehen. Im Interesse des deutschen Volkes und damit Europas tritt heute an uns wieder die Forderung heran, die große deutsche Sendung im Osten zu erfüllen. Das wird nur gelingen, und das ist der stärkste Appell, den wir bei unserer Charaktererziehung zu richten haben, wenn wir ein wachsendes Volk sind und der deutsche Mensch das Schicksal des Ostens als sein Schicksal empfindet.

Arthur Reiß

Das Baltikum zwischen Rußland und Polen

Die baltischen Staaten in der gegenwärtigen Lage

Die europäische Entwicklung der jüngsten Zeit hat die baltischen Staaten in den Brennpunkt machtpolitischer Interessen gerückt. Ganz gleich, ob die Moskauer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und England zum Abschluß eines Paktes führen oder nicht: die Tatsache, daß Moskau die baltischen Staaten Estland und Lettland und das zur skandinavischen Staatengruppe zu zählende Finnland als einen „Bereich seiner unmittelbaren Interessen" bezeichnet hat, die Tatsache, daß England sich über diese Frage in ausführliche Verhandlungen eingelassen hat, die Tatsache, daß die baltischen Länder selbst überhaupt gar nicht gefragt worden sind, ob sie sich von englisch-sowjetrussischen Garantien beglücken lassen wollen oder nicht, diese Tatsachen charakterisieren die Situation im baltischen Raum und die politische Lage der baltischen Staaten deutlich genug. Ihre Lage wird ferner durch die Haltung eines Staates verschärft, dessen Stellung an der Ostsee wenig überzeugend ist, dessen natürlicher Schwerpunkt in Mitteleuropa liegt, der aber entgegen dem Sinn seiner Geschichte und seiner Existenz in der Gegenwart und entgegen allen Gegebenheiten seiner geopolitischen Lage danach strebt, im baltischen Raum eine Rolle zu spielen: Polen. Seit Polen die Londoner Garantie angenommen und sich in die englische Einkreisungsfront eingereiht hat, wächst die Gefahr für Litauen, verstärkt sich der Druck der Sowjetunion auf Finnland, Estland und Lettland. Da Polen und das mit ihm verbündete Rumänien nicht die Absicht haben, für den Fall eines europäischen Konflikts sowjetrussische Truppen durch ihr Gebiet marschieren zu lassen, da, wie es scheint, ihm in dieser Hinsicht auch Versprechungen gemacht worden sind, liegt der Schatten Moskaus heute drohender denn je über

den baltischen Ländern. Diese Länder gehörten früher zu Rußland. Durch ihre staatliche Verselbständigung hat die Sowjetunion an der Ostsee an Boden verloren. Ihre Bewegungsfreiheit auf dem Baltischen Meer ist eingeschränkt. Stets hat Moskaus Interesse diesen Staaten gegolten, und der mißglückte Kommunistenputsch, der im Dezember 1924 Estland erschütterte, beweist, daß Moskau sich nicht scheute, auch mitten im Frieden aktiv in ihre Geschichte einzugreifen.

Das Deutsche Reich hat stets ein lebhaftes Interesse für die baltischen Länder bewiesen. Mit Finnland ist es durch die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf für die Errichtung des selbständigen finnischen Staates verbunden. Mit Estland und Lettland bestanden stets lebhafte Handelsbeziehungen. Diese Agrarstaaten sind naturgegebene Wirtschaftspartner des Reiches. Ferner ist die Lage der deutschen Volksgruppe in Estland und Lettland stets Gegenstand einer sorgfältigen Aufmerksamkeit des deutschen Volkes gewesen. Auch zwischen Deutschland und Litauen haben stets enge Verbindungen bestanden. Hier waren die Beziehungen der Memel-Frage wegen zuweilen gespannt. Seitdem dieses Problem aber seine natürliche Lösung gefunden hat, ist kein Konflikt denkbar, der die deutsch-litauischen Beziehungen trüben könnte. Man hat das Deutsche Reich oft verdächtigt, bezüglich des baltischen Raumes Pläne zu hegen, die sich gegen die staatliche Selbständigkeit der baltischen Völker richten. Solche Verdächtigungen haben sich als sinnlos erwiesen. Die Beziehungen Deutschlands zu Finnland werden durch eine Sympathie von Volk zu Volk, die Beziehungen zu Estland und Lettland durch die kürzlich unterzeichneten Nichtangriffsverträge, die Beziehungen zu Litauen durch eine sinnvolle und allen natürlichen Gegebenheiten entsprechende Regelung des nachbarlichen Zusammenlebens charakterisiert. Die ausländische Presse hat in der letzten Zeit teils wütend, teils neidisch verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die baltischen Völker beginnen, nach Deutschland zu blicken. Wir vermögen nicht zu sagen, in welchem Maße bei manchen baltischen Völkern noch verschiedene Ressentiments und die Folgen einer gegen Deutschland gerichteten Propaganda wirksam sind. Diese Frage braucht das deutsche Volk auch nicht sehr zu bekümmern. Alle Tatsachen sprechen aufs deutlichste dafür, daß den baltischen Völkern von Deutschland her keine Gefahren drohen, und daß das Deutsche Reich an einer Aufrechterhaltung der staatlichen Selbständigkeit der baltischen Völker im starken Maße interessiert ist.

Finnland zählt sich nicht zu den baltischen, sondern zu den skandinavischen Staaten. Nachdem es lange Zeit hindurch zwischen einer baltischen und einer skandinavischen Orientierung geschwankt hat, hat es sich vor einigen Jahren für den skandinavischen Kurs entschieden. Für diese Orientierung spricht die ganze Vergangenheit und die Geschichte des Landes, sprechen die vielen Fäden, die es besonders mit Schweden verbinden. Schweden und Finnland haben Jahrhunderte hindurch zusammengehört. Heute ist man in Finnland der Überzeugung, daß auch für die Gegenwart für beide Staaten die gleichen politischen Notwendigkeiten gegeben sind. Für die skandinavische Orientierung Finnlands ist auch die Überlegung ausschlaggebend gewesen, daß es dem finnischen Staate bei einer gewissen Abgrenzung von den baltischen Ländern leichter möglich sein würde, sich aus Verwicklungen herauszuhalten, in die diese ihrer geographischen Lage wegen hineingezogen werden können. Finnland ist ebenso ein Nachfolgestaat Rußlands wie Estland, Lettland und Litauen. Für den Fall, daß ein sowjetrussischer Imperialismus die baltischen Staaten bedrohen sollte, hatte man sich von der Orientierung nach Skandinavien hin eine gewisse Sicherheit versprochen. Finnland hatte im Rahmen des russischen Staates eine weitgehende Selbständigkeit besessen, die die drei baltischen Länder nicht hatten. Man hoffte in Helsingfors daher auch, daß die Sowjetunion selbst bei dem Auftreten imperialistischer Tendenzen Finnland gegenüber eine andere Haltung einnehmen würde als gegenüber den anderen Nachfolgestaaten Rußlands. Diese Hoffnungen haben jedoch getäuscht. Die Sowjetunion „degradierte“ Finnland

doch zu einem baltischen Staat. Sie bezog auch dieses Reich in den „Bereich seiner unmittelbaren Interessen" ein und machte es zum Gegenstand seiner Garantieverhandlungen mit England. Von den baltischen Staaten steht Estland Finnland am nächsten, weil das finnische und estnische Volk stammverwandt sind. Im übrigen sind die Beziehungen der skandinavischen Staaten zu den baltischen Ländern lose. Man betont in Finnland und Schweden jedoch, daß es den skandinavischen Staaten nicht gleichgültig sein kann, ob an der Südküste der Ostsee im baltischen Raume selbständige Staaten oder von einer Großmacht abhängige Pufferstaaten, geschweige denn einfache baltische Provinzen einer Großmacht liegen.

In den baltischen Ländern ist man sich darüber klar, daß die Politik Englands und der Sowjetunion Finnland, Estland und Lettland in eine Lage drängt, „in der sie zwischen der Vasallität und der Notwehr wählen müssen". Estland, der kleinste der baltischen Staaten, hat mit der Sowjetunion bereits böse Erfahrungen gemacht. Wohl hat die Sowjetunion im Februar 1920 im Friedensvertrag von Dorpat die Unabhängigkeit und Autonomie des Staates Estland „vorbehaltlos" anerkannt und „freiwillig und für alle Zeiten" auf die Souveränitätsrechte verzichtet, die das alte zaristische Rußland einst über Gebiet und Volk der Esten besessen hat. Das hinderte aber Moskau nicht, nach Jahren des Friedens noch im Dezember 1924 zu versuchen, durch einen Gewaltstreich Estland dem Kommunismus zu gewinnen. Estland weiß, daß ihm nur von der Sowjetunion her Gefahren drohen können. Mit dem stammverwandten Finnland unterhält es sehr freundschaftliche Beziehungen. Mit Lettland ist es durch ein enges Bündnis verbunden. Seine Beziehungen zu Deutschland sind normal und durch den kürzlich erfolgten Abschluß des Nichtangriffspaktes noch verbessert. Die wirtschaftliche Entwicklung Estlands vollzieht sich auf gesunden Grundlagen. Die 1,1 Millionen Einwohner des Landes bilden einen fleißigen und strebsamen Menschenschlag. In letzter Zeit ist man sich in Estland einer Gefahr bewußt geworden, die dem Staate von Osten her innerhalb seiner eigenen Grenzen droht. Die Bevölkerungszunahme Estlands ist sehr gering, sie ist fast stationär, und genaue statistische Erhebungen haben ergeben, daß in nicht zu ferner Zeit mit einer Abnahme der nationalestnischen Bevölkerung zu rechnen sein wird. Die größte völkische Minderheit innerhalb der estnischen Staatsgrenzen aber bilden Russen, die in einer Stärke von etwa hunderttausend Menschen geschlossen an der estnisch-sowjetrussischen Grenze längs der Narwa und im Petschur-Gebiet siedeln. Diese Russen leben in sehr kümmerlichen Verhältnissen und sind daher den Parolen leicht zugänglich, die aus dem Gebiet jenseits der Grenze zu ihnen dringen. Sie sind aber biologisch stärker als das estnische Staatsvolk und vermehren sich in einem ungleich stärkeren Maße als dieses. Hinzu kommt, daß der Drang nach den Städten mit ihren leichteren Existenzmöglichkeiten in der jungen estländischen Generation sehr stark ist. Estland hat aber eine sehr geringe Bevölkerungsdichte. Auf den Quadratkilometer entfallen nur 24 Einwohner. Auch dieser Umstand bereitet der estnischen Regierung Bedenken, und es ist nicht von ungefähr, daß die Sorge um die Familie jetzt auch verfassungsmäßig verankert worden ist. Der estnische Ministerpräsident hat in einer Regierungserklärung das Bevölkerungsproblem als „das entscheidende Problem der Schicksalsgestaltung des Estentums" bezeichnet. Die gegenwärtige Regierung in Estland ist die erste, die auf Grund der neuen Verfassung gebildet ist. Sie hat sich daher in der letzten Zeit hauptsächlich Aufgaben gewidmet, die mit der praktischen Verwirklichung der in der Verfassung ausgesprochenen Grundsätze verbunden sind. Die politische Organisation der Bevölkerung ist eine Frage, die die Öffentlichkeit Estlands stark beschäftigt. Die neue Verfassung hat einen deutlich autoritären Charakter. Solange sie in Kraft ist, erscheint jede Rückkehr zu dem Parteileben alten Systems in Estland als ausgeschlossen. Von den 80 Abgeordneten der Ersten Kammer nehmen nur 17 Abgeordnete eine oppositionelle Haltung ein. Diese Tatsache erleichtert der estnischen Regierung naturgemäß die Lösung ihrer Aufgaben, zu denen nicht in

letzter Linie auch sozialpolitische Fragen von großer Bedeutung gehören. Estland hat das Glück, unter der Führung zweier Männer zu stehen, die das Vertrauen des ganzen Landes verdienen. Staatspräsident Paets und der Oberkommandierende der Armee, General Laidoner, haben sich schon um die Gründung des jungen estnischen Staatswesens sehr verdient gemacht. Sie haben es auch in den schweren letzten Jahren verstanden, die Politik ihres Landes einen geraden Kurs zu führen.

Lettland ist räumlich der größte der baltischen Staaten. An seiner Spitze steht der diktatorisch regierende Staatspräsident Dr. Karl Ulmanis, der im Mai vor fünf Jahren durch einen überraschenden Staatsstreich dem Unwesen der Parteien ein Ende machte und sich an die Spitze des Staates stellte. Sein Regime hat dem Lande auf allen Gebieten starke Impulse gegeben. Die Entwicklung Lettlands vollzieht sich unter den vom Präsidenten Ulmanis selbst ausgegebenen Parolen „Lettland den Letten" und „Lettland muß lettisch werden". Dieses Motto erklärt manche kulturellen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, die für einen gemischt völkischen Staat und einen Agrarstaat, wie Lettland es nun einmal ist, in manchen Fällen unverständlich erscheinen müssen. Man muß bei einer Betrachtung der lettischen Politik immer berücksichtigen, daß nur 75 Prozent der Bewohner des Landes Letten sind. Die restlichen 25 Prozent verteilen sich auf Deutsche, Großrussen, Weißrussen, Polen, Esten, Juden und andere Nationalitäten. Dem Staatschef Ulmanis ist die Betätigung und Beteiligung nicht nationallettischer Kräfte in der Industrie und im Handel des Landes stets als eine große Gefahr für den Staat erschienen, die er nur durch eine sehr weitgehende Nationalisierung und Verstaatlichung der Wirtschaft Lettlands bannen zu können glaubte. Ausgedehnte Industrialisierungsmaßnahmen haben in Lettland eine starke Landflucht zur Folge gehabt. Da in den lettischen Betrieben nur Arbeiter und Angestellte lettischer Nationalität beschäftigt werden, werden fast ausschließlich auch nur nationallettische Kräfte vom flachen Lande in die Städte gezogen. Ganz abgesehen davon, daß der Bevölkerungszuwachs in Lettland gering ist — er beträgt auf dem Lande durchschnittlich 5,38, in den Städten aber nur 0,49 auf tausend Einwohner —, kommt noch hinzu, daß die auf dem Lande lebenden Großrussen, Weißrussen und Polen sich viel stärker vermehren als das lettische Staatsvolk. Die Regierung hat sich bereits ernste Sorgen darüber gemacht, woher bei dem starken Abfluß der Arbeitskräfte vom Lande in die Industrie die Kräfte für die Landarbeit genommen werden sollen. Im Jahre 1933 brauchte Lettland nur 12 000 ausländische Landarbeiter. Ein Jahr darauf stieg die Zahl bereits auf 23 000, im Jahre 1935 auf 34 000 und im vergangenen Jahre auf etwa 60 000 ausländische Landarbeiter, die hauptsächlich aus Polen eingeführt wurden. Diese Abhängigkeit eines Agrarstaates von fremden Arbeitskräften zur Einbringung der Ernte ist ohne Zweifel bedenklich, wobei auch nicht übersehen werden darf, daß hier die Gefahr einer langsamen Unterwanderung gegeben erscheint.

Das Verhalten des lettischen Staates gegenüber der deutschen Volksgruppe hat dazu beigetragen, daß die Beziehungen zu Deutschland zeitweise nicht die besten waren. Durch die staatskapitalistischen Maßnahmen der Regierung sind auch die wirtschaftlichen Beziehungen zum Reiche belastet worden. Im allgemeinen aber gibt es zwischen dem Deutschen Reiche und Lettland keine Konflikte oder Probleme, die sich bei einiger Einsicht und gutem Willen auf lettischer Seite nicht lösen ließen. Der Abschluß des Nichtangriffspaktes hat gezeigt, daß es grundsätzliche außenpolitische Gegensätze zwischen Deutschland und Lettland nicht gibt. Von den drei baltischen Ländern ist Lettland außenpolitisch stets besonders rege gewesen. Riga hat sich immer als Vorort der Baltischen Entente gefühlt. Diese Stellung verdankte es der Beweglichkeit des Außenministers Munters. Auch Lettland ist bestrebt, eine neutrale Linie einzuhalten. Die englisch-sowjetrussischen Garantiepläne haben daher in Riga dieselbe Ablehnung erfahren wie in Reval.

Litauen hat unter den baltischen Staaten stets eine besondere Stellung eingenommen. Es gehört mit Lettland und Estland zur Baltischen Entente, ist aber nicht an dem Bündnis beteiligt, das zwischen den beiden anderen Staaten besteht. Das lag daran, daß es bis vor kurzem mit „spezifischen Problemen" zu tun hatte, von denen sich Lettland und Estland fernhalten wollten. Diese Probleme betrafen Memel und Wilna. Über die Memel-Frage ausführlich zu sprechen, erübrigt sich. Dieses Problem ist im März dieses Jahres in einer Weise gelöst worden, die Litauens völkische Ehre und staatliche Souveränität in keiner Hinsicht berührte. Auch die durch die Rückgliederung des Memellandes für Litauen entstandenen wirtschaftlichen Fragen sind in einer Art geregelt worden, die dem litauischen Staat die Folgen dieser notwendigen Operation so leicht wie nur möglich machte. Auf eine wesentlich andere Weise ging im März des vergangenen Jahres die Erledigung der Wilna-Frage vor sich. Das Wilnagebiet ist dem litauischen Volke von Polen entgegen bestehenden Abmachungen mit Gewalt genommen worden. Litauen hat die Besetzung dieses seines Gebietes niemals anerkannt. Die litauisch-polnische Grenze galt dem litauischen Volke zwanzig Jahre lang nur als Demarkationslinie. Kauen wurde nur als provisorische, Wilna als die wirkliche Hauptstadt Litauens betrachtet. Der litauische Staat lehnte jede Beziehung zum polnischen Staate ab. Es gab zwischen Polen und Litauen keinen Eisenbahn-, keinen Post-, keinen Luftverkehr. In Warschau gab es ebenso wenig eine litauische wie in Kauen eine polnische diplomatische Vertretung. Es ist leicht erklärlich, daß man die unnachgiebige Haltung Litauens in Polen als sehr unbequem und kompromittierend empfand. Da griff Polen im März des vergangenen Jahres zu einer Gewaltmaßnahme. Es nahm irgendeinen der stets an der polnisch-litauischen Demarkationslinie sich ereignenden Grenzzwischenfälle zum Anlaß, um unter Drohung der Gewaltanwendung Litauen zu einer Normalisierung der Beziehungen zu zwingen. Dieser Gewalt mußte Litauen sich fügen. Aber auch in seiner neuen Verfassung, die erst nach der Annahme des polnischen Ultimatums in Kraft trat, wird Wilna als die Hauptstadt des litauischen Staates bezeichnet. Man hat sich in Warschau alle Mühe gegeben, von der erzwungenen Normalisierung der polnisch-litauischen Beziehungen zu einem freundschaftlicheren Verhältnis beider Staaten zu gelangen. Man tut, als seien die langen Jahre des polnisch-litauischen Streites nie gewesen, als habe eine Wilna-Frage niemals existiert, man tut, als habe man niemals den Wunsch gehegt, Litauen mit Gewalt zu annektieren. Außerdem gibt man sich in Warschau die größte Mühe, das deutsch-litauische Verhältnis zu vergiften. In Litauen aber macht man sich über Polens plötzliche Freundschaft zum litauischen Volke seine eigenen Gedanken. Man weiß in Kauen auch die dauernden polnischen Hinweise auf die Zeit der gemeinsamen polnisch-litauischen Staatlichkeit richtig einzuschätzen. Diese historischen Reminiszenzen sind geeignet, in Litauen eher Bedenken als freundschaftliche Gefühle hervorzurufen. Man wird sich in Litauen auch einen Vers aus der Wandlung zu machen wissen, die in der polnischen Haltung gegenüber den englisch-russischen Garantieprojekten für die baltischen Staaten zu beobachten ist. Der in der ersten Zeit absolut ablehnende Einstellung Polens gegenüber den englisch-russischen Verhandlungen ist eine wohlwollende, fast erwartungsvolle Haltung gefolgt. Es ist anzunehmen, daß zu dieser Wandlung die Tatsache beigetragen hat, daß die Sowjetunion nur Finnland, Estland und Lettland als das Gebiet seiner unmittelbaren und lebenswichtigen Interessen bezeichnete und Litauen außerhalb dieser Kombination ließ. Der Gedanke, daß man stillschweigend eine Teilung des baltischen Raumes in eine sowjetrussische und eine polnische Einflußsphäre vorgenommen hat, liegt nahe und ist geeignet, Litauen mit Sorge zu erfüllen. Man wird sich dort keinem Zweifel darüber hingeben können, was es für den litauischen Staat bedeutet, zu einem „Bereich lebenswichtiger polnischer Interessen" zu werden. Der Einwohnerzahl nach ist das

litauische das stärkste unter den baltischen Völkern. Das litauische Volk zeigt auch die stärkste nationale Geschlossenheit. Nur 16 Prozent der Bewohner Litauens gehören fremden Nationalitäten an. Die Masse des litauischen Volkes besteht aus Bauern. Der litauische Menschenschlag ist seiner Natur nach zurückhaltend, fleißig und bedürfnislos. Heute noch ist in ihm die Erinnerung daran lebendig, daß das litauische Volk einst über einen Raum herrschte, der sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckte. Erst durch die Verbindung mit Polen hat das litauische Volk seine alte große Stellung verloren.

Polen hat in den zwanzig Jahren seiner neuen Staatlichkeit kein Mittel unversucht gelassen, um einen Einfluß auf die baltischen Staaten zu gewinnen. Diese Länder haben aber immer Gewicht darauf gelegt, daß ihre Beziehungen zu Polen so platonisch wie möglich blieben. Sie kannten die außenpolitischen Probleme Polens im Osten und Westen zu gut, als daß sie Veranlassung gehabt hätten, sich mit Polen enger als notwendig einzulassen. Sie begnügten sich mit normalen, oberflächlichen Beziehungen und gelegentlichen freundschaftlichen, aber belanglosen Äußerungen. Das Vertrauen der baltischen Länder in die innere Stabilität des polnischen Staates ist niemals sehr stark gewesen. Man kannte Polens Minderheitenprobleme, man weiß um die sozialen Spannungen innerhalb des polnischen Volkes. Polen konnte also niemals eine große Anziehungskraft auf die baltischen Staaten ausüben.

Der baltische Raum ist nur klein, aber er ist der Lebensraum dreier Völker, die zum Bewußtsein ihrer Eigenart und zu eigenem Staatswesen gelangt sind. Sie liegen zwischen zwei mächtigen Staaten, die ganz verschiedenartige Ordnungs- und Lebensprinzipien vertreten. Bei welchem der beiden großen Nachbarn die drei kleinen Völker und Staaten Verständnis für ihre völkische Eigenart und staatliche Eigenexistenz finden, ist angesichts der mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffsverträge und angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion die Gebiete Lettlands und Estlands als den Bereich ihrer lebenswichtigen Interessen bezeichnet hat, nicht schwer zu entscheiden.

Deutsche friedliche Wiedergutmachung — gegen englische Feindseligkeit

Deutschland führte seine Revisionen durch - England protestierte beim Anschluß Österreichs - Es „vermittelte" in der Sudetenkrise - Es verweigerte seine Anerkennung bei der Schaffung des Protektorats - Es gab Polen eine „Garantie" in der Danzig-Frage

Der Wunsch Danzigs nach der Rückkehr ins Reich hat in der Welt in Verbindung mit der Aufrollung der Korridorfrage eine überaus heftige Diskussion hervorgerufen. Sie erinnert an jene endlosen Debatten, die bisher regelmäßig aufkamen, sobald das Reich daran schritt, eine Wiedergutmachung des Unrechts von Versailles in irgendeinem Punkte vorzunehmen, ohne daß diese Wortgefechte allerdings die Erreichung der deutschen Zielsetzung jemals verhinderten. Selbst wenn sich die Geschichte nicht wiederholt, Parallelen drängen sich bei der Beobachtung der Entwicklungen in den einzelnen Phasen der deutschen Revision auf. So kam ein italienisches Blatt kürzlich im Zusammenhang mit der Danziger Frage zu einem Vergleich mit dem Ablauf der tschechischen Regelung und stellte die Frage, ob Polen verschwinden und Beck wie Benesch enden wolle. Ohne das Problem der Gesetzmäßigkeit im Ablauf geschichtlicher Ereignisse zur Diskussion stellen zu wollen, drängen sich solche Vergleiche geradezu auf.

Des weiteren stellt man bei einer Beobachtung der einzelnen Episoden der deutschen Wiedergutmachung fest, daß es Verbindungsglieder zwischen ihnen gibt, die weiter wirkend aus einer in die andere hineinreichen. Zweifellos gingen nach dem Abschluß jeder Revision diejenigen Volksgruppen, die hoffnungsvoll auch ihrerseits einen Anschluß herbeisehnten, gestärkt in den weiteren Kampf für ihre Rechte.

Dann aber läßt sich eine nicht unwesentliche rein politische Feststellung aus dem Verlauf der Entwicklungen gewinnen: In jedem Falle war es, sobald das Reich daran ging, ein Unrecht der Friedensdiktate wiedergutzumachen, Großbritannien, das sich hindernd in den Weg zu stellen suchte. Es tat dieses in verschiedener Form. Beim Anschluß Österreichs „protestierte" es, in der Sudetenkrise „vermittelte" es durch Runciman, bei der Schaffung des Protektorats „erkannte es nicht an", in der Frage Danzig „garantierte" es. England fand also in jedem Falle ein Mittel, um dem Reich irgendwie Hemmnisse in den Weg zu legen. Und es gab seinem rein machtpolitischen Ehrgeiz stets eine Form, die ihm erlaubte, großartig unselbstsüchtige, ideologische Motive damit zu verbrämen. Wenn man aber in der Abfolge der Ereignisse stets dem gleichen Grundmotiv begegnet, nämlich der nackten Machtbegier, so bleibt es nachgerade gänzlich unverständlich, wie es stets erneut Völker geben kann, die an die angeblich edlen menschlichen Ziele der britischen Politik in diesem Zusammenhang glauben können. Und mußte sich nicht München in einer derart bestimmten Politik eines Tages als leere Form erweisen?

Es sollte den betroffenen Staaten zu denken geben, was es auf sich hat, wenn England seine Einmischung in die Angelegenheit anderer Länder so weit führt, etwa einen „privaten Beobachter" zu entsenden, oder durch die „Garantie" in gleicher Art die Unabhängigkeit der betreffenden Staaten so weit einzuengen, daß ihnen britische Generalstäbler die Marschroute bestimmen. Wobei dann noch das Menetekel des Prager Schicksals in Rechnung zu stellen wäre, wo die als so kräftigend empfundene Rückenstärkung durch England dennoch nicht verhindern konnte, daß berechtigte deutsche Forderungen sich erfüllten.

Solche und ähnliche Gedanken drängen sich auf, wenn man den Ablauf der Ereignisse des vergangenen und dieses Jahres Revue passieren läßt. Wobei man überdies noch überrascht feststellen wird, daß einem die Zusammenhänge in den Einzelheiten in manch einem Falle bereits vollkommen aus dem Gedächtnis entfallen sind. So sei die Entwicklung noch einmal im einzelnen skizziert:

+

Am 11. November 1918 verzichtete Kaiser Karl I. auf den habsburgischen Thron. In diesem Augenblick fielen die dynastischen Hindernisse, die Österreich vom Reiche getrennt hatten. Einen Tag später schon, nach der Ausrufung der Republik, beschloß die Österreichische Provisorische Nationalversammlung ein Gesetz, dessen Artikel 2 lautete: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." So war der erste Willensausdruck der Österreicher nach der Abdankung der Habsburger das Bekenntnis zum Anschluß. Im Reiche nahm man mit gleicher Selbstverständlichkeit im Artikel 61 der Weimarer Verfassung die Angliederung auf.

In diesem Augenblick allerdings wurde offenbar, wie der Westen das viel besungene Wilsonsche Selbstbestimmungsrecht der Völker auffaßte. Es ist nach der Erfahrung von 1919 mehr denn unbegreiflich, wie es möglich war, daß man diese Phrase im politischen Tagesgebrauch überhaupt noch im Laufe der folgenden zwanzig Jahre seitens der Demokratien mit ehrlichem Gesicht verwenden konnte. Die Beschlüsse nämlich sowohl der Weimarer Gesetzgebung wie auch des österreichischen Gesetzes mußten durch die Diktate von Versailles und St. Germains in den Artikeln 80 bzw. 88 außer Kraft gesetzt werden. Österreich mußte sogar darauf verzichten, den Namen Deutsch-Österreich zu führen. Noch einmal wurde im Jahre 1921 durch eine Volksabstimmung in den österreichischen Bundesländern versucht, den Anschluß durchzuführen. Über 90 Prozent der Stimmen waren für die Rückgliederung ins Reich in den einzelnen Ländern abgegeben worden. Aber auch in diesem Falle unterband der demokratische Westen die Verwirklichung des eindeutig geäußerten Volkswillens.

Im Jahre 1931 versuchten Curtius und Bundeskanzler Schober wenigstens eine deutsch-österreichische Zollunion zustande zu bringen, um Österreich, das sich am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs befand, in einen einheitlichen großdeutschen Wirtschaftsraum einzugliedern. Ein Beschluß des Internationalen Gerichtshofs im Haag vereitelte auch diesen Plan.

Dennoch wußte man sehr genau um die österreichischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, versuchte sie aber im Westen zugunsten der eigenen Ziele in politischer Hinsicht auszuwerten. So tauchte wiederholt der Gedanke einer Donau-Föderation auf, die wirtschaftliche und damit verbunden politische Zusammenarbeit zwischen Österreich und den dem Westen damals hörigen Systemen, wie der Kleinen Entente, zustande bringen sollte. Alle diese Versuche waren als Gegenkonstruktionen gegen den stets lebendigen Gedanken des Anschlusses an das Reich gedacht.

Die österreichische Politik begab sich unter ihren skrupellosen Leitern mehr und mehr in die Hörigkeit der Interessen des Auslandes. Sowohl der Legitimismus, der die Restauration der Habsburger verfocht, wie auch die klerikalen Kreise des politischen Katholizismus liehen den Einflüsterungen aus dem Westen ein williges Ohr. Das einzige Interesse der Westmächte an der österreichischen Politik bestand darin, eine deutsch-österreichische Annäherung mit allen Kräften zu verhindern.

Der Gedanke an den Anschluß wurde in Österreich schließlich allein durch die nationalsozialistische Bewegung im Volke lebendig gehalten. Am 30. Januar 1934 richtete der Führer an den Deutschen Reichstag in seiner großen Rede folgende Sätze: „Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch, das eine sagen zu müssen: Nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen...

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderland als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reich bedürfe. Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag,

der 66 Millionen Deutsche im Reich erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt."

Trotz dieser deutschen Gesinnung des österreichischen Volkes nun glaubten die damaligen Machthaber, das Land in die Zwangsjacke eines Systems pressen zu können, das ihnen alleine Vorteile bringen sollte. Im Februar 1934 mußte sich die Regierung gegen den schweren Aufstand der Sozialdemokratie aller militärischen Machtmittel bedienen, um den ausgebrochenen Bürgerkrieg beenden zu können. Am 1. Mai des gleichen Jahres wurde eine neue Verfassung ohne jede Befragung des Volkes verkündet und Österreich als „christlich-deutscher Bundesstaat auf ständischer Grundlage" bezeichnet. Allen großdeutsch Denkenden wurde Österreich von nun an zur Hölle. Wenn Kinder verprügelt und in dunkle Gefängnisse geworfen wurden, weil sie den deutschen Gruß anwandten, so merkte man die Wirksamkeit der neuen Verfassung. „Über 40 000 Flüchtlinge hat allein Deutschland bei sich aufnehmen müssen, 10 000 andere sind in diesem kleinen Lande durch die Gefängnisse, Kerker und Anhaltelager gewandert, Hunderttausende sind an den Bettelstab gebracht worden, sind verelendet und verarmt." So zog der Führer in seiner Proklamation vom 12. März 1938 die Bilanz des Leidens, dem die deutsch-gesinnte österreichische Bevölkerung unter dem Regime Schuschniggs ausgesetzt war.

Im Juli 1934 hatten Nationalsozialisten versucht, durch einen Umsturz der Unterdrückung ein Ende zu machen. Der Plan mißlang und durch Wortbruch fanden die Leiter der Aktion den Tod durch den Strang. Danach steigerte sich die Unterdrückung ins Unermeßliche.

Da wurde am 12. Februar 1938 plötzlich ein Ereignis bekannt, das neue Hoffnungen lebendig werden ließ. Bundeskanzler Schuschnigg hatte auf dem Obersalzberg mit dem Führer eine Besprechung, deren Ziel es sein sollte, die Schwierigkeiten zu bereinigen, die sich bei Durchführung des sogenannten Kulturabkommens zwischen dem Reich und Österreich vom 11. Juli 1936 ergeben hatten. Der Führer selbst hat in seiner Reichstagsrede vom 18. März den Verlauf dieser Unterredung geschildert. Danach hat er Schuschnigg darauf hingewiesen, daß ein Regime, dem jede Legalität fehlt, stets in Konflikte mit dem Volkswillen geraten würde, was eine immer weitere Steigerung des Terrors bedeutete. „Endlich aber müßte dann ein Zustand eintreten, der es für eine Großmacht von nationalem Ehrgefühl unmöglich machen würde, noch länger geduldig zuzusehen oder sich gar als desinteressiert zu erklären." Man sah damals hoffnungsvoll in die Zukunft. Dr. Seiß-Inquart wurde in die Regierung berufen. Schuschnigg aber betrachtete die Berchtesgadener Besprechung nach einer eigenen Schilderung an seine Freunde nur als taktischen Schachzug. Er wollte Zeit gewinnen. Für den 13. März setzte er mit nur dreieinhalbtägiger Frist am 9. März eine Volksabstimmung an, die einen beispiellosen Betrug bedeutet hätte. Er wollte sich durch diese Volksbefragung das Recht zu weiterer Unterdrückung vor der Welt bestätigen lassen.

Jetzt erreichte die Empörung in Österreich ihren Höhepunkt. Schuschnigg rief Reservisten zu den Waffen. Da glaubten auch die Marxisten ihre Stunde gekommen. Ausschreitungen gegen Nationalsozialisten mehrten sich. Im Lande aber bestimmen die Hakenkreuzfahnen plötzlich das Bild der Städte, Dörfer und Gemeinden. Der historische Freitag, der 11. März, bricht an. Die Empörung gegen den Kanzler geht durch ganz Österreich. Da läßt Schuschnigg gegen 6 Uhr abends seine Volksabstimmung fallen, er tritt zurück. Dr. Seiß-Inquart wird mit der Führung des Bundeskanzler-Amtes betraut. Er richtet an die Deutsche Regierung angesichts der versuchten Mobilisierung der marxistischen Massen die dringende Bitte, die österreichische Regierung in ihrer Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu schaffen, zu unterstützen. Am nächsten Morgen, am Sonnabend, dem 12. März, marschieren deutsche Truppen über die Grenzen in die Ostmark. Der Führer betritt, jubelnd begrüßt, den Boden seiner Heimat. Am Sonntag erklärt ein Bundes-Verfassungsgesetz in seinem ersten Artikel: „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches." Ein deutsches Reichsgesetz erkennt diese Feststellung für das Reich an. Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 setzte mit dem einmütigen Bekenntnis der deutschen Bevölkerung Österreichs zum Anschluß den Schlußpunkt hinter diese Entwicklung.

Bedeutsam bei dieser ersten friedlichen Revision war, daß als ihre Feinde vom

ersten Augenblick an die Westmächte in Funktion traten, die auch weiterhin in jedem Falle zur Stelle waren, sobald das Reich gezwungen war, für deutsche Lebensrechte einzutreten.

Am 12. März hatten die britische und die französische Regierung Verwahrung eingelegt gegen den vom Reich angeblich ausgeübten Zwang auf die österreichische Entwicklung. Dieser Protest wurde zurückgewiesen. Darüber hinaus hatte Italien von Frankreich den Vorschlag zu einem gegen Deutschland gerichteten gemeinsamen Vorgehen erhalten, Mussolini lehnte ab. Des Führers Dankworte an den Duce lauteten: „Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen."

+

Daß die einzelnen Epochen der deutschen Revisionen nicht beziehungslos nebeneinander stehen, sondern daß die Ereignisse weiterwirkend einander beeinflussen, das zeigte sich auch nach der Heimkehr Österreichs. Der völkische Auftrieb der Märztage blieb natürlich nicht ohne Wirkung im Sudetenland. Alle Organisationen des Deutschtums im Sudetenland unterstellten sich Konrad Henlein. Die deutsche Einheit im Sudetengau war im völkischen Aufschwung aus der Teilnahme an dem Jubel der Ostmark entstanden. Am 24. April, noch überschattet von den Ereignissen des März, findet sich das geeinte Sudetendeutschtum zur ersten gemeinsamen Tagung zusammen. Konrad Henlein als der Sprecher der Sudetendeutschen stellt die deutschen Forderungen, die sogenannten Karlsbader Forderungen, auf. Er weist darauf hin, daß während der zwanzig Jahre des Bestandes der Tschecho-Slowakei seitens der Tschechen nichts unternommen wurde, um die deutsche Volksgruppe innerlich für den Staat zu gewinnen. Dreieinhalb Millionen Menschen sehen sich in dem, was sie nach dem Versprechen der vierzehn Punkte Wilsons erwartet hatten, restlos enttäuscht. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht waren zwar kleine selbständige osteuropäische Staaten entstanden, mit Einwohnerzahlen, die weit unter denen der sudetendeutschen Volksgruppe lagen. Die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes errichteten Staaten Estland und Lettland beispielsweise zählen zusammen noch eine halbe Million Einwohner weniger als das Sudetenland allein. Hier aber sah man über das Selbstbestimmungsrecht rücksichtslos hinweg und ließ zwanzig Jahre Unterdrückung als selbstverständlich hingehen.

Da stellte Konrad Henlein seine Forderungen. Damit beginnt ein neuer Abschnitt im Kampfe des Sudetendeutschtums, der Kampf um die Autonomie. Konrad Henlein proklamierte in Karlsbad acht Punkte, voran die Forderung nach völliger Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk. Die Volksgruppe sollte als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung der gleichberechtigten Stellung im Staate anerkannt, eine deutsche Selbstverwaltung geschaffen, schließlich das dem Sudetendeutschtum zugefügte Unrecht und die damit verbundenen Schäden wiedergutgemacht werden.

Damit begann der Kampf gegen den als Nationalstaat regierten Vielvölkerstaat, der als Nachfolgestaat der aus verschiedensten Völkerschaften zusammengesetzten Habsburger Monarchie angeblich das Unrecht der Unterdrückung der verschiedenen Volkstümer wiedergutmachen sollte, in Wirklichkeit aber nach dem Willen der Diktatmächte nichts anderes darstellte als ein Abbild der Donau-Monarchie im kleinen. Dieser Zustand wurde durch den Willen der Siegerstaaten aufrecht erhalten und fand in dem Bündnis Prags mit Moskau einen weiteren Rückhalt. Der Westen sah in der Tschecho-Slowakei nichts weiter als eine wesentliche Bastion zur ewigen Niederhaltung des Reiches gemäß der Knebelung durch Versailles. Deshalb nahm die Tschecho-Slowakei ihre führende Stellung in der Kleinen Entente ein, in diesem dem Westen hörigen Bunde, der die Interessen der Demokratien im Südosten gegen etwaige Versuche zur Einflußgewinnung des Reiches in diesem Bereiche sichern sollte und gleichzeitig um das ebenfalls geknebelte Ungarn gelegt wurde, um auch dieses für ewig in der Rolle des Kriegsverlierers niederzuhalten.

Nach der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich sah die Tschecho-Slowakei diese ihre Position offenbar gefährdet. Sie wandte sich an Paris und Moskau, um die Garantie für ihre Staatsgrenzen zu erhalten. Sie wurde ihr bestätigt. Im Unterhause dagegen verneinte Chamberlain in einer Erklärung, daß England eine Garantie für die Unverletzlichkeit der Versailler Grenzen des tschecho-slowakischen Staatsgebildes übernommen habe.

Nach den in Karlsbad aufgestellten Forderungen sieht sich das Sudetendeutschtum einer stets wachsenden Verfolgung in Überfällen ausgesetzt. Zum Schutze dagegen wird der freiwillige deutsche Schutzdienst gegründet. Da schreitet Prag in den kritischen Maitagen des vergangenen Jahres zu einer Mobilisierung auf englische Meldungen von angeblichen deutschen Truppenbewegungen. Tatsächlich aber hoffte man, auf diese Art einen Druck auf die seit 1935 grundlos immer wieder hinausgezögerten Gemeindewahlen ausüben zu können, um dann ein Wahlergebnis zugunsten der Tschechen aufweisen zu können und die Unterdrückung weiter fortzusetzen.

Die Sudetendeutsche Partei hatte indessen ihre Forderungen in einem Memorandum bei Verhandlungen mit staatlichen Vertretern zusammengefaßt. Da ereignete sich ein bezeichnendes Zwischenspiel. England entsandte den Major Sutton-Pratt als Beobachter nach Prag. Ende Juli folgte Lord Runciman als „Privatmann". Hier wurde offenbar, in welchem Maße die Tschecho-Slowakei als Vasallenstaat von den Westmächten abhängig war. Die Fiktion des selbständigen, unabhängigen Staates zerstob jäh. Jetzt nahmen die Ereignisse ein schnelleres Tempo an. Die tschecho-slowakischen Gegenvorschläge bieten keine Lösungsmöglichkeit. Ein dritter Plan sieht die Umwandlung des Nationalitätenstaates in einen Kantonalstaat vor. Auch hier sind keinerlei Lösungsmöglichkeiten gegeben. Es folgen die Prager „endgültigen Vorschläge", nachdem Runciman mit Benesch eingehende Besprechungen geführt hatte. Die vorgesehene Selbstverwaltung in den Landesteilen Böhmen, Mähren, dem slowakischen Gebiet und der Karpato-Ukraine hätte nicht zu einer Lösung geführt, da die deutsche Volksgruppe weiterhin zerrissen gehalten worden wäre und keinerlei Einfluß auf die Selbstverwaltung gehabt hätte.

Konrad Henlein fährt deshalb am 2. September zum Führer auf den Obersalzberg. Nach schweren Zwischenfällen werden die Verhandlungen mit Prag von sudetendeutscher Seite abgebrochen. Generalfeldmarschall Göring hält angesichts der sich endlos steigernden Verfolgungswelle am 10. September eine Rede, die die Aufmerksamkeit auf die Unerträglichkeit der weiteren Unterdrückung durch die „lächerlichen Knirpse", von denen „kein Mensch weiß, woher sie gekommen sind", lenkt. Zwei Tage nur später stellt der Führer die bestimmte Forderung, „daß die Unterdrückung der 3½ Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei aufhört". Nach dieser Rede kommt es zu schweren Zusamenstößen in Eger und anderen Orten. Das Standrecht wird verhängt. Die Verhandlungsdelegation der Sudetendeutschen Partei wird aufgelöst, wodurch die tschechische Regierung ausdrückt, daß sie die Periode der Verhandlungen als abgeschlossen betrachtet.

Damit beginnt die letzte Periode des sudetendeutschen Ringens um die Freiheit. Es ist offenbar, daß ein Zusammenleben der Deutschen mit den Tschechen im Benesch-Staat unmöglich geworden ist. Deshalb steht nur noch die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete zur Diskussion. Da greift England zum zweiten Male ein.

Nach einer Sondersitzung des britischen Kabinetts bittet Chamberlain den Führer um eine Zusammenkunft. Und der britische Premier besteigt zum erstenmal in seinem Leben am 15. September 1938 auf seine alten Tage ein Flugzeug und kommt nach Berchtesgaden. Bei dem Treffen von Berchtesgaden, während dessen Ablauf Konrad Henlein die Proklamation: „Wir wollen heim ins Reich" veröffentlichte, wird ein weiteres Zusammentreffen für die nächsten Tage vereinbart. Inzwischen wird die Sudetendeutsche Partei aufgelöst und das Sudetendeutsche Freikorps gebildet. Daladier und Bonnet fahren nach London und vereinbaren mit den Engländern, daß Prag die Gebiete mit über 50 % Sudetendeutsche ans Reich abtreten soll. Prag nimmt den Plan notgedrungen an, da es sonst von den Westmächten ohne jede Unterstützung zu bleiben fürchtet. Am 22. September treffen sich der Führer und Chamberlain erneut in Godesberg. Chamberlain nimmt ein deutsches Memorandum an die Prager Regierung in Empfang. Inzwischen aber hat Prag erneut mobilisiert und Frankreich beginnt gleiche Vorbereitungen zu treffen. England bereitet die Mobilisierung der Flotte vor. In einer Rede im Sportpalast stellt der Führer an Prag die Alternative: „Frieden oder Krieg! Wir sind entschlossen! Herr Benesch mag jetzt wählen."

Durch Vermittlung Mussolinis regt Chamberlain in diesem Augenblick der Hochspannung ein neues Zusammentreffen an. Der Führer lädt darauf Mussolini, Daladier und Chamberlain zu einer Aussprache ein, die am 29. September in München stattfindet und die das Münchener Abkommen als Ergebnis zeitigt. Ein eingesetzter internationaler Ausschuß einigt sich darauf, die Grenzen der in München vorgesehenen militärischen Besetzungslinie, die pünktlich am 10. Oktober von der deutschen Wehrmacht erreicht wurden, als neue Grenze anzuerkennen.

Damit endet das Kapitel einer Wiedergutmachung, in der England in der Funktion eines „Vermittlers" vertreten war, nachdem es zuvor mit einer Falschmeldung die tschechische erste Mobilisation hatte begründen helfen, um schließlich angesichts der deutschen Entschlossenheit immer deutlicher einsehen zu müssen, daß es diese Bastion gegen das Reich verlieren mußte. Wie im Falle Österreich wurde es klar: jeder Revisionswille des Reiches sieht den Westen als Gegner Deutschlands im Spiel. Und nur Entschlossenheit und Stärke auf deutscher Seite sind Argumente, die im Sinne der „Friedfertigkeit" überzeugend zu wirken vermögen.

+

Mit München aber fand die tschecho-slowakische Krise, die in ihrem Ausgangspunkt eine innere Krise war und von den Tschechen durch die Unterdrückung fremder Volkstümer selbst hervorgerufen worden war, nicht wie erwartet ihren Abschluß. Die Slowaken und genau so die Bewohner der Karpato-Ukraine sahen sich in ihrer Hoffnung auf freie, durch München zugesagte autonome Entfaltung bald enttäuscht. Die zu Beginn des Jahres 1939 zunehmende Spannung zwischen der Slowakei und Prag auf der einen Seite, wie der offene Konflikt zwischen den Prager Stellen und der Karpato-Ukraine auf der anderen, deren autonome Verwaltung durch die Entsendung des tschechischen Generals Prchala nach Chust und die Amtsenthebung ukrainischer Minister praktisch aufgehoben wurde, bewiesen, daß die Vorgänge des September für Prag keinerlei Lehre bedeutet hatten. Man gedachte weiterhin, die anderen Völkerschaften von Prag aus zu unterdrücken. Jetzt aber zeigte sich, daß die Ereignisse des vergangenen Jahres nicht ohne Wirkung auf die Unterdrückten geblieben waren. Sie waren sich dessen wohl bewußt, daß in Europa ein frischer Wind wehte.

Am 9. März wurden durch die Prager Staatsregierung der slowakische Ministerpräsident sowie weitere slowakische Minister abgesetzt. Tschechisches Militär wurde gegen die sich empörenden Slowaken eingesetzt. Die slowakische Hlinka-Garde stellte sich ihm entgegen. Die deutsche Volksgruppe stand zu den Bestrebungen der Slowaken. Und wieder wurden die Deutschen in Böhmen und Mähren das Opfer wilder tschechischer Verfolgungswut.

Da reiste der slowakische Ministerpräsident Dr. Tiso zusammen mit Minister Durcansky nach Berlin. Die Slowakei bat um die Hilfe des Reichs und unterstellte sich deutschem Schutz.

Die Unhaltbarkeit der Lage und der Zwang der Ereignisse führten den tschechischen Ministerpräsidenten Hacha sowie den Außenminister Chvalkovski nach Berlin. Am 15. März um 3.55 Uhr wurde zwischen diesen und dem Führer sowie Reichsaußenminister von Ribbentrop ein Abkommen unterzeichnet, in dem es heißt, daß der tschecho-slowakische Staatspräsident zur Sicherung von Ruhe und Ordnung in Mitteleuropa „das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt." Am Abend des 15. März wehte über dem Hradschin, der Burg der deutschen Kaiser in Prag, die Standarte des Führers, der an der Spitze seiner Wehrmacht in die Stadt eingezogen war. Böhmen und Mähren wurden unter das Protektorat Deutschlands gestellt, bei Zusicherung einer autonomen Entwicklung des völkischen Lebens für das tschechische Volk.

Auch in diesem Falle, nach Beseitigung eines drohenden Unruheherdes in Mitteleuropa, traten England und Frankreich — diesmal blieb ihnen keine Gelegenheit, direkt einzugreifen, da Dr. Hacha selbst über das Schicksal des Landes entschieden hatte — gegen das Reich auf. Sie „erkannten" den neuen Status nicht an. Das alte, seit Abessinien wohlbekannte Spiel fand seine Wiederholung, im Ergebnis dem damaligen durchaus gleich.

+

Genau so wie die einzelnen Stationen der deutschen Wiedergutmachung Elemente schu-

fen, die von der einen zur anderen übergriffen und weiter wirkten, so war es auch im Falle der Schaffung des Protektorats. Die freiwillige Unterstellung der Länder Böhmen und Mähren unter das Reich hatte offenbar auch den Litauern zu denken gegeben, die sicherlich nicht ohne den Eindruck der letzten Ereignisse in Rechnung zu stellen, am 22. März 1939 die Rückgabe des Memellandes an das Reich beschlossen.

Auf der Rückreise von den Krönungsfeierlichkeiten im Vatikan hatte der litauische Außenminister Urbschys in Berlin Station gemacht und dabei Besprechungen mit führenden Männern der deutschen Regierung gehabt. Er konnte also dem Kauener Kabinett den Standpunkt der Reichsregierung bekanntgeben, als er in die Hauptstadt seines Landes zurückkehrte. Es wurde daraufhin eine Vereinbarung zwischen dem Reich und Litauen getroffen und die Rückgliederung des Memelgebietes an Ostpreußen beschlossen.

Bis 1919 hatte das Memelgebiet ununterbrochen seit dem Jahre 1328 zu Ostpreußen gehört. Mit dem Zusammenbruch nach dem Weltkriege aber begann für die rund 150 000 Bewohner dieses deutschen Landes eine schwere Leidenszeit. Ungewißheit über das weitere Schicksal war es im Anfang, was die Memelländer bedrückte. Jedermann wußte, daß der Hafen von Memel dieses Land sowohl für Litauen als auch für Polen zu einem begehrten Objekt machte. Und jedermann wußte auch, daß deshalb die Abtrennung durch das Friedensdiktat vom Reiche erfolgte. Niemand aber wußte, in welcher Form das Schicksal dieses Gebietes endgültig geregelt werden sollte. Seit dem Februar des Jahres 1920 leitete ein französischer Oberkommissar für die alliierten Mächte die Verwaltung. Drei Jahre lang änderte sich nichts an diesem Provisorium. Im ersten Monat des Jahres 1923 drangen litauische Truppen als Zivilisten, dennoch voll bewaffnet, als sogenannte Freischärler in das Land ein. Sie gelangten bis nach Memel, ohne daß die französischen Behörden, denen der Schutz des Landes übergeben war, den geringsten Widerstand leisteten. Auf dem Präfekturgebäude in Memel erschien beim Einzug der Banden in die Hauptstadt die weiße Fahne der Kapitulation. Nachdem auf diese schmähliche Weise der „militärische Schutz" der Alliierten für Memel sein Ende gefunden hatte, mußte man auch an die Revision der politischen Verhältnisse denken. Zu diesem Zwecke tagte eine Studienkommission des Völkerbundes. Da man nicht abstreiten konnte, daß das Land und seine Bevölkerung deutsch waren, suchte man bei der Eingliederung des Memellandes in den litauischen Staatsverband soweit Form zu wahren, daß man dem Lande im Memel-Statut vom 8. Mai 1924 eine Autonomie gewährte.

Ein Gouverneur vertrat die litauische Regierung, und er ernannte den Präsidenten des Landes-Direktoriums, das die Verwaltung führt. Der Landtag erhielt die Funktion einer gesetzgebenden Körperschaft. Das Landes-Direktorium mußte das Vertrauen des Landtages besitzen.

Der Memel-Gouverneur faßte seine Aufgabe dahingehend auf, mit allen Mitteln die Litauisierung des Landes zu erreichen. Wirtschaftlich und kulturell hemmte man eine freie Entwicklung des Deutschtums zugunsten von litauischen Einwanderern, denen alle möglichen Erleichterungen gewährt wurden. Schule und Verwaltung wurden zwangsweise litauisiert. Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen aber erhielten die deutschen Parteien bei den Landtagswahlen 1932 47 000 Stimmen gegenüber nicht ganz 13 000 Stimmen der Litauer. Mit 29 deutschen Abgeordneten gegenüber nur fünf litauischen war der neue Landtag gewählt worden. Seit dieser Zeit allerdings wurden die Maßnahmen zur Unterdrückung des deutschen Volkstums weiterhin verschärft. Die Autonomie wurde zur Farce. 1934 schritt der litauische Gouverneur zur Amtsenthebung des Präsidenten des Direktoriums Dr. Schreiber und ernannte an seine Stelle den Litauer Reizgys. Das Staatsschutzgesetz vom Jahre 1934, das in Kauen zur Unterdrückung der eigenen Opposition in Kraft gesetzt wurde, wurde auch für Memel wirksam. Der litauische Kriegskommandant erhielt damit uneingeschränkte Vollmachten, der Kriegszustand war über einem vollkommen friedlichen Lande verhängt worden als wirksame Maßnahme zu ungehinderter weiterer Litauisierung des Landes. Die deutschen Parteien wurden verboten, der Landtag mit voller Absicht beschlußunfähig gemacht, um zu verhindern, dem litauischerseits neu eingesetzten Direktorium das Mißtrauen auszusprechen. In einem Riesenschauprozeß wurden 126 Memeldeutsche im Jahre 1934 vor das Kriegsgericht Kauen gestellt.

Todesurteile und langjährige schwere Kerkerstrafen wurden durch das Urteil verhängt.

Unter jenen, die in den litauischen Zuchthäusern bis zur Begnadigung jahrelang leben mußten, befand sich auch der Tierarzt Dr. Neumann. Wieder in Freiheit begann er sofort den Kampf für die Erhaltung des deutschen Volkstums aufzunehmen. Es geschah gewiß nicht ohne den Einfluß der Ereignisse vom September 1938, daß der Kriegszustand am 1. November 1938 endlich aufgehoben wurde. Von diesem Tage an besserte sich die Lage des Deutschtums in gewisser Hinsicht. Memeldeutsche SA. und der Ordnungsdienst wurden aufgestellt, das litauische Staatswappen verschwand aus den Amtssiegeln der Behörden. Immer noch allerdings versuchte man in kleinlichen Schikanen von litauischer Seite den Memeldeutschen bei einer freien deutschen Entfaltung Schwierigkeiten zu bereiten.

Am 11. Dezember des Jahres 1938 fanden Landtagswahlen in Memel statt, auf die nicht nur das Memelland mit Erwartung blickte, sondern ganz Europa.

Genau wie sich kurz nach der Abtrennung bei einem Volksentscheid nur 2 Prozent der Bevölkerung für litauischen Schulunterricht entschieden, so wurde auch nach Jahren rücksichtsloser Litauisierung die Landtagswahl zu einem memeldeutschen Bekenntnis zum Deutschtum. 25 Sitze fielen im neuen Landtag den Deutschen zu, nur vier Sitze den Litauern. Trotz der künstlichen Zuwanderung von Großlitauern und natürlich von Juden, war es den Litauern nicht möglich geworden, einen entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Mit Spannung sah man dem Zusammentritt des neuen Landtages, der für Ende März 1939 festgesetzt worden war, entgegen. Die Ereignisse dieses Monats allerdings hatten die litauische Regierung inzwischen offenbar davon überzeugt, daß die einzig denkbare Lösung des gesamten Memelproblems in der freiwilligen Rückgabe des Gebietes an das Reich bestand. Am 23. März überschritten deutsche Truppen die Grenzen des Memelgebietes und gaben dem Lande die ersehnte Freiheit.

+

In der Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses nach dem Weltkriege bis hin zum heutigen Tage lassen sich drei Phasen unterscheiden. Der erste Abschnitt umfaßt die Nachkriegszeit bis zum Abschluß des deutsch-polnischen Paktes vom Jahre 1934, der zweite reicht von diesem Wendepunkt in den gegenseitigen Beziehungen bis zur Nichtigkeitserklärung des Paktes in der Reichstagsrede des Führers am 28. April 1939 und die letzte Phase seit jenem Datum steht mitten in ihrer Entwicklung.

Polens Außenpolitik war in den Jahren nach dem Weltkrieg, aus einer starren Stellungnahme gegen die Revision der Friedensverträge bedingt, stark antideutsch eingestellt. In enger Verbindung hiermit sind auch die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen zu verstehen, die zwischen den beiden Staaten bestanden. Der sogenannte deutsch-polnische Zollkrieg zog sich über neun Jahre hin. Die deutsche Einfuhr aus Polen, die 1925 429 Millionen RM. betragen hatte, sank bis 1933 auf 55,9 Millionen. Entsprechend ging die deutsche Ausfuhr nach Polen von 332 Millionen RM. auf 55 Millionen zurück. Erst im Gefolge des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages war es möglich, diesen Handelskrieg zu beendigen. Ein Wirtschaftsabkommen wurde am 7. März 1934 abgeschlossen.

Der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag wurde am 26. Januar 1934 zwischen dem Reich und Polen unterzeichnet. Danach verpflichteten sich beide Staaten, alle Fragen, die zwischen ihnen auftreten könnten, in unmittelbaren Verhandlungen zu regeln und in keinem Falle zum Kriege zu schreiten. Dieses Abkommen hatte insofern für Polen eine wichtige Bedeutung, als es den Staat aus der Hörigkeit des Westens befreite und ihm Gelegenheit gab, eine Stellung als selbständige europäische Macht einzunehmen. Zweifellos war die Entlastung an den Ostgrenzen für das Reich von einer gewissen Bedeutung für die weitere Entwicklung seiner Außenpolitik. Aber nicht zu übersehen ist dabei, daß es Polen war, das mühelos nach der von Pilsudski gesuchten und 1934 gebotenen Gelegenheit, sich aus der Vasallenstellung gegenüber Frankreich zu befreien, durch den Paktabschluß Nutznießer deutscher Initiative wurde, wenn es die Regelung mit Litauen durchführen konnte und die Besetzung des Olsagebietes erreichte.

Die Haltung, die das Reich gegenüber Polen nach dem Abschluß des Abkommens eingenommen hatte, war die einer ausgesprochenen Loyalität. In ehrlicher Weise wurde deutscherseits versucht, die

politische Verständigung zwischen den Staaten durch eine menschliche Annäherung zwischen den Völkern zu ergänzen. Aber gerade in dieser Hinsicht hat Polen es vollkommen an der Gegenseitigkeit fehlen lassen. Die Oppositionspresse, die nach damaligen amtlichen Feststellungen allein 90 Prozent der gesamten Auflageziffer der polnischen Presse umfaßte, konnte ungehindert ihre deutschfeindlichen Manöver fortsetzen. Man verwies von seiten der polnischen Regierung stets darauf, daß Polen nicht wie das Reich ein autoritär regierter Staat sei, und daß man deshalb bei bestem Verständigungswillen der Regierung deutschfeindliche Meldungen sowie „Maßnahmen untergeordneter Instanzen" nicht verhindern könne. Wer will es leugnen, daß eine derartige Argumentation es der polnischen Regierung jederzeit ermöglichte, von sich aus entweder auf dem Wege über die Opposition oder über die „untergeordneten Instanzen" — wozu man wahrscheinlich den Wojewoden Grazynski rechnen mußte — eine deutschfeindliche Kampagne nach Belieben zu starten, ohne notfalls dafür selbst verantwortlich einstehen zu müssen. Hier wird bereits offenbar, daß unter diesen Umständen nach der formellen politischen Verständigung zwischen den Staaten an eine Unterbauung durch eine Verständigung der Völker auf polnischer Seite nicht gedacht war.

Auf dem Gebiete der Minderheitenbehandlung machte es sich des weiteren sehr schmerzlich bemerkbar, daß der Geist der Verständigung des Paktes von 1934 keinerlei Wirksamkeit besaß. Auch nach dem Abschluß des Minderheitenabkommens am 5. November 1937 änderte sich an der weiteren Unterdrückung und der Polonisierung der deutschen Minderheit in Polen praktisch nichts.

Hieraus ergab sich, daß Polen angesichts der ausgesprochen loyalen deutschen Haltung zum deutsch-polnischen Verhältnis jede Gegenseitigkeit vermissen ließ. Die Unlauterheit der polnischen Politik gegenüber dem Reiche deutete sich dann im letzten Viertel des Jahres 1938 verschiedentlich sehr auffällig an, so in dem plötzlichen Versuch, in engere Beziehungen zu den Sowjets zu treten und jede klare Stellungnahme im Verhältnis zum Reich zu vermeiden. Dann allerdings wurde die deutschfeindliche Entscheidung in der polnischen Haltung völlig offenbar, als die Verhandlungen Polens zur Teilnahme an dem Londoner Einkreisungssystem bekannt wurden. Ein derartiges Manöver Polens verstieß in schärfster Weise gegen den Geist des Abkommens von 1934, das damit, wie der Führer es in seiner Reichstagsrede am 28. April 1939 darlegte, durch polnische Schuld als nichtig und aufgehoben zu betrachten war.

In dieser Reichstagsrede gab der Führer gleichzeitig Vorschläge bekannt, die er zur Regelung der letzten offenen Fragen zwischen den beiden Staaten an Polen gerichtet hatte:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.
2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt.

Dafür ist Deutschland bereit:

1. Sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen.
2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständigem freien Zugang sicherzustellen.
3. Damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegebene hinzunehmen und zu akzeptieren.
4. Einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen.
5. Die Unabhängigkeit des slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen.

Dieses Angebot des Führers, das er selbst als einmalig bezeichnete, wurde von Polen abgelehnt. Damit verschloß sich Polen einer Regelung des für Deutschland „allerschmerzlichsten Problems" und der „schwersten Wunde", wie der Führer es bezeichnete. Das Abkommen von 1934 aber hatte vorausgesehen, daß alle Fragen, die zwischen den beiden Staaten auftreten würden, in Verhandlungen zwischen ihnen geregelt werden sollten.

Darüber aber konnte nie ein Zweifel bestehen, daß das Problem Danzig und Korridor, selbst wenn es zeitweilig ruhte, damit nicht vergessen, sondern nur vertagt war. Eine Äußerung des Führers in einem Interview mit dem englischen Journalisten Ward

Price aus dem Oktober 1933 sei dafür angeführt. Damals bereits sagte Adolf Hitler im Zusammenhang mit Danzig, „daß die beiden Nationen die sie betreffenden Fragen dereinst leidenschaftslos besprechen und verhandeln werden“. Heute nun wird das deutsche Revisionsverlangen, das in dem Punkte der deutschen Ostgrenze bislang in internationalen Kreisen als durchaus berechtigt anerkannt wurde, plötzlich von den Einkreisungshetzern zu einer „deutschen Agression“ gestempelt.

Die einfache und bis dahin nie ernstlich bestrittene Einsicht, daß Danzig als deutsche Stadt zurück zum Reich muß, und daß das Reich nicht ewig die Abtrennung der Provinz Ostpreußen hinnehmen kann, ist jetzt zu einem Problem geworden, hinter dem der Westen einschüchternd das Wort „Krieg“ erscheinen läßt. Von deutscher Seite allerdings ist in den beiden Reden Dr. Goebbels' zu diesem Thema, nachdem bereits der Führer die Zielrichtung bekanntgegeben hatte, kein Zweifel an der Entschlossenheit zur Lösung dieser Frage gelassen worden.

Wenn man jetzt gerade mit Bezug auf Danzig so stark auf juristische Fragen und das sogenannte „Statut“ pocht, so ist demgegenüber zu betonen, daß es stets Polen gewesen ist, das das durch Versailles diktierte Paragraphensystem gebrochen hat. Im Jahre 1924 begann Polen den Bau des Hafens von Gdingen. Da Danzig nur vom Reich abgetrennt worden war, um Polen einen Hafen zur Verfügung zu stellen, war damit die Grundvoraussetzung für die Beibehaltung des Status quo durch Polen selbst aufgehoben. Die Verpflichtung der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens, die Polen übernommen hatte, wurde durch Warschau nicht geachtet. In einer Reihe von Manövern auch noch nach dem deutsch-polnischen Abkommen hat Polen bei jeder sich bietenden Möglichkeit versucht, seine Einflußmöglichkeiten in Danzig zu erweitern. Neue Kompetenzen beim Zoll wurden verlangt, der Versuch der Einführung der polnischen Währung in Danzig unternommen, eine polnische Post errichtet, alles Erscheinungen, die die polnische Mißachtung gegenüber dem heute so betonten Status quo beweisen, wobei hinter allen polnischen Maßnahmen unverkennbar das Ziel der völligen Einverleibung Danzigs in das polnische Reich offensichtlich hervortritt.

England, das bei jeder Phase der deutschen Wiedergutmachung des Versailler Unrechtes in deutschfeindlichem Sinne hervorgetreten war, hat auch diesmal wieder seine Hand im Spiel und schürt bewußt durch seine „Garantierung“ gegenüber Polen das Feuer. Es versucht aus der Rückkehr einer deutschen Stadt in das Reich ein internationales Problem zu machen oder zumindest ein politisches Geschäft damit zu verbinden. Dr. Joswig.

Das Deutschtum in Polen

Einige Angaben über die historischen Grundlagen und die heutige Struktur der deutschen Volksgruppe im gegenwärtigen polnischen Staat

Die Geschichte des Deutschtums in Polen kennt zwei große Einwanderungswellen, eine mittelalterliche und eine neuzeitliche, die beide wieder aus einem städtischen und einem bäuerlichen Zweige bestehen. Die deutsche Ostkolonisation hat in Polen überhaupt erst Städte im westlichen Sinne des Wortes geschaffen, mit gehobener Rechtsstellung und einem freien Bürgerstande, Mittelpunkte des Gewerbes und Handels, der Kunstpflege und der Wissenschaft, wehrhafte Stützpunkte der Landesverteidigung. Seit 1230 entstanden Thorn, Kulm, Dirschau, Posen, Kalisch, Krakau, Sandetz, Sandomir, Lemberg, Warschau, Lublin und viele andere. Neben ihnen gab es, namentlich in Westpreußen, Posen und Galizien, eine Fülle deutscher Kleinstädte, um die sich die deutschen bäuerlichen Gaue jener Zeit aufbauten. Sie entstanden in der Hauptsache am Ausgang des 13., im 14. und noch zu Beginn des 15. Jahrhunderts. Durch sie wurde die höhere landwirtschaftliche Technik der Deutschen ins Land gebracht und das deutsche „Magdeburger“ Recht auch für die Dörfer.

Diese ersten Einwanderer wurden im Anfang der Neuzeit entdeutscht, die Städte sowohl wie die Dörfer. Deutsch geblieben sind

aus jener Zeit nur die Bielitzer Sprachinsel in Schlesien, die Ränder von Posen und Westpreußen, die schon zum geschlossenen deutschen Sprachgebiet gehören, und Reste des Deutschtums in einzelnen größeren Städten.

Die neuzeitliche deutsche Einwanderung nahm in der Mitte des 16. Jahrhunderts ihren Ausgang im Danziger Werder. Hier hatten sich in der Urbarmachung von Sumpfgebieten erfahrene Holländer niedergelassen, sie breiteten sich schnell weichselaufwärts aus. Bereits um 1600 erreichten sie das Gebiet von Kongreßpolen, auch im Netzegebiet kolonisierten sie. Dabei beteiligten sich Deutsche aus Westpreußen, sie erfüllten auch das Lipnoer Land zwischen der Weichsel und der Grenze Ostpreußen mit kleinen Streusiedlungen. Zwischen Weichsel und Warthe, über Posen nach Mittelpolen ausgreifend, schlossen sich Niederdeutsche aus Pommern und Brandenburg an, südlich der Warthe Schlesier. Alle diese Siedlungen waren evangelisch, kleine Anlagen privater Grundherren, ohne Zutun des Staates entstanden, auf meist schlechten Böden angesetzt, die polnische Siedler nicht urbar machen konnten, oder im Sumpfgebiet. Diese deutschen Siedlungen waren schon sehr weit gediehen, als Polen geteilt wurde.

Nach den Teilungen legte Preußen in Westpreußen, im Netzedistrikt und in Mittelpolen, Österreich in Galizien größere Siedlungen von regelmäßiger Form an, deren Bewohner vornehmlich aus Westdeutschland, aus der Pfalz, Lothringen, Württemberg kamen. In Galizien waren darunter auch Katholiken. Das Deutschtum Polens hat aber durch diese Kolonisation zahlenmäßig nur eine geringe Vermehrung erfahren. Nach 1815 fiel nur mehr die private Siedlungstätigkeit ins Gewicht. Nach Ostgalizien kamen deutschböhmische Siedler aus dem Egerlande und dem Böhmerwald. In Kongreßpolen vermehrten sich die alten Sprachinseln durch Tochtersiedlungen. Nach 1860 wurden von hier aus die Wälder und Sümpfe Wolhyniens erschlossen.. Ein gleiches geschah nach 1870 im Cholmerland, der südwestlichen Ecke von Kongreßpolen.

Auch die neuzeitlichen deutschen Stadtgründungen in Polen reichen weit zurück, sie setzen schon im 16. Jahrhundert ein (Lissa). Im 17. Jahrhundert entstanden im Posener Lande zahlreiche Tuchmacherstädte, die Siedler kamen vorwiegend aus Schlesien. Schon vor den Teilungen griff diese Bewegung nach Galizien und Mittelpolen über. Nach 1815 verstärkte sich diese Entwicklung in Kongreßpolen und führte zur Entstehung der großen, deutschen Tuchmacherstädte Lodz, Pabjanitz, Zgierz, Tomaschow usw. In Posen und Westpreußen, ebenso in Oberschlesien, erhielten seit dem Anfall an Preußen die Städte starken Zuzug.

Das Heimatrecht der heute in Polen lebenden Deutschen steht demnach außer Zweifel. Auch die Einwanderer aus späteren Jahrhunderten kamen nicht als Eindringlinge ins Land, sondern wurden gerufen, um durch ihren Fleiß und ihre zähe Arbeit das wirtschaftliche und kulturelle Niveau des Landes zu heben.

+

Als der gegenwärtige polnische Staat entstand, waren plötzlich Deutsche aufeinander angewiesen, die eine völlig verschiedene Entwicklung hinter sich hatten. Es hatte nicht ausbleiben können, daß die Deutschen, die früher in Preußen-Deutschland gelebt hatten, andere Anschauungen von Volk und Staat hatten als die Deutschen aus der ehemaligen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie oder jene aus dem Lande des Zaren. In den äußeren Umständen lag selbstverständlich auch eine verschiedenartige wirtschaftliche und soziale Struktur begründet. Der größte Unterschied aber war zweifellos der, daß die Deutschen, für die sich bis dahin als Bürger des Deutschen Reiches Volkstum und Staatsangehörigkeit gedeckt hatten, eine geistige Umstellung vornehmen mußten, während das Deutschtum der anderen Teilgebiete Polens bereits daran gewöhnt war, staatliche und völkische Aufgaben und Pflichten zu unterscheiden. So ist es verständlich, daß die Deutschen der verschiedenen Teilgebiete Polens nicht sofort, sondern erst im Laufe der Zeit zueinander fanden, wobei dieser Prozeß durch die liberale Denkweise der Nachkriegszeit durchaus nicht erleichtert wurde. Erst die nationalsozialistische Weltanschauung hat die einheitliche Ausrichtung und völkische Zielsetzung im wesentlichen Wirklichkeit werden lassen, so daß man heute von einer deutschen Volksgruppe in Polen sprechen kann.

Posen und Pommerellen werden in ihrer Struktur überwiegend vom landwirtschaft-

lichen Großgrundbesitz und vom Handwerkertum bestimmt, Ostoberschlesien hat eine ausgesprochene Industriebevölkerung, Mittelpolens Deutschtum wird von Industrie und Gewerbe bestimmt, und in Ostpolen prägt ein kinderreiches Kolonistentum dem Deutschtum seinen Stempel auf.

Das Deutschtum in Polen hat keine einheitliche Organisation. In Posen und Pommerellen ist die Deutsche Vereinigung (Vorsitzender: Dr. Hans Kohnert mit dem Sitz in Bromberg) die Trägerin der allgemein völkisch-kulturellen Arbeit des zahlenmäßig größeren Teils des Deutschtums, in Ostoberschlesien bildet der Deutsche Volksbund (Vorsitzender: Dr. h. c. Otto Ulitz in Kattowitz) und in Mittelpolen der Deutsche Volksverband (Vorsitzender: Ludwig Wolff mit dem Sitz in Lodz) die entsprechende Organisation. Lediglich die Jungdeutsche Partei für Polen, die seit 1921 in ihren 17 Leitsätzen für den Nationalsozialismus eintritt, erstreckt sich über das gesamte Staatsgebiet der Republik Polen und umfaßt auch Wolhynien, dessen Deutschtum bis zur Gründung jungdeutscher Ortsgruppen nur kirchlich organisiert war. Der Sitz des Hauptvorstandes der Jungdeutschen Partei ist Bielitz in der jahrhundertealten deutschen Sprachinsel; an ihrer Spitze steht seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten Ingenieur Rudolf Wiesner.

Wirtschaftlich ist das Deutschtum ebenfalls nicht einheitlich organisiert. Es bestehen die „Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft“ im Posenschen und der „Landbund Weichselgau“ in Pommerellen. Daneben besteht in beiden Wojewodschaften der „Verein Deutscher Bauern“, der im wesentlichen die Mitglieder und Anhänger der Jungdeutschen Partei umfaßt. Das städtische Deutschtum ist in Pommerellen im „Wirtschaftsverband Städtischer Berufe“ mit dem Sitz in Bromberg und in der Wojewodschaft Posen im „Verband für Handel und Gewerbe“ lose zusammengefaßt. Das wirtschaftliche Rückgrat der Volksgruppe bilden die Genossenschaften, die in zwei deutschen Revisionsverbänden zusammengefaßt sind, in Posen im „Verband deutscher Genossenschaften“, in Pommerellen im „Verband Ländlicher Genossenschaften“ mit dem Sitz in Graudenz. Gegen die deutschen Genossenschaften, zumal die Molkereien, geht zurzeit der volle Angriff des Polentums, dem gerade in den letzten Monaten mehrere zum Opfer gefallen sind.

Die hauptsächlichsten Presseorgane der Volksgruppe sind: Die „Deutsche Rundschau in Polen“ (Bromberg), das „Posener Tageblatt“, die „Kattowitzer Zeitung“, der „Oberschlesische Kurier“ (Königshütte), die „Freie Presse“ (Lodz), die „Neue Lodzer Zeitung“ und die Zeitung der Jungdeutschen Partei: „Deutsche Nachrichten“ (Kattowitz) mit dem Kopfblatt „Der Aufbruch“. Daneben erschien bis vor wenigen Tagen eine Wochenschrift des Deutschen Volksverbandes „Der Deutsche Weg“, die infolge unaufhörlicher polnischer Schikanen ihr Erscheinen einstellen mußte. In Kattowitz wird weiterhin die Monatsschrift des Deutschen Kulturbundes „Der Kulturwart“ herausgegeben, außerdem erscheint dort die Monatsschrift „Deutsche Blätter in Polen“ (Herausgeber Bibliothekar Viktor Kauder). Die Historische Gesellschaft in Posen gibt die „Wissenschaftliche Zeitschrift“ heraus.

+

Die auf Unterdrückung des Deutschtums abzielende Haltung Polens ist vom ersten Tage an unabhängig gewesen von der Gruppierung der politischen Kräfte in Polen. Die Deutschen haben immer zu leiden gehabt, zur Zeit der Herrschaft der heutigen Opposition bis zu Pilsudskis Staatsstreich im Jahre 1926 ebenso wie in der Zeit, seit die Anhänger Marschall Pilsudskis am Ruder sind. Die Polen haben mit einer Zielbewußtheit ohnegleichen vom Jahre 1920 an jede Versteifung der deutsch-polnischen Beziehungen benutzt, um die Rechte des Deutschtums in ihren Grenzen anzutasten. Gleichgültig, wer im Deutschen Reiche vor 1933 regierte — jede Polen unsympathische Auslassung deutscher Politiker hielt als Vorwand für Entziehungen von Konzessionen oder ähnliche Maßnahmen her. Andererseits aber hat eine Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses niemals, auch nur im geringsten, den Druck gemildert.

An dieser Lage hatte sich, wie in diesem Heft bereits mehrfach dargelegt wurde, auch durch den deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag vom Jahre 1934 grundsätzlich nichts geändert.

Vorübergehend wurde dem Deutschtum eine größere Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährt. Diese Maßnahmen der polnischen Behörden gingen jedoch nicht auf ein plötzliches Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Volksgruppe zurück und wollten auch der deutschen Volksgruppe keine Erleichterung verschaffen. Man glaubte polnischerseits vielmehr, durch Duldung der weltanschaulichen Auseinandersetzungen innerhalb der Volksgruppe, die vom Frühjahr 1934 an in ernster und sogar vielfach leidenschaftlicher Form ausgetragen wurden, das Deutschtum zu schwächen und die Bildung einer gemeinsamen deutschen Abwehrfront verhindern zu können. Diese polnischen Überlegungen haben sich als verfehlt erwiesen. Grundsätzlich ist das Deutschtum aus den weltanschaulichen Auseinandersetzungen seelisch gekräftigt und mit klarer völkischer Zielsetzung hervorgegangen.

Das Deutschtum aller Teilgebiete hat vom ersten Tage des Bestehens der polnischen Republik an seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt und sich nach Kräften um ein erträgliches Zusammenleben mit den Polen bemüht. Trotzdem aber hat man von polnischer Seite immer wieder die Loyalität der Volksdeutschen angezweifelt. Staat und öffentliche Meinung in Polen haben, obwohl die Polen selbst in den Jahrzehnten des Mangels einer eigenen Staatlichkeit zäh an ihrem Volkstum festhielten, den entschiedenen Willen des Deutschtums zur Bewahrung seines Volkstums, seiner Sprache und seiner Kultur als illoyale Betätigung angesehen. Aus der bevorzugten Behandlung, die man einer bedeutungslosen Splittergruppe deutscher geistiger Emigranten polnischerseits angedeihen läßt, kann klar ersehen werden, daß man in Polen als loyale Bürger aus den Reihen eines fremden Volkstums lediglich die Menschen anzusehen gewillt ist, die sich dem Assimilierungsprozeß nicht entgegenstemmen und schließlich bestenfalls als deutschsprechende Polen bezeichnet werden können. Da aber das Deutschtum in Polen, ob es sich nun um den Pommereller oder den Wolhynier handelte, bewußt und unerschütterlich zu seinem Volkstum stand, hat Polen die Deutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt, bis durch die Entwicklung der letzten Monate Polen für das Deutschtum in seinen Grenzen zu einer Hölle wurde.

Die Seelenzahl der Deutschen in den einzelnen Teilgebieten Polens hat durch die aus wirtschaftlicher Not im Laufe des letzten Jahres erfolgte Abwanderung und vor allem durch die in den vergangenen Wochen infolge der Unsicherheit für Leben und Eigentum erzwungene Flucht vieler Volksdeutscher nach Danzig, dem Reich und Ostpreußen eine erneute Verringerung erfahren, deren Umfang heute noch nicht genau festzustellen ist. Man wird aber wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß der Verlust der deutschen Volksgruppe in Polen in den letzten achtzehn Monaten etwa 80 000 Seelen beträgt.

Damit dürfte die Zahl der Deutschen in Polen heute nur noch wenig mehr als 1 100 000 betragen. Sie betrug um die Jahreswende 1937/38, wie die von den deutschen Organisationen in Polen in mühevoller Kleinarbeit durchgeführten Erhebungen ergeben haben, rund 1 200 000 Seelen. (Die polnische Statistik hat immer nur 760 000 Deutsche zugeben wollen.) Die Verteilung auf die einzelnen Siedlungsgebiete ist derart gewesen, daß für Westpreußen und Posen 330 000, für Ostoberschlesien 360 000, für Mittelpolen mit Lodz 350 000, für Galizien 65 000 und für Wolhynien und das Cholmer Land 60 000 festgestellt wurden. Der vermutliche Verlust von rund 80 000 Seelen in den letzten anderthalb Jahren betrifft nicht nur die Westwojewodschaften, sondern alle Siedlungsgebiete, wenn auch der Prozentsatz der aus Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien Verdrängten höher ist.

G. Hübschmann.

Danzigs Spezialgeschäfte

Eugen Wegner

UHREN GOLDWAREN

Gr. Wollwebergasse 22/23, Adolf-Hitler-Str. 71

August Momber G. m. b. H.

Teppiche — Gardinen — Möbelstoffe

Langgasse Nr. 20-21 Fil. Kohlengasse



PORZELLAN Zeughauspassage

Danzigs Gaststätten und Hotels

MARTIN LAUTENBACHER

Jopengasse Nr. 3 Telefon Nr. 28064

VORNEHME WEINGASTSTÄTTE

von internationalem Ruf

Hotel Danziger Hof

das führende Danziger Hotel

Gaststätte

AYCKE

Hundegasse 11

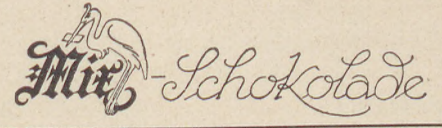
Die Danziger Gaststätte

Alt-Danziger Spezialitäten

Die echten Danziger

„LACHS"-LIKÖRE

seit anno 1598 unerreicht!



Fabrik Danziger Liköre u. Weingroßhandel



HEILIGEGEISTGASSE 110

Fernsprecher 24134





Kosma

Schokoladen - Pralinen - Kakao



DER DEUTSCHE IM OSTEN
Jahrgang 2 Juli 1939 Heft 5

Inhaltsverzeichnis

Die Bildvorlagen sind von:
Eigenes Archiv, Seite 1, 15, 16, 19, 21; Staatl. Werbestelle, Seite 23; Scherl-Bilderdienst, Seite 25, 29, 31, 33, 35; Ruth Halbensleben, Köln, Kunstdrucktafel I; Ewald Klose, Kunstdrucktafel II, III.

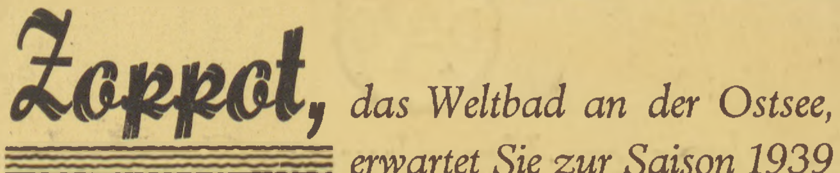
Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Sigismund Banek, Lodz; Prof. Dr. Erich Keyser, Direktor des Landesmuseums Oliva; Dr. Detlef Krannhals, Staatsarchiv Danzig; Wilhelm Löbsack, Gauschulungsleiter des Gaues Danzig der NSDAP.; Otto Martin, Berlin, Pressestelle des VDA.; Arthur Reiß, Schriftleiter, Warschau; W. Steuck, Marienwerder; Wilhelm Zarske, Gauamtsleiter und Hauptschriftleiter des „Danziger Vorposten".

Herausgeber: Wilhelm Zarske und Dr. Karl Hans Fuchs-Danzig, unter Mitwirkung von Hans R. Wiese-Breslau.
Schriftleiter: Dr. Karl Hans Fuchs (verantwortlich für den Gesamtinhalt).

Verlag: Der Danziger Vorposten G. m. b. H. Geschäftsstelle der Schriftleitung: Danzig, Vorstädtischer Graben 39. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Wilhelm Stephan. Druck A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig. Auflage: 16 000. Auslieferung für das Deutsche Reich und das Ausland (ohne Polen): Berliner Geschäftsstelle des Danziger Vorpostens, Berlin W 8, Unter den Linden 47.
Sämtliche Zuschriften an die Geschäftsstelle, Danzig, Vorstädtischer Graben 30, erbeten.

Durch alle Buchhandlungen und sämtliche Postanstalten zu beziehen.
Preis des Einzelheftes: RM. 1,50 (DG. 1,50)
Bezugspreis: RM. 3,50 vierteljährlich (DG. 4,— vierteljährlich).



+

Groß-Veranstaltungen im Juli und August:

Schwimmfest Pferderennen Windhundrennen
Segelregatten Tennis- und Tanzturniere

—

RICHARD-WAGNER-WALDFESTSPIELE

20., 23., 25., 27. und 30. Juli: „Ring des Nibelungen"
3., 6. und 8. August: „Tannhäuser"

—

WÄHREND DER SAISON TÄGLICH KONZERTE
der 50 Mann starken Kurkapelle

—

NEUZEITLICHES WARMBAD

Medizinische Bäder, Massagen, Inhalatorium, Moorbäder aus eigenen Lagern

—

Anträge auf REISEKREDITBRIEFE rechtzeitig stellen!
Hotelgutscheine durch MER-Büros

—

Auskunft:

BERLIN: Danziger Reise- und Verkehrsbüro, Unter den Linden 47;
Zoppot-Kiosk, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße

ZOPPOT: Kur- und Badeverwaltung

—

INTERNATIONALES SPIELKASINO

Das ganze Jahr geöffnet! ROULETTE, BACCARA! Spielgewinne ausfuhrfrei!

Neu! Jeton-Gutscheine bis zu 500 RM. (= ca. 1000 Danziger Gulden) je Person und Monat in Verbindung mit Reisekreditbriefen und Hotelgutscheinen durch: Danziger Reise- und Verkehrsbüro, Berlin, und Reisebüro Meyhoefer, Königsberg Pr., Steindamm 127